Antragspaket 2
(mit Übernahmen)

Die Linke
Landesverband Saar

L001 Landtagswahlprogramm 2027

Antragsberatung nach der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026

Der Grundtext folgt der ursprünglichen Zeilenfassung von L001. Die Kästen stehen an den jeweiligen Änderungsstellen und enthalten den übernommenen oder zur Beratung verbleibenden Wortlaut. Die grauen Nummern und die Seitenangaben im ursprünglichen Inhaltsverzeichnis beziehen sich auf L001.

Übernommen · Vollständige, teilweise oder sinngemäße Übernahme gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Nicht übernommen · Der Änderungsantrag bleibt Gegenstand der Beratung und Abstimmung auf dem Landesparteitag.

Zurückgezogen · Der Änderungsantrag wurde von den Antragstellenden zurückgezogen.

~~Streichungen~~ sind rot durchgestrichen. Ergänzungen sind grün unterstrichen.

Nach § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung entfällt bei einer Übernahme die gesonderte Behandlung, sofern die Antragstellenden des Änderungsantrags der Übernahme oder ihrer Form nicht widersprechen. Bei Widerspruch wird der Änderungsantrag regulär beraten und abgestimmt.

Bei mehrfach vergebenen Kennungen unterscheiden Titel und Seite des ersten Antragspakets die Anträge. Die Fußzeile zählt die Seiten dieses Antragshefts.

Übersicht der Änderungsanträge

L001 Landtagswahlprogramm 2027 · Antragsheft 2

Stand der Behandlung nach der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026

Die Übernahmen erfolgen gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung. Bei mehrfach vergebenen Kennungen ist die Seite des ersten Antragspakets angegeben.

Vollständig übernommen (51)

Ä005, Ä015, Ä016, Ä018, Ä019, Ä020, Ä021 (S. 36), Ä021 (S. 56), Ä022, Ä023, Ä024, Ä025, Ä026, Ä027, Ä028, Ä029, Ä030, Ä031, Ä032, Ä033, Ä034, Ä035, Ä036, Ä037, Ä038, Ä039, Ä040, Ä042 (S. 57), Ä043, Ä044, Ä045, Ä047, Ä048, Ä049, Ä052, Ä055, Ä056, Ä057, Ä058, Ä059, Ä060, Ä061, Ä063, Ä064, Ä072, Ä074, Ä075, Ä076, Ä077, Ä079, Ä080

Ä044 und Ä045 sind durch die Übernahme von Ä020 (Teil 6b) mitgefasst.

Teilweise übernommen (8)

Ä001, Ä002, Ä007, Ä012, Ä017, Ä046, Ä050, Ä067

Bei Ä017 sind die Teile 1 und 2 vollständig und Teil 3 teilweise übernommen.

Sinngemäß übernommen (1)

Ä003

Teilweise und sinngemäß übernommen (2)

Ä011, Ä013

Nicht übernommen (5)

Ä004, Ä006, Ä009, Ä010, Ä014

Diese Anträge werden auf dem Landesparteitag beraten und zur Abstimmung gestellt.

Zurückgezogen (12)

Ä042 (S. 79), Ä051 (S. 68), Ä051 (S. 88), Ä053, Ä054, Ä065, Ä066, Ä068, Ä069, Ä070, Ä073, Ä078

ANTRAG L001: Leitantrag - Landtagswahlprogramm

Antragstellend: Landesvorstand Die Linke Saar

Der Landesparteitag möge beschließen:

Landtagswahlprogramm Die Linke Saar 2027

NEUSTART FÜRS SAARLAND

Sozial. Ökologisch. Sicher.

Übersicht

00: Präambel ... S. 8

01: Auf einen Blick – Fünf Punkte für das gute Leben im Saarland ... S. 10

02: Soziales und bezahlbarer Alltag ... S. 13
02.01: Armut bekämpfen, Teilhabe sichern ... S. 13
02.02: Nein zu Kinderarmut! ... S. 14
02.03: Altersarmut verhindern, Würde im Alter sichern ... S. 14
02.04: Einsamkeit bekämpfen – Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken ... S. 15
02.05: Soziale Teilhabe stärken und Betroffene fest miteinbeziehen ... S. 16
02.06: Sozialleistungen armutsfest und unbürokratisch gestalten ... S. 16
02.07: Wohnungslosigkeit abschaffen! ... S. 17
02.08: Drogenpolitik sozial und gesundheitsorientiert gestalten ... S. 18
02.09 Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein ... S. 19
02.10: Gute Versorgung vor Ort – Dorfläden und regionale Nahrungsmittelproduktion stärken ... S. 20
02.11: Nachbarschaftskantinen schaffen – Essen, Begegnung und Teilhabe für alle ... S. 20
02.12: Energie ist ein Grundrecht – Energiearmut verhindern ... S. 21
02.13: Öffentliche Daseinsvorsorge bezahlbar halten ... S.22
02.14: Verbraucher:innen schützen – Beratung und Hilfe ausbauen ... S. 22
03: Wohnen ... S. 24
03.01: Die Mietenkrise stoppen – Wohnen dem Markt entziehen ... S. 24
03.02: Ein Masterplan Wohnen für das Saarland und eine starke Landesbaugesellschaft schaffen ... S. 24
03.03: Bezahlbaren Wohnraum dauerhaft sichern ... S. 25
03.04: Spekulation und Mietwucher konsequent bekämpfen ... S. 26
03.05: Bodenpolitik neu ausrichten – Rekommunalisierung ermöglichen ... S. 27
03.06: Klimagerecht sanieren ohne Verdrängung ... S. 27
03.07: Wohngeld vereinfachen und schneller auszahlen ... S. 28
03.08: Gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft ausbilden ... S. 29
04: Bildung und Wissenschaft ... S. 31
04.01: Die Ziele gelingender Bildung ... S. 31
04.02: Individuelles Monitoring für echte pädagogische Qualität ... S. 33
04.03: Beste Kitas für das Saarland ... S. 34
04.04: Schulen zu Leuchttürmen guter Bildung machen ... S. 37
04.05: Bildung inklusiv gestalten ... S. 38
04.06: Sinnvolle Reformen des Fachunterrichts ... S. 39

04.07: Hochwertige Ausstattung, Gebäude und Schultoiletten für alle ... S. 40
04.08: Eine echte Personaloffensive für unsere Schulen ... S. 41
04.09: Die berufliche Bildung stärken ... S. 43
04.10: Das Studium im Saarland hürdenfrei gestalten ... S. 44
04.11: Bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal an unseren Hochschulen ... S. 45
04.12: Für ein bezahlbares Studium mit Lebensqualität und Mitbestimmung ... S. 46
05: Gesundheit und Pflege ... S. 51
05.01: Landesklinikverbund statt Zentralisierungschaos ... S. 51
05.02: Sichere Gesundheitsversorgung vor Ort mit kommunalen Gesundheitszentren ... S. 53
05.03: Das Apothekensterben beenden ... S. 54
05.04: Den Kahlschlag der Psychotherapie stoppen, Versorgungslücken schließen ... S. 55
05.05: Aufstehen für die Pflege ... S. 55
05.06: Solidarische Pflegegarantie ermöglichen ... S. 56
05.07: Gesundheit im öffentlichen Raum ... S. 58
06: Transformative Industriepolitik ... S. 60
06.01: Für eine neue, solidarische Wirtschaft ... S. 60
06.02: Für eine garantierte hochwertige Ausbildung und soziale Sicherheit ... S. 61
06.03: Echte Mitbestimmung im Betrieb ... S. 62
06.04: Ein echter Plan für die Transformation - Landesholding Saarland ... S. 63
06.05: Eine Industriepolitik für das bessere Morgen ... S. 64
07: Arbeit für ein gutes Leben ... S. 68
07.01: Weniger arbeiten heißt sicherer und besser arbeiten ... S. 68
07.02: Schluss machen mit Dumpinglöhnen und Befristungen ... S. 69
07.03: Sichere Arbeit und Mitbestimmung im Dienstleistungsbereich ... S. 70
07.04: Hochwertige Facharbeit beginnt mit hochwertiger Ausbildung ... S. 72
07.05: Das Handwerk wieder attraktiv machen ... S. 73
08: Antifaschismus und Antimilitarismus ... S. 75
08.01: Antifaschismus als aktive Selbstverpflichtung ... S. 75
08.02: Entschlossen gegen rechte Strukturen vorgehen

Ä066 · Demokratiefeindliche Strukturen in der Überschrift benennen
LAG Transformation und Industrie
Teil Inhaltsverzeichnis · Änderung in Z. 99 · Paket S. 83
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

08.02: Entschlossen gegen ~~rechte~~ autoritär-rechte und antipluralistische Strukturen vorgehen

... S. 76
08.03: Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus bekämpfen ... S. 77
08.04: Für kritisches Gedenken und antifaschistische Geschichtspolitik ... S. 78
08.05: Religiösen Fundamentalismus bekämpfen ... S. 80
08.06: Zivile Produktion statt Aufrüstung und Militarisierung ... S. 81
08.07: Gegen die Wehrpflicht und Militär in Bildungseinrichtungen ... S. 82
08.08.: Den 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen ... S. 83
09: Frauen und Queer ... S. 85

09.01: Feminismus strukturell verankern ... S. 85
09.02.: Gewaltschutz ist kein Nebenthema! ... S. 86
09.03: Das Saarland zum Vorreiter bei reproduktiven Rechten machen, weg mit §218 ... S. 88
09.04: Prostituierte schützen, Prostitution bekämpfen ... S. 89
09.05: Gezielt gegen geschlechterspezifische Armut vorgehen ... S. 89
09.06: Gemeinsam für ein frauen- und queerfreundliches Saarland! ... S. 90
10: Kinder und Jugendliche ... S. 93
10.01: Unsere Institutionen für Kinder und Jugendliche fit machen ... S. 93
10.02: Sozialhilfen für Kinder und Jugendliche konsequent ausbauen ... S. 94
10.03: Partizipation und sichere Räume gewährleisten und ausbauen ... S. 95
11: Migration und Flucht ... S. 98
11.01: Integration als gemeinsame Aufgabe neu denken ... S. 98
11.02: Gleiche Rechte für alle Mitbürger:innen schaffen ... S. 99
11.03: Für eine Asylpolitik des guten Ankommens ... S. 100
11.04: Alltag erleichtern, Gesundheitsversorgung sicherstellen ... S. 101
12: Inklusion ... S. 103
12.01: Politische Teilhabe und Barrierefreiheit garantieren ... S. 103
12.02: Ein inklusiver gleichberechtigter Arbeitsmarkt statt Ausgrenzung und Ausbeutung ... S. 104
12.03: Keine Kürzungen bei individueller Unterstützung und Gewaltschutz ... S. 105
12.04: Solidarität gegen Ausgrenzung und rechte Hetze ... S. 105
13: Mobilität und Verkehr ... S. 107
13.01: Fahrscheinloser ÖPNV ab 2030 ... S. 107
13.02: Ausbau des landesweiten ÖPNV-Angebots ... S. 108
13.03: Eine Qualitätsoffensive für den saarländischen ÖPNV ... S. 109
13.04: Mobilität ganzheitlich denken ... S. 110
13.05: Den Hochlauf der E-Mobilität konsequent fördern ... S. 110
13.06: Schiene stärken, Wasserwege sichern, Regionen verbinden ... S. 111
13.07: Den Führerschein für alle bezahlbar machen ... S. 111
14: Klima und Energie ... S. 113
14.01: Soziale Klimapolitik als Querschnittsaufgabe ... S. 113
14.02: Ein Saarland mit klimafesten Städten und Gemeinden ... S. 114
14.03: Die Energiewende gemeinsam und öffentlich gestalten ... S. 116
14.04: Die Energiewende nachhaltig und bezahlbar von unten aufbauen ... S. 117
14.05: Bürgerenergie statt Atomkraft! ... S. 118
14.06: Eine Kraftwerksstrategie für Versorgungssicherheit – erneuerbar, flexibel und öffentlich kontrolliert ... S. 119
15: Umwelt und Tierschutz ... S. 122
15.01: Umweltschutz heißt Wasserschutz ... S. 122
15.02: Für grüne und gesunde Wälder ... S. 123
15.03: Plastikkrise überwinden – Kreislaufwirtschaft statt Vermüllung ... S. 125
15.04: Schutzlandschaften als Modellregionen für Nachhaltigkeit entwickeln ... S. 125
15.05: Mehr Tierschutz für das Saarland! ... S. 126
15.06: Biodiversität sichern und Wildtierschutz ernst nehmen ... S. 128
16: Kultur, Sport und Europa ... S. 130
16.01: Zugang zu einer vielfältigen Kultur für alle sichern ... S. 130

16.02: Mit lauter Stimme für unsere Theater und Kinos! ... S. 132
16.03: Wir leben Industriekultur ... S. 133
16.04: Die saarländische Genusskultur feiern und fördern ... S. 134
16.05: Lasst wieder die Blumen blühen! ... S. 134
16.06: Beste Bedingungen für den saarländischen Sport schaffen ... S. 135
16.07: Das Saarland schwimmt mit Bäder-Abo ... S. 136
16.08: Nicht gegen, sondern für ein anderes Europa! ... S. 138
17: Kommunen, öffentliche Verwaltung und Digitalisierung ... S. 142
17.01: Für Kommunen die zuverlässig funktionieren ... S. 142
17.02: Kommunen zu stärken, heißt Lebensqualität verbessern ... S. 143
17.03: Nein zu Zentralismus, ja zu wohnortnahen Strukturen ... S. 145
17.04: Starke Verwaltung, echte Mitbestimmung ... S. 145
17.05: Mehr Demokratie für das Saarland ... S. 147
17.06: Das eigenständige Saarland bleibt! ... S. 147
17.07: Digitale Teilhabe stärken – öffentlich und für alle zugänglich ... S. 148
17.08: Internet für alle ... S. 149
17.09: Eine Digitalisierung, die die Menschen mitnimmt ... S. 150
18: Öffentliche Sicherheit und Justiz ... S. 152
18.01: Sicherheit sozial und demokratisch neu denken ... S. 152
18.02: Digitale Sicherheit statt grenzenloser Überwachung ... S. 153
18.03: Verfassungsschutz ersetzen ... S. 154
18.04: Katastrophen- und Bevölkerungsschutz besser aufstellen ... S. 155
18.05: Eine Justiz, die den Menschen dient ... S. 157
19: Haushalt und Finanzen ... S. 159
19.01: Weg mit der Schuldenbremse! ... S. 159
19.02: Ein Schuldenschnitt und Landesfonds für unsere Kommunen ... S. 160
19.03: Langfristigkeit als Haushaltsprinzip verankern ... S. 160
19.04: Steuerbetrug beenden statt Reiche hofieren ... S. 161
19.05: Tax the Rich! ... S. 161
20: Schlusssatz ... S. 163

00: Präambel

Wohlstand für alle – das war mal der Wahlkampfslogan der CDU und damit verbunden ein Versprechen auf das gute Leben für alle. Heute hören wir von den etablierten Parteien völlig andere Dinge: Wir sollen länger arbeiten, härter arbeiten, „den Gürtel enger schnallen“ und vor allem: Sparen, sparen, sparen! Heute verkünden die Unternehmensleitungen und Regierenden nicht mehr Aufstieg, sondern Abstieg. Sie fordern, wir sollen verzichten und uns einschränken. Dabei wird gleichzeitig mehr produziert, mehr erwirtschaftet, mehr Reichtum angehäuft als je zuvor. Doch davon merkt die große Mehrheit der Bevölkerung nichts, auch gerade nicht im Saarland.
Die Bundesregierung aus CDU und SPD treibt derzeit ein historisches Abbauprogramm des Sozialstaates und der Arbeitnehmer:innenrechte verbunden mit einem massiven Aufrüstungsprogramm voran. Während Milliarden in Rüstung fließen, werden gleichzeitig soziale Sicherungssysteme abgebaut und die Hürden erhöht, längere Arbeitszeiten in Aussicht gestellt, Einschnitte bei Arbeitnehmer:innen täglich vertieft und der Sozialstaat zunehmend unter brutale Sparzwänge gestellt. Nach unserer Einschätzung handelt es sich um das weitreichendste Programm zum sozialstaatlichen Abbau und zur

Umverteilung von unten nach oben, dass die Bundesrepublik bisher erlebt hat – in seinen Auswirkungen einschneidender als die Agenda 2010. Diesen Kurs des Sozialabbaus und der Militarisierung lehnen wir entschieden ab!
In dieser zunehmenden Schieflage liegt ein Kern unserer heutigen Krise. Und wo das Glücksversprechen der bürgerlichen Demokratie gebrochen wird, wächst das Misstrauen. Wo die Erfahrung des Mangels auf die Realität der Ungleichheit trifft, entstehen Wut, Rückzug und auch der Hang zu Scheinlösungen von ganz rechts. Die etablierten Parteien haben sich stillschweigend von der Idee verabschiedet, dass Politik das Leben der vielen verbessern soll. Sie verengen ihre Perspektive auf Märkte, Schuldenbremsen und Standortkonkurrenz und überlassen die Frage nach dem guten Leben der Esoterik, dem Einzelnen der es „ganz nach oben“ schaffen kann, wenn er oder sie sich nur genug Mühe gibt, oder einfach dem Zufall.
Wir aber halten fest: Das Glück ist politisch! Es geht um mehr als bloßes Überleben, mehr als Abrackern am Arbeitsplatz oder Wachstumszahlen. Menschen brauchen Sicherheit, ja, gerade soziale, aber dazu gehören auch Zeit, Gemeinschaft, Sinn, Anerkennung, Fürsorge. Ein gutes Leben ist kein Privileg für wenige, sondern das Recht von uns allen! Wir verstehen Glück nicht privat, sondern als Aufgabe für uns alle. Als Ziel einer Gesellschaft, die ihre Ressourcen, ihre Arbeit, ihre Zeit so organisiert, dass Menschen gut leben können. Die Linke ist die Partei des Glücks und der Hoffnung! Nicht im Sinne einer billigen Vertröstung, sondern als knallharte politische Verpflichtung. Eine Verpflichtung zur sozialen Sicherheit, die niemanden zurücklässt. Zur sozial - ökologischen Transformation, die auf soziale Sicherheit, demokratische Mitbestimmung und eine bessere Zukunft setzt. Zum Antifaschismus, der nicht nur reagiert, sondern aktiv eine Gesellschaft der Verschiedenheit ohne Angst gestaltet. Verbunden mit einer Kultur der Solidarität, die dem Hass den Boden entzieht. Im Saarland, einer Region gezeichnet von Strukturbrüchen, industriellem Wandel und jahrzehntelanger Vernachlässigung, ist dieses Versprechen besonders dringlich. D enn gerade hier liegen auch die Chancen für eine neue, solidarische Erzählung: Die Kraft der Vielen, das Wissen der Arbeiter:innen, der soziale Zusammenhalt, das Gefühl der Zugehörigkeit, das nie ganz verschwunden ist; darauf bauen wir unsere sozialistische und demokratische Politik auf.
Denn wir werden gebraucht! Im Saarland gilt es jetzt, diese positive Bewegung weiterzuführen und richtig zu starten. Für eine linke Partei, die nah bei den Menschen ist und das Glücksversprechen für alle wieder glaubwürdig macht. Das hier ist nicht nur ein Programm, sondern eine politische Offensive für das gute Leben. Für alle, nicht für wenige. Jetzt, nicht irgendwann. Dafür wollen wir ab 2027 im Landtag und darüber hinaus streiten!

Ä051 · Glück Auf für den Wandel
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 252 · Paket S. 68
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

Glück Auf! Gehen wir den Wandel gemeinsam an – für ein gutes Leben für alle.

01: Auf einen Blick - Fünf Punkte für einen echten Neustart im Saarland

Im Saarland läuft vieles schief, und das merken die Menschen jeden Tag. Die Preise steigen, die Mieten explodieren, in Kitas und Schulen fehlt massiv Personal,

Krankenhäuser stehen unter Druck oder werden geschlossen, Arzttermine sind Mangelware und viele haben Angst um ihren Job oder ihre Rente. Für die Mehrheit ist das Leben schlicht zu teuer und zu unsicher geworden. Diese Probleme haben alle einen gemeinsamen Kern, bei dem das Land in der Verantwortung steht: Politik hat sich zu lange rausgehalten! Wir wollen das ändern! Wir setzen auf eine Politik, die eingreift, die an der Seite der Menschen steht, Verantwortung übernimmt, den Alltag ganz konkret verbessert und ihnen die Möglichkeit gibt ein besseres Saarland zu gestalten . Dafür konzentrieren wir uns auf fünf klare Schwerpunkte. Sie liegen auf der Hand, greifen ineinander und machen einen echten Unterschied im Alltag von uns allen:

• Ein Neustart für Bezahlbarkeit: Mit uns gehen die Mieten runter und dein Leben wird wieder bezahlbar!

Im Saarland soll niemand arm sein oder sich zwischen Heizung, Miete und Essen entscheiden müssen. Doch für viele Menschen ist genau das der Alltag. Das nehmen wir nicht hin! Wir stehen für eine Sozialpolitik mit klarem Plan, die Armut wirksam bekämpft und das Leben wieder bezahlbar macht. Wir handeln entschlossen , gemeinsam mit den Kommunen und genau dort, wo die Not am größten ist. Ein zentraler Schritt ist ein weiterentwickelter verbindlicher, ressortübergreifender Landesaktionsplan gegen Armut der wirklich bei den Menschen ankommt. Mit klaren Zielen, regelmäßiger Kontrolle und konkreten Maßnahmen: Armutsfeste und sanktionsfreie Sozialleistungen, kostenlose Bildung und Verpflegung für Kinder, Schutz vor Energie - und Lebensmittelarmut sowie sozial gestaffelten oder wegfallenden Gebühren.

Gleichzeitig sagen wir klar: Wohnen darf kein Luxus sein. Denn steigende Mieten bringen immer mehr Menschen an ihre Grenzen. Besonders Familien, Alleinerziehende, Auszubildende und Beschäftigte in sozialen Berufen leiden unter fehlendem bezahlbarem Wohnraum. Wir sorgen dafür, dass wieder mehr bezahlbare Wohnungen entstehen und bestehender Wohnraum gesichert wird. Das Land übernimmt wirklich Verantwortung, unterstützt Städte und Gemeinden und baut selbst wieder Wohnungen. Mit klaren Regeln stoppen wir explodierende Mieten und sorgen dafür, dass neue Wohnungen dauerhaft bezahlbar bleiben. Unser Ziel ist klar: Armut überwinden, Mieten senken und soziale Sicherheit im Alltag schaffen.

• Ein Neustart für die Bildung: Wir beenden die Bildungskrise!

Überlastung in Kitas und Schulen, Unterrichtsausfall, marode Gebäude – so sieht Bildung im Saarland viel zu oft aus. Das ist unfair gegenüber Kindern, Eltern und Fachpersonal. Wir räumen mit diesem Chaos auf! Das Land investiert mit uns massiv in mehr Personalqualifikation- und Entwicklung, bessere Ausstattung und moderne, zukunftsfeste Gebäude. Bildung muss kostenfrei sein von der Kita bis zum Masterabschluss und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Dafür brauchen wir ein kostenloses warmes Mittagessen in allen Schulen und Kitas und echte Lernmittelfreiheit. Jedes Kind im Saarland soll die gleichen Bildungsmöglichkeiten haben, egal, wo es aufwächst!

• Ein Neustart für unsere Gesundheit: Wir sorgen für gute Gesundheitsversorgung für alle!

Jeder Mensch hat für uns das Recht auf die bestmögliche medizinische Versorgung, auf dem Land genauso wie in der Stadt, ob arm oder reich. Doch immer mehr Krankenhäuser geraten unter Druck, Abteilungen schließen und Beschäftigte arbeiten am Limit. Wir stoppen diesen falschen Kurs. Statt auf Konkurrenz und Privatisierung setzen wir auf Zusammenarbeit, öffentliche Verantwortung und bessere

Arbeitsbedingungen. Krankenhäuser müssen für die Menschen da sein und nicht für Profite. Wir schaffen einen öffentlichen Klinikenverbund und ein dichtes Netz kommunaler Gesundheitszentren damit die Versorgung flächendeckend besser wird und starten eine Personaloffensive im Gesundheitssektor, von der Fachärztin bis zur Pflegekraft. Mit uns schließt keine Klinik mehr, ohne dass die Menschen selbst darüber entscheiden! So sichern wir eine verlässliche Versorgung für alle und stärken die Pflege und das medizinische Personal.

• Ein Neustart für die Transformation: Wir erhalten die Industrie und bauen sie sozial und ökologisch um!

Ä027 · Gesellschaftliche Gestaltung in der Transformationsüberschrift sichtbar machen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 328–329 · Paket S. 43
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Ein Neustart für die Transformation: ~~Wir erhalten die~~ Industrie ~~und bauen sie~~ sozial und ökologisch ~~um!~~ umbauen – Gesellschaft gerecht gestalten!

Das Saarland lebt von seiner Industrie. Zehntausende Arbeitsplätze hängen davon ab und sie sind es wert, geschützt zu werden.

Ä028 · Das Saarland als Industrieregion beschreiben
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 330–331 · Paket S. 44
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Das Saarland ~~lebt von seiner Industrie.~~ ist eine Industrieregion. Zehntausende Arbeitsplätze hängen ~~davon~~ von der Industrie ab und ~~sie~~ sind es wert, geschützt zu werden.

Gleichzeitig steht die Industrie vor großen Veränderungen. Wir gestalten diesen Wandel aktiv: Durch und durch sozial und ökologisch sinnvoll. Wir machen das Saarland zum Musterland der sozial -ökologischen Transformation, mit einer aktiven steuernden Industriepolitik, die Beschäftigte und die Menschen im Saarland mehr beteiligt, Arbeit lebensgerecht umgestaltet und neue, zukunftssichere Branchen aufbaut.

Ä029 · Industriepolitik an gesellschaftlichen Bedürfnissen und planetaren Grenzen ausrichten
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 332–336 · Paket S. 45
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Wir ~~gestalten~~ wollen diesen Wandel ~~aktiv: Durch und durch~~ aktiv, sozial gerecht und ökologisch ~~sinnvoll. Wir machen das Saarland zum Musterland der sozial-ökologischen Transformation,~~ gestalten: mit einer ~~aktiven steuernden~~ demokratischen Industriepolitik, die ~~Beschäftigte~~ gute Arbeitsplätze sichert, neue zukunftsfähige Branchen aufbaut und ~~die Menschen im Saarland mehr beteiligt, Arbeit lebensgerecht umgestaltet~~ Produktion an gesellschaftlichen Bedürfnissen und ~~neue, zukunftssichere Branchen aufbaut.~~ planetaren Grenzen ausrichtet.

Armutsfeste und sichere Arbeit steht dabei im Mittelpunkt:

Ä030 · Tarifgebundene und existenzsichernde Arbeit ins Zentrum stellen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 337 · Paket S. 46
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~Armutsfeste~~ Gute, tarifgebundene und ~~sichere~~ existenzsichernde Arbeit steht dabei im ~~Mittelpunkt:~~ Mittelpunkt.

Öffentliche Gelder gibt es
nur noch für tarifgebundene, unbefristete Beschäftigung über dem Mindestlohn.

Ä031 · Öffentliche Förderung an soziale und ökologische Kriterien knüpfen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 337–338 · Paket S. 47
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Öffentliche ~~Gelder gibt es nur noch für tarifgebundene, unbefristete Beschäftigung über dem Mindestlohn.~~ Fördergelder knüpfen wir an soziale und ökologische Kriterien.

Statt
Stellenabbau setzen wir auf Qualifizierung, Arbeitszeitverkürzung und eine landeseigene
Holding zur besseren Steuerung der Entwicklung, der den Übergang in klima;- umwelt-
und menschenfreundliche Industrie, Energie und Mobilität absichert.

Ä032 · Den industriellen Umbau gemeinwohlorientiert steuern
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 338–341 · Paket S. 48
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Statt Stellenabbau setzen wir auf Qualifizierung, Arbeitszeitverkürzung und eine landeseigene ~~Holding zur besseren Steuerung der Entwicklung, der~~ Holding, die den ~~Übergang in klima;- umwelt- und menschenfreundliche Industrie, Energie und Mobilität absichert.~~ industriellen Umbau gemeinwohlorientiert steuert.

So verbinden wir
Klimaschutz, industrielle Stärke und soziale Sicherheit.

Ä034 · Transformation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe beschreiben
LAG Transformation und Industrie
Teil 1 – Bisherigen Verbindungssatz streichen · Streichung in Z. 341–342 · Paket S. 50
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~So verbinden wir Klimaschutz, industrielle Stärke und soziale Sicherheit.~~

Die Transformation muss
angetrieben werden durch die demokratische Beteiligung der Beschäftigten und der
Menschen im Saarland.

Ä033 · Echte Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte und Bevölkerung verankern
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 342–344 · Paket S. 49
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~Die Transformation muss angetrieben werden durch~~ Beschäftigte und die ~~demokratische Beteiligung der Beschäftigten und der~~ Menschen im ~~Saarland.~~ Saarland müssen dabei echte Mitbestimmungsrechte erhalten.

Sie stehen für uns immer im Mittelpunkt und nicht die Profite von Konzernen.

Ä019 / Ä034 / Ä035 · Zu L01, Kapitel 1
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 328–345 · Paket S. 30–31
Gemeinsamer Kasten mit Ä034 Teil 2 – Neuen Schlussabsatz einsetzen (Paket S. 50) · Ä035 (Paket S. 51)
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Ein Neustart für die Transformation: ~~Wir erhalten die~~ Industrie ~~und bauen sie~~ sozial und ökologisch ~~um!~~

umbauen - Gesellschaft gerecht gestalten!

Das Saarland ~~lebt von seiner Industrie.~~ ist eine Industrieregion. Zehntausende Arbeitsplätze hängen ~~davon~~ von der Industrie ab und ~~sie~~ sind es wert, geschützt zu werden. Gleichzeitig steht die Industrie vor großen Veränderungen. Wir ~~gestalten~~ wollen diesen Wandel ~~aktiv: Durch und durch~~ aktiv, sozial gerecht und ökologisch ~~sinnvoll. Wir machen das Saarland zum Musterland der sozial-ökologischen Transformation, mit~~ gestalten. Mit einer ~~aktiven steuernden~~ demokratischen Industriepolitik, die ~~Beschäftigte~~ gute Arbeitsplätze sichert, neue zukunftsfähige Branchen aufbaut und ~~die Menschen im Saarland mehr beteiligt, Arbeit lebensgerecht umgestaltet~~ Produktion an gesellschaftlichen Bedürfnissen und ~~neue, zukunftssichere Branchen aufbaut.~~

~~Armutsfeste~~ planetaren Grenzen ausrichtet.

Gute, tarifgebundene und ~~sichere~~ existenzsichernde Arbeit steht dabei im ~~Mittelpunkt:~~ Mittelpunkt. Öffentliche ~~Gelder gibt es nur noch für tarifgebundene, unbefristete Beschäftigung über dem Mindestlohn.~~ Fördergelder knüpfen wir an soziale und ökologische Kriterien. Statt Stellenabbau setzen wir auf Qualifizierung, Arbeitszeitverkürzung und eine landeseigene ~~Holding zur besseren Steuerung der Entwicklung, der~~ Holding, die den ~~Übergang in klima;- umwelt-~~ industriellen Umbau gemeinwohlorientiert steuert. Beschäftigte und ~~menschenfreundliche Industrie, Energie und Mobilität absichert. So verbinden wir Klimaschutz, industrielle Stärke und soziale Sicherheit. Die Transformation muss angetrieben werden durch~~ die ~~demokratische Beteiligung der Beschäftigten und der~~ Menschen im ~~Saarland.~~ Saarland müssen dabei echte Mitbestimmungsrechte erhalten.

Doch sozial-ökologische Transformation ist weit mehr als Industriepolitik. Sie ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt, das Klimaschutz und Klimaanpassung, die Energie- und Mobilitätswende sowie den Ausbau einer gerechten öffentlichen Daseinsvorsorge verbindet. Dazu gehört auch eine feministische Perspektive: Wir wollen Sorgearbeit aufwerten, die geschlechtliche Arbeitsteilung überwinden und Arbeit, Zeit und Ressourcen gerechter verteilen.

Ä019 / Ä034 / Ä035 · Zu L01, Kapitel 1
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 328–345 · Paket S. 30–31
Gemeinsamer Kasten mit Ä034 Teil 2 – Neuen Schlussabsatz einsetzen (Paket S. 50) · Ä035 (Paket S. 51)
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle innerhalb der planetaren Grenzen. Im Mittelpunkt stehen ~~für uns immer im Mittelpunkt und~~ die Bedürfnisse der Menschen, nicht die Profite von Konzernen.

• Ein Neustart des solidarischen Miteinanders: Wir bleiben stabil gegen rechts!

Antifaschismus heißt handeln, und zwar klar, konsequent und solidarisch. Wir stellen uns Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Frauenhass, Queerfeindlichkeit und

Ä052 · Diskriminierung aufgrund von Behinderung ausdrücklich benennen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 349 · Paket S. 69
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~Queerfeindlichkeit~~ Queerfeindlichkeit, Diskriminierung aufgrund von Behinderung und

jeder Form von rechter Ideologie

Ä053 · Autoritär-rechte und antipluralistische Ideologien benennen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 350 · Paket S. 70
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

~~rechter~~ Autoritär-rechter und antipluralistischer Ideologie

entschlossen entgegen. Die AfD ist eine rechtsradikale, unsoziale und demokratiefeindliche Partei, die keinen Plan für ein besseres Leben im Saarland hat. Für uns gilt: Keine Zusammenarbeit, kein Dialog, keine Normalisierung. Wir bekämpfen ihren Einfluss überall, egal ob im Parlament, auf der Straße oder in der Gesellschaft. Und unser Antifaschismus ist feministisch und queer: Wir verteidigen die Rechte von Frauen und queeren Menschen gegen rechte Angriffe und Ideologien von Vorgestern. Wir stärken Antidiskriminierung und kritische, demokratische Bildung, zerschlagen rechte Netzwerke

Ä054 · Demokratiefeindliche Netzwerke präzise benennen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 357 · Paket S. 71
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

~~rechte~~ autoritär-rechte und antipluralistische Netzwerke

und bauen eine solidarische Gesellschaft auf, in der alle sicher und selbstbestimmt leben können.

Ein Plan, der aufgeht

Diese fünf Schwerpunkte gehören zusammen. Wer weniger für Miete zahlen muss, hat

mehr Geld zum Leben. Gute Bildung hilft, Armut zu verhindern. Sichere Jobs stärken den sozialen Zusammenhalt. Und eine gute Gesundheitsversorgung gibt dringend benötigten Halt. Wir beseitigen damit den Nährboden für die Rechten und setzen ihnen einen klaren Gegenentwurf eines neuen, solidarischen Saarlandes entgegen. Unser Plan für das Saarland ist einfach: Das Leben muss bezahlbar sein. Arbeit muss sicher und lebensgerecht sein. Wohnen, Bildung und Gesundheit müssen für alle da sein. Utopie heißt bei uns, wir haben einen umsetzbaren Plan. In den folgenden Kapiteln zeigen wir ausführlich, wie wir diese Schwerpunkte konkret umsetzen. In der Sozial- und Wirtschaftspolitik, in Wohnen, Gesundheit und Bildung, in der Klima- und Verkehrswende, in den Kommunen, in Demokratie, Kultur, Gleichstellung und im Kampf gegen rechts. Alle Politikbereiche greifen ineinander, alle dienen einem Ziel: Ein Saarland, das sich kümmert, und in dem ein gutes Leben für alle möglich ist. Für einen echten Neustart im Saarland.

02: Soziales und bezahlbarer Alltag

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, die den Fähigkeiten und Bedürfnissen der breiten Mehrheit gerecht wird. Einer Mehrheit, die unter wachsender sozialer Ungleichheit, prekären Lebensverhältnissen, massiv steigenden Lebenshaltungskosten und einer immer mehr auseinanderklaffenden Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums leidet. Wer zurück bleibt, wird zurückgelassen. Die Politik der letzten Jahre hat auf diese Realität keine Antworten gefunden. Statt soziale Ungleichheit zu bekämpfen, wurde an einem System festgehalten, das sie weiter verschärft und der Sozialstaat wird immer weiter abgebaut. Deshalb brauchen wir einen Neustart in der Sozialpolitik im Saarland.

02.01: Armut bekämpfen, Teilhabe sichern

Wir bekämpfen niemals arme Menschen, wir bekämpfen Armut. Ausgangspunkt dieser sozialpolitischen Neuausrichtung ist für uns die konsequente Umsetzung, verbindliche Weiterentwicklung und Fortschreibung des bestehenden ressortübergreifenden Landesaktionsplans gegen Armut . Dieser darf nicht länger ein Papiertiger bleiben, sondern muss durch mehr konkrete Maßnahmen, ausreichende aufgestockte finanzielle Mittel und klare und nachvollziehbare Umsetzungsstrategien deutlich über den bisherigen Stand hinaus wirksam werden. Das heißt: Er muss strukturelle Veränderungen bewirken, die tatsächlich bei den Menschen ankommen. Für uns steht dabei im Mittelpunkt, Armut nicht länger nur zu verwalten, sondern wirksam zu bekämpfen. Statt reiner Fürsorge braucht es echte soziale, kulturelle und politische Teilhabe, in Bildung, Wohnen, Arbeit, Gesundheit, Mobilität und Energieversorgung. Armutsbekämpfung ist eine ressortübergreifende Aufgabe und muss verbindlich alle relevanten Politikbereiche einbeziehen und dort auch miteinbezogen werden. Entscheidend ist eine langfristig abgesicherte Finanzierung mit mehrjährigen und über Legislaturperioden hinaus gesetzlich verankerten Mitteln, die Planungssicherheit für Kommunen und soziale Träger schafft. Bestehende Maßnahmen dürfen nicht lediglich zusammengeführt oder dokumentiert werden, sondern müssen tatsächlich mit zusätzlichen Ressourcen hinterlegt und zielgerichtet ausgebaut werden. Insbesondere ist sicherzustellen, dass Mittel unmittelbar bei den betroffenen Menschen sowie bei den Trägern vor Ort ankommen, anstatt in bürokratischen Strukturen oder Verwaltungsaufbau zu versickern. Unbürokratische Verfahren, klare Zielvorgaben und transparente Erfolgskontrollen sind notwendig. Ein besonderer Schwerpunkt liegt

dabei auf der ausreichenden und verlässlichen Finanzierung der Gemeinwesenarbeit, damit bestehende Programme vor Ort tatsächlich umgesetzt und weiterentwickelt werden können. Ein solcher weiterentwickelter und konsequent umgesetzter Aktionsplan würde Armut nicht nur abfedern, sondern nachhaltig reduzieren, in der Umsetzung immer fest orientiert an den realen Lebenssituationen der Betroffenen.

02.02: Nein zu Kinderarmut!

Mit einer Armutsquote von 16,5 Prozent liegt das Saarland deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Besonders alarmierend ist die Kinderarmut. Mehr als jedes vierte Kind wächst im Saarland unterhalb der Armutsgrenze auf, in manchen Quartieren sogar mehr als jedes zweite. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal in einem Land, das sich gerne als wohlhabend und gerecht präsentiert. Diese Armut wirkt sich direkt auf Ernährung, Gesundheit, Bildung und soziale Teilhabe aus und prägt die Chancen der Kinder langfristig und verschärft die Situation in von Armut geprägten Städten und Stadtteilen. Wir machen die Bekämpfung von Armut von Kindern und Jugendlichen daher zu einem zentralen Baustein der Fortschreibung und verbindlichen Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Armut. Konkret wollen wir gezielte Maßnahmen umsetzen: Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung durch ergänzende Landesleistungen, ein kostenloses warmes Mittagessen in allen Schulen und Kitas ohne Antragspflichten, den Ausbau von kostenfreien Bildungs - und Freizeitangeboten, die Förderung kommunaler Familienzentren und mehr gezielte Unterstützung für Alleinerziehende sowie einkommensschwache Familien. Die Folgen von Armut werden bereits in der Kita sichtbar: Kinder kommen ohne Frühstück, können an Ausflügen oder Festen nicht selbstverständlich teilnehmen, verfügen über geringere sprachliche und soziale Fördermöglichkeiten und erleben Ausgrenzung schon im frühen Kindesalter. Deshalb muss Armutsbekämpfung dort ansetzen, wo Bildungsbiografien beginnen. Auch die Sicherstellung eines flächendeckenden Zugangs zu frühkindlicher Förderung und Betreuungsangeboten ist entscheidend. Ein wirksam umgesetzter und weiterentwickelter Landesaktionsplan hilft dabei, dass Kinder im Saarland mehr Möglichkeiten erhalten, unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Familien, und Kinderarmut strukturell bekämpft wird.

02.03: Altersarmut verhindern, Würde im Alter sichern

Der neu aufgesetzte Landesaktionsplan gegen Armut wird alle Lebensphasen stärker in den Blick nehmen, denn soziale Unsicherheit setzt sich bis ins Alter fort. Denn auch die Altersarmut wächst ständig und Sozialleistungsbeziehende aller Altersgruppen sind massiven Repressalien ausgesetzt. Bei den Rentenbezügen von Frauen liegt das Saarland bundesweit auf dem letzten Platz, während die Männer im Durchschnitt bundesweit die höchsten Rentenauszahlungen erhalten. Dies ist insbesondere im Alleinverdiener-Modell der jetzigen Rentner:innen-Generation begründet sowie in den Altersrenten für die langjährig unter Tage Beschäftigten. Die Abwertung der Lebensleistung der heutigen Rentnerinnen in dieser eklatanten Form ist in keiner Weise hinnehmbar. Soziale Politik muss daher gerade für ältere Frauen und gerade für das Saarland eine umfassende Rentenreform einfordern, die niemanden im Alter zurücklässt. Der Ruhestand muss für alle finanziell lebenswert abgesichert sein. Eine Zwangsverpflichtung von Rentner:innen zur Arbeit lehnen wir kategorisch ab. Das

Saarland muss sich beim Bund endlich stärker für die Interessen der Rentner:innen einsetzen und eine laute Stimme gegen Altersarmut werden. Jede weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ebenso ab, wie die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren. Aktuell fallen immer mehr Renten in die Steuerpflicht, weshalb wir uns für höhere Steuerfreibeträge einsetzen. Nach unserem Rentenkonzept sollen mehr Menschen unabhängig von ihrer Erwerbsbiografie solidarisch in die Rentenversicherung einbezogen und versichert werden.
Der Landesaktionsplan soll die soziale Teilhabe älterer Menschen hier vor Ort sichern. Mehr und langfristige Maßnahmen gegen Einsamkeit, für Begegnungsräume und für die aktive Teilnahme von Senior:innen am öffentlichen Leben sind insbesondere im ländlichen Raum notwendig. Der bestehende Aktionsplan muss entsprechend konkretisiert, finanziell unterlegt und verbindlich umgesetzt werden. Das Saarland soll im Bundesrat Initiativen für eine armutsfeste Rente unterstützen und zugleich landeseigene Programme zur Vermeidung verdeckter Altersarmut ausbauen, insbesondere durch bessere Information und niedrigschwellige Beratung zu Grundsicherung im Alter. Darüber hinaus braucht es ein Landesförderprogramm für Barrierefreiheit sowie eine konsequente Förderung digitaler Teilhabe älterer Menschen. Der Kampf gegen Altersarmut muss als Querschnittsaufgabe in allen sozial -, wohnungs- und strukturpolitischen Maßnahmen des Landes verbindlich verankert werden.

02.04: Einsamkeit bekämpfen – Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Einsamkeit ist längst kein reines Senior:innenthema mehr. Sie betrifft Studierende, Alleinerziehende, Menschen mit geringen Einkommen und prekärer Beschäftigung ebenso wie ältere Menschen. Dennoch wird das Thema häufig ausgeblendet oder auf individuelle Lebenslagen reduziert. Wir wollen das ändern, indem wir Einsamkeit als generationenübergreifendes Querschnittsthema in den Mittelpunkt der Landespolitik rücken und im Rahmen der Fortschreibung des Landesaktionsplans systematisch erfassen und bekämpfen. Einsamkeit ist kein individuelles Versagen, sondern häufig die Folge sozialer Ungleichheit, von Armut und fehlender öffentlicher Infrastruktur. Deshalb braucht es eine repräsentative Landesstudie zur Erhebung des tatsächlichen Ausmaßes von Einsamkeit, den gezielten Ausbau sozialer Treffpunkte und öffentlicher Infrastruktur, die nachhaltige Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie eine landesweite Kampagne zur Enttabuisierung des Themas.
Zentral ist dabei der Zusammenhang zwischen Einsamkeit und Armut. Mit einer konsequent umgesetzten Anti-Armutsstrategie stärken wir gesellschaftliche Teilhabe und schützen vor sozialer Isolation. Wer materiell abgesichert ist und Zugang zu Bildung, Kultur und Gemeinschaft hat, ist deutlich seltener von Einsamkeit betroffen.

02.05: Soziale Teilhabe stärken und Betroffene fest miteinbeziehen

Wir dürfen Armut nicht nur lindern, sondern müssen ihre Ursachen bekämpfen und die gesellschaftliche Teilhabe armutsbetroffener Menschen stärken. Dazu gehört die Sicherstellung und der Ausbau einer starken Lobby für armutsbetroffene Menschen im Saarland, damit ihre Interessen systematisch gehört und in politische Entscheidungen einbezogen werden. Eine stärkere institutionelle Förderung braucht insbesondere Netzwerke wie die Saarländische Armutskonferenz, die Armutslagen öffentlich sichtbar machen und politische Forderungen bündeln. Selbstorganisationen

von armutsbetroffenen Menschen fordern seit Jahren, Armut nicht länger nur verwaltend oder fürsorglich zu behandeln, sondern Betroffene konsequent an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Sie verlangen echte soziale, kulturelle und politische Teilhabe statt bloßer Existenzsicherung: Zugang zu Bildung, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Wohnraum, digitaler Infrastruktur und kulturellem Leben ebenso wie mehr Mitspracherechte bei der Ausgestaltung sozialpolitischer Maßnahmen. Wir wollen, dass Betroffene systematisch in Gremien, Anhörungen und Gesetzgebungsverfahren einbezogen werden.
Dafür werden wir verbindliche Beteiligungsformate für Betroffene schaffen und politische Maßnahmen konsequent daran ausrichten, Ausgrenzung abzubauen. Ziel ist eine Sozialpolitik auf Augenhöhe, die nicht über Menschen entscheidet, sondern mit ihnen. Ebenso sind die Wohlfahrtsverbände wie der Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland, die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Saarland, der Caritasverband, die Diakonie Saar sowie der Sozialverband VdK Saarland als sozialpolitische Interessenvertretungen gezielt zu stärken.

02.06: Sozialleistungen armutsfest und unbürokratisch gestalten

Ein weiterer zentraler Ansatzpunkt ist der Abbau von Bürokratie. Komplexe Antragsverfahren und Zugangshürden verschärfen Armut und schließen Menschen aus. Wir setzen uns deshalb für einfache, niedrigschwellige und diskriminierungsfreie Zugänge zu Sozialleistungen ein. Leistungen sollen möglichst pauschal und automatisch gewährt werden. Zur Armutsbekämpfung gehört auch die Weiterentwicklung der Grundsicherungssysteme. Der Landesaktionsplan soll daher nicht nur prüfen, sondern konkrete Schritte zur Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme entlang saarländischer Lebensrealitäten einleiten. Das Saarland muss diese Ziele aktiv auf Bundesebene vertreten und eigene Handlungsspielräume konsequent nutzen.
Im Bereich der Sozialleistungen fordern wir bedarfsgerechte, armutsfeste und sanktionsfreie Leistungen, die ein Leben in Würde ermöglichen. Dies gilt für Grundsicherungs-Beziehende, Arbeitslose, Asylsuchende und EU-Zuwander:innen. Unterstützung muss individuell fördern statt bevormunden. Zur Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe setzen wir uns für eine einheitliche, landesweite SozialCard ein, die den kostenfreien Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten ermöglicht. Ergänzend dazu wollen wir den Ausbau eines öffentlich sozialen oder „dritten“ geförderten Arbeitsmarktes im Saarland, der tariflich entlohnte und sozial abgesicherte Beschäftigung für Menschen schafft, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Perspektive finden. Im Gegensatz zum zweiten Arbeitsmarkt, wären diese Beschäftigungsverhältnisse grundsätzlich zeitlich nicht befristet.

02.07: Wohnungslosigkeit abschaffen!

Die Ampel-Regierung hatte offiziell das Ziel ausgegeben, Wohnungslosigkeit bis 2030 abzuschaffen. Stattdessen nimmt die Zahl wohnungsloser Menschen weiter zu, besonders betroffen sind Familien, Alleinerziehende und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Bundesrepublik zählt europaweit zu den Spitzenreitern bei Wohnungslosigkeit. Offensichtlich reichen symbolische Ankündigungen nicht aus, um die systemischen Mängel zu beseitigen, die zu Wohnungslosigkeit führen. Nur konkrete, flächendeckende Maßnahmen in den

Bereichen Wohnungsmarkt, Sozialhilfe, Prävention und Gewaltschutz können echte Veränderungen bewirken, das belegen auch Beispiele aus anderen EU-Staaten wie Finnland.
Wohnungslosigkeit steigt auch im Saarland, Expert:innen rechnen durch die Sanktionen bei der neuen Grundsicherung durch einen weiteren Anstieg. Viele Menschen leben ohne sicheren Wohnraum. Notunterkünfte allein reichen nicht aus, um Wohnungslosigkeit dauerhaft zu bekämpfen. Mit einem neu aufgesetzten Landesaktionsplan setzen wir auf dauerhafte, menschenwürdige Lösungen statt kurzfristiger Nothilfe. Zentral ist zum einen die flächendeckende Umsetzung von Housing-First-Modellen, bei denen wohnungslose Menschen sofort eigenen Wohnraum erhalten, bevor weitere Unterstützungsleistungen erfolgen. Betreutes Wohnen bietet gegenüber dem reinen Housing-First-Ansatz den Vorteil, dass Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen nicht nur eine Wohnung erhalten, sondern zugleich kontinuierliche sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung im Alltag. Viele wohnungslose Menschen kämpfen mit multiplen Problemlagen, etwa psychischen Erkrankungen, Suchterfahrungen, Verschuldung oder fehlenden sozialen Netzwerken. Betreutes Wohnen kann hier Stabilisierung, Struktur und individuelle Hilfe leisten, um langfristig ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und Wohnungsverluste zu vermeiden. Deshalb sollte dieses Angebot stärker ausgebaut und finanziell besser unterstützt werden als notwendige Ergänzung zu Housing First und als wichtiger Baustein nachhaltiger Wohnungslosenhilfe.
Gleichzeitig muss die aufsuchende Sozialarbeit deutlich ausgebaut werden: Mobile Teams sollen Betroffene direkt vor Ort erreichen, in Parks, Notunterkünften oder auf der Straße, und sie kontinuierlich mit Gesundheits-, Beratungs- und Beschäftigungsangeboten begleiten. Klar ist, dass hierfür mehr Stellenanteile bei den Kommunen benötigt werden. Dafür muss auch das Land die Weichen stellen und die Stellen mitfinanzieren. Darüber hinaus braucht es eine engere Verzahnung von Wohnraumversorgung mit psychosozialer Betreuung, um nachhaltige Perspektiven zu schaffen. Regelmäßige Datenerhebungen, etwa durch Wohnungslosenberichte, sichern ein realistisches Lagebild und ermöglichen darauffolgende gezielte Maßnahmen, ohne die ein Berichtwesen wenig Sinn macht. Konkrete Hilfsangebote müssen dauerhaft abgesichert, professionalisiert und ausgebaut werden. Dazu zählen niedrigschwellige Projekte wie der Kältebus Saarbrücken ebenso wie Tagesaufenthalte für wohnungslose und arme Menschen, Tafeln, Beratungsstellen und Straßensozialarbeit. Bettelverbote und andere menschenfeindliche Verdrängungsmaßnahmen, auch zu PR-Events wie bei der Feier zum Tag der Deutschen Einheit, lehnen wir ab.
Auch die Gewaltdelikte gegen wohnungslose Menschen nimmt weiter zu, Wohnungslose sind auf der Straße und in Notunterkünften immer öfter Angriffen, Beschimpfungen und Übergriffen ausgesetzt. Wir brauchen umfassende Schutz- und Präventionsmaßnahmen: Aufklärungsprogramme gegen Sozialchauvinismus, schnelle Hilfe bei akuten Gewalttaten, geschulte Teams in Unterkünften sowie mobile Anlaufstellen, die direkt vor Ort unterstützen. Initiativen benötigen dafür verlässliche Landesmittel über den Landesaktionsplan statt ausschließlich projektbezogener Finanzierung. Schließlich ist die Koordination von Landes -, Kommunalpolitik und zivilgesellschaftlichen Trägern notwendig, damit Angebote niedrigschwellig, nachhaltig und passgenau bereitgestellt werden. Die Strafverfolgung

solcher Taten muss konsequent umgesetzt werden.

02.08: Drogenpolitik sozial und gesundheitsorientiert gestalten

Drogenarmut ist im Saarland eine wachsende soziale Realität, die längst nicht mehr nur Randgruppen betrifft. Immer mehr Menschen konsumieren unter prekären Bedingungen. Neue Substanzen wie Fentanyl und der steigende Crackkonsum erhöhen die Risiken drastisch. Wir setzen auf eine betroffenenzentrierte Drogenpolitik. Das bedeutet verlässliche Finanzierung und personelle Stärkung von Hilfs- und Beratungsangeboten, Ausbau niedrigschwelliger Konsumräume, Spritzentausch und aufsuchender Streetwork-Teams sowie nahtlose Übergänge in Therapie, Reintegration, Arbeit und Wohnen. Eine enge Kooperation von Sozialarbeit und Gesundheitsdiensten soll die öffentliche Ordnung sichern, ohne Hilfeangebote zu verdrängen und immer die Polizei als ersten Ansprechpartner miteinzubeziehen . Regelmäßiges Monitoring und Beteiligung Betroffener stellen sicher, dass Maßnahmen wirksam, transparent und bedarfsgerecht umgesetzt werden. Nur so lassen sich Überdosierungen verhindern, soziale Perspektiven schaffen und Drogenarmut langfristig bekämpfen. Wir setzen uns für eine Entkriminalisierung des Konsums aller Drogen ein, um Konsumierende nicht zu kriminalisieren, sondern durch Aufklärung und Unterstützung zu schützen. Mit Maßnahmen wie Drug-Checking, sicheren Konsumräumen und niedrigschwelliger Beratung wollen wir den Drogenkonsum so sicher wie möglich gestalten, Risiken reduzieren und Gesundheitsschäden vorbeugen. Drogenpolitik muss Prävention, Schutz und Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellen und nicht Strafe und Ausgrenzung.

02.09 Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein

Von Armut betroffene Menschen sterben früher. Sie haben in Deutschland, laut RKI, eine bis zu 7,2 Jahren verkürzte Lebenserwartung. Das heißt eines der grundlegendsten Rechte, das auf Leben und körperliche Unversehrtheit, wird durch die sozialen Verhältnisse massiv beeinträchtigt. Insbesondere Menschen ohne Krankenversicherung, Menschen, die auf der Straße leben oder sich Zuzahlungen nicht leisten können, sind massiv betroffen. Das Saarland darf das nicht hinnehmen! Deshalb sind in jedem Landkreis und im Regionalverband Saarbrücken medizinische Ambulanzen einzurichten, die von Menschen ohne Krankenversicherung oder mit erschwertem Zugang zu Ärzten, genutzt werden können. Bisher gibt es dieses Angebot nur in Saarbrücken! Als gutes Beispiel für eine umfänglich arbeitende medizinische Ambulanz für arme Menschen ist die „Ambulanz ohne Grenzen", nach dem Mainzer Model. Parallel zu der Schaffung von medizinischen Ambulanzen müssen die Bemühungen, versicherungslose Menschen in das Regelsystem der Krankenversicherung einzugliedern deutlich verstärkt werden.
Dabei bleibt für uns klar: All diese Fragen sind keine Einzelprobleme, sondern Ausdruck eines grundlegenden politischen Versagens. Soziale Sicherheit für die Mehrheit – dafür steht ein echter und konsequenter Landesaktionsplan gegen Armut . Er bündelt diese Maßnahmen zu einer kohärenten sozialen Strategie. Er steht für eine Politik, die Armut nicht verwaltet, sondern konsequent bekämpft. Solidarisch, diskriminierungsfrei und mit dem Ziel gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe.
Wir wollen:
• Die konsequente Umsetzung, Weiterentwicklung, Ausweitung und

Fortschreibung des Landesaktionsplan gegen Armut mit verbindlichen Maßnahmen, klaren Zielvorgaben und regelmäßiger Berichterstattung.
• Kinderarmut bekämpfen mit einem kostenlosen Mittagessen in Kitas und Schulen, bedarfsgerechter Kindergrundsicherung und kostenfreien Bildungs - und Freizeitangeboten.
• Altersarmut verhindern durch ergänzende Landesleistungen, Förderung sozialer Teilhabe und Unterstützung im ländlichen Raum . Soziale Strukturen stärken durch die verstärkte Förderung und Professionalisierung von Beratungsstellen und Hilfsangeboten, von Tagesaufenthalten für arme Menschen und die Stärkung der Lobby für arme Menschen im Saarland
• Wohnungslosigkeit durch Housing-First-Programme abschaffen, Drogenarmut mit niedrigschwelligen Hilfsangeboten, Prävention und Entkriminalisierung reduzieren.
• Sozialleistungen armutsfest, sanktionsfrei und automatisch gewähren, ergänzt durch eine landesweite SozialCard für Bildung, Kultur und Freizeit.
Unser Kampf für einen bezahlbaren Alltag
Ein zentrales Feld unserer Politik ist die Bezahlbarkeit des Alltags der Saarländer:innen. Steigende Preise für Energie und Lebensmittel treffen Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders hart. Wir fordern deshalb spürbare Entlastungen und strukturelle Lösungen. Dazu gehört die Senkung oder Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel im Bund, damit der Staat nicht an der Inflation verdient. Doch auch im Land ist ein Neustart für Bezahlbarkeit dringend nötig.

02.10: Gute Versorgung vor Ort – Dorfläden und regionale Nahrungsmittelproduktion stärken

Für den ländlichen Raum setzen wir uns für den Aufbau öffentlich unterstützter Dorfläden ein, kommunal oder genossenschaftlich organisiert, staatlich gefördert und sozial ausgerichtet. Diese sollen nicht nur eine verlässliche Grundversorgung sichern, sondern auch als soziale Treffpunkte dienen, etwa mit Postdiensten, Beratung und/oder Cafébetrieb, insbesondere auch als Treffpunkte für ältere Menschen. Das Land sollte zudem regionale Lebensmittelkooperativen und Genossenschaften mehr unterstützen, die Lebensmittel direkt von lokalen Produzent:innen beziehen, um Preise zu senken. Crowdfarming bietet die Chance, Landwirtschaft regional, transparent und solidarisch zu organisieren. Wir setzen uns dafür ein, Modelle gemeinschaftlich finanzierter Landwirtschaft gezielt zu fördern, etwa durch Anschubfinanzierungen, Beratungsangebote und die unbürokratische Bereitstellung öffentlicher Flächen. So stärken wir kleine und mittlere Betriebe, schaffen sichere Einkommen für Erzeuger:innen und ermöglichen den Verbraucher:innen direkten Zugang zu nachhaltigen, regionalen und bezahlbaren Lebensmitteln. Urban Gardening auch zum Zweck des Gemüse- und Kräuteranbaus ist auszubauen und verstärkt zu fördern und darf kein vereinzeltes Sommerevent sein. In Bildungseinrichtungen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene wie den Volkshochschulen kann durch mehr Kurse für saisonales Kochen zudem der Konsum mit regional produzierten Produkten nochmals zusätzlich unterstützt werden.

02.11: Nachbarschaftskantinen schaffen – Essen, Begegnung und Teilhabe für alle

Wir wollen in der kommenden Legislatur den Startschuss setzen im Saarland ein

landesweites Netz öffentlicher Nachbarschaftskantinen aufzubauen. Ziel ist es, gesunde und warme Mahlzeiten für alle bezahlbar zu machen und zugleich Orte der Begegnung in unseren Städten und Gemeinden zu stärken. In jedem Landkreis wollen wir schrittweise Nachbarschaftskantinen aufbauen, insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren und Kommunen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind. Die Umsetzung erfolgt in enger Kooperation mit den Kommunen: Bestehende Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser, Jugendzentren oder kommunale Kantinen können in das Programm integriert und gefördert werden. Darüber hinaus werden neue Standorte auf Grundlage klarer sozialer und qualitativer Kriterien ausgeschrieben. Das Land stellt hierfür ein dauerhaft finanziertes Förderprogramm bereit, während die Kommunen die lokale Verankerung und Trägerschaft sichern. Die Nachbarschaftskantinen bieten täglich frische, gesunde Mahlzeiten zu sozial gestaffelten Preisen an. Menschen mit geringem Einkommen zahlen nur einen stark reduzierten Betrag, für besonders Bedürftige sind kostenfreie Angebote vorgesehen. Dabei setzen wir auf regionale und möglichst ökologische Produkte aus dem Saarland. Nachbarschaftskantinen sind dabei mehr als Orte zum Essen: Sie sind soziale Treffpunkte gegen Einsamkeit, Plattformen für Austausch, Kultur und Beratung. So schaffen wir eine öffentliche Infrastruktur gegen Armut und Ausgrenzung. Solidarisch finanziert, kommunal getragen und für alle offen. Im Bereich der Bildungseinrichtungen entlasten wir die Familien im Saarland massiv durch ein kostenloses warmes Mittagessen in allen Kitas und Schulen.

02.12: Energie ist ein Grundrecht – Energiearmut verhindern

Energiearmut darf im Saarland keinen Platz haben und muss deshalb ein eigenständiger Schwerpunkt eines Landesaktionsplans gegen Armut sein. Für uns ist klar: Der Zugang zu Wasser, Strom, Gas und Wärme gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge, ist ein Grundrecht jedes Menschen und darf nicht einfach abgeschnitten werden! Versorgungssperren bei Zahlungsrückständen lehnen wir grundsätzlich ab. Stattdessen braucht es soziale Sicherungsmechanismen, die verhindern, dass Haushalte überhaupt in eine solche Lage geraten. Dazu zählen sozial gestaffelte Energietarife, bei denen ein existenzsichernder Grundbedarf an Strom und Wärme besonders günstig oder kostenfrei bereitgestellt wird, während übermäßiger Verbrauch stärker bepreist wird.
Zugleich muss das Saarland seine landespolitischen Spielräume nutzen, um gezielt zu entlasten: Durch ergänzende Zuschüsse zu Heiz- und Stromkosten für Haushalte mit geringem Einkommen, durch eine konsequente vollständige Kostenübernahme bei Sozialleistungsbeziehenden sowie durch eigene Landesprogramme zur Abfederung von Preissteigerungen. Flankierend sollen kostenlose Energieberatungen und Effizienzchecks helfen, Verbrauch zu senken und Kosten dauerhaft zu reduzieren.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 1 – Energieeffizienz finanzieren · Änderung in Z. 726 · Paket S. 24
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

dauerhaft zu reduzieren. Zusätzlich sollten Möglichkeiten gestärkt bzw. geschaffen werden, um auch unbürokratisch Energieeffizienzmaßnahmen zu finanzieren.

Ergänzend braucht es einen landesfinanzierten Härtefallfonds, der Kommunen in die Lage versetzt, Menschen in akuten Krisensituationen schnell und unbürokratisch zu unterstützen. Niemand im Saarland darf aus finanziellen Gründen in einer kalten Wohnung sitzen oder vom Strom abgeschnitten werden. Das Recht auf ständige Trinkwasserversorgung und eine angemessene Grundversorgung ist sogar bereits seit Jahrzehnten als UN-Menschenrecht verbrieft.

02.13: Öffentliche Daseinsvorsorge bezahlbar halten

Bezahlbarer Alltag bedeutet jedoch mehr als günstige Lebensmittel und Energiepreise. Auch Gebühren und Abgaben belasten viele Haushalte erheblich. Das Saarland muss deshalb seine landespolitischen Spielräume nutzen, um kommunale und landeseigene Gebühren sozial zu staffeln oder wenn möglich abzuschaffen . Dazu gehören insbesondere Kita- und Betreuungsgebühren, Verwaltungsgebühren, sowie Kosten für Weiterbildung und öffentliche Angebote. Das Land soll Kommunen finanziell so ausstatten, dass soziale Staffelungen bei Müll-, Wasser- oder Abwassergebühren möglich werden, ohne die Haushalte der Städte und Gemeinden weiter unter Druck zu setzen. Öffentliche Daseinsvorsorge darf kein Kostenrisiko sein, sondern muss für alle zugänglich bleiben.

02.14: Verbraucher:innen schützen – Beratung und Hilfe ausbauen

Ein weiterer Schwerpunkt für einen bezahlbaren Alltag ist der Schutz von Verbraucher:innen. Gerade in Zeiten steigender Preise und gesellschaftlicher Krisen geraten viele Menschen in Schuldenfallen, überteuerte Verträge oder intransparente Abrechnungen. Die Verbraucherzentrale im Saarland muss deshalb personell und finanziell gestärkt werden, damit Beratung flächendeckend und niedrigschwellig angeboten werden kann, und zwar dort wo die Menschen sind, die Beratung brauchen: In Schulen und Berufsschulen, in Betrieben oder in den Vereinsheimen. Das Land sollte zudem eine aktive Preisbeobachtung in zentralen Bereichen der Grundversorgung unterstützen und die Schuldner- sowie Insolvenzberatung ausbauen. Wer sich gegen widerrechtliche Praktiken wehren will, darf damit nicht allein gelassen werden. Schließlich ist Bürokratie selbst ein Preistreiber sozialer Ungleichheit. Komplizierte Antragsverfahren führen dazu, dass Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, nicht in Anspruch nehmen. Das Saarland muss deshalb auch Sozialleistungen einfacher, digital zugänglich und möglichst automatisch gewähren. Ein zentrales, verständliches Sozialportal, gebündelte Anlaufstellen und der Abbau unnötiger Nachweispflichten sind konkrete Schritte, um den Zugang zu Unterstützung zu erleichtern. Unterstützung darf niemals an Formularen und nicht verständlichem Beamtendeutsch scheitern. So wird der Alltag im Saarland wieder bezahlbarer. Nicht durch kurzfristige

Einmalzahlungen mit der Gießkanne, sondern durch strukturelle Entlastung, starke öffentliche Infrastruktur und eine Politik, die sich an den realen Lebensbedingungen der Menschen im Saarland orientiert.
Wir wollen:
• Lebensmittel durch Senkung der Mehrwertsteuer, öffentliche Dorfläden und Unterstützung regionaler Kooperativen bezahlbar machen. Start eines landesweiten Nachbarschaftskantinenprogramms und Garantie auf kostenfreies Kita- und Schulmittagessen.
• Energiearmut verhindern mit sozial gestaffelten Tarifen, Zuschüssen, Härtefallfonds, Energieberatung und Verbot von Gas - und Stromsperren.
• Gebühren und Abgaben sozial staffeln und Kommunen finanziell für faire Lösungen ausstatten.
• Verbraucherschutz stärken durch Ausbau der Verbraucherzentrale, Preisbeobachtung und Schuldnerberatung.
• Bürokratie abbauen und Sozialleistungen einfach, digital und automatisch zugänglich machen.

03: Wohnen

Ein Ort zum Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Es ist der Ort, an dem Menschen Sicherheit finden, sich zurückziehen und ausruhen können, sich ein Leben aufbauen. Und doch leben wir in einer Gesellschaft, in der man kaum noch richtig wohnen kann. Wohnraum ist zur Ware geworden, zum Anlageobjekt, zum Spekulationsfeld. Wer kein Eigentum besitzt, lebt oft in permanenter Unsicherheit. Und dennoch gilt: Jeder Mensch braucht ein festes Zuhause. Dieser Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Realität und menschlichem Grundbedürfnis bildet den Ausgangspunkt unserer Wohnungspolitik.

03.01: Die Mietenkrise stoppen – Wohnen dem Markt entziehen

Wir haben gezeigt und werden auch weiter beweisen: Wir sind die Partei der Mieter:innen! In Städten wie Saarbrücken steigen die Mieten seit Jahren, um über 20 % innerhalb weniger Jahre. Die Mieten steigen immer weiter und der soziale Wohnungsbau stagniert, während immer mehr Wohnungen in Eigentum umgewandelt oder spekulativ leer stehen und verrotten. Für viele Menschen ist das Zuhause längst finanzielle Belastung und Quelle permanenter Unsicherheit. Diese Krise ist kein Naturgesetz. Sie ist Ausdruck einer verfehlten Politik, die Wohnraum zur Ware macht und den Markt über das Gemeinwohl stellt. Die zentrale Ursache liegt noch tiefer: Die Wohnungsfrage ist im Kern eine Eigentumsfrage. Solange Grund und Boden dem privaten Profit untergeordnet bleiben, wird über ihre Nutzung nicht nach gesellschaftlichem Bedarf, sondern nach Verwertungslogik entschieden. Wohnraum wird gebaut, wenn er (möglichst hohe) Gewinne abwirft und nicht, wenn Menschen ihn brauchen. Die Folgen sind für alle sichtbar. Deshalb setzen wir uns für eine radikale Kehrtwende in der Wohnungspolitik ein. Das heißt: Weg vom Markt, hin zum Gemeinwohl. Wohnen muss als öffentliches Gemeingut organisiert werden!

03.02: Ein Masterplan Wohnen für das Saarland und eine starke Landesbaugesellschaft schaffen

Unsere Maßnahmen packen die Wohnungsfrage auf allen Ebenen an, auf denen sie

politisch entschieden wird: Kommunal, landesweit und bundespolitisch. Denn das Saarland hat nicht nur die Möglichkeit, sondern die Pflicht, den Wohnungsmarkt aktiv zu gestalten und den Ausverkauf unserer Städte und Gemeinden zu stoppen. Öffentlicher Raum, Boden und Wohnraum gehören in die Hände der vielen und nicht in die Portfolios einiger Weniger. Eine demokratische und soziale Wohnungspolitik bedeutet, Eigentum neu zu denken.

Deshalb setzen wir uns für einen Masterplan Wohnen ein, mit dem Schwerpunkt auf der Schaffung neuer, sozialpreislich dauerhaft gebundener und ausdrücklich auch barrierefreier Sozialwohnungen in allen Kreisen und Kommunen. Der landesweite Masterplan soll kommunale Bedarfe systematisch erfassen, Neubau ten und Sanierungen koordinieren, soziale Wohnungspolitik verbindlich absichern und wird über eine neue Landesbaugesellschaft koordiniert und umgesetzt. Diese neu zu schaffende Landesbaugesellschaft ist der Schlüssel, um Wohnungsnot dauerhaft und systematisch zu bekämpfen. Dafür kann die bestehende WOGE Saar zu einer echten Landesbaugesellschaft umgewandelt werden. Damit würde eine bestehende Struktur genutzt und gleichzeitig ihr Mandat erweitert, sodass sie aktiv öffentliche Neubauprojekte umsetzt, sozialen und barrierefreien Wohnraum schafft und landesweit als zentrale Koordinierungsstelle für eine nachhaltige Wohnungspolitik fungiert. Die Landesbaugesellschaft baut, saniert und bewirtschaftet Wohnraum landesweit, unterstützt die kommunalen Baugesellschaften und setzt verbindliche Sozial - und Mietstandards durch. Sie soll vor allem gestoppte Projekte übernehmen beziehungsweise als Endinvestorin auftreten und damit auch Vorhaben von Genossenschaften oder ihren Verbundunternehmen wirtschaftlich möglich machen. Die Landesbaugesellschaft soll auch gerade dort aktiv werden, wo weder Genossenschaften noch kommunale Wohnungsunternehmen bezahlbaren Wohnraum anbieten können.

Durch langfristige öffentliche Finanzierung, eine aktive Grundstückspolitik des Landes und enge Kooperation mit Städten und Gemeinden entsteht so Wohnraum, der dauerhaft bezahlbar bleibt. Alle Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau müssen dabei unverzüglich und vollständig an die Baugesellschaft und die Kommunen weitergeleitet werden, um Planungssicherheit und tatsächliche Bauaktivität zu gewährleisten. Die Landesbaugesellschaft wirkt eng mit dem Landesaktionsplan gegen Armut zusammen und baut und saniert gezielt dort, wo soziale Not besonders groß ist. Dazu gehört auch die Schaffung von Wohnungen für wohnungslose Menschen sowie der Erhalt und Ausbau von Notschlaf-, Übernachtungs- und Tageseinrichtungen für Wohnungslose.

03.03: Bezahlbaren Wohnraum dauerhaft sichern

Um die Wohnraumversorgung langfristig gerecht und zukunftsfähig zu gestalten, müssen zusätzliche verbindliche Maßnahmen umgesetzt werden: Die Sozialbauquote soll auf 40 % erhöht werden und auch bei energetischen Sanierungen eingehalten werden. Sozialwohnungen dürfen ihre Bindung nicht verlieren – Einmal Sozialwohnung heißt immer Sozialwohnung! Wir wollen dafür die Sozialpreisbindung im Saarland nach dem Vorbild von Wien gestalten. Das heißt: Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gebaut oder gefördert werden, bleiben dauerhaft bezahlbar und unterliegen einer langfristigen Mietpreisbindung. Mieten sollen sich an den tatsächlichen Kosten und den Einkommen der Menschen orientieren und nicht am Markt. So schaffen wir dauerhaft

bezahlbaren Wohnraum, verhindern Verdrängung und sichern Wohnen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge im Saarland.
Wohngemeinnützigkeit ist konsequent auszubauen, damit öffentliche Förderung dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schafft. Kommunale Baugesellschaften und Genossenschaften sind zu stärken und bei Bedarf neu zu gründen, um lokale Verantwortung für Wohnraum zu sichern. Die Saarländische Investitionskreditbank (SIKB) soll hierfür zinsfreie Darlehen und Bürgschaften speziell für genossenschaftliche Wohnprojekte bereitstellen. So können auch neue Wohnungsgenossenschaften gegründet und gemeinschaftliche Wohnformen erleichtert werden, ohne dass diese an hohen Finanzierungskosten scheitern.

03.04: Spekulation und Mietwucher konsequent bekämpfen

Schlechte Vermieter:innen müssen über einen Vermieter-TÜV und ähnliche Instrumente sanktioniert werden. Index- und Staffelmieten sollen verboten werden, um automatische Mietsteigerungen zu verhindern. Ein Grund- und Bodenfonds sowie Erbpachtmodelle sollen die Kontrolle über Flächen sichern und Bodenspekulation eindämmen. Mischbebauungen mit Gewerbe und Wohnungen sollen gefördert, heterogene Wohngebiete geschaffen und Anti-Gentrifizierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Neubauten und Sanierungen müssen klimafreundlich geplant werden, erneuerbare Energien konsequent integriert und fossile Energiequellen dabei ersetzt werden. Wir werden das Geschäft mit illegalen Ferienwohnungen beenden und setzen uns für ein landesweites Verbot von Ferienwohnungen in Wohnhäusern ein. Mit Hilfe digitaler Tools soll es den Behörden einfacher gemacht werden, illegale Angebote zu finden, zu unterbinden und Wohnraum wieder als Wohnraum zur Verfügung zu stellen.
Mit uns gib es zudem die dringende Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft Mietwucher, die gezielt gegen überhöhte Mieten, illegale Betriebskostenabrechnungen und Ausbeutung auf dem Wohnungsmarkt vorgeht. Mieter:innen sollen effektiven Schutz vor Abzocke und Druck durch Vermieter:innen erhalten. Die Staatsanwaltschaft soll eng mit Verbraucher- und Mieter:innenorganisationen zusammenarbeiten, Verstöße konsequent verfolgen und die Durchsetzung der bestehenden Mietgesetze stärken. Damit schafft das Saarland Rechtssicherheit, entlastet betroffene Haushalte und setzt ein klares Signal gegen rücksichtsloses Profitstreben auf dem Wohnungsmarkt . Wir wollen zusätzlich vom Land finanzierte Fachstellen für Mietendenberatung bei den kommunalen Ordnungsämtern schaffen. Sie sollen Mieter niedrigschwellig und kostenlos bei Fragen zu Miethöhe, Betriebskostenabrechnungen, Kündigungen, Modernisierungen und anderen Konflikten mit Vermieter unterstützen. Gleichzeitig sollen die Fachstellen Hinweise auf mögliche Rechtsverstöße systematisch erfassen und an die zuständigen Behörden weiterleiten. So wird aus Beratung auch wirksamer Mieterschutz: Probleme sollen erkannt und verfolgt werden, bevor Betroffene allein auf langwierige zivilrechtliche Verfahren angewiesen sind.
Die von der saarländischen Landesregierung inzwischen eingerichtete Task Force gegen Schrottimmobilien und kriminelle Vermietung geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Sie soll zunächst insbesondere in Saarbrücken -Burbach, Neunkirchen und Völklingen ansetzen und Maßnahmen gegen problematische Immobilien und ausbeuterische Vermietungsstrukturen bündeln. Dieser Schritt kommt allerdings spät und darf nicht bei einzelnen Task-Force-Einsätzen stehen bleiben. Wir wollen die dort

gewonnenen Erfahrungen in eine dauerhafte Struktur überführen und die Kommunen personell, rechtlich und technisch so ausstatten, dass sie dauerhaft gegen Mietwucher, Überbelegung, Verwahrlosung, illegale Vermietung und Zweckentfremdung vorgehen können. Dafür braucht es feste Zuständigkeiten, ausreichend Personal, gemeinsame Daten- und Ermittlungsstrukturen sowie verbindliche Zusammenarbeit von Ordnungsämtern, Bau- und Wohnungsaufsicht, Finanzbehörden, Polizei und Justiz. Gleichzeitig müssen Zweckentfremdungsverbote verschärft werden, um Leerstand und spekulative Nutzung von Wohnraum zu unterbinden und eine Leerstandssteuer eingeführt werden.

03.05: Bodenpolitik neu ausrichten – Rekommunalisierung ermöglichen

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land eine Verordnung für angespannten Wohnungsmarkt erlässt, um eine wirksame Mietpreisbremse für die Städte zu ermöglichen und Mieter:innen vor überhöhten Mieten zu schützen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Unterstützung von Gemeinden bei der Rekommunalisierung von Immobilien und Grundstücken. Durch einen speziellen Rekommunalisierungsfonds sollen Städte und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, Wohnraum in die öffentliche Hand zurückzuführen und so dauerhaft bezahlbare Wohnungen zu sichern.
Nach unserem Plan bedeutet Rekommunalisierung, dass Städte und Gemeinden Wohnungen oder Grundstücke von privaten Eigentümern zurückkaufen oder ihr Vorkaufsrecht nutzen, um sie in öffentliches Eigentum zu überführen. Die Bestände werden anschließend von kommunalen oder gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen verwaltet oder an Genossenschaften und Syndikate vergeben.
Gleichzeitig gibt es im Saarland eine große Anzahl an Menschen, die auch mit kleinem und mittlerem Einkommen im Eigenheim wohnen. Diese können sich aufwendige Sanierungen nicht leisten, während die Energiekosten davon galoppieren. Das Land soll daher speziell auch die Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen bei der Sanierung des Wohneigentums fördern und bspw. durch Kreditbürgschaften unterstützen.

03.06: Klimagerecht sanieren ohne Verdrängung

Ein weiterer zentraler Baustein einer sozialen und ökologischen Wohnungspolitik ist die energetische Sanierung des Gebäudebestands. Der Gebäudesektor verursacht noch immer einen großen Teil der Treibhausgasemissionen. Energetische Sanierungen sind notwendig, dürfen aber nicht zu höheren Mieten und zusätzlichen Belastungen für Mieter:innen führen.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 2 – Klimaanpassung bei Sanierung · Änderung in Z. 948–952 · Paket S. 24
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Ein weiterer zentraler Baustein einer sozialen und ökologischen Wohnungspolitik ist die energetische Sanierung des ~~Gebäudebestands.~~ Gebäudebestands und dessen Anpassung an Klimawandelfolgen. Der Gebäudesektor verursacht noch immer einen großen Teil der Treibhausgasemissionen. Energetische ~~Sanierungen~~ Sanierungen, ebenso wie ein verbesserter Hitzeschutz und Vorsorge vor Extremwetterereignissen, sind notwendig, dürfen aber nicht zu

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 2 – Klimaanpassung bei Sanierung · Änderung in Z. 948–952 · Paket S. 24
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

höheren Mieten und zusätzlichen Belastungen für Mieter:innen führen.

Heute ist es häufig so, dass die Heizkostenersparnis deutlich geringer ausfällt als die Kosten der Sanierungsmaßnahmen, die über Mieten oder Nebenkosten weitergegeben werden. Diese Finanzierungslücke muss durch deutlich stärkere öffentliche Förderung von Bund und Land geschlossen werden. Unser Ziel ist ein flächendeckend klimaneutraler Gebäudebestand, der ohne fossile Energien auskommt. Neubauten sollen konsequenter auf energieeffiziente Bauweisen, gute nachhaltige Dämmung mit Steinwolle, Perlit und Blähton und erneuerbare Energiegewinnung z.B. durch mehr Solarflächen für Heizung und Warmwasser setzen.

Ä004 · Änderung Kapitel 03.06 Klimagerecht sanieren ohne Verdrängung L001-Leitantrag Landtagswahlprogramm 2027
LAG Wohnraum für alle
Änderung in Z. 957–959 · Paket S. 5
Nicht übernommen

Neubauten sollen konsequenter auf energieeffiziente ~~Bauweisen, gute~~ und nachhaltige ~~Dämmung mit Steinwolle, Perlit und Blähton~~ Bauweise und erneuerbare Energiegewinnung ~~z.B. durch mehr Solarflächen für Heizung~~ setzen. Das Ziel ist die Absenkung der Treibhausgasemissionen über den kompletten Lebenszyklus. Hierbei wird der Fokus nicht nur auf den Betrieb, sondern auch Bau und ~~Warmwasser setzen.~~ Recycling gesetzt.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 3 – Einkommensabhängige Förderung und Neubauten · Änderung in Z. 954–959 · Paket S. 24–25
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Diese Finanzierungslücke ~~muss~~ muss, zielgruppenspezifisch und angepasst an das jeweilige Haushaltseinkommen, durch deutlich stärkere öffentliche Förderung von Bund und Land geschlossen werden. Unser Ziel ist ein flächendeckend klimaneutraler Gebäudebestand, der ohne fossile Energien auskommt. Neubauten sollen konsequenter sowie klimawandelangepasster auf energieeffiziente Bauweisen, gute nachhaltige Dämmung mit Steinwolle, Perlit und Blähton und erneuerbare Energiegewinnung z.B. durch mehr Solarflächen für Heizung und Warmwasser setzen.

Gleichzeitig muss die Sanierung von Altbauten im Saarland massiv vorangetrieben werden, denn gerade hier liegen die größten Einsparpotenziale, auch wenn diese Sanierungen oft besonders hohe Kosten verursachen. Öffentliche Förderprogramme müssen also so ausgestaltet werden, dass Eigentümer:innen zum Sanieren motiviert werden, ohne dass die Kosten auf die Mieter:innen abgewälzt werden.

Ä003 · Ergänzung Kapitel 03.06 Klimagerecht sanieren ohne Verdrängung L001-Leitantrag Landtagswahlprogramm 2027
LAG Wohnraum für alle
Änderung in Z. 964 · Paket S. 4
Sinngemäß übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

abgewälzt werden. Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen energetischer Sanierungen sind gut informierte Gebäudeeigentümer und ein Handwerk, das bei der Entwicklung neuer Technologien und Verfahren gezielt unterstützt wird. Wir setzen uns deshalb für eine breit angelegte Informationskampagne und kostenfreie Beratungsangebote zu energetischen Sanierungen und den verfügbaren Fördermöglichkeiten ein. Gleichzeitig wollen wir die Fort- und Weiterbildung im Handwerk stärken und fördern, damit Handwerksbetriebe die technischen Entwicklungen aktiv mitgestalten und ihren Kunden zeitgemäße Lösungen anbieten können.

Um zu zeigen, wie soziale und klimafreundliche Sanierung konkret funktionieren kann, wollen wir im Saarland eine Modellsiedlung für klimaneutrales und bezahlbares Wohnen auf den Weg bringen. Dort sollen innovative Bauweisen, moderne Dämmkonzepte, erneuerbare Heizsysteme und sozial verträgliche Mietmodelle zusammengeführt werden. Diese Siedlung soll als Vorbild für die energetische Transformation des Wohnungsbestands im ganzen Land dienen.

03.07: Wohngeld vereinfachen und schneller auszahlen

Die Zahl der Wohngeld-Anträge ist massiv gestiegen, gleichzeitig erhalten viele Anspruchsberechtigte die Leistung nicht. Komplizierte Antragsverfahren, lange Bearbeitungszeiten und umfangreiche Nachweispflichten führen dazu, dass viele Menschen ihre Ansprüche gar nicht erst geltend machen oder monatelang auf Unterstützung warten. Hinzu kommt, dass Wohngeld für viele Betroffene mit Scham verbunden ist und deshalb trotz bestehendem Anspruch nicht beantragt wird. Wir setzen uns daher dafür ein, das Wohngeldverfahren deutlich zu vereinfachen, Anträge spätestens nach sechs Wochen zu bearbeiten und unnötige Kriterien zu streichen. Wohngeld bleibt wichtig, ersetzt aber nicht die Notwendigkeit für gedeckelte Mieten, den gezielten Ausbau von bezahlbarem Wohnraum und einer Lösung der Grundeigentumsfrage.

03.08: Gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft ausbilden

Für das Saarland wollen wir die Wohnungswirtschaft ganz klar am Gemeinwohl ausrichten. Dafür braucht es mehr gut ausgebildete Fachkräfte, die wissen, wie eine gemeinnützige Wohnungs- und Immobilienwirtschaft funktioniert. Bislang werden an Universitäten und Hochschulen überwiegend Inhalte der profitorientierten Immobilienwirtschaft vermittelt. Deshalb wollen wir im Saarland ein Institut sowie einen neuen Studiengang für gemeinnützige Wohnungswirtschaft aufbauen. Gemeinsam mit der Modellsiedlung für ökologisches und bezahlbares Wohnen soll ein Ort entstehen, an dem innovative Konzepte praktisch erprobt und wissenschaftlich begleitet werden. Gleichzeitig wollen wir Saarbrücken als attraktiven Studienstandort für diesen Bereich etablieren und gezielt Studierende gewinnen, die später in landeseigenen, genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten

Wohnungsunternehmen arbeiten. Ziel ist es diese auch zu halten und so langfristig eine soziale und nachhaltige Wohnraumversorgung zu stärken.

03.09: Zwangsräumungen verhindern – Wohnen sichern

Und: Mit der Linken im Saarland wird es umgehend einen landesweiten Räumungsstopp bei Mietrückständen geben. Niemand darf seine Wohnung verlieren, weil Mieten steigen und Einkommen nicht mithalten – Wohnen ist ein Grundrecht. Das Land wird alle ihm zur Verfügung stehenden Weisungs-, Finanzierungs- und Ermessensspielräume ausschöpfen, damit Zwangsräumungen wegen Mietrückständen nicht mehr vollzogen werden. Dazu gehören ein Sofortfonds zur Übernahme von Mietschulden, verbindliche Vereinbarungen mit Kommunen und Wohnungsunternehmen sowie die Anweisung an alle Landesstellen, jede Räumung nach Möglichkeit abzuwenden. Parallel bringen wir ein Landesgesetz auf den Weg, das den Schutz vor Wohnungsverlust dauerhaft absichert.
Wir wollen:
• Den Aufbau einer starken landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft , die dauerhaft gebundenen, gemeinwohlorientierten und barrierefreien Wohnraum nach dem Wiener Modell schafft, Kommunen und Kreise unterstützt und verbindliche Sozial- und Mietstandards durchsetzt.
• Den massiven Ausbau von sozialem, klimaneutralem und gemeinnützigem Wohnungsbau in öffentlicher, kommunaler und genossenschaftlicher Trägerschaft, einschließlich einer besseren Förderung von Bau- und Mietgenossenschaften sowie einer Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus.
• Klare Eingriffe gegen Spekulation, überteuerte Mieten und Verdrängung , darunter eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Mietwucher, ein Zweckentfremdungsverbot gegen Leerstand und spekulative Nutzung sowie ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen.
• Eine aktive Boden- und Sozialpolitik, die es Städten und Gemeinden ermöglicht, Boden und Wohnraum zu sichern, zu kaufen, zu behalten oder zu rekommunalisieren, sowie die Übernahme der vollen, tatsächlichen und angemessenen Mietkosten für Sozialleistungsbeziehende . Die Richtlinien der Kosten der Unterkunft müssen dabei konsequent am jeweiligen kommunalen Mietspiegel ausgerichtet werden.
• Den vollen Einsatz für einen bundesweiten Mietendeckel, um Mieten wirksam zu begrenzen und Mieter:innen sofort zu entlasten.

04: Bildung und Wissenschaft

Im Saarland hängt der Bildungserfolg noch immer sehr stark von der sozialen Herkunft ab. Der Nationale Bildungsbericht 2026 kommt zu dem Ergebnis, dass das Saarland auch bundesweit besonders stark von Bildungsungleichheit aufgrund sozialer Herkunft betroffen ist. Kinder aus wohlhabenden Familien haben viel bessere Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse als Kinder aus prekären sozialen Verhältnissen. Gleichzeitig zerbröckeln unsere Schulen und Hochschulen, Personal fehlt an allen Ecken und Enden. Das muss sich endlich ändern! Wir setzen uns deshalb für ein Ende dieser Bildungskrise ein, um endlich Bildungserfolg unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu garantieren.
Ein Grundprinzip davon: Bildung muss gebührenfrei sein, und zwar von der Kita bis zum Master!

04.01: Die Ziele gelingender Bildung

Unser Bildungssystem soll nicht in erster Linie eine Fabrik zur Produktion neuer Fachkräfte sein, sondern ein Ort der Erziehung zur Mündigkeit. Wir setzen auf ein Bildungssystem, das Persönlichkeitsentwicklung, kritisches Denken und soziale und ökologische Verantwortung in den Mittelpunkt stellt. Landespolitisch bedeutet das, dass Kinder, Jugendliche und Studierende lernen, Gesellschaft kritisch zu verstehen, Normen zu hinterfragen und eigenständig zu handeln. Um dies zu erreichen, braucht es freie und reflexive Curricula, die Raum für Ethik, politische Bildung, kulturelle Bildung und interdisziplinäres Denken bieten, sowie pädagogische Fachkräfte, die gezielt kritisches Denken, Empathie und demokratische Kompetenzen fördern können. Lernen nach individuellen Interessen soll Schritt für Schritt mehr Vorrang erhalten.
Zur Erziehung zur Mündigkeit gehört auch, Kindern, Jugendlichen und Studierenden Zeit und Raum für eigene Erfahrungen, persönliche Entwicklung und selbstbestimmtes Lernen zu geben. Mündigkeit entsteht nicht unter dauerhaftem Leistungs- und Anpassungsdruck, sondern durch die Möglichkeit, Interessen zu entdecken, Fehler zu machen, Beziehungen zu gestalten und die eigene Rolle in der Gesellschaft zu reflektieren. Beteiligung und Mitbestimmung auf allen Ebenen, von Schulprojekten bis zur Campusgestaltung, ermöglichen, dass Lernende demokratisches Handeln praktisch erfahren. Beteiligung und Mitbestimmung auf allen Ebenen ermöglichen es, demokratisches Handeln praktisch zu erfahren. Das schließt ausdrücklich auch echte demokratische Partizipation von Schüler:innen und Jugendlichen innerhalb von Bildungseinrichtungen ein, etwa durch starke Schüler:innenvertretungen mit echten Kompetenzen.
Dafür sollen SVen ein eigenes, gesichertes Budget sowie feste Zeit- und Raumressourcen an jeder Schule erhalten. Partizipation muss systematisch im Schulalltag verankert werden, etwa durch feste Beteiligungsformate im Unterricht und klare Mitwirkungsstrukturen für alle Jahrgangsstufen. Ergänzend braucht es eine landesweite Unterstützung für Schüler:innenvertretungen mit verbindlichen Schulungsangeboten und Freistellungsregelungen, damit Mitbestimmung nicht vom Engagement einzelner Schulen abhängt, sondern überall möglich ist. Im Land wird zudem eine Monitoringstelle eingerichtet, die die Umsetzung der schulischen Mitbestimmung von Schüler:innen gemäß Schulmitbestimmungsgesetz fördert und überwacht.
Bildung muss immer sozial gestaltet werden: Förderung muss gesichert, Ressourcen gezielt in benachteiligte Regionen gelenkt und Barrieren abgebaut werden, damit kritische Mündigkeit für alle zugänglich ist. Hier ist das Land ebenso in der Pflicht wie die Schulträger. Praxisorientiertes Lernen, Projekte, Experimente und demokratische Beteiligung verbinden Theorie mit Erfahrung und machen Bildung lebendig und wirksam.
Psychische Belastungen gehören inzwischen für viele Schüler:innen und Studierende zum Bildungsalltag. Leistungsdruck, Prüfungsstress, Zukunftsängste und soziale Unsicherheiten führen zunehmend zu Erschöpfung, Überforderung und psychischen Erkrankungen. Ein Bildungssystem, das Menschen vor allem nach Leistung, Konkurrenzfähigkeit und Verwertbarkeit bewertet, setzt viele junge Menschen unter dauerhaften Druck. Die Erziehung zur Mündigkeit erfordert daher, psychische Belastungen nicht als individuelles Problem zu betrachten, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen in den Blick zu nehmen, die Überforderung und Ausgrenzung hervorbringen.

Hier gibt es bereits beispielsweise in der neuen Gemeinschaftsschulverordnung richtige Ansätze die weiter vorangetrieben und realisiert werden sollen. Die daraus resultierenden Konzepte bilden den Rahmen für alle weiteren Maßnahmen: In Kitas, Schulen und Hochschulen, bei der digitalen Ausstattung, beim Ganztagsausbau, der Förderung von Sprach- und Medienkompetenz oder der Modernisierung der Infrastruktur. Schulen sollten Lernorte sein, an denen sich unsere Kinder und Jugendliche frei und unabhängig entwickeln können. Wir lehnen daher Einflussnahme von profitorientierten Verbänden, Organisationen, Lobbygruppen und Unternehmen im Unterricht ab. Die Bundeswehr hat genauso wenig an unseren Schulen zu suchen wie Firmenvertreter. Gesponserte Unterrichtsmaterialien, mit deren Hilfe Lobbyisten Stimmung machen wollen, müssen verboten werden. Es wird eine Landesmonitoringstelle zur Sicherung der Bildungsmaterialien eingeführt. Diese unabhängige Stelle kontrolliert, welche Inhalte beschafft werden, z.B. um Lobbyismus vorzubeugen. Jede Maßnahme dient nur dann ihrem Zweck, wenn sie eine Erziehung zur Mündigkeit konsequent unterstützt. Zivilgesellschaftliche Akteure, Gewerkschaften und Elternverbände dürfen und sollen hingegen auch durchaus stärker ihre Ansätze und ihr Wissen in den saarländischen Schulen vermitteln können.
Die Landesbildungsoffensive die wir dazu fordern, ist ein umfassendes bildungspolitisches Programm des Landes, das Bildungsmaßnahmen ganzheitlich plant, koordiniert, umsetzt und regelmäßig überprüft, von der frühkindlichen Bildung über Schule und Ausbildung bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Dazu muss eine offene Diskussion über eine effizientere Organisation der Schulträgerschaft im Saarland geführt werden, insbesondere ob es hier Sinn macht eine landesweite Schulträgergesellschaft zur Bündelung der entsprechenden Aufgaben zu schaffen. Ziel ist es pädagogische Ziele wie Mündigkeit, Chancengerechtigkeit und demokratische Bildung mit klaren Qualitätsstandards und kontinuierlicher Evaluation besser zu verbinden, um Bildungspolitik langfristig wirksam und sozial zu gestalten.

04.02: Individuelles Monitoring für echte pädagogische Qualität

Bildung ist mehr als Noten, Rankings oder standardisierte Tests. Sie ist ein komplexer, lebendiger Prozess, der von den Fachkräften in Kitas, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen gestaltet wird. Kinder und Jugendliche bringen unterschiedliche Voraussetzungen, Interessen und Bedürfnisse mit, und sie lassen sich nicht auf Zahlen reduzieren. Wir grenzen uns deshalb klar vom Hamburger Modell ab, das stark auf jährliche Kennzahlen, Rankings und Vergleichswerte setzt. Solche starren Messungen erfassen weder die pädagogische Qualität noch die Lernentwicklung von Schüler:innen angemessen und erzeugen oft unnötigen Druck auf Lehrkräfte und Lernende. Stattdessen wollen wir ein freiwilliges, individuell angepasstes Bildungsmonitoring einführen, das pädagogisches Fachpersonal gezielt unterstützt. Nicht als Kontrollinstrument, sondern als praktisches Hilfsmittel: Stärken sichtbar machen, Herausforderungen erkennen, innovative Ansätze erproben und die eigene Arbeit reflektieren. Dazu sollen nicht Behörden kontrollieren, sondern vor allem den Fachkräften an den Schulen mehr Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden um genug Raum zur Reflektion und Weiterentwicklung der eigenen Praxis zu erhalten. So können Fachkräfte ihre pädagogische Qualität kontinuierlich verbessern, praxisnah und ohne bürokratischen Ballast. Das Ziel ist klar: Wir wollen Fachkräfte befähigen und entlasten, nicht überwachen. Bildungspolitik muss die Profis vor Ort unterstützen,

damit alle Kinder und Jugendlichen echte Chancen auf individuelle Förderung und gelingendes Lernen haben.
Wir wollen:
• Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master und gleiche Bildungschancen für alle – unabhängig von der sozialen Herkunft.
• Schulen und Hochschulen zu Orten kritischer Mündigkeit machen, in denen kritisches Denken, Demokratiebildung, Persönlichkeitsentwicklung und selbstbestimmtes Lernen im Mittelpunkt stehen.
• Echte Mitbestimmung von Schüler:innen durch starke Schüler:innenvertretungen, eigene Budgets, verbindliche Beteiligungsrechte und eine landesweite Monitoringstelle stärken.
• Mit einer Landesbildungsoffensive Bildunsgeinrichtungen modernisieren, ausreichend Personal gewinnen, benachteiligte Regionen gezielt fördern und Bildung langfristig besser koordinieren.
• Pädagogische Qualität durch ein freiwilliges, unterstützendes Bildungsmonitoring verbessern, das Fachkräfte stärkt, individuelle Förderung ermöglicht und auf Rankings sowie unnötigen Leistungsdruck verzichtet.

04.03: Beste Kitas für das Saarland

Die Landesbildungsoffensive beginnt dort, wo Bildungsungleichheit entsteht: In der frühen Kindheit. Im Saarland hängt der Bildungserfolg stark vom sozialen Hintergrund ab und zu oft entscheidet bereits der Zugang zu guter Kinderbetreuung über spätere Chancen. Deshalb begreift die Landesbildungsoffensive frühkindliche Bildung als öffentliche Aufgabe und als zentrale Säule sozialer Politik. Grundlage ist ein flächendeckendes, wohnortnahes Angebot an Kitas und Krippen mit höchsten Qualitätsstandards, die den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch wirklich realisiert. Dafür braucht es den konsequenten Ausbau bestehender Einrichtungen, neue Kita-Plätze durch Neubauten und Erweiterungen sowie eine verlässliche Planungssicherheit für Träger und Kommunen.
Mindestens ein verpflichtendes Kita-Jahr für alle Kinder ist wichtig, weil es allen Kindern gleiche Möglichkeiten auf Bildung, Förderung und soziale Teilhabe bietet, unabhängig von Herkunft oder Einkommen der Eltern. Es stärkt die frühkindliche Entwicklung, unterstützt Sprach- und Sozialkompetenzen und bereitet Kinder besser auf die Schule vor. Gleichzeitig entlastet es Familien, indem Betreuung verlässlich und flächendeckend gesichert ist.
Ein kostenloses, gesundes und warmes Mittagessen in allen Kitas ist für uns eine zentrale Frage der sozialen Entlastung. Kein Kind darf aus finanziellen Gründen von einer gemeinsamen Mahlzeit ausgeschlossen werden. Gleichzeitig entlasten wir Familien spürbar in einer Zeit steigender Lebenshaltungskosten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass jedes Kind in einer saarländischen Kita täglich ein kostenfreies, ausgewogenes und warmes Mittagessen erhält. Das stärkt zudem die Gesundheit der Kinder und unterstützt das soziale Miteinander. Mit dieser Maßnahme entlasten wir Eltern um mehrere hundert Euro pro Jahr und sorgen dafür, dass gute Ernährung nicht vom Geldbeutel abhängt. Das Land soll die Kommunen und Kita-Träger bei der Finanzierung zuverlässig unterstützen, damit ein hoher Qualitätsstandard sichergestellt wird.
Frühkindliche Bildung muss für alle Kinder zugänglich sein – unabhängig von

körperlichen, geistigen oder sozialen Voraussetzungen. Barrierefreiheit in Kitas darf nicht nur auf die unbedingt erforderlichen baulichen Maßnahmen reduziert werden. Ebenso grundlegend ist die sprachliche Barrierefreiheit. Kinder bringen unterschiedliche sprachliche Gegebenheiten mit, die es zu berücksichtigen und wertzuschätzen gilt. Unterstützte Kommunikation (UK) spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie sollte im Sinne der Inklusion nicht nur punktuell in der Kita und Schule eingesetzt werden, sondern in allen Lebensräumen des Kindes präsent sein. In der Praxis bedeutet dies, dass einheitliche Symbole, Gebärden oder Kommunikationshilfen konsequent im Alltag verwendetet werden.
Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für Kinder und Beschäftigte verbessert werden: Kleinere Gruppen, stabile Betreuungsschlüssel, ausreichend Zeit für Bildungs-, Förder- und Beziehungsarbeit sowie gute Arbeitsbedingungen für pädagogisches Fachpersonal. Im Rahmen der Landesbildungsoffensive setzen wir uns für die vollständige und langfristig gesicherte Beitragsfreiheit aller Kitajahre ein, von der Krippe bis zum Schuleintritt. Gebühren in der frühkindlichen Bildung verstärken soziale Ungleichheiten und belasten Familien finanziell. Gute Bildung von Anfang an darf kein Privileg sein, sondern muss solidarisch finanziert werden, ohne Abstriche bei Qualität und Personal.
Trotz des Ausbaus von Betreuungsplätzen bleibt der Personalmangel in saarländischen Kitas dramatisch: Nur rund fünf Prozent der Einrichtungen erreichen die fachlich empfohlenen Personalschlüssel, die Betreuungsrelationen liegen vielfach deutlich darunter und belasten sowohl die Qualität der frühkindlichen Bildung als auch die Beschäftigten. Für einen kindgerechten Personalschlüssel wären laut Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Saarland insgesamt mehrere tausend zusätzliche Fachkräfte notwendig, dazu mehr Zeit für Leitungs- und Bildungsarbeit sowie gute Arbeits- und Rahmenbedingungen. Deshalb fordern wir eine umfassende Fachkräfteoffensive für Kitas, die umfasst: Den bedarfsgerechten Aufbau von Ausbildungs- und Beschäftigungsstellen, die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und mehr sozialpädagogische Lehrkräfte an den Schulen der Erzieher:innen-Ausbildung; eine verbesserte Bezahlung, planbare Arbeitszeiten, Entlastung durch hauswirtschaftliche und administrative Mitarbeitende sowie bezahlte Vor- und Nachbereitungszeiten; verbindliche kindgerechte Personalschlüssel (z. B. 1:2 für Unter-Einjährige, 1:3 für Unter-Dreijährige, 1:7,5 für über Dreijährige) und ein klares Fort- und Weiterbildungs- sowie Fachberatungsrecht für alle Beschäftigten. Nur so wird eine frühkindliche Bildung möglich, die den Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen Platz realisiert, Arbeitsbelastungen reduziert und gute Rahmenbedingungen für Kinder, Familien und Beschäftigte schafft.
Zur frühkindlichen Bildung gehört jedoch mehr als Betreuung. Kinder brauchen sichere, anregende Räume zum Spielen, Lernen und Entdecken. Es braucht qualitativ besser ausgestattete, anregende Räume, in denen Kinder sicher spielen, lernen und sich entwickeln können. Kitas müssen daher nicht nur baulich robust und funktional sein, sondern auch über altersgerechte Ausstattung, Bewegungs - und Erfahrungsräume sowie Räume für Ruhe und kreatives Spiel verfügen, damit pädagogische Arbeit gelingen kann. Die Landesbildungsoffensive verknüpft unsere Kitas dabei bewusst mit Sozial-, Familien- und Strukturpolitik. Sie unterstützt Kommunen gezielt, gleicht regionale Unterschiede aus und sorgt dafür, dass gerade in benachteiligten Stadtteilen und ländlichen Räumen verlässliche und hochwertige Angebote entstehen. So wird

frühkindliche Bildung zum Fundament für Bildungsteilhabe und eine solidarische Gesellschaft im Saarland.
Um Kindern einen erfolgreichen Übergang in die Schule zu ermöglichen, muss die Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen sowie den weiterführenden Schulen verbindlich gestärkt werden. Der Übergang darf kein Bruch, sondern muss als Teil einer kontinuierlichen Bildungsbiografie verstanden werden. Diese Zeit ist für Familien besonders und soll als diese auch zelebriert und unterstützt werden, wie auch vom Bildungsprogramm empfohlen. Dafür setzen wir auf konkrete, niedrigschwellige Maßnahmen, wie die Einführung fester Ansprechpersonen. Jede Kita und jede Grundschule sollten eine verantwortliche Person für den Übergang benennen, um Kommunikation zu bündeln und kontinuierlich zu sichern. Auch sollen Finanzen bereitgestellt werden, um ein Übergangnetzwerk zu ermöglichen und die Arbeit somit auch für Fachkräfte möglichst niedrigschwellig umsetzen zu können.
Im Rahmen der Arbeit in Kindertageseinrichtungen ist Partizipation gesetzlich verankert. Nach § 45 SGB VIII sind Kitas verpflichtet, über geeignete Beteiligungsverfahren für Kinder zu verfügen. Zentral ist die Entwicklung klarer Qualitätsstandards, die sicherstellen, dass Partizipation nicht nur formal besteht, sondern tatsächlich gelebt wird. Gleichzeitig sind ausreichende personelle und zeitliche Ressourcen verbindlich sicherzustellen, damit Fachkräfte Beteiligung im Alltag aktiv gestalten können. Ebenso sind verpflichtende Aus- und Weiterbildungangebote im Bereich der Partizipation. Auf Landesebene lässt sich Partizipation wirksam gestalten, indem Zugang, Verbindlichkeit und Kulturwandel systematisch zusammengedacht werden: Dazu müssen zunächst Zugangshürden konsequent abgebaut werden, etwa durch verpflichtende mehrsprachige Informationsangebote, Dolmetscher:innenstrukturen und niedrigschwellige Beteiligungsformate, damit wirklich alle Familien teilnehmen können. Parallel dazu braucht es eine verbindliche Evaluation.
Wir wollen:
• Dass alle Kitajahre langfristig beitragsfrei sein müssen – von der Krippe bis zum Schuleintritt. Das letzte Kitajahr soll für alle verpflichtend sein.
• Kostenloses warmes Mittagessen für alle Kinder in saarländischen Kitas.
• Ein flächendeckendes Netz wohnortnaher Kitas mit hohen Qualitätsstandards und echte Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz.
• Eine Fachkräfteoffensive, kleinere Gruppen und bessere Arbeitsbedingungen als Voraussetzungen für gute frühkindliche Bildung.
• Mehr Fokus auf Maßnahmen zu gezielter Personalgewinnung- und Qualifikation.
• Kindgerechte Infrastruktur, das heißt: Gut ausgestattete Kitas und sanierte, sichere Spiel- und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder.

04.04: Schulen zu Leuchttürmen guter Bildung machen

Die Landesbildungsoffensive stellt die Schulen ins Zentrum einer neuen Bildungs- und Strukturpolitik im Saarland. Hier entscheidet sich, ob Herkunft weiterhin über Bildungschancen bestimmt oder ob Schulen Orte der Abschaffung von Bildungsungleichheit werden. Die Landesbildungsoffensive übernimmt deshalb Verantwortung für Ausstattung, Personal und Qualität an allen Schulen. Wir fordern kostenlose Schulmaterialien, ein kostenfreies Mittagessen an allen Schulen sowie mehr Konzentration auf die Förderung öffentlicher Schulen, statt Privatschulen

mitzufinanzieren. Kein Kind darf wegen fehlender finanzieller Mittel benachteiligt werden. Ein kostenfreies, gesundes Mittagessen an allen Schulen ist hier für uns die erste Priorität. Kein Kind soll aus finanziellen Gründen auf eine ausgewogene Mahlzeit verzichten oder von der gemeinsamen Mittagsverpflegung ausgeschlossen werden. Deshalb wollen wir, wie auch bei den Kitas, auch an allen Schulen ein kostenfreies Mittagessen einführen. Das entlastet Familien spürbar, stärkt die soziale Teilhabe aller Kinder und schafft eine wichtige Grundlage dafür, dass Lernen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitert.
Die zweite Priorität ist für uns die konsequente Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit im Saarland. Bildung darf nicht daran scheitern, dass Familien sich Schulbücher, Arbeitshefte oder andere notwendige Lernmaterialien nicht leisten können. Die anhaltenden Diskussionen um die Schulbuchausleihe haben gezeigt, dass die Landesregierung in dieser Frage politisches Chaos statt verlässlicher Lösungen produziert hat. Ständig wechselnde Modelle, unklare Zuständigkeiten und immer neue Debatten sorgen für Unsicherheit bei Schulen und Eltern, anstatt finanzielle Belastungen abzubauen. Wir setzen deshalb auf eine klare und dauerhafte Lösung: Echte Lernmittelfreiheit. Alle für den Unterricht erforderlichen Lernmittel müssen den Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. So schaffen wir Verlässlichkeit für Familien und entlasten Eltern finanziell. Für eine Familie mit zwei schulpflichtigen Kindern kann ein kostenfreies Mittagessen zusammen mit echter Lernmittelfreiheit eine finanzielle Entlastung von rund 200 bis 250 Euro im Monat bedeuten.
Die Landesbildungsoffensive setzt auf kleinere Klassen, mehr und besser bezahltes pädagogisches Personal sowie multiprofessionelle Teams, in denen Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und weitere Fachkräfte gemeinsam arbeiten. Schulsozialarbeit muss flächendeckend, verlässlich und dauerhaft finanziert sein, um Kinder und Jugendliche in ihrem schulischen und sozialen Alltag zu unterstützen.

Ä002 · Schulsozialarbeit im Saarland flächendeckend ausbauen
Die Linke Kreisverband Neunkirchen
Änderung in Z. 1324 · Paket S. 3
Teilweise übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Jugendliche in ihrem schulischen und sozialen Alltag zu unterstützen.

Die Linke Saar setzt sich für eine verlässliche und bedarfsgerechte Schulsozialarbeit an allen Schulen im Saarland ein. Das Land soll gemeinsam mit den Schulträgern ein Förderprogramm auflegen, das ausreichend qualifiziertes Personal und langfristige Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht. Schulen in sozial besonders belasteten Regionen sollen zusätzlich unterstützt werden.

Die Schulsozialarbeit muss eng mit Lehrkräften, Eltern, Jugendhilfe und Beratungsstellen zusammenarbeiten und für Schülerinnen und Schüler leicht erreichbar sein.

Mit dem kommenden Recht auf Ganztag müssen die Schulen räumlich, personell und pädagogisch vorbereitet werden. Ganztag darf nicht zur bloßen Verwahrung werden, sondern braucht ausreichend Personal, Zeit für Förderung, Freizeit und kulturelle Angebote sowie eine enge Verzahnung von Unterricht und außerunterrichtlicher Bildung.

Saarländische Schulen müssen als zentrale Orte sozialer Resilienz gestärkt werden. Prävention von Mobbing und Cybermobbing ist dabei ein wesentlicher Bestandteil eines sicheren Lernumfelds. Dazu gehören fundierte Konzepte, regelmäßige Aufklärung für Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern sowie digitale Schulungen, um Cybermobbing, Belästigungen oder soziale Ausgrenzung frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Dafür sind tiefergehende Konzepte als die bisherigen Maßnahmen auch zur Prävention von Mobbing notwendig. Ergänzend muss der Zugang zu professioneller Unterstützung immer gesichert sein: Schulpsycholog:innen sollten flächendeckend verfügbar sein, um Betroffene individuell zu beraten, präventive Workshops anzubieten und Lehrkräfte zu schulen. Das Thema Präventions- und Interventionskonzepte zum Thema Mobbing muss weiter in Hinsicht auf Gender und Queer-Aspekte ausgearbeitet werden; dazu gehört auch die Stärkung der Prävention gegen Rassismus und Antisemitismus.
Bei der Entwicklung der Schulformen setzen wir auf Verlässlichkeit: Gymnasien sollen vorerst als eigenständige Schulform mit G9 bestehen bleiben, und Gemeinschaftsschulen sollen weiter gestärkt werden, bis ein konkreter Plan für eine neue Strukturreform wirklich ausgereift steht. Wir arbeiten an einem langfristigen Konzept für eine Schule für alle, das schrittweise individuellere Lernwege bietet, unabhängig von der sozialen Herkunft. Ziel ist, die persönlichen Stärken aller Kinder optimal zu fördern, vor und während der Übergang zu einem einheitlichen, inklusiven System vorbereitet wird. Dieser Prozess soll behutsam, transparent und partizipativ erfolgen, sodass bestehende Gymnasialstrukturen vernünftig eingegliedert werden.

04.05: Bildung inklusiv gestalten

Wir wollen das gegliederte Förderschulsystem schrittweise in ein inklusives Bildungssystem überführen. Förderschulen sollen perspektivisch in Regelschulen integriert werden, wobei der Übergang verbindlich geplant und personell abgesichert wird. Solange Förderschulen bestehen, müssen sie eng mit allgemeinen Schulen kooperieren und personell sowie sachlich voll ausgestattet sein. Inklusion darf nicht zu Mehrbelastung im bestehenden System führen, sondern erfordert zusätzliche Ressourcen und kleinere Lerngruppen. Wir fordern die Einrichtung eines Lehrstuhls im Saarland für Inklusion und Förderpädagogik. Dieser soll die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrkräften stärken, die Qualität inklusiver Unterrichtskonzepte weiterentwickeln und den Transfer zwischen Forschung und Schulpraxis sichern. Ziel ist eine verbindliche Verbesserung der Ausbildung in der Lehrkräftebildung im Bereich Inklusion und sonderpädagogische Förderung. Ein unabhängiges „Zentrum Inklusion“ soll Schulen und Lehrkräfte fachlich unterstützen. So setzen wir die UN - Behindertenrechtskonvention im Bildungswesen konsequent um und stärken zugleich die Förderschulen dort, wo sie gebraucht werden.Übergänge zwischen Förderschule und Regelschule müssen flexibel gestaltet werden, ohne Nachteile für die Schüler:innen. Diagnostik und Förderentscheidungen sollen regelmäßig überprüft und an die Entwicklung der Kinder angepasst werden.

Ä012 · Barrierefreie Schulen - mehr tun für eine funktionierende Inklusion
Die Linke Kreisverband Saarpfalz
Einfügung nach Z. 1369 · Paket S. 17
Teilweise übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Seit mehr als 17 Jahren sind wir verpflichtet, die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe um- und durchzusetzen. Tatsächlich aber lassen wir zu, dass der Personalmangel die Schwächsten am meisten trifft. Wir dürfen die Schüler:innen mit Förderbedarf nicht länger am Mangel an Förderung scheitern lassen, egal ob an den Förderschulen oder im gemeinsamen Unterricht an den Regelschulen. Im Interesse der Schüler:innen muss der Übergang zu einem inklusiven Schulsystem endlich erfolgreich gestaltet werden. Auf keinen Fall darf es so schlecht bleiben, wie es im Moment ist. Und auf keinen Fall darf die Rückabwicklung der Inklusion fortgesetzt werden.

Die Linke Saar kritisiert seit langem die mangelnde barrierefreie schulische Infrastruktur - unsere Schulen sind einfach nicht behindertengerecht. Schüler:innen werden zum Teil abgewiesen, weil die Gebäude nicht barrierefrei sind. Und der personelle Notstand ist untragbar: zu wenig Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams (wie Sonderpädagog:innen, Therapeut:innen oder Integrationshelfer:innen.

Das wollen wir Linke im Sinne der betroffenen Kinder und Jugendlichen dringend ändern. Wir wollen eben nicht hinnehmen, dass der Traum von der Inklusion an der personellen und finanziellen Realität im Land scheitert.

Wir werden längeres gemeinsames Lernen stärken und die frühe Auslese nach der Grundschule überwinden. Schulübergänge müssen sich an der individuellen Entwicklung der Kinder orientieren, nicht an sozialer Herkunft oder starrem Leistungsdruck. Die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg soll stärker bei den Eltern und den Kindern selbst liegen. Statt Selektion setzen wir auf gezielte Förderung, ausführliche Beratung und durchlässige Bildungswege.

04.06: Sinnvolle Reformen des Fachunterrichts

Wir garantieren, dass alle Fächer und Unterrichtsformen für alle Schüler:innen zugänglich bleiben, auch solche, die zunehmend gekürzt werden, wie Schwimmunterricht, Musik, Kunst, Geschichte oder praktische Fächer. Wir wollen, dass politische Bildung an Schulen sowie im Lehramtsstudium deutlich mehr verankert wird. Insbesondere sollen die Anteile politischer Bildung in allen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern ausgebaut und verbindlich festgelegt werden. Dabei sollen zentrale Zukunftsthemen wie nachhaltige Entwicklung und globales Lernen systematisch in den Unterricht integriert werden, um Schüler:innen zu befähigen, gesellschaftliche Zusammenhänge kritisch zu verstehen, Verantwortung zu übernehmen und aktiv an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Zur Erziehung zur Mündigkeit gehört ebenso die Auseinandersetzung mit Kunst, Kultur und gesellschaftlicher Kritik. Schulen dürfen sich deshalb nicht einseitig an ökonomischer Verwertbarkeit orientieren oder Bildung vor allem auf MINT-Fächer, Wirtschaft und IT verengen. Die Beschäftigung mit Literatur, Musik, bildender Kunst, Theater und gesellschaftskritischen Perspektiven eröffnet Räume für Reflexion, Kreativität und die Fähigkeit, gesellschaftliche Verhältnisse zu hinterfragen. Bildung muss Menschen dazu befähigen,

die Welt nicht nur zu verstehen und sich in ihr zurechtzufinden, sondern sie auch kritisch zu beurteilen und demokratisch mitzugestalten.
Ab Klassenstufe 1 soll ein säkulares Ethikangebot verpflichtend zur Verfügung stehen, dass die Wertevermittlung für alle Kinder sicherstellt. Kinder dürfen ab Klassenstufe 1 nicht nur den Kreationismus, sondern auch wissenschaftliche rationale Weltanschauungsmodelle, kennen lernen.
Der Fremdsprachenunterricht wird neu ausgerichtet und gezielt gestärkt. Im Mittelpunkt der Grundschule steht der sichere Erwerb der deutschen Sprache als gemeinsame Grundlage für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen Sprachförderung deshalb an allen Schulformen deutlich stärken und als festen Bestandteil des Regelunterrichts weiterentwickeln. Dazu gehören ein eigener Studiengang „Deutsch als Zweitsprache/Sprachförderung“ statt nur Zertifikate, klare Qualifikationskriterien und vor allem unbefristete Stellen für Sprachförderlehrkräfte. Gleichzeitig bleibt Französisch ab Klasse 1 fester Bestandteil des Unterrichts. Englisch wird ab Klasse 5 verbindlich verankert, um allen Schülerinnen und Schülern solide Fremdsprachenkompetenzen zu ermöglichen. Perspektivisch soll geprüft werden, Grundschulen stärker als Profilschulen auszurichten, also mit einem besonderen Schwerpunkt entweder auf Französisch oder auf Englisch. Zugleich wird Deutsch als Zweitsprache konsequent ausgebaut, damit Kinder mit unterschiedlichen sprachlichen Voraussetzungen bestmöglich gefördert werden. Darüber hinaus soll das Fach Englisch für die Primarstufe verbindlich in die Lehrer:innenausbildung aufgenommen werden, um die Qualität des frühen Fremdsprachenunterrichts langfristig zu sichern.

04.07: Hochwertige Ausstattung, Gebäude und Schultoiletten für alle

Moderne, funktionierende Schulgebäude sind eine notwendige Voraussetzung für hohe Bildungsqualität. Die Landesbildungsoffensive beendet das Lernen in Containern und unter bröckelnden Decken durch Sanierung, Ausbau und klimafeste Modernisierung der Schulen. Schüler:innen dürfen sich nicht mehr vor den Schultoiletten ekeln oder vor frei hängenden Stromkabeln fürchten müssen, hier ist der Sanierungsstau dringend aufzuheben. Wir stellen für die Schultoilettensanierung sofort zweckgebundene Mittel bereit, schaffen transparente Sanierungspläne mit klaren Prioritäten und sorgen für schnelle Umsetzung. Die Reinigung öffentlicher Einrichtungen soll schrittweise wieder in öffentliche Hand überführt werden, um Qualität, Verlässlichkeit und tarifliche Arbeitsbedingungen sicherzustellen. So zeigen wir konkret: Ein handlungsfähiger Staat beginnt im Kleinen, und zwar dort, wo Menschen jeden Tag erleben, ob Politik funktioniert. Die Sicherheit auf Schultoiletten soll dabei kein Nebenthema sein, sondern Teil eines umfassenden Schutzkonzepts für Schüler:innen. Deshalb integrieren wir Maßnahmen für mobbingfreie Schultoiletten verbindlich in eine landesweite „Schultoiletten-Offensive“.

Ä011 · Mobbingfreie Schultoiletten - sicher, sauber und diskriminierungsfrei
Die Linke Kreisverband Saarpfalz und LAG Bildung
Änderung in Z. 1429–1430 · Paket S. 15–16
Teilweise und sinngemäß übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~Deshalb integrieren~~ Schultoiletten sind im Schulalltag häufig Orte mit fehlender Privatsphäre, geprägt von mangelnder Hygiene, kaputter Ausstattung, fehlenden Türen und schlechten Gerüchen. Auch sind schulische Sanitäranlagen vielfach zu Räumen mit hohem Risiko von

Ä011 · Mobbingfreie Schultoiletten - sicher, sauber und diskriminierungsfrei
Die Linke Kreisverband Saarpfalz und LAG Bildung
Änderung in Z. 1429–1430 · Paket S. 15–16
Teilweise und sinngemäß übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Mobbing, Gewalt und Belästigung geworden, von denen alle Schüler:innen betroffen sein können. Teilweise nutzen Kinder und Jugendliche die Toiletten nicht mehr, weil sie sich dort weder sicher noch wohlfühlen. Diese Zustände beeinträchtigen die Gesundheit und den Lernraum Schule insgesamt. Aktuelle Studien bestätigen diese Misere.

Daher fordert Die Linke Saar eine echte „Klo-Offensive“ an saarländischen Schulen schüler:innengerecht, hygienisch sauber, mit zusätzlichen Unisex-Kabinen zum Schutz vor Diskriminierung, Bloßstellung und Cybermobbing in sanitären Anlagen. Schüler:innen und Eltern müssen in die Entwicklung von Lösungskonzepten eingebunden werden.

Das Land steht gemeinsam mit den Kreisen, Städten und Gemeinden als Schulträger in klarer Verantwortung, konkrete Verbesserungen zu erreichen. Dazu müssen die Schulträger ausreichende Budgets zur Verfügung haben. Angelehnt an das Luxemburger Schultoiletten-Pilotprojekt mit drei Toilettentypen fordern wir ~~Maßnahmen~~ die Einführung von zusätzlichen barrierefreien Unisex- / geschlechtsneutralen Toiletten an unseren Schulen. An einem Standort soll es jeweils eigene Sanitäranlagen für ~~mobbingfreie~~ Schülerinnen, für Schüler und für Kinder und Jugendliche ohne spezifische Geschlechtsbezeichnungen geben. Damit soll insbesondere trans-, intergeschlechtlichen und nicht-binären Jugendlichen Schutz geboten werden, da sie auf herkömmlichen, nach Geschlechtern getrennten Toiletten oft Anfeindungen oder Ausgrenzung ausgesetzt sind. Bauliche Sanierung und Modernisierung sollen für mehr Schutz sorgen: Um Einblicke von außen, heimliches Filmen mit Smartphones oder sonstige Belästigungen zu unterbinden, sind geschlossene Kabinen von der Decke bis zum Boden notwendig. Offene Sanitärbereiche mit vom Flur aus sichtbaren Kabinentüren erhöhen das Sicherheitsgefühl bei Benutzung. Instandhaltung und Reinigung von Sanitäranlagen sind klassische Aufgaben der Schulträger. Die saarländischen Kreise, Städte und Gemeinden müssen finanziell und personell vom Land besser ausgestattet werden, um Sanierungen und Reinigungen angemessen und zeitnah durchführen zu können. Saubere und sichere Schultoiletten ~~verbindlich in~~ sind kein Luxus, sondern eine ~~landesweite „Schultoiletten-Offensive“.~~ Notwendigkeit für mehr Würde und ein gutes Lernen an unseren Schulen.

Für den Neu- und Ausbau von Schulen werden wir verbindliche Vorgaben schaffen. Gebäude müssen hitzeresilient, barrierefrei und pädagogisch sinnvoll gestaltet sein. Gerade Barrierefreiheit ist eine unabdingbare Voraussetzung für inklusive Schulen. Wichtig ist dabei, die Schüler:innen in die Ausgestaltung der Gebäude und auch Umbau- und Erweiterungspläne miteinzubeziehen.
Die Klimakrise stellt auch die Schulen vor neue Herausforderungen. Immer häufiger führen lange Hitzeperioden dazu, dass konzentriertes Lernen kaum noch möglich ist und die gesundheitliche Belastung für Schüler und Lehrkräfte steigt. Deshalb müssen Schulgebäude konsequent hitzeresilient gestaltet werden. Dazu gehören insbesondere außenliegender Sonnenschutz, Begrünungsmaßnahmen an Fassaden und Schulhöfen, verschattete Aufenthaltsbereiche, eine verbesserte Dämmung sowie moderne Lüftungs- und Kühlsysteme. Wo baulich sinnvoll, sollen innovative Konzepte

wie Dachbegrünungen, natürliche Kühlung durch Verschattung und Geothermie sowie der Einsatz von Photovoltaik zur klimaneutralen Energieversorgung von Kühl - und Lüftungstechnik genutzt werden. Klimafeste Schulen sind keine Frage des Komforts, sondern eine Voraussetzung für gute Bildung.
Gleichzeitig ist digitale Teilhabe ein Bildungsgrundrecht. Alle Schüler:innen brauchen zudem sicheren Zugang zu digitalen Endgeräten, stabiles Internet und zeitgemäße Lernkonzepte, die Lehrkräfte entlasten und Lernen unterstützen. Die Schulen müssen zudem mit stabilem und leistungsfähigem Internet ausgestattet sein. Vor allem braucht es aber auch zeitgemäße Lern- und Medienkonzepte, die Lehrkräfte entlasten und Lernen unterstützen. Es reicht nicht aus, hier die Schulen allein in die Verantwortung zu entlassen. Wir wollen auf Landesebene klare Leitlinien für den Einsatz digitaler Lernkonzepte.
Auch die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Grundfragen der Digitalisierung ist stärker zu fördern. Hierzu braucht es ein landesweit einheitliches Mediengrundkonzept, das auch soziale Dynamiken berücksichtigt, die durch die Nutzung digitaler Netzwerke außerhalb der Schule in den Schulalltag hineinspielen. Hier müssen Kinder konsequent geschützt und Lehrkräfte im Umgang mit diesen Dynamiken unterstützt und entlastet werden. Die Schulen können das Grundkonzept zur Mediennutzung weiterhin eigenständig anpassen unter Einbeziehung der gesetzlich vorgesehenen Mitbestimmungsgremien.

04.08: Eine echte Personaloffensive für unsere Schulen

Hochwertiger Schulunterricht scheitert derzeit oft auch schlicht an schlechten Arbeitsbedingungen für das Fachpersonal. Die Landesbildungsoffensive bricht deshalb mit Überlastung, Personalmangel und Dauerbefristung an Schulen. Eine Bildungsoffensive wird nur funktionieren mit einer Personaloffensive. Das Land muss deshalb noch deutlich stärkere Bemühungen im Personalaufbau und der Personalentwicklung sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im schulischen Bereich aufwenden. Wir fordern spürbare Entlastung durch kleinere Klassen, echte Vertretungsreserven, weniger Unterrichtsverpflichtung und die konsequente Entlastung von Verwaltungsaufgaben. Alle Lehrämter müssen gleichwertig bezahlt werden und Befristungen gehören abgeschafft. Wer täglich Bildung unter schwierigen Bedingungen trägt, hat Anspruch auf gute Arbeit statt permanentem Ausnahmezustand.
Die Landesregierung muss dauerhaft mehr Lehrkräfte-Planstellen schaffen, um Unterrichtsausfall und Überlastung zu beenden und allen Schulformen gerecht zu werden – insbesondere Grund-, Gemeinschafts- und Förderschulen. Ebenso wichtig ist der Ausbau multiprofessioneller Teams mit Schulsozialarbeiter:innen, Sprach - und Förderkräften sowie Erzieher:innen, damit inklusive Bildung gelingen kann.
Die Pflichtstundenverordnung muss so reformiert werden, dass Arbeitszeit und Anrechnung fair und entlastend geregelt sind, etwa durch eine reduzierte Wochenarbeitsverpflichtung und zusätzliche Systemzeit für kollegiale Zusammenarbeit. Eine politische Priorität muss dabei sein, den Unterricht und die Aufgaben schulischer Arbeit so zu gestalten, dass Lehrkräfte stabil an einem Schulstandort eingesetzt werden können und nicht ständig zwischen verschiedenen Schulen wechseln müssen. Gleichzeitig muss der Lehrerberuf durch bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen, angemessene Besoldung sowie gezielte Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote attraktiver werden, um Fachkräfte langfristig

im Saarland zu halten.
Parallel dazu muss der Zugang zum Lehramtsstudium erleichtert werden, um mehr junge Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen. Dazu gehören konkrete Maßnahmen wie die Abschaffung unnötiger Vorprüfungen im Lehramtsstudium für Fächer wie Musik und Kunst, um diese Studiengänge attraktiver und zugänglicher zu machen, sowie gezielte Unterstützung und Mentoring-Programme für Studierende in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), die derzeit besonders unter Nachwuchsmangel leiden. Darüber hinaus fordern wir die Erhöhung der Studienplätze für alle Lehrämter, die Beseitigung von Zulassungsbeschränkungen (Numerus clausus) und eine Verbesserung der Betreuung und Finanzierung während Studium und Referendariat.

Ä014 · Zu L001: Stärkung von demokratisch engagierten Lehrkräften in Zeiten des Rechtsrucks
LAG Bildung
Änderung in Z. 1499 · Paket S. 19
Nicht übernommen

Studium und Referendariat.

Angesichts des Erstarkens autoritärer rechter und neonazistischer Kräfte fordern wir eine klare Haltung in saarländischen Schulen: Entgegen einem falsch ausgelegten Neutralitätsgebot setzen wir uns für eine konsequente Durchsetzung des Beutelsbacher Konsenses zugunsten eines klaren Auftretens von Lehrkräften gegen die autoritäre Rechte und Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, Queer- und Behindertenfeindlichkeit sowie andere menschenverachtende Haltungen ein.

Wir fordern eine landespolitische Kampagne für saarländische Lehrkräfte, die sie darin bestärkt, sich konsequent für demokratische Werte wie Würde und Gleichheit aller Menschen, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzusetzen.

Das Saarland soll sich dazu verpflichten, demokratisch engagierte Lehrkräfte gegenüber Einschüchterungsversuchen, Drohungen und Datenschutzverstößen durch beispielsweise rechts orientierte Denunziationsplattformen zu schützen.

Diese Schritte sind notwendig, um die Bildungsqualität zu sichern und den Lehrerberuf im Saarland nachhaltig attraktiv zu gestalten. Ein Referendariat darf nicht Armut bedeuten! Deshalb fordern wir endlich das Referendariat zumindest nach dem Mindestlohn zu entlohnen. Wir wollen den Quer- und Seiteneinstieg in den Lehrerberuf attraktiver machen , indem wir berufsbegleitende, staatlich geförderte Qualifizierungswege schaffen, die zu voller Lehrbefähigung führen und währenddessen eine angemessene Bezahlung garantieren. Derzeitige Programme sollen verstärkt auf weitere Mangelfächer ausgeweitet werden (z. B. Musik und Kunst) und durch Mentoring, Entlastungen und klare Karrierechancen ergänzt werden, damit erfahrene Fachkräfte aus anderen Berufen eine echte Perspektive im Schuldienst bekommen. Diese Maßnahmen werden helfen, den Lehrkräftemangel nachhaltig zu bekämpfen und den Unterricht fachlich breit abzusichern.
Antidiskriminierungsschulungen sollen dabei fester Bestandteil jeder pädagogischen Ausbildung sein.
Inhaltlich steht die Landesbildungsoffensive für einen klaren Perspektivwechsel.
Schulen sollen Orte des gemeinsamen Lernens und der Demokratie sein und keine

Selektionsanstalten. Die Gemeinschaftsschule soll schrittweise zur Regelschule werden. Inklusion muss verbindlich, personell abgesichert und qualitativ hochwertig umgesetzt werden, mit gezielter Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte in den Bereichen Inklusion, Neurodivergenz, psychische Gesundheit und traumasensible Pädagogik. Überholte Praktiken wie starre Fortschrittskontrollen oder ausufernde Hausaufgaben sind abzuschaffen, um Lernen gerechter und kindgerechter zu gestalten. Wir wollen den Umfang von Hausaufgaben deutlich begrenzen und langfristig durch verlässliche, qualitativ hochwertige und verbindliche Lern- und Übungszeiten im Ganztag ersetzen. Ganztag muss aber auch echter Ganztag sein: Hausaufgabenbetreuung darf nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern muss an allen Schulen in der Praxis ausreichend begleitet und personell abgesichert werden.

04.09: Die berufliche Bildung stärken

Wir stehen für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Die beruflichen Schulen und Berufsbildungszentren (BBZ) sind zentrale Orte der Fachkräfteentwicklung für unsere Zukunft und verdienen deutlich bessere Rahmenbedingungen. Wir stehen für ein starkes, spezialisiertes Berufsbildungsnetzwerk mit klaren Branchenschwerpunkten innerhalb des öffentlichen Berufsbildungssystems. Wir werden im Rahmen unserer Bildungsoffensive ein verbindliches Investitionsprogramm für die beruflichen Schulen auflegen. Werkstätten, Labore und digitale Infrastruktur müssen flächendeckend modernisiert und dauerhaft auf aktuellem Stand gehalten werden. Dazu gehört auch eine verlässliche Ersatzbeschaffung für IT- und technische Ausstattung. Der akute Personalmangel an beruflichen Schulen muss ebenso konsequent bekämpft werden. Wir schaffen mehr Studien- und Ausbildungskapazitäten für das Lehramt an beruflichen Schulen . Lehrkräfte für Fachpraxis sollen berufsbegleitend höherqualifiziert werden können und eine klare berufliche Entwicklungsperspektive erhalten. Gleichzeitig wollen wir mehr Meister:innen und Fachkräfte aus der Praxis für den Schuldienst gewinnen .
Die Qualität des Unterrichts an beruflichen Schulen stärken zudem durch mehr Anrechnungsstunden für Koordination und Schulentwicklung sowie eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis. Praxisnahes Lernen muss in modern ausgestatteten Werkstätten und in enger Zusammenarbeit mit Betrieben stattfinden. Berufsorientierung und Übergangsbegleitung bleiben wichtige Aufgaben der beruflichen Schulen. Wir stärken dafür die entsprechenden Teams und stellen sicher, dass alle Schüler:innen individuell begleitet werden und eine klare Perspektive entwickeln können. Wir erleben zudem, dass viele Auszubildende nicht über ihre Rechte am Arbeitsplatz ausreichend aufgeklärt sind. Diese Kenntnisse wollen wir ausbauen und sichern, indem Gewerkschaften an Berufsschulen regelmäßig über Arbeitnehmer:innenrechte, Mitbestimmung, Schutzrechte und Tarifverträge informieren können.
Berufliche Schulen müssen inklusiv, barrierefrei und interkulturell geöffnet sein. Wir verbessern gezielt die Förderung von benachteiligten Gruppen und sorgen für ausreichende Ressourcen, damit Teilhabe tatsächlich umgesetzt werden kann.
Wir wollen:
• Kostenfreie Schulbildung mit Lernmittelfreiheit, kostenlosem Mittagessen und digitaler Ausstattung für alle Schüler:innen, die Familien finanziell massiv entlastet.

• Mit öffentlichen Gemeinschaftsschulen als Regelschule Demokratie, Inklusion und solidarisches Miteinander im Saarland stärken.
• Mehr Personal, kleinere Klassen und multiprofessionelle Teams als Voraussetzung für gute Bildung – dazu gehören unbefristete Lehrkräfte-Planstellen, Schulsozialarbeiter:innen, Förder- und Sprachkräfte sowie IT- und Verwaltungspersonal, faire Arbeitszeiten und stabile Einsätze an einem Schulstandort.
• Echte Ganztagsschulen mit ausreichend Räumen, Fachkräften und pädagogische Qualität statt Verwahrungsanstalten.
• Dass alle Schulgebäude saniert, ausgebaut und klimafest modernisiert werden – saubere Schultoiletten sind Pflicht, Container sind keine Lösung!

04.10: Das Studium im Saarland hürdenfrei gestalten

Die Landesbildungsoffensive stärkt nicht nur Kitas und Schulen, sondern auch die Hochschulen und die berufliche Bildung. Ziel ist es, allen Studierenden unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten vollständigen Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Studiengänge bleiben gebührenfrei, der Verwaltungskostenbeitrag wird wieder durch Landesmittel finanziert, Lernmaterialien und digitale Endgeräte werden kostenfrei bereitgestellt, sodass niemand durch finanzielle Hürden benachteiligt wird. Damit wird die vielversprochene digitale Teilhabe konsequent umgesetzt. Gleichzeitig wird die Infrastruktur der Hochschulen modernisiert: Gebäude werden klimafest saniert, energetisch aufgewertet und barrierefrei gestaltet.
Digitale Lernformen werden ausgebaut, sodass Studierende flexibler zwischen Präsenz - und Onlineangeboten wählen können, ohne Präsenzformate, die den Studierenden nutzen abzuschaffen. Auch hybride Lehrkonzepte und flexible Prüfungsformate werden unterstützt, um die individuellen Lernwege zu fördern. Studierende werden nicht nur fachlich, sondern auch in kritischer, politischer und demokratischer Bildung geschult. Hochschulen sollen Orte sein, an denen Forschung, Praxis und gesellschaftliches Engagement miteinander verbunden werden. So werden Studierende befähigt, zu einer zukunftsfähigen, inklusiven und demokratischen Gesellschaft beizutragen.
Wir wollen möglichst vielen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Hintergrund ein Studium ermöglichen. Hochschulbildung ist ein öffentliches Gut und darf kein Privileg sein.

Ä015 · Zu L001: Niedrigschwellige Unterstützungsangebote im Studium
LAG Bildung
Änderung in Z. 1592 · Paket S. 20
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Gut und darf kein Privileg sein.

Des Weiteren setzen wir uns nicht nur für eine finanzielle Entlastung der Studierenden ein, sondern auch für die Implementierung und Ausweitung von niederschwelligen Unterstützungsangeboten. Diese Angebote umfassen psychosoziale Betreuung sowie Unterstützung beim Erlernen von wissenschaftlichen Arbeitsweisen. Darüber hinaus wird eine bessere Infrastruktur angestrebt, die den Ausbau von Tutoren-, und Mentorenprogrammen sowie geleiteten Lerngruppen für Studierende ermöglicht. Hierdurch soll Ungleichheiten, welche während des Studiums durch die Herkunft, das Einkommen oder den sozialen Hintergrund

Ä015 · Zu L001: Niedrigschwellige Unterstützungsangebote im Studium
LAG Bildung
Änderung in Z. 1592 · Paket S. 20
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

entstehen, entgegengewirkt werden.

Deshalb setzen wir uns für ein breites Studienangebot und ausreichend Studienplätze im Saarland ein. Die Universität des Saarlandes als Volluniversität, die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes als starke Hochschule für angewandte Wissenschaften sowie die künstlerischen Hochschulen Hochschule der Bildenden Künste Saar und Hochschule für Musik Saar leisten hierzu jeweils einen wichtigen Beitrag. Diese Vielfalt wollen wir sichern und ausbauen. Ein breites Fächerspektrum ist Voraussetzung dafür, gesellschaftliche und technologische Herausforderungen interdisziplinär zu bewältigen. Bestehende Schwerpunkte wie die Informatik an der UdS müssen ausgebaut werden ohne aber dabei andere Fachbereiche wie die Geisteswissenschaften zu vernachlässigen.
Wir wollen an der Universität des Saarlandes die kritischen Sozialwissenschaften wieder stärken. Gesellschaftliche Entwicklungen wie soziale Ungleichheit, demokratische Teilhabe, Migration, ökologische Transformation und der Wandel der Arbeitswelt brauchen eine fundierte wissenschaftliche Analyse. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines Lehrstuhls für kritische Sozialwissenschaften ein, der interdisziplinär arbeitet und Forschung sowie Lehre zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen, sozialer Ungleichheit und demokratischen Strukturen fördert. Eine Anbindung an die Europawissenschaften bietet sich dabei besonders an, um soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen im europäischen Kontext zu untersuchen und die Rolle des Saarlandes als Grenz- und Europaregion wissenschaftlich zu reflektieren. Forschung und Lehre dürfen nicht vor allem wirtschaftlichen Interessen dienen, sondern auch soziale, ökologische und kulturelle Fragen unserer Zeit aufgreifen und Lösungen für eine echte Transformation entwickeln.
Zugleich wollen wir den grenzüberschreitenden Hochschulraum weiter stärken. Gemeinsame Studienangebote und Kooperationen mit Partnerhochschulen in Frankreich, Luxemburg und der Großregion erhöhen die Attraktivität des Hochschulstandorts Saarland und eröffnen Studierenden internationale Perspektiven. Der Europaschwerpunkt der Universität des Saarlandes, die Deutsch-Französische Hochschule sowie die Universität der Großregion bilden dafür ein starkes Fundament, das wir weiter ausbauen wollen.
Wir fordern von den saarländischen Hochschulen grundsätzlich mehr Transparenz beim Einwerben von Drittmitteln aus der Wirtschaft. Diese sind teilweise notwendig und eine Anerkennung für Forschungserfolg, damit darf jedoch die eigentliche Aufgabe der Universität, die freie Wissenschaft, nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Wir setzen uns für eine ausfinanzierte Grundlagenforschung in allen Forschungsbereichen ein, die durch Bund und Länder gemeinsam geleistet werden muss.

04.11: Bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal an unseren Hochschulen

Das Hochschulpersonal, gerade wissenschaftliche Hilfskräfte, braucht endlich

bessere Arbeitsbedingungen, zuverlässige Karriereperspektiven, mehr Stellen und angemessene Vergütung. In vielen Fällen sind studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte heute nur befristet beschäftigt, erhalten Löhne auf Mindestlohnniveau, haben sehr kurze Vertragslaufzeiten und kaum Rechte zur Mitbestimmung – obwohl sie unverzichtbare Aufgaben in Lehre, Forschung und Betreuung übernehmen, allein an der UdS arbeiten allein rund 1600 studentische Beschäftigte und bilden so das Rückgrat des Universitätbetriebes. Ein wirksamer Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte (TV Stud) muss eingeführt werden, um existenzsichernde Löhne, Mindestvertragslaufzeiten, Urlaubs - und Krankheitsregelungen sowie demokratische Mitbestimmung verbindlich zu garantieren und prekäre Arbeitsverhältnisse zu beenden. Wir unterstützen alle Bemühungen für einen solchen TV Stud. Zudem braucht es einheitliche, an tarifliche Entwicklungen angepasste Vergütungssätze auf einem Niveau, das ein selbstbestimmtes Studium und wissenschaftliches Arbeiten ermöglicht, mindestens ausreichende Mindestlaufzeiten von zwei Jahren und die Anerkennung solcher Beschäftigter als reguläres Personal mit entsprechenden Rechten. Ebenso müssen Hochschulen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass dauerhafte, unbefristete Stellen aufgebaut werden können, statt dauerhaft auf prekäre Beschäftigungsformen zurückzugreifen, und damit wissenschaftliche Arbeit und Studium gemeinsam mit sozialen Perspektiven für alle Beteiligten möglich wird.

Qualitativ hochwertige Lehre ist das Fundament einer entwickelten Wissenschaftslandschaft. Sie vermittelt dem akademischen Nachwuchs nicht nur Wissen in einem Lehrgebäude, sondern passt dieses Lehrgebäude auch den Erfordernissen aktueller Entwicklungen an. Überfüllte Seminare, anonymisierte Massenveranstaltungen, stumpfsinniges Stoffpauken, ein absurdes Bachelor-Punktesystem mit Regelstudienzeitanspruch und verpflichtende Vorlesungen ohne Mehrwert für die Lernenden zeigen jedoch, wie weit wir von einem solchen Ideal entfernt sind. Haupthindernisse sind der Kosten- und Finanzierungsdruck im Hochschulsystem, die dazu führen, dass Lehre häufig hinter Forschungsauftrag und Drittmitteleinwerben zurücksteht. Lehrende müssen ausreichend Zeit für Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung ihrer Veranstaltungen haben. Dauerhafte Aufgaben in der Lehre gehören auf Dauerstellen statt in kurzfristige Lehraufträge. Lehre muss zudem stärker als eigenständige Leistung anerkannt werden. In Berufungsverfahren, bei Leistungsbewertungen und in der Mittelvergabe darf sie nicht länger eine nachgeordnete Rolle spielen. Gute Lehre verdient Sichtbarkeit, Anerkennung und angemessene Ressourcen. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Lehrmethoden und Lernmittel bedarfsgerechter für Studierende aufbereitet bzw. zugänglich gemacht werden. Wir stehen neuen digitalen Möglichkeiten offen gegenüber.

04.12: Für ein bezahlbares Studium mit Lebensqualität und Mitbestimmung

Studieren darf kein Hamsterrad aus Dauerstress und Prüfungsdruck sein. Wir wollen Studienbedingungen schaffen, die Lernen, kritisches Denken und persönliche Entwicklung ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines Orientierungssemesters zu Beginn des Studiums ein, das Studierenden Zeit gibt, sich fachlich zu orientieren und an der Hochschule anzukommen. Ein gut ausgebautes Fachmentoring durch Lehrende und fortgeschrittene Studierende soll den Einstieg erleichtern, Fragen klären und Studienabbrüche reduzieren. Gleichzeitig wollen

wir die Prüfungsbelastung insgesamt reduzieren und stärker auf Formen des eigenständigen Arbeitens setzen, etwa durch Projektearbeiten, Forschungsseminare und kollaborative Lernformate. Dazu gehört auch eine Reform des Prüfungsrechts . Wir setzen uns dafür ein, § 63 Absatz 5 des saarländischen Hochschulgesetzes zu streichen und die sogenannte Drittversuchsregelung abzuschaffen . Prüfungen müssen bestanden werden, aber nicht unter dem Druck, nach wenigen Fehlversuchen das gesamte Studium zu verlieren. Studierende sollen Klausuren so oft wiederholen können, bis sie bestanden sind. Das reduziert existenziellen Prüfungsstress und ermöglicht es Studierenden, Fehler als Teil des Lernprozesses zu begreifen.
Fast 40 % der Studierenden in Deutschland sind armutsgefährdet, wobei insbesondere Studierende mit eigener Wohnung und ohne familiäre Unterstützung extrem hohe Wohnkosten tragen. Um Teilhabe zu sichern, müssen Hochschulen ausgebaute soziale Unterstützungsstrukturen bieten, die über Beratungsangebote hinausgehen. Dazu gehören psychologische Beratungs- und Unterstützungsstellen mit ausreichender Kapazität und niedrigschwelligen Zugängen, ein dauerhaft verfügbarer Hilfsfonds, der in akuten Notlagen schnell hilft, sowie finanzielle Sofort - und Überbrückungshilfen für Studierende, die sonst ihre Miete oder Lebenshaltungskosten nicht decken können. Darüber hinaus sollen Hochschulen gemeinsam mit Studierendenvertretungen kostenfreie Schlaf- und Wohnraumhilfen zu Semesterbeginn (z. B. Schlafbörsen, temporäre Unterkünfte) und erweiterte Essens - und Mensa-Supportangebote für Bedürftige einrichten, flankiert von Beratung zu BAföG, Stipendien und sozialrechtlichen Ansprüchen. Solche Strukturen sind zentral, damit Studium nicht Armut bedeutet und alle Studierenden – unabhängig von Einkommen oder Wohnsituation – erfolgreich und gesund ihren Abschluss erreichen können.
Die studentische Mitbestimmung muss gestärkt werden, ebenso wie Engagement für eine vielfältige und inklusive Hochschulstruktur, etwa durch Maßnahmen für internationale Studierende, eine geschlechtergerechte Sprache, einen frauen- und queerfreundlichen Campus und die Förderung mehrsprachiger Angebote. Demokratie darf nicht an den Toren der Hochschulen enden. Studierende sind keine bloßen Nutzer:innen von Bildungseinrichtungen, sondern ein zentraler Teil der saarländischen Hochschulen und müssen entsprechend mitentscheiden können. Wir setzen uns für eine deutliche Stärkung der studentischen Mitbestimmung ein, mit echter demokratischer Beteiligung an allen relevanten Entscheidungen. Dazu gehört eine paritätische Repräsentation aller Statusgruppen, insbesondere der Studierenden, in zentralen Gremien wie den Hochschulsenaten. Außerdem wollen wir eine Landesstudierendenvertretung für alle Hochschulen im Saarland die auch gesetzlich verankert werden soll, hier steht das Saarland anderen Bundesländern noch deutlich nach was studentische Mitbestimmung betrifft. Denn Hochschulpolitik darf nicht über die Köpfe derjenigen hinweg gemacht werden, die dort lernen und leben. Im Streitfall bei Ziel- und Leistungsvereinbarung soll der Hochschulrat die letztentscheidende Instanz sein.
Ebenso brauchen Studierende Räume, in denen sie sich aufhalten, organisieren und austauschen können, ohne Konsumzwang und ohne finanzielle Hürden. Hochschulen müssen Orte sozialer Teilhabe sein, nicht nur Leistungsfabriken. Deshalb wollen wir nicht-kommerzielle Aufenthalts-, Lern- und Kulturorte an allen saarländischen Hochschulen ausbauen und absichern. Der Campus der UdS soll in den kommenden Jahren auch durch den Bau weiterer Wohnheime deutlich belebter werden. Eine

bewohnte Campusuni als neue Quartiersbildung braucht aber auch eine darauf ausgerichtete Infrastruktur. Wir wollen eine engere Bustaktung an den Campus auch an Wochenenden und Feiertagen einen von einer Studierendengenossenschaft betriebenen rund um die Uhr für Mitglieder zugänglichen Uni -Markt, wieder ein Schreibwarengeschäft auf dem Campus, eine Möglichkeit zur gesundheitlichen Erstversorgung einrichten und mehr Räume für selbstverwaltete Freizeitgestaltung für die Studierenden. Der Campus Homburg darf nicht weiter vernachlässigt werden. Die drängenden Strukturprobleme müssen jetzt angegangen werden. Wir wollen mehr Lernplätze am Campus Homburg, die Einrichtung einer neuen Mensa und durchgängiger Rad- und Gehwege auf dem Campus. Der autofreie Campus unter Berücksichtigung von Barrierefreiheit und Lieferverkehr muss endlich Realität werden
Vergünstigungen und freie Eintritte für Studierende sind ein wichtiger Bestandteil kultureller und sozialer Teilhabe und müssen erhalten und ausgebaut werden. Der bundesweit beispielhafte Kulturpakt im Saarland hat gezeigt, wie erfolgreich solche Modelle sein können: Studierende erhalten kostenlosen oder stark vergünstigten Zugang zu Museen, Theatern und kulturellen Einrichtungen. Dieses Angebot wollen wir dauerhaft sichern und weiterentwickeln, damit Kultur für Studierende unabhängig vom Geldbeutel zugänglich bleibt.
Darüber hinaus wollen wir die grenzüberschreitende Mobilität für Studierende weiter stärken. Bereits heute profitieren Studierende von vergünstigten Verbindungen in die Großregion, etwa in Richtung Luxemburg. Künftig sollen Studierende jedoch auch kostenfrei mit dem öffentlichen Nahverkehr nach Metz fahren können. Damit wird nicht nur der Hochschulstandort international attraktiver, sondern auch der kulturelle und akademische Austausch in der Großregion gestärkt.
Am Campus der Universität des Saarlandes haben die geplanten und teilweise umgesetzten Waldrodungen in den vergangenen Jahren zu großen Protesten geführt – symbolisch sichtbar in der Bewegung „Hanni bleibt“, die sich für den Erhalt des Campuswaldes eingesetzt hat. Hochschulentwicklung darf nicht auf Kosten wertvoller Naturflächen erfolgen. Wir kritisieren daher die Praxis, Erweiterungen der Universität durch Rodungen zu ermöglichen. Statt immer neue Flächen zu erschließen, wollen wir eine nachhaltige Campusentwicklung fördern. Dazu gehört vor allem, stärker in die Höhe zu bauen, bestehende Gebäude besser zu nutzen, Flächen zu verdichten und brachliegende oder bereits versiegelte Bereiche zu entwickeln. So kann der Campus wachsen, ohne wertvolle Naturflächen zu zerstören. Der Campus der Universität des Saarlandes soll zudem insgesamt ökologischer und lebenswerter gestaltet werden. Wir wollen mehr Bienen- und Wildblumenwiesen, zusätzliche Grünflächen und eine naturnahe Gestaltung des Geländes fördern, um Biodiversität zu stärken und das Mikroklima auf dem Campus zu verbessern. Gleichzeitig soll der Autoverkehr deutlich reduziert werden.
Viele internationale Studierende kommen zum Studium an die Hochschulen des Saarlandes, verlassen das Saarland jedoch nach ihrem Abschluss wieder. Dabei gehen wertvolle Fachkräfte, internationale Perspektiven und gesellschaftliche Vielfalt verloren. Häufig liegen die Gründe nicht im mangelnden Interesse zu bleiben, sondern in praktischen Hürden. Wir wollen deshalb die Bleibeperspektiven internationaler Studierender gezielt stärken. Dazu gehören kostenfreie und leicht zugängliche Deutsch-Sprachkurse während des gesamten Studiums, damit Studierende frühzeitig gute Sprachkenntnisse erwerben können. Gleichzeitig setzen wir uns für eine

kostenlose Rechts- und Beratungsstelle direkt an der Universität ein, die internationale Studierende bei Fragen zu Aufenthalt, Arbeit, Wohnungssuche und Anerkennung von Abschlüssen unterstützt. Ziel ist es, bürokratische Hürden abzubauen und den Übergang vom Studium in Ausbildung, Forschung oder Beruf im Saarland deutlich zu erleichtern.
Wir setzen uns für ein höheres und elternunabhängiges BAföG, um Bildungs erfolg unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen. Gleichzeitig verbessern wir die Umsetzung im Saarland durch vollständig digitale Antragsverfahren, eine bessere personelle Ausstattung der BAföG-Ämter, verbindliche Bearbeitungsfristen sowie transparentere Statusverfolgung. So stellen wir sicher, dass die Förderung schnell, unbürokratisch und verlässlich bei den Studierenden ankommt.
Ein zentraler Baustein sozialer Hochschulpolitik ist außerdem bezahlbares Wohnen. Das Saarland braucht deutlich mehr öffentliche, dauerhaft günstige Studierendenwohnheime. Wohnen darf kein Studienhindernis sein. Der Ausbau von Wohnheimen in öffentlicher Hand entlastet Studierende, bekämpft Wohnungsnot in Hochschulstädten und sorgt dafür, dass ein Studium im Saarland unabhängig von Herkunft und Einkommen möglich bleibt. Wir wollen außerdem ein Mietenbüro an der Universität einrichten, dass Studierende kostenlos bezüglich Mieter:innenschutz berät.
Forschung wird häufig öffentlich finanziert. Die Veröffentlichung erfolgt aber in der Regel über Verlage, so dass die Gesellschaft dieses Wissen über Abonnements zurückkauft. Es ist ein Misstand, dass die Öffentlichkeit mehrfach für dasselbe Wissen bezahlen muss. Der freie Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen ist eine zentrale Voraussetzung für Bildungszugänge, demokratische Teilhabe und gesellschaftlichen Fortschritt. Andere Bundesländer wie Brandenburg, Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern zeigen, dass eine aktive Open-Access-Strategie auf Landesebene möglich ist. Das Saarland hinkt hier bislang hinterher. Wir setzen uns daher für den konsequenten Ausbau von Open-Access-Strukturen und nicht-kommerziellen Publikationsplattformen ein. Gleichzeitig lehnen wir Geschäftsmodelle ab, die die Kosten lediglich verlagern – etwa durch hohe Publikationsgebühren für Autor:innen. Open Access darf nicht zu neuen sozialen Barrieren in der Wissenschaft führen. Unser mittelfristiges Ziel ist ein solidarisch finanziertes System, das allen Forschenden die Veröffentlichung ihrer Arbeit ermöglicht. Unser langfristiges Ziel ist die Weiterentwicklung von Open Access zu einer echten Open Science -Strategie, so dass der gesamte wissenschaftliche Prozess frei zugänglich wird: frei zugängliche Forschungsdaten, offene Software und Methoden, transparente Begutachtung und frei nutzbare Lehrmaterialien.
Wir wollen:
• Ein gebührenfreies Studium ohne Verwaltungskostenbeiträge und mit kostenlosen Lernmaterialien.
• Moderne, klimafeste, ökologische und barrierefreie Infrastruktur an den Hochschulen.
• Die gezielte Ausbildung und Personalaufbau sowie berufliche Bildung zur langfristigen Qualitätssteigerung mit verbesserten Arbeitsbedingungen und Karriereperspektiven durch stabile Stellen, bessere Bezahlung, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und Unterstützung wissenschaftlicher Fachkräfte.

• Die Förderung kritischer, inklusiver und demokratischer Bildung: Hochschulen als Orte von Forschung, Praxis, politischer Bildung und gesellschaftlichem Engagement.
• Die sozialen Rahmenbedingungen des Studiums verbessern durch mehr bezahlbaren Wohnraum, bessere Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie eine verlässliche finanzielle Absicherung, damit niemand aus finanziellen oder sozialen Gründen sein Studium abbrechen muss.
• Die demokratische Teilhabe und Selbstbestimmung an den Hochschulen stärken durch mehr Mitbestimmung der Studierenden, eine gesetzlich verankerte Landesstudierendenvertretung und lebendige, offene Campusstrukturen.

05: Gesundheit und Pflege

Wir begreifen Gesundheit nicht als Ware, sondern als unser aller Grundrecht. Gesundheit ist im bestehenden System keine neutrale Größe, sondern zunehmend Marktmechanismen und Profitinteressen unterworfen. Obwohl das Recht auf Gesundheit ein Menschenrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein muss, wurde das Gesundheitswesen in den vergangenen Jahren immer stärker ökonomisiert und zu einer Gesundheitswirtschaft umgebaut. Dieser Prozess steht immer offener in Widerspruch zum gesellschaftlichen Bedarf und ist Ausdruck grundlegender sozialer Auseinandersetzungen um die Frage, ob Gesundheitsversorgung dem Gemeinwohl oder der Kapitalverwertung dienen soll. Gestaltungsspielräume bestehen auch bei uns vor Ort, doch sie müssen politisch erkämpft werden.
Auch im Saarland hängt der Zugang zu medizinischer Versorgung immer stärker vom Wohnort und Einkommen ab. In vielen Regionen fehlen Hausärzt:innen, Facharzttermine werden zur endlosen Geduldsprobe, wenn man nicht Privatpatient oder Selbstzahler ist, schon seit Jahren sind wir in einer Pflegekrise und die Kliniken stehen vielerorts vor dem Kollaps. Gesundheitsversorgung darf aber niemals Luxus sein, sondern muss für alle Menschen sicher, wohnortnah und solidarisch sein.

Ä001 · Gute Gesundheitsversorgung für alle im Saarland
Die Linke Kreisverband Neunkirchen
Einfügung nach Z. 1846 · Paket S. 1–2
Teilweise übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Sprachmittlung und mehrsprachige Informationen sollen dort verfügbar sein, wo sie für eine gute Behandlung erforderlich sind.

05.01: Landesklinikverbund statt Zentralisierungschaos

Ein zentraler Baustein für eine zukunftsfähige flächendeckende Gesundheitsversorgung im Saarland ist die Schaffung eines Landesklinikverbunds. Dieser soll alle saarländischen Krankenhäuser unter einer öffentlichen Trägerschaft vernetzen : Kommunale Häuser, SHG-Kliniken, das Universitätsklinikum Homburg, Knappschaftsklinikum Sulzbach und Püttlingen sowie die Einrichtungen freier Träger wie Caritas, Diakonie und Marienhauskliniken. Ziel ist es, die Grundversorgung in der Fläche sicherzustellen und gleichzeitig spezialisierte Leistungen anzubieten, ohne dass Wirtschaftlichkeit über den Bedürfnissen der Patient:innen steht. Der Verbund sorgt

dafür, dass alle Krankenhäuser erhalten bleiben und keine Klinik oder kein Kreißsaal mehr aufgrund von Marktlogik geschlossen wird. Strukturveränderungen dürfen nicht reflexhaft mit Standortschließungen beantwortet werden. Gleichzeitig ist nicht zu leugnen, dass es Doppelstrukturen geben kann, die Versorgungsqualität und Ressourceneinsatz beeinträchtigen. Ob und wo solche Strukturen tatsächlich unnötig sind, muss jedoch Ergebnis einer transparenten, demokratischen und am Bedarf der Patient:innen orientierten Planung sein und eben nicht von Marktlogik oder Sparzwängen bestimmt.

Zugleich bleibt die Frage offen, wie mit der vom Gesetzgeber geforderten Trägervielfalt umgegangen werden soll. Ohne ein klares Konzept hierzu bleibt jede Strukturdebatte unvollständig. Unser Ansatz ist, unterschiedliche Träger in einer gemeinsamen, demokratisch legitimierten Aufsichtsstruktur zu bündeln, um öffentliche Steuerung zu stärken und Vielfalt organisatorisch zu sichern. Die bisherige chaotische Situation, wie sie insbesondere bei den SHG-Kliniken, bei der Diakonie in Neunkirchen und beim Marienhauskonzern im Saarland sichtbar ist, soll durch transparente öffentliche Kontrolle beendet werden. Entscheidungen über Standort, Leistungsspektrum und Personal erfolgen transparent und demokratisch, unter Einbeziehung von Aufsichtsräten, Betriebsräten, Gewerkschaften und Beschäftigten. Damit wird die Mitbestimmung der Belegschaften gestärkt und Fehlentwicklungen durch private Investoren oder der Logik der schwarzen Null ausgeschlossen. Mit einem Landesklinikenverbund sind unsere Kliniken nicht mehr zur Konkurrenz gezwungen. Innerhalb des Verbunds werden Tarifverträge nach TVöD für alle Beschäftigten verbindlich angewendet. Arbeitsbedingungen, Personalbemessung und Ausbildung werden vereinheitlicht, um Qualität, Sicherheit und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit zu gewährleisten. Ausbildungsplätze werden gesichert, Praxisanleitungen verbindlich geregelt, und die Ausbildungsstandards werden flächendeckend vereinheitlicht. Dies schafft nicht nur bessere Arbeitsbedingungen, sondern garantiert auch eine höhere Versorgungsqualität für die Patient:innen.

Ein weiterer Vorteil des Landesklinikverbunds ist die synergetische Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern. Anstatt dass Kliniken in Konkurrenz stehen und unnötige Doppelstrukturen oder redundante Leistungen finanzieren müssen, werden Ressourcen sinnvoll gebündelt, Vorhaltekosten berücksichtigt und medizinische Leistungen bedarfsgerecht geplant. Durch die sektorübergreifende Planung werden ambulante, stationäre, rehabilitative und geriatrische Angebote sinnvoll vernetzt. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass psychische Erkrankungen, Geburtshilfe und Frauengesundheit umfassend abgedeckt werden.

Wir lehnen die Zentralisierungsstrategie der Bundesregierung und ihre Umsetzung im Saarland klar ab. Jede Klinik, jeder Kreißsaal ist nach dem Bedarf vor Ort auszurichten. Die Auseinandersetzung um den Klinikstandort Kohlhof hat eindrucksvoll gezeigt, wie verfehlt die Krankenhauspolitik der Landesregierung ist. Ohne ausreichende Transparenz und Beteiligung der betroffenen Menschen wurden tiefgreifende Veränderungen der Gesundheitsversorgung geplant, obwohl diese erhebliche Folgen für die Region gehabt hätten. Erst der entschlossene Protest von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und vielen Menschen hat ein teilweises Umdenken bewirkt und gezeigt, dass öffentlicher Druck politische Fehlentscheidungen korrigieren kann. Wir stehen solidarisch an der Seite aller, die sich für den Erhalt einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung einsetzen. Wir fordern eine stabile,

bedarfsorientierte Finanzierung, die Investitionen, Personal und Vorhaltekosten berücksichtigt.

05.02: Sichere Gesundheitsversorgung vor Ort mit kommunalen Gesundheitszentren

Neben dem Klinikenverbund soll ein Netzwerk kommunaler Gesundheitszentren entstehen, dass die ambulante Versorgung, Prävention, Facharztangebote und psychosoziale Betreuung unter einem Dach bündelt. Kommunale Gesundheitszentren dienen als zentrale Anlaufstellen für die Bevölkerung vor Ort. Diese Zentren kombinieren hausärztliche, pflegerische und psychotherapeutische Versorgung mit Gesundheits- und Sozialberatung, Pflegehilfe sowie pharmazeutischer Betreuung und bauen sektoren- und professionsübergreifende Strukturen auf. Ergänzend sollen in urbanen Räumen Stadtteilgesundheitszentren sowie Community Health Nurses zur Verfügung stehen, um die solidarische Gesundheitsversorgung zu stärken. Mobile Ärzt:innen und ein flächendeckender Medikamenten-Botendienst im Nacht- und Notdienst gewährleisten auch in entlegenen Gebieten eine schnelle, wohnortnahe Versorgung. Ergänzt durch Gesundheitskioske, Gemeindeschwestern und geriatrische Versorgungsnetzwerke, wird die Versorgung gerade in ländlichen Regionen deutlich verbessert.
Die sogenannte Landarztquote stellt aus unserer Sicht keine nachhaltige Lösung für den bestehenden Ärztemangel dar. Sie verpflichtet angehende Mediziner:innen frühzeitig zu einer langfristigen Tätigkeit, ohne die eigentlichen strukturellen Probleme wie hohe Arbeitsbelastung, wirtschaftlichen Druck und mangelnde Infrastruktur im ländlichen Raum zu lösen. Statt die Attraktivität der Tätigkeit zu erhöhen, wird Verantwortung auf Einzelne abgewälzt und die freie Berufswahl eingeschränkt. Wir setzen daher auf den konsequenten Ausbau genau jener öffentlichen und kommunalen Versorgungsstrukturen, die nachweislich besser funktionieren: Angestellte Ärzt:innen in multiprofessionellen Teams, verlässliche Arbeitszeiten, Entlastung von Bürokratie und eine solidarisch organisierte Gesundheitsversorgung vor Ort.
Wir wollen die Wartezeiten auf Facharzttermine im Saarland deutlich verkürzen. Dazu führen wir verbindliche Terminquoten für kurzfristige Behandlungen, eine zentrale, öffentliche Terminvergabe sowie ein verbindliches Primärarztsystem ein, das den Zugang koordiniert und unnötige Doppelbuchungen verhindert. Fachärzt:innen sollen verstärkt in kommunalen Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft angestellt werden, mit attraktiven Arbeitsbedingungen und klaren Versorgungsaufträgen. Ergänzend setzen wir auf Telemedizin, wo die noch rechtlich zulässig ist, um Kapazitäten effizienter zu nutzen. So wird fachärztliche Versorgung planbarer und ohne lange Wartezeiten für alle zugänglich. Für die Menschen im Saarland bedeutet diese bedarfsgerechte Versorgung ein spürbar besseres Leben im Alltag: Kurze Wege zu Haus- und Fachärzt:innen, schnelle Termine ohne lange Wartezeiten und ein umfassendes Angebot unter einem Dach. Ältere Menschen, chronisch Kranke und Familien profitieren von wohnortnahen, gut erreichbaren Gesundheitsdiensten, Pflegebedürftige können in ihrer Umgebung versorgt werden, und Angehörige werden entlastet.
Nach ambulanten Operationen, Untersuchungen unter Sedierung oder der Verabreichung von Medikamenten, die die Verkehrstüchtigkeit einschränken, dürfen Patient:innen häufig nicht selbst nach Hause fahren. Gleichzeitig verlangen viele

Kliniken und Praxen aus guten Gründen, dass eine sichere Heimfahrt organisiert wird. Für Menschen mit geringem Einkommen, ohne Angehörige oder ohne eigenes soziales Netzwerk kann dies zu einem erheblichen Problem werden. Wir wollen deshalb die Einführung eines landesweiten Medi-Taxi-Konzepts, das sicherstellt, dass medizinisch notwendige Heimfahrten nach ambulanten Eingriffen sowie nach der Verabreichung verkehrsuntüchtig machender Medikamente automatisch und unbürokratisch übernommen werden. Niemand darf aus Angst vor den Kosten einer Heimfahrt auf notwendige Behandlungen verzichten oder nach einem Eingriff gezwungen sein, unsichere Wege nach Hause in Kauf zu nehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Saarland gemeinsam mit den Krankenkassen und den Leistungserbringern ein flächendeckendes, unbürokratisches und für die Betroffenen kostenfreies System medizinisch notwendiger Heimfahrten schafft.

05.03: Das Apothekensterben beenden

Die Zahl der Apotheken im Saarland ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen: Seit 2013 hat fast ein Viertel der Apotheken geschlossen. Die wohnortnahe Arzneimittelversorgung verschlechtert sich zunehmend, während gleichzeitig Lieferengpässe bei Medikamenten anhalten. Mit jeder geschlossenen Apotheke gehen persönliche Beratung, schnelle Hilfe im Notfall und ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung verloren. Besonders ältere Menschen, chronisch Kranke und Menschen im ländlichen Raum sind auf kurze Wege und eine verlässliche Versorgung angewiesen. Gleichzeitig droht die zunehmende Verlagerung des Arzneimittelhandels auf wenige große Internetplattformen die Abhängigkeit von marktbeherrschenden Konzernen noch weiter zu verstärken. Medikamente sind keine gewöhnliche Handelsware. Wir wollen die flächendeckende Präsenz öffentlicher Apotheken sichern, einer Monopolisierung des Arzneimittelhandels entgegenwirken und sicherstellen, dass Versorgungssicherheit, fachkundige Beratung und das Wohl der Patient Vorrang vor den Gewinninteressen internationaler Plattformunternehmen haben. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt wohnortnaher Apotheken und ihre stärkere Einbindung in die gesundheitliche Versorgungsstruktur im Saarland ein. Wir wollen die Ausbildungskapazitäten für Pharmazeut:innen sowie pharmazeutisch -technische Assistent:innen (PTA) ausbauen und uns auf Bundesebene für eine Anpassung der Vergütungsstrukturen einsetzen, um das Apothekensterben zu stoppen und die Versorgung langfristig zu sichern.

05.04: Den Kahlschlag der Psychotherapie stoppen, Versorgungslücken schließen

Die aktuelle Versorgungssituation in Deutschland bei psychotherapeutischen Behandlungskapazitäten ist dramatisch und wird sich aufgrund der Reformen der Bundesregierung noch mehr zuspitzen. Das gefährdet aktiv das Leben von Menschen. Betroffene warten schon jetzt viel zu lang auf einen Therapieplatz, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig plant der Spitzenverband der Krankenkassen weitere Kürzungen in der Psychotherapie, die diesen ohnehin schon gravierenden Versorgungsengpass weiter verschärfen würden, was von Fachverbänden scharf kritisiert wird. Um Wartezeiten für Psychotherapie deutlich zu verkürzen und eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, braucht es mehr Ausbildungs- und Praxisplätze für Therapeut:innen. Das Saarland kann dafür landespolitisch aktiv werden: Durch Förderung von Ausbildungsstellen, Unterstützung von Praxisgründungen

in strukturschwachen Regionen, finanzielle Anreize für Therapeut:innen im öffentlichen oder kommunalen Bereich sowie den Ausbau kommunaler Beratungs - und Versorgungsangebote. So wird psychische Gesundheit im Alltag greifbar und leicht zugänglich, besonders für Kinder, Jugendliche und Menschen mit akuten Belastungen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine vielfältige und wissenschaftlich breit aufgestellte psychotherapeutische Versorgung ein. Psychische Erkrankungen entstehen nicht isoliert im Individuum, sondern stehen häufig im Zusammenhang mit sozialen, familiären und gesellschaftlichen Belastungen. Deshalb darf die Förderung psychotherapeutischer Ausbildung und Versorgung nicht einseitig auf klassische verhaltenstherapeutische Ansätze beschränkt bleiben. Neben der Verhaltenstherapie müssen auch tiefenpsychologische und psychoanalytische Verfahren sowie Ansätze der kritischen Psychologie und Sozialpsychologie gestärkt werden. Diese Perspektiven betrachten den Menschen in seiner gesellschaftlichen Gesamtheit und ermöglichen ein tieferes Verständnis von psychischem Leid, sozialem Druck, Ausgrenzungserfahrungen und strukturellen Ursachen von Belastungen. Eine moderne Psychotherapieausbildung muss diese Vielfalt abbilden und unterschiedlichen wissenschaftlichen Schulen ausreichend Raum in Lehre, Forschung und Praxis geben. Nur so kann eine Versorgung gewährleistet werden, die den individuellen Lebensrealitäten der Menschen gerecht wird.

05.05: Aufstehen für die Pflege

Auch die Pflege im Saarland muss stärker öffentlich getragen, sicher finanziert und besser bezahlt werden. Wir setzen uns für verbindliche Personalschlüssel, Flächentarifverträge und verbesserte Ausbildungsbedingungen ein. Wir befürworten auch die Einführung verbindlicher Mindestpersonalbesetzungen in der Pflege per Landesgesetz, um die Arbeitsbelastung des Pflegepersonals deutlich zu reduzieren und die Qualität der Versorgung dauerhaft sicherzustellen. Nur mit ausreichend Personal können Pflegekräfte ihre Aufgaben fachgerecht, menschlich und sicher erfüllen. Unverbindliche Mindestschlüssel reichen nicht! Zwar ist die PPR 2.0 seit 2024 eingeführt, doch ohne verbindliche Durchsetzung und spürbare Konsequenzen bleiben die Vorgaben zahnlos. Auch die bestehenden Pflegepersonaluntergrenzen sind keine Alternative: Sie markieren lediglich eine untere Haltelinie, um akute Gefährdungen zu vermeiden, sichern aber keine professionelle und bedarfsgerechte Pflege. Notwendig sind verbindliche, sanktionsbewehrte Personalbemessungsvorgaben für die Pflege – perspektivisch für alle Berufsgruppen im Krankenhaus –, die sich am tatsächlichen Bedarf der Patient:innen orientieren. Die daraus resultierenden Personalkosten müssen vollständig und verlässlich refinanziert werden, damit gute Versorgung nicht an betriebswirtschaftlichen Zwängen scheitert. Die Vorgaben sollen sich an objektiv ermittelten Pflegebedarfen orientieren, regelmäßig überprüft werden und auch Nacht - und Wochenenddienste abdecken. Mit einem landesgesetzlichen Rahmen kann das Saarland bundespolitische Lücken ausgleichen und die Standards über den Richtwerten des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes anheben. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen: Gute Pflege ist ein öffentliches Gut, das ausreichende Personal, bessere Arbeitsbedingungen und Schutz der Beschäftigten erfordert.
Höhere Mindeststandards bei Personal und Pflege wirken nur dann entlastend und qualitätssichernd, wenn sie real mit ausreichend Personal hinterlegt sind. Entscheidend ist die tatsächliche Anzahl der Beschäftigten. Um mehr Fachkräfte zu gewinnen und im

Beruf zu halten, müssen die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert werden: Höhere Löhne, verbindlich bessere Personalschlüssel, verlässliche und gesundheitsgerechte Arbeitszeiten sowie echte Mitbestimmung im Arbeitsalltag. Unser Pflegepersonal braucht außerdem mehr Schutz, Anerkennung und Unterstützung, auch psychisch, bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten.
Pflegebedürftige sollen durch eine solidarische Finanzierung und ergänzende Landesleistungen entlastet werden, pflegende Angehörige durch barrierefreie Beratungsstellen unterstützt werden . Damit Gesundheitsversorgung den Menschen dient und nicht wirtschaftlichen Interessen, müssen die Beschäftigten in Krankenhäusern, Gesundheitszentren und Pflegeeinrichtungen deutlich mehr Mitbestimmung erhalten. Ärzt:innen, Pflegekräfte, Therapeut:innen und Verwaltungspersonal wissen am besten, wie Versorgung, Arbeitsabläufe und Patient:innenbetreuung vor Ort gestaltet werden müssen. Wir setzen uns deshalb für demokratische Strukturen ein: Paritätisch besetzte und demokratisch kontrollierte Aufsichtsräte, umfassende Beteiligung der Belegschaften an Entscheidungen über Organisation, Leistungsspektrum und Personalplanung sowie regelmäßige Informations- und Austauschrunden sollen sicherstellen, dass die Stimmen der Beschäftigten gehört werden. Entscheidungen über die Gesundheitsversorgung müssen transparent, nachvollziehbar und am Bedarf der Menschen orientiert sein. Nur durch echte Mitbestimmung wird eine solidarische, qualitativ hochwertige und zukunftsfähige Versorgung möglich, die Patient:innen, Beschäftigte und die Gesellschaft gleichermaßen stärkt. Wir wollen die Pflegeausbildung im Saarland attraktiv und zukunftssicher gestalten: Auszubildende sollen von Beginn an sozialversichert angestellt und angemessen vergütet werden. Gleichzeitig setzen wir auf die gezielte Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland, die über Sprach- und Integrationsprogramme sowie praxisnahe Einarbeitung langfristig im Saarland tätig werden können. Fort- und Weiterbildungen, Mentoring und flexible Arbeitszeiten sollen Fachkräfte halten und ihre Qualifikation stärken. Durch stabile Beschäftigungsverhältnisse und tarifliche Standards sichern wir eine hochwertige Pflegeversorgung für alle Generationen im Land.
Die Einführung einer Landesholding nach burgenländischem Vorbild bündelt in Zukunft die Verantwortung für Gesundheitsversorgung und Pflege. Sie fungiert als Träger des Landesklinikverbundes, betreibt öffentliche Pflegeeinrichtungen und ermöglicht es, dass Menschen, die privat Angehörige pflegen, direkt beim Land angestellt werden, mit tariflicher Bezahlung und sozialer Absicherung. Gleichzeitig schafft die Holding transparente Strukturen, in denen Belegschaften viel stärker mitbestimmen können, sodass sowohl die Bedürfnisse der Beschäftigten als auch der Patient:innen besser berücksichtigt werden. So wird eine solidarische, flächendeckende und zukunftsfähige Gesundheits- und Pflegeversorgung gewährleistet.

05.06: Solidarische Pflegegarantie ermöglichen

Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Gerade in stationären Einrichtungen steigen die Eigenanteile seit Jahren drastisch, während Ausstattung und Personalsituation vielerorts unzureichend sind. Wir wollen eine bundesweite solidarische Pflegevollversicherung, bei der die Pflegekasse – analog zur Krankenversicherung – alle pflegebedingten Kosten in ambulanter wie stationärer Versorgung vollständig übernimmt. Eigenanteile für die eigentliche Pflege müssen entfallen, damit

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen nicht länger finanziell überfordert werden. Dafür setzen wir uns für eine Solidarische Pflegegarantie ein: Alle Bürger:innen sowie alle Einkommensarten werden in eine gemeinsame Pflegeversicherung einbezogen. So schaffen wir eine breite, gerechte Finanzierungsbasis, senken die Eigenanteile drastisch und schützen insbesondere Pflegebedürftige im Heim dauerhaft vor Altersarmut. Gute Pflege im Alter braucht ausreichend Personal, eine gute Ausstattung der Einrichtungen und eine Finanzierung, die sich am Bedarf der Menschen orientiert und nicht am Geldbeutel. Das Saarland soll Investitionskosten für Pflegeheime stärker übernehmen und landesweit eine bedarfsgerechte Pflegeplanung sicherstellen. Kommunale und gemeinwohlorientierte Träger sollen gezielt unterstützt werden.
Gerade im Gesundheitsbereich verhindert das kirchliche Arbeitsrecht, dass Beschäftigte in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen oder Therapiebetrieben mitbestimmen, Streiks durchführen oder ihre Interessen wirksam vertreten können, wirkt diskriminierend gegenüber Mitarbeitenden und untergräbt geregelte Arbeitsbedingungen. Deshalb fordern wir seine Abschaffung, wobei dies selbstverständlich für alle Bereiche gelten muss, um gleiche Rechte und echte Mitbestimmung für alle Beschäftigten sicherzustellen.

05.07: Gesundheit im öffentlichen Raum

Gesundheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Landespolitisch wollen wir die öffentliche Gesundheit umfassend stärken, indem Prävention, Aufklärung und niedrigschwellige Versorgung in den Mittelpunkt gestellt werden. Dazu gehören Programme zu Ernährung, Bewegung und mentaler Gesundheit in Schulen, Kitas und am Arbeitsplatz, ebenso wie Suchtprävention und Krisenberatung. Der Ausbau von barrierefreiem Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen, Screenings und Telemedizin stellt sicher, dass alle Menschen im Saarland, auch in ländlichen Regionen, frühzeitig unterstützt werden.

Ä006 · Cannabispolitik – Gesundheitsschutz statt Kriminalisierung
Linksjugend [`solid] Saarland
Einfügung nach Z. 2114 · Paket S. 7
Nicht übernommen

Wir stehen zur Teillegalisierung von Cannabis und lehnen Forderungen nach einer vollständigen Rücknahme entschieden ab. Statt die Entkriminalisierung rückgängig zu machen, braucht es eine sachliche, wissenschaftlich fundierte Drogenpolitik, die Prävention, Aufklärung und Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt stellt. Die Kriminalisierung von Konsument:innen löst keine gesundheitlichen oder gesellschaftlichen Probleme, sondern erschwert den Zugang zu Beratung und Hilfe.

Die saarländische Landesregierung hat die Umsetzung der Cannabisreform bislang verschleppt, statt sie konstruktiv zu gestalten. Wir fordern zügige und transparente Genehmigungsverfahren für Anbauvereinigungen sowie den Ausbau von Präventions-, Beratungs- und Behandlungsangeboten, insbesondere für junge Menschen und an Schulen. Problematischer Konsum muss ernst genommen werden. Dafür braucht es niedrigschwellige Hilfen und eine gute psychische Gesundheitsversorgung statt neuer Verbote und Kriminalisierung. Wir wollen Suchtprävention stärken und Betroffene frühzeitig unterstützen, statt sie auszugrenzen. Dazu gehört auch, die sozialen Ursachen von Sucht und problematischem Konsum stärker in den Blick zu nehmen. Die gesundheitlichen Auswirkungen der Cannabisreform müssen wissenschaftlich

Ä006 · Cannabispolitik – Gesundheitsschutz statt Kriminalisierung
Linksjugend [` solid] Saarland
Einfügung nach Z. 2114 · Paket S. 7
Nicht übernommen

begleitet und regelmäßig ausgewertet werden.

Ein Schwerpunkt liegt auf kostenfreien Verhütungsmitteln, um sexuelle Selbstbestimmung und gesundheitliche Sicherheit zu gewährleisten. Kondome sollen in Schulen, Jugendzentren, Beratungsstellen und Kliniken frei verfügbar sein, die Antibabypille für Jugendliche, Studierende und einkommensschwache Personen vollständig übernommen werden. Landespolitisch benötigt das ein flächendeckendes Programm, das Kostenfreiheit, unkomplizierten Zugang und umfassende Aufklärung über Verhütung, sexuelle Gesundheit und Selbstbestimmung miteinander verbindet.
Die Corona-Pandemie hat das Leben vieler Menschen nachhaltig verändert und tiefe Spuren hinterlassen. Weit über 2000 Menschen sind allein im Saarland an den Folgen der Pandemie verstorben, viele weitere leiden bis heute an den Langzeitfolgen einer Infektion. Wir wollen das Gedenken an die Verstorbenen und die Anerkennung des Leids der Betroffenen dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein verankern. Die Erfahrungen der Pandemie müssen aufgearbeitet werden, wissenschaftlich fundiert, transparent und mit dem Ziel, das Gesundheitswesen krisenfester zu machen. Besonders Menschen mit Long Covid und anderen Post-Covid-Erkrankungen benötigen endlich die Aufmerksamkeit und Unterstützung, die ihrer Situation gerecht wird. Das Saarland muss deshalb den Aufbau spezialisierter Versorgungsangebote unterstützen, Forschung und Vernetzung fördern sowie die Fortbildung von Gesundheitspersonal stärken.
Darüber hinaus soll die Landespolitik gesundheitsfördernde Rahmenbedingungen schaffen: Grünflächen, sichere Rad- und Fußwege, Sport- und Bewegungsangebote sowie Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen tragen nachweislich zur physischen und psychischen Gesundheit bei. Senior:innen- und Jugendangebote sowie koordinierte Krisenvorsorge für Pandemien und Katastrophen erhöhen die Resilienz der Gesellschaft. Gleichzeitig sollen sich die Programme gezielt an einkommensschwache und vulnerable Gruppen richten und diese auch erreichen, um gesundheitliche Ungleichheit abzubauen und eine qualitativ hochwertige, gesunde Lebensumgebung für alle Menschen im Saarland zu schaffen.
Wir wollen:
• Dass alle saarländischen Krankenhäuser unter öffentlicher Trägerschaft zu einem Landesklinikverbund vernetzt werden, um Grundversorgung und spezialisierte Leistungen wohnortnah und unabhängig von Profitinteressen sicherzustellen und alle bestehenden Standorte erhalten bleiben.
• Belegschaften umfassende Mitspracherechte erhalten durch demokratische Strukturen, paritätisch besetzte Aufsichtsräte und regelmäßige Beteiligung an Entscheidungen über Personal, Organisation und Leistungsspektrum.
• Einheitliche Tarifverträge die für bessere Arbeitsbedingungen und hochwertige Pflege sorgen.
• Dass die neue Landesholding den Verbund übernimmt, Pflegeeinrichtungen betreibt und die Anstellung privater Pflegepersonen beim Land ermöglicht , um Transparenz, Solidarität und flächendeckende Versorgung zu sichern.
• Statt unverbindlicher Mindeststandards brauchen wir verbindliche,

bedarfsgerechte Personalvorgaben in der Pflege. Dafür sind bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, verlässliche Arbeitszeiten und eine starke Pflegeausbildung notwendig. Nur so gewinnen und halten wir Fachkräfte und sichern die Versorgungsqualität.

• Das Apothekensterben stoppen, wohnortnahe Apotheken erhalten und der Monopolisierung des Arzneimittelhandels durch große Internetplattformen entgegenwirken.

• Den Kahlschlag in der Psychotherapie verhindern, mehr Ausbildungs- und Therapieplätze schaffen und eine flächendeckende, wissenschaftlich vielfältige psychotherapeutische Versorgung sicherstellen.

• Die öffentliche Gesundheitsversorgung stärken – durch den Ausbau von Prävention, Gesundheitsförderung, kostenfreien Verhütungsmitteln, niedrigschwelligen Angeboten und einem gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle Menschen.

06: Transformative Industriepolitik

Ä020 · Änderungen zu L01 zu Kapitel 06: Industrie und Transformation
LAG Transformation und Industrie
Teil 1 – Titel ändern · Änderung in Z. 2176 · Paket S. 32
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~Industrie und Transformation~~ Transformative Industriepolitik

Der Strukturwandel prägt das Saarland und findet mit immer höherem Tempo statt. Um ihn zu gestalten, braucht es eine echte Transformation, mit konsequenter demokratischer Mit- und Selbstbestimmung, klarer öffentlicher Verantwortungsübernahme und mit einem echten Systemwechsel. Wir brauchen eine Transformation aus dem Kapitalismus heraus und nicht dessen unbedingten Erhalt. Dem Saarland droht eine katastrophale wirtschaftliche Entwicklung, wenn hier nicht konsequent mit sozialer und ökologischer Politik entgegengesteuert wird. Denn die ökonomische Entwicklung steht am Scheideweg: Wir können zur Modellregion für eine soziale und nachhaltige Zukunft werden oder weiter den Strukturwandel und den damit einhergehenden Niedergang des Saarlandes verwalten, statt ihn zu gestalten. Genau deshalb braucht es eine starke Linke, die als politischer Motor für diesen Wandel wirkt. Denn SPD und CDU, die seit Jahrzehnten in Regierungsverantwortung sind, bleiben in alten Mustern gefangen. Statt die Einheit aus sozialer und ökologischer Frage ins Zentrum zu stellen, hangeln sie sich von Technologieförderung zu Industriegesprächen, oft ohne die Beschäftigten wirklich selbst bestimmen zu lassen, wohin der Weg geht. Und vor allem ohne die Ursachen der sozial-ökologischen Krisen zu analysieren. Notwendige Subventionen werden ohne klares Konzept mit der Gießkanne verteilt.

Ä017 · Fördermittel an Mitsprache und Kontrolle binden!
LAG Transformation und Industrie
Teil 1 – Fördermittel und Mitbestimmung · Einfügung nach Z. 2193 · Paket S. 22–23
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Fließen staatliche Fördermittel in den ökologischen Umbau der Industrie sind öffentliche Mitsprache und Kontrolle zu sichern. Zudem braucht es strikte Auflagen einer verpflichtenden Standortgarantie und der Stärkung der inner- und überbetrieblichen Mitbestimmung.

Für uns ist klar: Wir denken die soziale und die ökologische Frage grundlegend zusammen für eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen, jetzt und in Zukunft. Es geht nicht nur darum, Branchen anzupassen oder Technologien zu fördern, sondern die Gesellschaft insgesamt ökologisch, demokratisch und solidarisch neu zu gestalten. Transformation umfasst die Überwindung sozialer Ungleichheiten, die Demokratisierung wirtschaftlicher Macht und das Infragestellen der Logik kapitalistischer Profitorientierung, die Umwelt und Menschen belastet. Transformation ist ein gesellschaftlicher Konflikt um Macht, Verteilung und Eigentum. Ökologische Modernisierung gelingt nur, wenn die Interessen der Beschäftigten gesichert und Profitlogik nicht ungebremst durchgesetzt wird.

Ä020 / Ä036 · Änderungen zu L01 zu Kapitel 06: Industrie und Transformation
LAG Transformation und Industrie
Teil 2 – Transformationsverständnis erweitern · Änderung in Z. 2194–2203 · Paket S. 32
Gemeinsamer Kasten mit Ä036 (Paket S. 52)
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Für uns ist klar: ~~Wir denken die~~ Die soziale und die ökologische Frage ~~grundlegend zusammen für~~ sind untrennbar miteinander verbunden. Die sozial-ökologische Transformation bedeutet weit mehr als die klimafreundliche Modernisierung bestehender Wirtschaftsstrukturen. Sie erfordert eine ~~lebenswerte Zukunft~~ grundlegende Veränderung unserer Produktions- und Lebensweisen, der gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit, Ressourcen und Macht sowie unseres Verhältnisses zur Natur. Unser Ziel ist ein gutes Leben für alle ~~Menschen, jetzt~~ innerhalb der planetaren Grenzen. Maßstab wirtschaftlicher Entwicklung dürfen nicht länger Profitmaximierung und ~~in Zukunft. Es geht~~ Wirtschaftswachstum sein, sondern die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Mitbestimmung. Dafür müssen wir nicht nur ~~darum, Branchen anzupassen oder~~ Technologien ~~zu fördern,~~ und Produktionsverfahren verändern, sondern auch Eigentumsverhältnisse, gesellschaftliche Infrastrukturen, Geschlechterverhältnisse und die ~~Gesellschaft insgesamt ökologisch, demokratisch und solidarisch neu zu gestalten.~~ Organisation des Alltags. Die sozial-ökologische Transformation ~~umfasst die Überwindung sozialer Ungleichheiten, die Demokratisierung wirtschaftlicher Macht und das Infragestellen der Logik kapitalistischer Profitorientierung, die Umwelt und Menschen belastet. Transformation ist ein gesellschaftlicher Konflikt~~ geht mit gesellschaftlichen Konflikten um Macht, ~~Verteilung~~ Verteilung, Eigentum und ~~Eigentum. Ökologische Modernisierung gelingt nur, wenn~~ die ~~Interessen der Beschäftigten gesichert~~ Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft einher. Sie muss bestehende Privilegien und ~~Profitlogik nicht ungebremst durchgesetzt wird.~~ Ungleichheiten überwinden und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch nachhaltig leben können.

06.01: Für eine neue, solidarische Wirtschaft

Darum ist es Zeit für ein neues, solidarisches Wirtschaften und Arbeiten. Die großen Krisen unserer Zeit – soziale Ungleichheit, Klimawandel, die Entwicklung zu einer ökonomischen Abstiegsgesellschaft – machen deutlich: Weder der Markt noch ein paternalistischer Staat allein garantieren Versorgungssicherheit, Arbeitsplätze oder soziale Teilhabe für alle. Es braucht eine starke, solidarische Zivilgesellschaft, die Arbeit, Betrieb und Stadtgesellschaft aktiv mitgestaltet. Beschäftigte, Gewerkschaften, engagierte Bürger:innen, soziale Bewegungen und gemeinwohlorientierte Initiativen müssen gemeinsam den Wandel steuern. Alternative Formen des Wirtschaftens, die sich an einem guten Leben für alle orientieren, sind notwendig. Die Ebene der gesellschaftlichen Basis – Stadtteile, Nachbarschaften, Betriebe – wird zum Ausgangspunkt für kollektive Selbstorganisation, Selbstverwaltung von Produktion und dezentrale Gemeinwohlökonomie. In Bereichen wie Wohnen, erneuerbare Energien, Ernährung und Mobilität schaffen lokale Strukturen echte Alternativen. Wir setzen daher auf eine Modellregion Gemeinwohlökonomie im Saarland, inklusive einer Stabsstelle Wirtschaftsdemokratie im Arbeits- oder Wirtschaftsministerium sowie einem Beteiligungsfonds zur Förderung von mehr Belegschaftsbetrieben.

Ä020 / Ä037 · Änderungen zu L01 zu Kapitel 06: Industrie und Transformation
LAG Transformation und Industrie
Teil 4 – Feministische Transformation und Sorgearbeit verankern · Einfügung nach Z. 2220 · Paket S. 32–33
Gemeinsamer Kasten mit Ä037 (Paket S. 53)
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Eine solidarische Wirtschaft muss die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit in den Mittelpunkt stellen. Unsere Gesellschaft ist nicht allein auf industrielle Produktion und Erwerbsarbeit angewiesen, sondern ebenso auf die Sorge füreinander: auf Kinderbetreuung, Pflege, Erziehung, Hausarbeit und die alltägliche Versorgung von Menschen. Diese leider immer noch überwiegend von Frauen geleistete, häufig unbezahlte oder schlecht entlohnte Arbeit bildet eine unverzichtbare Grundlage gesellschaftlichen Lebens und wirtschaftlicher Wertschöpfung.

Eine feministische sozial-ökologische Transformation muss deshalb die geschlechtliche Arbeitsteilung überwinden, Sorgearbeit gesellschaftlich aufwerten und ihre gerechte Verteilung ermöglichen. Dazu gehören der Ausbau öffentlicher Bildungs-, Betreuungs- und Pflegeinfrastrukturen, gute Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung in sozialen Berufen sowie eine allgemeine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei sozial gerechtem Lohnausgleich.

Ä046 · Betriebe in Belegschaftseigentum überführen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2220 · Paket S. 61–63
Teilweise übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Insbesondere bei drohenden Insolvenzen, Betriebsschließungen oder Standortaufgaben wollen wir Beschäftigten ermöglichen, ihre Unternehmen selbst zu übernehmen und gemeinschaftlich weiterzuführen. Dafür stellen wir als Land Förderkredite und Beteiligungskapital bereit und stärken den vorgesehenen Beteiligungsfonds für Belegschaftsbetriebe. Im Mittelpunkt stehen kleine und mittlere Unternehmen. So wollen wir gute Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung sichern und die demokratische Kontrolle über die Produktion stärken.

Die Stabsstelle Wirtschaftsdemokratie soll mit Beschäftigten, Betriebsräten, Gewerkschaften und Arbeitskammer frühzeitig Übernahme- und Fortführungskonzepte entwickeln und rechtliche, wirtschaftliche und genossenschaftliche Beratung vermitteln. Wir unterstützen von der Belegschaft getragene, wirtschaftlich tragfähige und sozial-ökologisch ausgerichtete Konzepte einschließlich notwendiger Produktionsumstellungen. Die Landesholding kann Übernahmen durch Übergangsbeteiligungen absichern. Die Förderung umfasst auch Qualifizierung, Investitionen und die Finanzierung des laufenden Betriebs. Beim Bund setzen wir uns für ergänzende Fördermittel und bessere Bedingungen für Belegschaftsübernahmen im Insolvenzverfahren ein.

Für gefährdete Industriestandorte mit tragfähiger Zukunftsperspektive schaffen wir im Rahmen der Landeszuständigkeit ein Vergesellschaftungsrahmengesetz auf Grundlage von Artikel 15 des Grundgesetzes. Das Rahmengesetz regelt transparente Auswahlmaßstäbe, demokratische Beteiligung, Gemeinwohlbindung und eine tragfähige sozial-ökologische Fortführung. Konkrete Überführungsgesetze bestimmen die erfassten Produktionsmittel und ihre Trägerschaft sowie Art und Ausmaß der Entschädigung unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten. Für erforderliche ergänzende Bundesregelungen setzen wir uns auf Bundesebene

Ä046 · Betriebe in Belegschaftseigentum überführen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2220 · Paket S. 61–63
Teilweise übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

ein.

Ziel ist in allen Fällen die Überführung in dauerhaftes, demokratisch organisiertes Belegschaftseigentum, insbesondere in Belegschaftsgenossenschaften. Bei einer Vergesellschaftung gestalten wir Belegschaftsgenossenschaften als dauerhaft gemeinwirtschaftliche Träger mit gesetzlich gesicherter Gemeinwohl- und Vermögensbindung sowie gesellschaftlicher Kontrolle. Eine spätere private Aneignung des gemeinschaftlichen Vermögens muss ausgeschlossen werden. Öffentliche Unterstützung verbinden wir mit Tarifbindung, Beschäftigungssicherung und verbindlichen Mitbestimmungsrechten. Die regionalen Transformationsräte begleiten die Umsetzung und den sozial-ökologischen Umbau.

Ä038 · Erwerbsarbeitszeit sozial gerecht verkürzen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung vor Z. 2221 · Paket S. 54
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Zu einer solidarischen Wirtschaft gehört eine allgemeine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei sozial gerechtem Lohnausgleich.

Bürger:innenenergieprojekte und solidarische Landwirtschaft stärken regionale Wirtschaftskreisläufe, demokratische Beteiligung und den Klimaschutz zugleich und müssen aktiv gefördert sowie entbürokratisiert werden, als Alternative zu energiepolitischer Fremdbestimmung durch Konzerne. Wir setzen regionale Koordination als Prinzip vor Standortkonkurrenz. Transformationsprozesse im Saarland werden kooperativ geplant, gemeinsam mit Gewerkschaften, Kommunen und Zivilgesellschaft, um Abwärtsspiralen durch Standortwettbewerb zu verhindern. Das bedeutet konkret: Wir wollen regionale Transformationsräte schaffen, in denen Beschäftigte, Gewerkschaften, Kommunen, Wissenschaft, Sozial- und Umweltverbände sowie regionale Unternehmen gemeinsam die wirtschaftliche Zukunft ihrer Region gestalten.

Ä020 / Ä039 · Änderungen zu L01 zu Kapitel 06: Industrie und Transformation
LAG Transformation und Industrie
Teil 5 – Demokratische Transformation und gesellschaftliche Beteiligung stärken · Einfügung in Z. 2231 nach „gestalten.“ · Paket S. 33
Gemeinsamer Kasten mit Ä039 (Paket S. 55)
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Dabei müssen auch Menschen beteiligt werden, deren Interessen in etablierten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen häufig unterrepräsentiert sind. Dazu gehören insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, Sorgeverantwortliche, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationsgeschichte.

Bei Entscheidungen über Industriepolitik, Energieversorgung, Mobilität oder öffentliche Infrastruktur sollen diejenigen mitentscheiden, die die Folgen unmittelbar tragen. So wird das Wissen der Menschen vor Ort zum Ausgangspunkt politischer Entscheidungen. Die Transformationsräte entwickeln regionale Zukunftspläne, koordinieren Investitionen und sorgen dafür, dass wirtschaftlicher Wandel konsequent am Gemeinwohl ausgerichtet wird.

Ä055 · Gleichstellungspolitische Expertise in Transformationsräten sichern
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2236 · Paket S. 72
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Kommunale Frauenbeauftragte und Frauenverbände erhalten in den regionalen Transformationsräten Sitz und Stimme. Ihre gleichstellungspolitische Expertise fließt von Beginn an in regionale Zukunftspläne und Investitionsentscheidungen ein.

06.02: Für eine garantierte hochwertige Ausbildung und soziale Sicherheit

Ein zentraler Baustein einer neuen solidarischen Wirtschafts- und Arbeitswelt ist die Absicherung junger Menschen: Wir sichern allen eine Ausbildungsgarantie zu und stärken öffentlich finanzierte Ausbildungsverbünde, damit jede:r eine faire Chance auf Qualifikation und berufliche Teilhabe erhält. Die Industriepolitik des Saarlandes muss eng mit den Beschäftigten verknüpft sein. Neue Perspektiven müssen für Beschäftigte geschaffen werden, insbesondere im Dienstleistungs- und sozialen Sektor, begleitet durch einen landeseigenen Fonds für Übergänge, Qualifizierung und Standortentwicklung. Beschäftigte dürfen den Umbau der Wirtschaft nicht als Bedrohung erleben, sondern müssen sich darauf verlassen können, dass sie bei Veränderungen unterstützt werden.

Ä056 · Frauen den Zugang zu Qualifizierung im Strukturwandel ermöglichen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2247 · Paket S. 73
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Landesgeförderte Aus- und Weiterbildung im Strukturwandel gestalten wir so, dass Frauen, insbesondere Sorgeverantwortliche und Migrantinnen, tatsächlich teilnehmen können. Dazu sichern wir Teilzeitangebote, verlässliche Betreuungsangebote und Beratung zur Anerkennung vorhandener Abschlüsse. Berufsorientierung und Qualifizierung müssen geschlechtliche Rollenbilder überwinden und allen Geschlechtern den Zugang zu technischen wie sozialen Berufen öffnen.

Diese soziale Sicherheit ist Voraussetzung für Akzeptanz und echte Veränderungsbereitschaft: Bessere Arbeit, verlässliche Einkommen, Weiterbildung und kollektive Sicherungssysteme müssen deshalb integraler Bestandteil jeder Transformationsmaßnahme sein. Im Saarland, mit seiner industriellen Prägung und großen sozialen Gegensätzen, ist eine solche Transformation keine Option, sondern zwingende Notwendigkeit. Gewerkschaften und Arbeitskammer haben klare Forderungen formuliert: Mitbestimmung als zentrales Element des Wandels, das Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten, sichere industrielle Produktion vor

Ort und konkrete Pläne für die sozial abgesicherte Umstellung auf neue Technologien wie Wasserstoff oder E-Mobilität. Das Projekt TraSaar hat einen ersten Rahmen geliefert, wie Qualifizierung, Mitgestaltung und Klimaschutz zusammen gedacht werden können. Doch dieser Rahmen bleibt ungenutzt, weil der Landesregierung die politische Kraft, klare Visionen und Instrumente fehlen.

Ä057 · Gewerkschaftliche Gestaltung des Strukturwandels stärken
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2260 · Paket S. 74
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Wir wollen das vom DGB initiierte Projekt REVIERWENDE mit seinem Büro im Saarland als Partner einer sozial gerechten Transformation stärken. Seine Erfahrungen aus der Beratung, Vernetzung und Qualifizierung von Beschäftigten und Betriebsräten sollen in die regionale Strukturpolitik und die Arbeit der Transformationsräte einfließen.

Ä058 · Strukturhilfen für gute Arbeit und Transformation nutzen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2260 · Paket S. 75
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Die für das Saarland bis 2038 vorgesehenen Strukturhilfen von bis zu 128,5 Millionen Euro müssen gezielt Investitionen unterstützen, die tarifgebundene Arbeitsplätze sichern und den sozial-ökologischen Umbau in den betroffenen Fördergebieten voranbringen. Dazu prüfen wir insbesondere förderfähige Projekte der Bildungs- und Schieneninfrastruktur. Das Land entwickelt geeignete Vorhaben gemeinsam mit Kommunen, Beschäftigten und Gewerkschaften und berichtet regelmäßig öffentlich über Auswahl, Mitteleinsatz und Ergebnisse.

06.03: Echte Mitbestimmung im Betrieb

Eine demokratische Arbeitswelt bedeutet, Menschen nicht länger zu bloßen Ausführenden wirtschaftlicher Entscheidungen zu machen, sondern sie zu befähigen, ihre Zukunft selbst mitzugestalten. Wer täglich in Betrieben, Verwaltungen oder sozialen Einrichtungen arbeitet, muss auch Einfluss auf deren Entwicklung nehmen können. Deshalb wollen wir Mitbestimmung konsequent ausbauen und wirtschaftliche Entscheidungen schrittweise demokratisieren. So entsteht eine Arbeitswelt, in der Verantwortung, Wissen und Entscheidungsmacht nicht bei wenigen konzentriert sind, sondern von den Menschen getragen werden, die den gesellschaftlichen Reichtum jeden Tag schaffen.

Ökologische Modernisierung

Ä020 / Ä040 · Änderungen zu L01 zu Kapitel 06: Industrie und Transformation
LAG Transformation und Industrie
Teil 3b – Begriff in Zeile 2271 ersetzen · Änderung in Z. 2271 · Paket S. 32
Gemeinsamer Kasten mit Ä040 (Paket S. 56)
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~Ökologische Modernisierung~~ Sozial-ökologische Transformation

muss mit einer demokratischen Neuordnung der Arbeitswelt und sozial ausgeglichener Verteilung von Zeitressourcen verbunden werden. Statt Standortwettbewerb, zentraler Steuerung von oben und wirtschaftlicher Gewinnlogik fordern wir Beteiligung von unten, nicht nur durch Transformationsräte: Durch Fachkonferenzen, „Grüne Werkstätten“, politische Bildungsräume und systematische Einbindung von Beschäftigten, Bürger:innen, Wissenschaft und Gewerkschaften. Alle Maßnahmen sollen auf eine solidarische, nachhaltige und demokratische Transformation einzahlen. Mitbestimmung ist dabei mehr als Anhörung. Beschäftigte müssen reale Eingriffsrechte bei Investitionsentscheidungen, Produktionsumstellungen und strategischen Standortfragen erhalten, auf betrieblicher, regionaler und Landesebene. Das heißt auch dass die Transformationsräte klare sozial-ökologische Kriterien für öffentliche Investitionen definieren, über die Investitionen bestimmen und ihre Wirksamkeit überwachen. Der Transformationsfonds ist notwendig, muss aber an klarere Bedingungen und Kriterien gekoppelt sein. Öffentliche Fördermilliarden sind geflossen, ohne eine öffentliche Kontrolle und Mitsprache ausreichend zu sichern. Für die Öffentlichkeit ist kaum nachvollziehbar, wohin welche Gelder nach welchen Kriterien geflossen sind. Solche Fehler dürfen sich nicht wiederholen. Basisdemokratische Transformationsräte werden hier nachträglich Transparent schaffen.

Ä059 · Gleichstellungsziele für die Transformationsförderung festlegen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2289 · Paket S. 76
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Für die öffentliche Transformationsförderung legen wir verbindliche, messbare Gleichstellungsziele fest. Vor Förderentscheidungen prüfen wir die Auswirkungen auf Erwerbschancen, Einkommen und die Verteilung von Sorgearbeit. Die Förderprogramme müssen zum Abbau geschlechtsbezogener Benachteiligungen beitragen. Ihre Wirkung überprüfen wir regelmäßig anhand nach Geschlecht aufgeschlüsselter Daten und veröffentlichen die Ergebnisse.

06.04: Ein echter Plan für die Transformation - Landesholding Saarland

Der wirtschaftliche und ökologische Wandel gelingt nicht von allein. Er braucht eine handlungsfähige öffentliche Steuerung, die Orientierung gibt, Investitionen koordiniert und demokratische Mitbestimmung ermöglicht. Staatliche Verantwortung bedeutet dabei nicht, Entscheidungen zentral vorzugeben, sondern die Voraussetzungen zu schaffen, damit Beschäftigte, Kommunen und Zivilgesellschaft den Wandel aktiv mitgestalten können.
Um zukünftig die Transformation zu steuern, ist die Schaffung einer Landesholding nach Vorbild des österreichischen Burgenlandes zentral. Nach dem burgenländischen Modell bündelt eine Landesholding zentrale öffentliche Aufgaben und landeseigene Unternehmen. Das Land steuert strategisch und gibt klare soziale, ökologische und arbeitsmarktpolitische Ziele vor., Die Betriebe bleiben operativ eigenständig. Im Saarland könnte eine solche Holding bestehende Landesbeteiligungen und neue Transformationsprojekte etwa in den Bereichen Energie, Ausbildung und Industrieumbau zusammenführen und so Investitionen, Qualifizierung und

Beschäftigungssicherung gezielt und demokratisch steuern. Auch neue Wirtschaftsbereiche wie etwa die Gaming-Industrie können gestärkt werden. Die Holding fungiert als zentrales Steuerungsinstrument, das Transparenz, demokratische Mitbestimmung und langfristige soziale Absicherung miteinander verbindet. Transformationspolitik muss aktiv die Interessen der Beschäftigten und der Lebensumwelt stärken, statt neutral zwischen Kapitalinteressen und Arbeit zu vermitteln. Politische Steuerung der Transformation heißt, sich nicht „neutral“ vor der Verantwortung zu drücken, sondern Partei zu ergreifen für Menschen, deren Arbeit und für die Umwelt.

Ä060 · Demokratische Verantwortung in der Transformation benennen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2313–2315 · Paket S. 77
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Politische Steuerung der Transformation heißt, ~~sich nicht „neutral“ vor der~~ Verantwortung zu ~~drücken, sondern Partei~~ übernehmen, die Demokratie zu ~~ergreifen~~ verteidigen und die Stimme für ~~Menschen, deren Arbeit~~ Beschäftigte und ~~für die Umwelt.~~ den Schutz ihrer Lebensumwelt zu erheben.

Ä061 · Unternehmerische Verantwortung für die Demokratie verankern
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2315 · Paket S. 78
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Unternehmen tragen Verantwortung für den Erhalt der Demokratie. Die Landesholding verankert deshalb den Schutz von Grundrechten, wirksame Mitbestimmung und die Abwehr von Diskriminierung als verbindliche Ziele für ihre Beteiligungsunternehmen und berichtet öffentlich über deren Umsetzung.

Bereits heute existiert mit der SHS Strukturholding Saar GmbH eine landeseigene Holding, die zahlreiche Gesellschaften aus Wirtschaftsförderung, Immobilienwirtschaft, Verkehr und auch die WOGE-Saar zusammenführt. Unter ihrem Dach werden Beteiligungen gebündelt. Dadurch wird eine einheitliche Managementstruktur geschaffen, die unter anderem Projektsteuerung, Grundstücksentwicklung und Immobilientätigkeiten für das Land übernimmt . Im Unterschied dazu ist die SHS – Stahl-Holding-Saar (Stahlholding) eine spezialisierte Managementholding für die saarländische Stahlindustrie. Sie bündelt die Beteiligungen der Montan -Stiftung an Saarstahl und der Dillinger Hütte und steuert diese operativ und strategisch zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wettbewerbsfähigkeit. Um die strukturelle Transformation des Saarlands – etwa in den Bereichen Wohnen, Energie, Industrieumbau, Ausbildung und sozialökologische Infrastruktur – stärker zu steuern, schlagen wir vor, diese bestehenden Holdings unter dem Dach einer neuen Landesholding zusammenzuführen, zu demokratisieren und organisatorisch weiterzuentwickeln.

Ä042 · Vergesellschaftete Produktionsmittel demokratisch verwalten
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2330 · Paket S. 79
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

Die Landesholding soll als demokratisch kontrollierte Trägerin von Produktionsmitteln dienen können, die auf Grundlage von Artikel 15 des Grundgesetzes durch Gesetz in Gemeineigentum überführt werden. Das jeweilige Gesetz regelt Art und Ausmaß der Entschädigung und sichert die dauerhafte Gemeinwohlbindung sowie verbindliche Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten.

Konkret könnte damit folgendes erreicht werden: Erstens mehr Transparenz, indem Beteiligungsstrukturen, Entscheidungsprozesse und wirtschaftliche Ziele offen gelegt und parlamentarisch kontrolliert werden; zweitens mehr Mitbestimmung, indem Beschäftige, Gewerkschaften, kommunale Vertreter:innen und Zivilgesellschaft formale Beteiligungs- und Kontrollrechte erhalten; drittens mehr öffentliche Kontrolle, indem strategische Vorgaben zu sozialen, ökologischen und wohnungspolitischen Zielen verbindlich gemacht werden. Eine demokratisch verankerte Landesholding würde so sicherstellen, dass öffentliche Investitionen nicht nur betriebswirtschaftlichen Kriterien folgen, sondern dem Gemeinwohl dienen und Transformation messbar, steuerbar und gerecht gestaltet werden, im Sinne einer aktiven Politik für Beschäftigte, Kommunen und die Menschen im Saarland. Um die Transformation im Saarland umfassend zu gestalten, verbinden wir ökologische Modernisierung,

Ä020 / Ä021 · Änderungen zu L01 zu Kapitel 06: Industrie und Transformation
LAG Transformation und Industrie
Teil 3c – Begriff in Zeilen 2342–2343 ersetzen · Änderung in Z. 2342–2343 · Paket S. 32
Gemeinsamer Kasten mit Ä021 (Paket S. 56)
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~ökologische Modernisierung~~ ökologischen Umbau

soziale Teilhabe, Ausbildungssicherung und Mitbestimmung in einem klaren Handlungsrahmen:

- Wir sichern allen jungen Menschen eine Ausbildungsgarantie und stärken öffentlich finanzierte Ausbildungsverbünde.
- Wir bauen demokratische Mitbestimmung in Betrieben, Kommunen und gesellschaftlichen Institutionen massiv aus.
- Wir etablieren eine Landesholding als zentrales Steuerungsinstrument für Transformation, Qualifizierung und soziale Teilhabe.
- Wir gestalten ökologische Modernisierung

Ä020 / Ä042 · Änderungen zu L01 zu Kapitel 06: Industrie und Transformation
LAG Transformation und Industrie
Teil 3a – Begriff in Zeile 2351 ersetzen · Änderung in Z. 2351 · Paket S. 32
Gemeinsamer Kasten mit Ä042 (Paket S. 57)
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~ökologische Modernisierung~~ sozial-ökologische Transformation

sozial ausgeglichen, mit
Arbeitsplatzsicherung und Weiterbildung für alle Beschäftigten.
● Wir bilden einen landeseigenen Fonds der Beschäftigte beim Übergang, bei
Qualifizierung und beim Aufbau zukunftsfähiger Branchen unterstützt.
● Wir stärken lokale Selbstorganisation, dezentrale Gemeinwohlökonomie und
kollektive Steuerung gesellschaftlicher Ressourcen .

06.05: Eine Industriepolitik für das bessere Morgen

Im Saarland schaffen wir eine Industrie für die Zukunft. Eine moderne Industriepolitik im Saarland muss auf mehreren Ebenen ansetzen: Energie- und Klimaschutz, demokratische Kontrolle über Produktionsmittel, Beschäftigungssicherung, Qualifizierung und besser entlohnte Arbeit. Mit der Umstellung auf klimaneutralen Stahl bei Saarstahl und dem Ausbau innovativer Branchen bietet sie die Chance, hochwertige Industriearbeitsplätze langfristig zu sichern.

Ä017 · Fördermittel an Mitsprache und Kontrolle binden!
LAG Transformation und Industrie
Teil 2 – Dillinger · Änderung in Z. 2361–2363 · Paket S. 22–23
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Mit der Umstellung auf klimaneutralen Stahl bei Saarstahl und Dillinger und dem Ausbau innovativer Branchen bietet sie die ~~Chance,~~ Chance hochwertige ~~Industriearbeitsplätze~~ Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

Gleichzeitig verfügt das
Saarland über besondere Stärken in der Herstellung hochkomplexer technischer Produkte und industrieller Spitzentechnologien. Dieses Know-how ist eine zentrale Grundlage für die ökologische Transformation und eine moderne, zukunftsfähige Arbeitswelt. Unser Ziel ist es, diese industrielle Kompetenz zu erhalten, weiterzuentwickeln und konsequent an sozialen und ökologischen Zielen auszurichten. Wir stärken darüber hinaus gezielt Kreislaufwirtschaft und regionale Wertschöpfung, indem wir Reparatur- und Wiederverwendungszentren fördern, öffentliche Beschaffung konsequent auf Recycling und Langlebigkeit ausrichten und lokale Stoffkreisläufe zwischen Industrie, Handwerk und Landwirtschaft systematisch vernetzen. Grundsätzlich wollen wir Transformationsprojekte hin zu einer echten Kreislaufwirtschaft gezielt stärken und den Aufbau entsprechender Wertschöpfungsketten im Saarland aktiv fördern. Erfolgreiche Beispiele wie das Reifenrecycling-Unternehmen Pyrum in Dillingen zeigen, wie industrielle Innovation, Ressourcenschonung und regionale Beschäftigung miteinander verbunden werden können. Dort werden Altreifen in ihre Rohstoffe zurückgeführt und wieder in industrielle Kreisläufe eingespeist. Solche Projekte verstehen wir als Modell für die industrielle Transformation im Saarland. Gleichzeitig begrüßen wir grundsätzlich Initiativen wie CircularSaar, die Unternehmen beim Übergang zur Kreislaufwirtschaft unterstützen. Allerdings braucht das Saarland darüber hinaus deutlich mehr unabhängige und langfristig angelegte Grundlagenforschung zu neuen Materialien, Recyclingverfahren und geschlossenen Stoffkreisläufen. Nur wenn wissenschaftliche Grundlagenforschung und industrielle Anwendung gemeinsam vorangetrieben werden, kann das Saarland eine Vorreiterrolle in der Kreislaufwirtschaft

einnehmen und eigene technologische Kompetenzen aufbauen.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 4 – Forschung zur Kreislaufwirtschaft · Änderung in Z. 2380–2387 · Paket S. 25
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Gleichzeitig begrüßen wir grundsätzlich Initiativen wie CircularSaar, die Unternehmen beim Übergang zur Kreislaufwirtschaft unterstützen. Allerdings braucht das Saarland darüber hinaus deutlich mehr unabhängige und langfristig angelegte ~~Grundlagenforschung~~ Forschung zu neuen Materialien, Recyclingverfahren und geschlossenen Stoffkreisläufen. Nur wenn wissenschaftliche ~~Grundlagenforschung~~ Forschung und industrielle Anwendung gemeinsam vorangetrieben werden, kann das Saarland eine Vorreiterrolle in der Kreislaufwirtschaft einnehmen und eigene technologische Kompetenzen aufbauen.

Gerade in der
Landwirtschaft fördern wir geschlossene Kreisläufe, etwa durch die Verbindung von
Fisch- und Gemüseproduktion (Aquaponik).

Ä020 · Änderungen zu L01 zu Kapitel 06: Industrie und Transformation
LAG Transformation und Industrie
Teil 6a – Ökolandbau im Kreislaufbeispiel ergänzen · Änderung in Z. 2387–2389 · Paket S. 33
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Gerade in der Landwirtschaft fördern wir geschlossene Kreisläufe, etwa durch die Förderung des Ökolandbaus oder die Verbindung von Fisch- und Gemüseproduktion (Aquaponik).

Ä020 / Ä044 / Ä045 · Änderungen zu L01 zu Kapitel 06: Industrie und Transformation
LAG Transformation und Industrie
Teil 6b – Suffizienz, Ressourcengerechtigkeit und Wohlstandsmaßstab · Einfügung nach Z. 2389 · Paket S. 33–34
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.
Ä044 (Paket S. 59) und Ä045 (Paket S. 60) sind durch die Übernahme von Ä020 (Teil 6b) mitgefasst.

Eine sozial-ökologische Industriepolitik muss sich an gesellschaftlichen Bedürfnissen und planetaren Grenzen orientieren. Technologische Innovationen, erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft allein reichen nicht aus, um den Ressourcen- und Energieverbrauch auf ein ökologisch tragfähiges Maß zu senken. Deshalb setzen wir auch auf Suffizienz: die Vermeidung unnötiger Ressourcenverbräuche, die gemeinsame Nutzung von Gütern sowie die Stärkung öffentlicher und gemeinschaftlicher Infrastrukturen. Vorrang haben die Vermeidung von Ressourcenverbrauch und die Verlängerung der Nutzungsdauer von Produkten. Eine demokratische Industriepolitik muss deshalb auch die Frage stellen, welche Produkte wir künftig benötigen, welche Produktionskapazitäten dafür erforderlich sind und wie industrielle Kompetenzen für eine sozial und ökologisch gerechte Versorgung eingesetzt werden können.

Wirtschaftlicher Wohlstand darf nicht allein an Produktion und Wachstum gemessen werden. Entscheidend sind Lebensqualität, gesellschaftliche Teilhabe, soziale Sicherheit, verfügbare Zeit und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Ä043 · Aquaponikbeispiel streichen
LAG Transformation und Industrie
Streichung in Z. 2388–2389 · Paket S. 58
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~, etwa durch die Verbindung von Fisch- und Gemüseproduktion (Aquaponik)~~

Energieversorgung, Mobilität und industrielle Schlüsselbereiche gehören zur öffentlichen Infrastruktur. Ihre Rekommunalisierung sichert Versorgung, schafft demokratische Kontrolle und verhindert Profitorientierung auf Kosten der Allgemeinheit. Transformation muss wirtschaftsdemokratisch gestaltet werden: Öffentliche Beteiligungen über die Landesholding, Genossenschaften und kollektive Eigentumsformen dienen als dauerhafte Machtverschiebung hin zu demokratischer Kontrolle. Zudem bieten Sie die Möglichkeit für neue wirtschaftliche Impulse und Investitionen in nachhaltige Wirtschaftszweige. Wir wollen zum Beispiel Investitionen in eine landeseigene Eisenbahnwerkstatt ermöglichen und so neue zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen und Einnahmen für das Land generieren. Für die Streckenreaktivierung soll die Eisenbahnwerkstatt unter dem Dach der Landesholding aktiv werden. So macht sich das Saarland unabhängig von privaten Infrastrukturbetreibern, kann selbst entscheiden, dass für neue Gleise grüner Stahl aus dem Saarland gekauft wird du kann später selbst über die Einnahmen verfügen, die durch den Betrieb der Trassen erzielt werden. Für Gleise, Brücken, Weichen und weitere Infrastruktur werden große Mengen hochwertigen Stahls benötigt.
Die saarländische Stahlindustrie steht beispielhaft für den notwendigen industriellen Wandel hin zu Klimaneutralität. Um die Transformation der Stahlindustrie zu schützen fordern einen atmenden Industriestrompreisdeckel für die Stahlindustrie von 6 ct/kWh für 80 % des Verbrauchs, gebunden an Tarifbindung, Standortgarantie, Klimaziele bis 2045 sowie Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien; staatlich finanziert ohne Mehrkosten für Verbraucher:innen.

Ä017 / Ä047 / Ä021 · Fördermittel an Mitsprache und Kontrolle binden!
LAG Transformation und Industrie
Teil 3 – Laufzeit des Industriestrompreises · Änderung in Z. 2407–2411 · Paket S. 22–23
Gemeinsamer Kasten mit Ä047 (Paket S. 64) · Ä021 (Paket S. 36)
Ä017 (Teil 3) teilweise übernommen, Ä047 und Ä021 vollständig übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Um die Transformation der Stahlindustrie zu ~~schützen~~ schützen, fordern wir einen atmenden Industriestrompreisdeckel ~~für die Stahlindustrie~~ von 6 ct/kWh für 80 % ~~des Verbrauchs,~~ ihres Stromverbrauchs, gebunden an Tarifbindung, ~~Standortgarantie,~~ Standortgarantien und die Klimaziele bis ~~2045 sowie Anreize~~ 2045. Die Entlastung wird verbindlich mit dem zusätzlichen Ausbau erneuerbarer Energien verknüpft.

Voraussetzung sind Vereinbarungen mit den geförderten Unternehmen über ihren Beitrag zu neuen erneuerbaren Erzeugungskapazitäten. Dieser kann durch eigene Investitionen, Beteiligungen an neuen Anlagen oder langfristige Stromabnahmeverträge erfolgen, die den Bau zusätzlicher Anlagen ermöglichen. Die Vereinbarungen müssen messbare Ausbauziele, verbindliche Zwischenziele und regelmäßige Nachweise enthalten. Die Förderung kann bereits während Planung und Bau beginnen. Ihre Fortführung ist an nachprüfbare Fortschritte bei der

Ä017 / Ä047 / Ä021 · Fördermittel an Mitsprache und Kontrolle binden!
LAG Transformation und Industrie
Teil 3 – Laufzeit des Industriestrompreises · Änderung in Z. 2407–2411 · Paket S. 22–23
Gemeinsamer Kasten mit Ä047 (Paket S. 64) · Ä021 (Paket S. 36)
Ä017 (Teil 3) teilweise übernommen, Ä047 und Ä021 vollständig übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen gebunden.

Die Landesregierung soll sich beim Bund für ~~Investitionen in erneuerbare Energien;~~ diese Verknüpfung einsetzen und den Ausbau erneuerbarer Energien im Saarland beschleunigen. Der Industriestrompreisdeckel wird staatlich finanziert ohne Mehrkosten für Verbraucher:innen.

Die Landesregierung soll sich gegenüber dem Bund und in den Verfahren der Bundesnetzagentur für den Erhalt und die Weiterentwicklung der atypischen Netznutzung einsetzen. Betriebe, die ihren Strombezug aus Zeiten hoher Netzbelastung verlagern und dadurch nachweislich das Netz entlasten, müssen verlässliche Netzentgeltentlastungen erhalten. Bundesweite Netzentgeltregeln und Strompreisförderung sollen netzdienliche Flexibilität gemeinsam unterstützen und deren technische, wirtschaftliche und soziale Grenzen berücksichtigen. Im Saarland verankern wir die Beratung zu solchen Möglichkeiten in der geplanten Energie- und Klimaschutzagentur. Sie soll mit Betrieben, Netzbetreibern, Arbeitskammer und Betriebsräten geeignete Projekte entwickeln. Landesförderung binden wir an Tarifbindung, Beschäftigungssicherung und Mitbestimmung. Änderungen von Schichtplänen und Produktionszeiten müssen mit den Betriebsräten vereinbart werden; Gesundheitsschutz, tarifliche Zuschläge und verlässliche Arbeitszeiten müssen gesichert bleiben.

Über den Industriestrompreisdeckel
hinaus fordern wir, dass die Landesregierung sich stärker dafür einsetzt,
Energiepartnerschaften mit Regionen zu forcieren, in denen gute Bedingungen zur
Erzeugung erneuerbarer Energien herrschen, zum Beispiel an der französischen
Atlantikküste. Denn nur mit einer gesicherten preisstabilen Versorgung mit
erneuerbarem Wasserstoff, hat die saarländische Stahlindustrie langfristig eine Zukunft.
Für eine langfristige Versorgungssicherheit wollen wir direkte Beteiligungen der
Landesholding an Windparks und Elektrolyseuren an der Atlantikküste, sobald das
europaweite Wasserstoffleitungsnetz fertiggestellt wird. Das Saarland wird über die
MosHYc Pipeline

Ä063 · Projektname mosaHYc berichtigen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2420 · Paket S. 80
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~MosHYc Pipeline~~ mosaHYc-Pipeline

an dieses Netz angeschlossen.

Ä022 · Den Übergang zur klimaneutralen Stahlproduktion absichern
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2420 · Paket S. 37
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Den Übergang zur klimaneutralen Stahlproduktion wollen wir technisch realistisch und sozial abgesichert gestalten. Soweit für den jeweiligen Prozess weder ausreichend grüner Wasserstoff noch eine technisch geeignete direkte Elektrifizierung zur Verfügung stehen, kann Erdgas in der Direktreduktion und bei industriellen Hochtemperaturprozessen zeitlich begrenzt eine Übergangsfunktion übernehmen. Voraussetzung sind nachweisbare Emissionsminderungen und verbindliche Umstellungspläne mit überprüfbaren Zwischenzielen. Bestehende Klimaziele und Förderauflagen bleiben erhalten. Erdgasbasierte Produktion ist noch nicht klimaneutral; eine dauerhafte fossile Bindung lehnen wir ab.

Gegenüber Bund und EU setzt sich die Landesregierung für verlässliche Förderbedingungen und den bedarfsgerechten Ausbau der erneuerbaren Strom- und Wasserstoffversorgung ein. Als Land stärken wir die zuständigen Planungs- und Genehmigungsstellen und bringen über die geplante Landesholding die vorgesehenen Energiepartnerschaften und Beteiligungen an Windparks und Elektrolyseuren voran. Landesförderungen und Beteiligungen verbinden wir mit überprüfbaren Umstellungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsplänen. Die regionalen Transformationsräte sollen deren Umsetzung mitgestalten und kontrollieren; der vorgesehene Fonds für Übergänge und Qualifizierung unterstützt die Weiterbildung der Beschäftigten.

Ä064 · Natürlichen Wasserstoff grenzüberschreitend erforschen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2420 · Paket S. 81
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Wir wollen die grenzüberschreitende Forschung zu natürlichem („weißem“) Wasserstoff im Saar-Lothringen-Raum gemeinsam mit öffentlichen Forschungseinrichtungen stärken und dabei die geologischen und bergbaulichen Kompetenzen der Region nutzen und weiterentwickeln. Zu prüfen sind insbesondere dauerhaft erzielbare Fördermengen, die technische und wirtschaftliche Nutzbarkeit sowie Klima-, Wasser- und Umweltauswirkungen. Ergebnisse müssen unabhängig überprüft und öffentlich zugänglich gemacht werden. So soll geklärt werden, ob natürlicher Wasserstoff mittel- bis langfristig einen zusätzlichen Beitrag zur klimaneutralen Versorgung der Industrie leisten kann.

Als Linke stehen wir dazu, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene entschieden dafür einsetzt, an den ambitionierten Zielen für klimaneutralen, „grünen“ Stahl festzuhalten. Gerade im Saarland wird dieser Umbau bereits konsequent vorangetrieben – hier entstehen Vorreiterprojekte, die zeigen, dass Transformation in der Produktion möglich ist. Es darf deshalb nicht sein, dass die Anforderungen an klimaneutrale Produktion im Nachhinein abgeschwächt werden, nur weil andere Stahlstandorte in Deutschland ihre Transformation verschleppt haben. Ein Aufweichen der Standards würde diejenigen bestrafen, die als First-Mover früh Verantwortung übernommen haben. Unser Ziel ist klar: Faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen bundesweit sowie die konsequente Fortsetzung des Weges hin zu grünem Stahl. Nur so sichern wir

langfristig Arbeitsplätze, industrielle Wertschöpfung durch Stahl und Klimaschutz gleichermaßen.

Ä023 · Europäische Wertschöpfung stärken
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2432 · Paket S. 38
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Öffentliche Beschaffung und Förderprogramme müssen Absatzmärkte für klimafreundliche Produkte schaffen. Für strategisch wichtige Produkte, insbesondere Stahl, fordern wir schrittweise steigende Mindestanteile europäischer Wertschöpfung (Local Content) und klimafreundlicher Grundstoffe. Wesentliche Vorprodukte und Fertigungsschritte müssen einbezogen werden; bloße Endmontage genügt nicht. Die Landesregierung soll sich bei Bund und EU für die notwendigen Rechtsgrundlagen einsetzen. Ausnahmen müssen eng begrenzt, transparent und überprüfbar sein.

Als Land richten wir Bau-, Infrastruktur- und Fahrzeugbeschaffungen sowie Förderprogramme innerhalb unserer rechtlichen Handlungsmöglichkeiten an diesen Zielen aus. Dies gilt auch für Schienen, Brücken, Bahntechnik und öffentliche Fahrzeuge. Die geplante Landesholding soll mit Unterstützung der Agentur Strategische Investitionen Bedarfe der Landesunternehmen bündeln und langfristige Beschaffungspläne entwickeln. Neben den Kosten über die gesamte Nutzungsdauer zählen Klimawirkung, Haltbarkeit, Reparierbarkeit, Versorgungssicherheit und gute Arbeit. Klimafreundlicher Stahl braucht einheitliche Kriterien anhand nachgewiesener Treibhausgasemissionen einschließlich der Vorketten. Aufträge und Förderung verbinden wir mit Tarifbindung, Mitbestimmung sowie Beschäftigungs- und Standortzusagen. Die Transformationsräte wirken an den sozialen und ökologischen Kriterien und deren Kontrolle mit; die zuständigen Landesstellen sichern die Einhaltung von Tariftreue und Förderbedingungen.

Wir wollen:
- Das Saarland zum Musterland für sozial-ökologische Transformation mit demokratischer Industriepolitik und aktiver Beteiligung der Beschäftigten machen.
- Tarifgebundene Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen in allen öffentlichen und genossenschaftlichen Betrieben verbindlich umsetzen.
- Energieversorgung, Mobilität und Schlüsselindustrien in öffentliche oder genossenschaftliche Hände überführen, um demokratische Kontrolle, Versorgungssicherheit und Klimaschutz zu garantieren.
- Bürger:innenprojekte, Genossenschaften und Beteiligungsfonds stärken , um regionale Wirtschaftskreisläufe, Mitbestimmung und eine Gemeinwohlökonomie zu fördern.

Ä050 · Vergesellschaftung kleiner Industriebetriebe ermöglichen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 2444 · Paket S. 67
Teilweise übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Bei drohenden Insolvenzen, Betriebsschließungen oder Standortaufgaben wollen wir Beschäftigten ermöglichen, ihre Unternehmen selbst zu übernehmen und gemeinschaftlich weiterzuführen.

- Versorgungssicherheit mit erneuerbarer Energie für die saarländische Industrie ermöglichen, um langfristige Planungssicherheit zu schaffen.
- Neue Industriezweige fördern wie bspw. in der Gaming-Industrie oder im Eisenbahnsektor.
- Wir setzen uns für den Erhalt und den konsequenten Umbau der saarländischen Stahlindustrie zu klimaneutralem grünem Stahl ein. Vorreiter dürfen nicht benachteiligt werden.

07: Arbeit für ein gutes Leben

Arbeit muss dem Menschen dienen – nicht der Mensch der Arbeit. Ein gutes Leben darf sich nicht vor allem über Lohnarbeit definieren. Unser Ziel ist eine Arbeitswelt, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an der grenzenlosen Steigerung von Profit und Verwertung. Dieses System ist längst in der Krise. Während die Bundes- und Landesregierung auf immer höheren Leistungsdruck, längere Erwerbsarbeit und den Abbau von Arbeitsplätzen als vermeintliche Antwort auf den Wandel setzt, wollen wir den Fortschritt nutzen, um Zeit, Sicherheit und Lebensqualität für alle zu gewinnen.

07.01: Weniger arbeiten heißt sicherer und besser arbeiten

Wenn es weniger Arbeit gibt, muss Arbeit neu verteilt werden. Ein zentraler Hebel für die Transformation ist die konsequente Arbeitszeitverkürzung . Die IG Metall hat mit ihrer Forderung nach der 32-Stunden-Woche in der Industrie gezeigt, wohin der Weg gehen kann. Wir gehen noch ein Stück weiter: Das Saarland soll langfristig Modellregion für eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich werden. In Zeiten von Digitalisierung und Automatisierung steigen Produktivität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Es ist nur vernünftig, wenn dieser Fortschritt nicht in Dividenden fließt, sondern allen zugutekommt, indem er mehr Zeit für Familie, Pflege, Bildung, gesellschaftliches Engagement oder einfach Erholung schafft. Arbeitszeitverkürzung schützt Beschäftigte, verteilt Arbeit fair und macht den Wandel menschlich zu einem Gewinn. Arbeitszeitverkürzung als zentrales Instrument der sozialen Absicherung verteilt Produktivitätsgewinne breiter, schützt Beschäftigte vor Rationalisierung und reduziert individuellen Anpassungsdruck.
Dabei verstehen wir Arbeit nicht nur als Lohnarbeit: Sie umfasst nicht nur Erwerbstätigkeit, sondern auch unbezahlte, oft unsichtbar gemachte Tätigkeiten wie Sorgearbeit, Bildung oder ehrenamtliches Engagement. Eine gerechte Neuverteilung der Erwerbsarbeit erlaubt es, produktivitätsbedingte Gewinne sozial und geschlechtergerecht zu teilen, ohne einzelne zu überlasten. Menschen, die heute aufgrund von Pflege- oder Betreuungsverpflichtungen nicht Vollzeit erwerbstätig sind, profitieren ebenso von mehr Lebenszeit. Weniger Arbeit wird nicht auf weniger

Menschen verteilt, sondern die gesellschaftlich gewonnene Produktivität kommt allen zugute. Dazu gehört auch: Feiertage müssen Feiertage bleiben! Fällt ein gesetzlicher Feiertag auf ein Wochenende, wollen wir ihn am nächsten Werktag nachholen. Denn Erholung, Zeit für Familie und gesellschaftliche Teilhabe dürfen nicht davon abhängen, auf welchen Wochentag ein Feiertag fällt.
Um die Umsetzung dieser Modellregion Arbeitszeitverkürzung zu steuern, soll die Landesholding eine zentrale Rolle übernehmen. Sie koordiniert Pilotprojekte in öffentlichen Betrieben, Ausbildungsverbünden und landeseigenen Einrichtungen, setzt Tarifvereinbarungen um und fördert die Übertragbarkeit auf private Unternehmen. Gleichzeitig sorgt die Holding für eine transparente Beteiligung der Beschäftigten an der Ausgestaltung der Arbeitszeitverkürzung, damit Mitbestimmung und demokratische Kontrolle zentraler Bestandteil der Transformation sind. So wird der Prozess der Arbeitszeitverkürzung nicht nur ein symbolisches Signal, sondern ein konkret umsetzbarer Baustein für eine solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft im Saarland.
Wir wollen:
• Das Saarland zur Modellregion für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in allen Bereichen der öffentlichen Beschäftigung machen.
• Über die Landesholding Pilotprojekte, Tarifumsetzungen und die Ausweitung der Arbeitszeitverkürzung auf landeseigene Einrichtungen steuern.
• Arbeitszeitverkürzung mit einer breiteren Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit und gesellschaftlich relevanten Tätigkeiten verknüpfen.
• Beschäftigte umfassend fest und garantiert beteiligen und demokratisch in die Gestaltung von Arbeitszeitmodellen miteinbeziehen.
• Produktivitätsgewinne durch Digitalisierung und Automatisierung in Lebenszeit, Weiterbildung und soziale Teilhabe aller Menschen fließen lassen.

07.02: Schluss machen mit Dumpinglöhnen und Befristungen

Gerade auch im Saarland sind Niedriglöhne, Befristungen, Leiharbeit und unsichere Beschäftigung für viele Alltag. Statt prekäre Beschäftigung einzudämmen, weitet die Bundesregierung sachgrundlose Befristungen von bisher zwei auf künftig vier Jahre aus. Beschäftigte müssen damit doppelt so lange in Unsicherheit leben, während Kettenbefristungen erleichtert und sichere Arbeitsverhältnisse weiter ausgehöhlt werden. Ein Arbeitsmarkt, der auf Niedriglöhne, Befristungen und Leiharbeit setzt, hält Menschen in dauerhafter Unsicherheit und Angst. Wer ständig um Einkommen oder den nächsten Arbeitsvertrag fürchten muss, kann seine Rechte nicht selbstbewusst einfordern, sich nicht gegen Missstände wehren und seine Mitbestimmungsrechte oft nur eingeschränkt wahrnehmen. So entstehen Abhängigkeiten, die Selbstbestimmung und demokratische Teilhabe im Arbeitsleben zerstören.
Gleichzeitig fehlen Ausbildungsplätze, Fachkräfte wandern ab und zu viele Unternehmer entziehen sich ihrer Verantwortung. Wir wollen das ändern. Unser Ziel ist klar: Das Saarland soll ein vorbildhafter Standort für sichere, tariflich bezahlte und zukunftsfähige Arbeit werden. Dafür braucht es ein Saarland, dass klare Regeln setzt, bessere Arbeitsbedingungen belohnt und Ausbeutung konsequent zurückdrängt. Tarifgebundene Arbeitsplätze mit besserer Entlohnung, Mitbestimmung und sicheren Bedingungen sind kein Luxus, sondern Voraussetzung für eine solidarische

Transformation. Ein Mindestlohn von mindestens 15 Euro ab 2027 muss konsequent durchgesetzt werden, insbesondere bei landesfinanzierten Projekten, und öffentliche sowie genossenschaftliche Beschäftigung müssen ausgebaut werden. Verbindliche soziale Absicherung ist zentrale Voraussetzung für Geld vom Land: Förderungen, Subventionen und Investitionsprogramme müssen fester an Tarifbindung, Mitbestimmung, Arbeitsplatzgarantien und Einhaltung von Klimazielen gekoppelt sein. Im Saarland gibt es bereits ein Tariftreue- und Fairer-Lohn-Gesetz, das öffentliche Aufträge grundsätzlich an Tarifbindung oder tarifähnliche Standards koppelt. In der Praxis bleibt dieses Gesetz jedoch zu lasch und wird nicht konsequent genug umgesetzt. Insbesondere der Schwellenwert von 25.000 Euro, ab dem Tariftreuepflichten greifen sollen, führt dazu, dass viele kleinere öffentliche Vergaben gar nicht erfasst werden oder durch Aufsplittung von Aufträgen umgangen werden können. Wir fordern deshalb eine Herabsetzung des Schwellenwerts auf 1.000 Euro! Hinzu kommen zu wenig Kontrollen, unzureichende personelle Ressourcen und fehlende konsequente Sanktionen, sodass Tarifverstöße in der Praxis häufig ohne spürbare Folgen bleiben. Gleichzeitig braucht es eine deutliche Stärkung der Kontrollbehörden, mehr Personal für Prüfungen sowie wirksame Sanktionen bis hin zum Ausschluss von zukünftigen öffentlichen Aufträgen bei Verstößen. Ziel ist ein Tariftreuegesetz, das nicht nur formal existiert, sondern Tarifbindung im öffentlichen Vergabesystem tatsächlich durchsetzt und Lohndumping wirksam verhindert.
Wenn das Land Geld ausgibt, muss das bei den Beschäftigten ankommen. Öffentliche Aufträge und staatliche Fördermittel binden wir konsequent an tarifgerechte Bezahlung, reguläre Beschäftigung sowie soziale und ökologische Standards. Zur Stärkung der Tarifbindung richten wir ein digitales, öffentliches Tarifregister nach Berliner Vorbild ein. Tarifgebundene Arbeit darf kein Wettbewerbsnachteil sein, sie muss schlicht zur Voraussetzung werden. Wir wollen staatliche Fördermittel für Unternehmen und Einrichtungen an tarifgerechte Entlohnung und qualitativ hochwertige Beschäftigung binden. So stärken wir auch die Position der Gewerkschaften und fördern eine flächendeckende Tarifbindung im Land. Nur so erzielen wir für alle Löhne, die zum Leben reichen.
Wir sagen auch: Schluss mit Niedriglöhnen, sachgrundlosen Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen heißt mehr Geschlechtergerechtigkeit! Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit muss selbstverständlich sein. Den Gender Pay Gap wollen wir entschlossen abbauen. Auch zugewanderte Arbeits- und Fachkräfte müssen gleichbehandelt und vor Diskriminierung geschützt werden. Die Arbeiter:innen sind unteilbar!

07.03: Sichere Arbeit und Mitbestimmung im Dienstleistungsbereich

Gerade im Dienstleistungsbereich kämpfen viele Beschäftigte mit extrem niedrigen Löhnen, unregelmäßigen Schichten, Kettenbefristungen und fehlender Mitbestimmung. Wir sagen: Das darf nicht länger der Normalzustand sein! Arbeit in Handel, Gastronomie, Pflege, Reinigung und Service muss endlich besser bezahlt, planbar und zukunftsfähig werden. Das Saarland wird deshalb landespolitisch aktiv: Wir stärken die Tarifbindung im gesamten Dienstleistungssektor, indem öffentliche Aufträge und Fördermittel an bessere Löhne und Arbeitsbedingungen gebunden werden. Außerdem unterstützen wir Gewerkschaften und Betriebsratsgründungen im Dienstleistungsbereich durch landesweite Beratungs- und

Qualifizierungsprogramme, damit Beschäftigte vor Ort mehr Einfluss auf ihre Arbeitsbedingungen bekommen. Das Land soll passgenaue Weiterbildung und berufliche Qualifizierung mehr fördern, einschließlich finanzieller Unterstützung und bezahlter Freistellung, um Perspektiven zu eröffnen. Mit verbindlichen Regelungen zu planbaren Arbeitszeiten und Schichtplänen sorgen wir dafür, dass Arbeit mit Familie und Alltag vereinbar ist und der Dienstplan nicht wieder erst am 30. des Vormonats kommt. Außerdem muss es mehr Vor-Ort-Kontrollen geben um die Einhaltung guter und sicherer Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. So wird der Dienstleistungssektor zu einem Bereich, in dem armutsfeste Löhne, sichere Jobs und Mitbestimmung Realität werden.

Besonders drastisch sind die Zustände in der Lieferbranche. Viele Beschäftigte arbeiten unter enormem Zeitdruck, mit katastrophalen Arbeitsbedingungen, unsicheren Verträgen und algorithmischer Kontrolle per App. Die Branche ist ein Beispiel dafür, wie digitale Plattformarbeit gezielt genutzt wird, um Mitbestimmung zu erschweren und Verantwortung auf Subunternehmen abzuwälzen. Das Saarland muss hier landespolitisch handeln: Wir wollen deutlich mehr Schwerpunktkontrollen gegen Arbeitszeitverstöße, Lohndumping und Scheinselbstständigkeit in der Lieferbranche sowie Beratungsangebote für migrantische/nicht deutschsprachige Beschäftigte stärken. Öffentliche Aufträge und Kooperationen des Landes dürfen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die feste Anstellungen statt Subunternehmerketten nutzen. Außerdem wollen wir Betriebsratsgründungen und gewerkschaftliche Organisierung in der Plattform- und Lieferbranche gezielt fördern. Gerade diese Branche zeigt, wie dringend bessere Arbeitsrechte und konsequenter Schutz vor Ausbeutung gebraucht werden.

Wir wollen Arbeitsrechte wirksam durchsetzen und Ausbeutung konsequent bekämpfen und brauchen dafür eine konsequente Durchsetzung der juristischen Mittel die hierfür bestehen. Dafür richten wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Arbeit“ ein, die Verstöße gegen Arbeitsrecht, Mindestlohn, Sozialversicherungsrecht sowie Formen illegaler Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit und organisierter Schwarzarbeit systematisch verfolgt. Sie arbeitet eng mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS), den Arbeitsschutzbehörden und den Sozialversicherungsträgern zusammen, um Verfahren zu bündeln und nicht nur Einzelfälle, sondern auch strukturelle Missbrauchsmodelle aufzudecken. Dabei greifen wir zentrale Forderungen der Gewerkschaften auf, die seit langem auf die hohen Dunkelziffern bei Mindestlohnverstößen, fehlende Kontrolldichte und unzureichende Sanktionen hinweisen und deutlich mehr sowie effektivere Kontrollen fordern. Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft wird deshalb personell und fachlich spezialisiert ausgestattet und eng mit Gewerkschaften und Beratungsstellen kooperieren, um Hinweise aus der Praxis besser zu nutzen und Beschäftigte wirksam zu schützen. Ergänzend schaffen wir anonyme und niedrigschwellige Meldemöglichkeiten, damit Betroffene ohne Angst vor Nachteilen Verstöße anzeigen können. Verfahren sollen beschleunigt, unrechtmäßig erzielte Gewinne konsequent abgeschöpft und Unternehmen bei systematischen Verstößen spürbar sanktioniert werden, bis hin zum Ausschluss von öffentlichen Aufträgen. Ziel ist eine effektive Rechtsdurchsetzung, die sicherstellt, dass Arbeitsrecht nicht nur auf dem Papier besteht, sondern im Alltag gilt.

07.04: Hochwertige Facharbeit beginnt mit hochwertiger Ausbildung

Das Saarland soll eine Vorzeigeregion für garantierte und hochwertige Ausbildung

werden. Wir führen eine Ausbildungsplatzumlage nach dem Bremer Modell ein: Betriebe, die nicht ausbilden, beteiligen sich damit an der Finanzierung der Ausbildung in anderen Betrieben. Dafür zahlen alle umlagepflichtigen Unternehmen in einen gemeinsamen Fonds ein. Ausbildungsbetriebe erhalten aus diesem Fonds einen Ausgleich für ihre Ausbildungskosten, sodass diejenigen entlastet werden, die Fachkräfte ausbilden. So wird die Verantwortung für die berufliche Ausbildung solidarisch auf alle Unternehmen verteilt und ein Anreiz geschaffen, selbst auszubilden.
Gute Ausbildung braucht auch starke Rechte im Betrieb. Deshalb setzen wir uns für starke Jugend- und Auszubildendenvertretungen ein und wollen die Mitbestimmung von Auszubildenden gezielt stärken. Unser Ziel ist die unbefristete Übernahme nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung als Regelfall – direkt umsetzbar in landeseigenen Betrieben und Einrichtungen des Saarlandes. Wer im Saarland ausbildet, soll jungen Menschen nicht nur einen Abschluss, sondern auch eine sichere berufliche Perspektive bieten.
Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutlich höhere Mindestausbildungsvergütung ein, die ein eigenständiges Leben ermöglicht. Ausbildung darf nicht einfach billige Arbeitskraft bedeuten, sondern muss Perspektiven schaffen. Darüber hinaus streben wir an, anfallende Ausbildungsgebühren vollständig zu übernehmen und die Meisterausbildung gebührenfrei zu gestalten, denn berufliche Qualifikation gerade in dringend benötigten Fachbranchen darf nicht noch vom privaten Geldbeutel abhängen. Unser Ziel ist es, mit einer kostenfreien Meisterausbildung auch gezielt das Handwerk zu stärken, Aufstieg durch Bildung zu fördern und lebensrealitätsnahe Perspektiven für die Fachkräfte von morgen zu schaffen.
Dafür setzen wir uns auch für die Errichtung von Azubi-Wohnheimen im Saarland ein, um jungen Menschen unabhängig von Herkunft und Einkommen den Zugang zu Ausbildung zu ermöglichen und zugleich dem akuten Fachkräftemangel wirksam entgegenzutreten. Gerade landeseigene Betriebe wie das Universitätsklinikum des Saarlandes zeigen, wie entscheidend gute Ausbildungsbedingungen sind: Mit über 700 Ausbildungsplätzen gehört das UKS zu den größten Ausbildungsbetrieben der Region und bildet dringend benötigte Fachkräfte im Gesundheitswesen aus. Gleichzeitig ist klar, dass viele dieser Auszubildenden auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Ohne ihn bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt oder Talente wandern ab. Azubi-Wohnheime sind daher eine gezielte Investition in die Zukunft unseres Landes: Sie sichern Nachwuchs für systemrelevante Berufe, stärken öffentliche Einrichtungen und machen das Saarland als Ausbildungsstandort attraktiver. Zudem sind Azubi-Wohnheime soziale Orte in denen Austausch und Freizeitgestaltung kollektiv und offen gestaltet werden kann und so auch die Ausbildung im ländlichen Raum für junge Menschen attraktiver macht.
Auszubildende sind in ihrem Arbeitsverhältnis besonders abhängig und trauen sich deshalb oft nicht, gegen Mobbing, Beleidigungen, Gewalt oder ausbildungsfremde Tätigkeiten vorzugehen. Gute Ausbildung bedeutet deshalb auch, junge Menschen wirksam zu schützen und ihre Rechte zu stärken. Wir schaffen hierfür unabhängige Ombudsstellen für Auszubildende. Zudem verpflichten wir landeseigene Betriebe zu verbindlichen Schutzkonzepten gegen Mobbing, Gewalt und Diskriminierung sowie zu regelmäßigen Schulungen für Ausbilder:innen und Führungskräfte.

07.05: Das Handwerk wieder attraktiv machen

Wir stärken das Handwerk als Teil des Rückgrats unserer Region und schaffen bessere Bedingungen für die Gewinnung von Fachkräften und Auszubildenden. Dazu starten wir eine Ausbildungsoffensive mit vergüteten Praktika, einer engen Kooperation zwischen Schulen und Handwerksbetrieben sowie einer Landesprämie für die Aufnahme und den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung im Handwerk. Gleichzeitig erhöhen wir die Ausbildungsqualität durch bessere Unterstützung für Betriebe und Ausbilder, verbindliche Standards und mehr Kontrollen gegen schlechte Ausbildungsbedingungen. Mit einer landesweiten Informationskampagne, gezielter Ansprache von Frauen und der Förderung von Weiterqualifikation bis zum Meisterabschluss stärken wir die Perspektiven im Handwerk.
Arbeitsmarktpolitik muss unterstützen, nicht bestrafen. Wir setzen auf reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs und Niedriglohnmaßnahmen. Qualifizierung und Weiterbildung müssen hochwertig sein und echte Chancen eröffnen. Wir senken die Fallzahlen pro Fallmanager:in, verbessern die Aus- und Weiterbildung der Jobcenter-Beschäftigten und sichern alle Jobcenter-Standorte im Saarland. Leistungskürzungen lehnen wir ab. Wer unter dem Existenzminimum lebt, darf nicht weiter sanktioniert werden. Perspektivisch wollen wir das Bürgergeld durch eine armutsfeste, sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen.
Demokratie endet nicht am Werkstor. Wir stärken Betriebs- und Personalräte, fördern neue Formen der Mitbestimmung und gehen mit voller Härte gegen Union Busting vor. Wo Beschäftigte mitbestimmen, handeln Unternehmen sozialer, demokratischer und nachhaltiger.
Das Land selbst muss immer Vorbild sein. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir die Arbeitsbedingungen der Landesbeschäftigten verbessern und unseren Einfluss in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder nutzen, um bessere Tarifverträge durchzusetzen. Wir setzen uns zudem für die Arbeitskammer des Saarlandes ein und unterstützen deren Erhalt als wichtige Interessenvertretung der Beschäftigten im Saarland. Die Arbeitskammer ist bundesweit nahezu einzigartig: Seit ihrer Gründung vertritt sie die Interessen aller Arbeitnehmer:innen, berät sie in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, erstellt wissenschaftliche Analysen und bringt die Perspektive der Beschäftigten in politische Entscheidungen ein. Sie ist ein historisch gewachsenes Ergebnis der saarländischen Arbeiterbewegung und der Montantradition des Landes. Gerade in Zeiten tiefgreifender Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt ist eine starke, unabhängige Stimme der Beschäftigten unverzichtbar. Wir werden die Arbeitskammer deshalb stärken und ihre Expertise konsequent in die Gestaltung der saarländischen Arbeits- und Sozialpolitik einbeziehen.
Wir wollen:
• Öffentliche Aufträge und Fördermittel nur noch für tarifgerechte Arbeit mit einem öffentlichen Tarifregister vergeben.
• Schluss machen mit Niedriglohn und prekärer Beschäftigung: Mehr sichere Jobs, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und gestärkte Arbeitnehmer:innenrechte.
• Die Auszubildenden stärken durch Ausbildungsplatzumlage nach Bremer Modell, höhere Mindestausbildungsvergütung und der Übernahme aller Ausbildungsgebühren.
• Jobcenter zu Orten der Unterstützung umfunktionieren durch Qualifizierung und

Abschaffung von Sanktionen.
• Mehr Mitbestimmung, mehr Schutz, gute Arbeit für alle – inkl. Erhalt und Weiterentwicklung der Arbeitskammer des Saarlandes.

08: Antifaschismus und Antimilitarismus

„Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: Ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“ Dieses Zitat Adornos erinnert uns daran, dass Antifaschismus keine passive Erinnerung ist, sondern eine aktive Verpflichtung. Für uns bedeutet das: Unser Antifaschismus ist untrennbar verbunden mit der Aufgabe, gesellschaftliche Bedingungen zu verändern, die Diskriminierung, Ausgrenzung, Verfolgung und Hass ermöglichen. Nur durch konsequentes Engagement gegen jede Form von Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus können wir die Lehren der Geschichte politisch umsetzen und verhindern, dass sich historische Verbrechen wiederholen.
Unser Antifaschismus erschöpft sich deshalb nicht in der Verurteilung der Vergangenheit. Er verlangt die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart. Wo Menschen zu bloßen Objekten ökonomischer, politischer oder ideologischer Interessen gemacht, Ungleichheit normalisiert und Feindbilder zur Erklärung gesellschaftlicher Krisen herangezogen werden, entstehen Bedingungen, an die autoritäres Denken und Tun anknüpfen kann. Die Lehre aus Auschwitz ist daher nicht nur die Verteidigung der Demokratie gegen ihre Feinde, sondern auch die Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft, in der Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit unteilbar sind.

08.01: Antifaschismus als aktive Selbstverpflichtung

Das Saarland steht heute am Scheideweg, geprägt von sozialen Verwerfungen, wirtschaftlicher Unsicherheit und einer wachsenden Kluft zwischen denen, die von der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion profitieren, und jenen, die in prekären Verhältnissen leben. Diese Spaltung ist kein Zufall oder Ergebnis einzelner Fehlentwicklungen, sondern Ausdruck der inneren Dynamik des Kapitalismus selbst. Die kapitalistische Gesellschaft vermittelt soziale Beziehungen durch die abstrakte Form von Eigentum, Wert und Kapital. Diese gesellschaftliche Form entfremdet reale Bedürfnisse und soziale Bindungen und setzt Eigentum als zentralen Hebel zur Sicherung von Macht und Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen. Solidarität ist unser stärkster Schutz gegen diese gesellschaftlichen Brüche, ob bei wirtschaftlichen Umbrüchen, pandemischen Herausforderungen oder dem Rechtsruck. Hass spaltet, Solidarität macht uns stark, und nur gemeinsam können wir kapitalistische Krisen überwinden.
Die Linke steht fest an der Seite antifaschistischer Organisationen im Saarland und unterstützt sie, auch auf der Straße. Wir sind Teil eines gesellschaftlichen Bollwerks gegen den Rechtsruck und solidarisieren uns mit Antifaschist:innen, die staatlichen Repressionen ausgesetzt sind. Wir unterstützen antifaschistische Strukturen im Land, von Bürgerinitiativen bis zu soziokulturellen Zentren wie die Commune in Saarbrücken. Dazu gehört auch, dass wir als Partei eine kritische Erinnerungs- und Gedenkkultur pflegen und eine progressive antifaschistische Geschichtspolitik vorantreiben. Und das gerade im Saarland, wo diese oft zu kurz kommt und dem immer

noch der Umgang mit der eigenen spezifischen NS-Geschichte schwerfällt. Dafür müssen wir auch die Mittel für Gedenkarbeit und damit verbundene Bildungsarbeit im Saarland sichern und ausbauen. Nur den Besuch in einer Gedenkstätte zu versprechen, reicht nicht, vor allem nicht, wenn nicht mal das aktuell umgesetzt werden kann.
Die AfD ist eine unsoziale Partei, die mit ihrer Hetze gegen Frauen und Minderheiten auf Spaltung und Ungleichheit setzt. Sie ist eine direkte Bedrohung für Demokratie und jede Vision einer von Grund auf sozialen Gesellschaft. Die AfD ist auf keiner Ebene ein Partner und wir fordern ihr Verbot als rechtsextreme demokratiefeindliche Partei.
Wir setzen uns dafür ein, dass der saarländische Landtag sich klar für ein Verbot der AfD ausspricht. Für uns gilt: Kein Dialog, keine Kooperation! Wir stellen uns ihrer Hetze entschlossen entgegen und wehren ihren Einfluss in Parlamenten, Gemeinden und der Gesellschaft ab.
Unser Zeitalter des Populismus setzt auf einfache Parolen und spaltet die Gesellschaft, ohne echte Lösungen zu bieten. Wir antworten dem mit fundierten, realistischen und sozialen Konzepten statt mit populistischen Versprechen. Populismus entsteht oft durch Ohnmachtsgefühle und Entfremdung von der Politik. Dem Entgegnen wir mit echter Partizipation, Transparenz und einer Politik, die Menschen einbezieht, statt ausgrenzt. Antifaschismus heißt für uns soziale Sicherheit schaffen und eine machtpolitische linke Alternative aufzubauen. Die weltweiten Entwicklungen zeigen, dass wir autoritären Kräften nur mit einer starken demokratischen Alternative begegnen können. Antifaschistischer Kampf kann nicht auf den Kampf gegen rechte Ideologien

Ä065 · Antifaschistische Zielsetzung präzisieren
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2801 · Paket S. 82
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

~~rechte~~ autoritär-rechte und antipluralistische Ideologien

begrenzt werden, sondern muss zugleich die kapitalistische Gesellschaftsordnung infrage stellen, die diese Ideologien ermöglicht und reproduziert. Solidarität statt Konkurrenz ist das Fundament unseres Demokratieverständnisses.

08.02: Entschlossen gegen rechte Strukturen vorgehen

Ä066 · Demokratiefeindliche Strukturen in der Überschrift benennen
LAG Transformation und Industrie
Teil Kapitelüberschrift · Änderung in Z. 2805 · Paket S. 83
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

08.02: Entschlossen gegen ~~rechte~~ autoritär-rechte und antipluralistische Strukturen vorgehen

Rechter Terror, organisierte Neonazi-Netzwerke und rechte Gewalt erfordern unser entschlosseneres Handeln. Im Saarland wollen wir alle parlamentarischen und behördlichen Mittel nutzen, um antidemokratische rechte Organisationen, Netzwerke und Treffpunkte konsequent zu bekämpfen, ganz klar auch mit Verboten, wo sie rechtlich möglich sind. Rechte Immobilien,

Ä067 · Demokratiefeindliche Rückzugsräume präzise benennen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2810 · Paket S. 84
Teilweise übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~Rechte~~ von Rechten genutzten Immobilien

Neonazikonzerte und andere
Rückzugs- und Vernetzungsräume müssen mit allen verfügbaren Mitteln
geschlossen werden. Finanzströme von Neonazis sind konsequent aufzuklären und
durch Vermögensabschöpfung umgehend zu unterbinden. Wir stärken die
Strafverfolgung rechter Gewalt durch spezialisierte Ermittlungsstrukturen und
besseren Opferschutz. Gleichzeitig beenden wir die Relativierung und Verharmlosung
rechter Ideologien

Ä068 · Verharmlosung demokratiefeindlicher Ideologien zurückweisen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2816 · Paket S. 85
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

~~rechter~~ autoritär-rechter und antipluralistischer Ideologien

und stellen klar: Das Saarland darf kein Rückzugsraum für Nazis sein!
Wehrhafte Demokratie heißt, Nazistrukturen aktiv zu zerschlagen. Das schließt
ausdrücklich den konsequenten Kampf gegen alle autoritär rechten Organisationen ein,
nicht nur deutsch-nationale, sondern auch transnationale Gruppen wie die türkischen
„Grauen Wölfe“.
Rechtsradikale Propaganda

Ä069 · Demokratiefeindliche Propaganda am Arbeitsplatz benennen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2821 · Paket S. 86
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

~~Rechtsradikale~~ autoritär-rechte und antipluralistische Propaganda

darf auch keinen Platz am Arbeitsplatz haben. Wir lehnen
rechte Pseudogewerkschaften

Ä070 · Demokratiefeindliche Pseudogewerkschaften präzise benennen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2822 · Paket S. 87
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

~~rechte~~ autoritär-rechte und antipluralistische Pseudogewerkschaften

und ihre Spaltungsversuche entschieden ab.
Stattdessen fördern wir antifaschistische gewerkschaftliche Organisation, die
Kolleg:innen zusammenbringt, gegen Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung
eintritt und für solidarische Arbeitsbedingungen kämpft. Gewerkschaften müssen Orte
des Zusammenhalts, der Gleichberechtigung und des demokratischen Miteinanders

sein und konsequent gegen rechte Einflüsse

Ä051 · Gewerkschaften vor demokratiefeindlicher Einflussnahme schützen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2827 · Paket S. 88
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

~~rechte~~ autoritär-rechte und antipluralistische Einflüsse

geschützt werden.
Auch an unseren Hochschulen darf kein Platz für völkische, antifeministische und extrem rechte Ideologien sein. Burschenschaften, die durch rassistische, antisemitische, demokratiefeindliche oder misogyn geprägte Positionen auffallen , wie die Germania oder die Ghibellina zu Prag, oder in entsprechenden Netzwerken organisiert sind, dürfen nicht als förderungswürdige studentische Organisationen anerkannt werden und keine öffentliche Unterstützung erhalten. Insbesondere Verbindungen, die einem völkisch-nationalistischen Verständnis von Zugehörigkeit folgen oder an Strukturen der antidemokratischen Rechten anknüpfen, stehen klar im Widerspruch zu den Grundwerten einer demokratischen Hochschule.

08.03: Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus bekämpfen

Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus sind keine Randerscheinungen, sondern tief verwurzelte gesellschaftliche Probleme. Wir begreifen sie deshalb auch als strukturelle und systemische Herausforderungen und gehen sie von diesem Ausgangspunkt aus politisch an.
Eine rassismuskritische Verfassungsnovelle sowie Beauftragte gegen Rassismus und Antisemitismus reichen uns nicht aus. Wir brauchen eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle mit Verbandsklagerecht, nachhaltige finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und umfassende Bildung maßnahmen gegen Hass, Vorurteile und deren Ursachen. Wir fordern eine landesweite Strategie gegen Rassismus, die Prävention, Schutz von Betroffenen und konsequentes Handeln gegen diskriminierende Strukturen miteinander verbindet. Dazu gehören verpflichtende Fortbildungen für Verwaltung, Polizei, Justiz und Bildungseinrichtungen sowie unabhängige, niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstellen. Betroffene müssen ernst genommen, geschützt und unterstützt werden. Antirassistische Bildungsarbeit, Empowerment-Projekte und die Stärkung demokratischer migrantischer Selbstorganisationen sind zentrale Bausteine und müssen dauerhaft und ausreichend finanziert werden.
Wir bekämpfen jeden Antisemitismus ob von rechts, aus der Mitte der Gesellschaft, aus migrantischen Milieus oder aus Teilen der Linken. Es darf keine Relativierungen geben. Wir fordern den Aufbau einer Forschungsgruppe zu Antisemitismus an der Universität des Saarlandes, um aktuelle Erscheinungsformen wie auch historische Kontinuitäten wissenschaftlich aufzuarbeiten. Informations- und Meldestellen wie RIAS müssen dauerhaft erhalten bleiben. Polizei, Justiz und Verwaltung sollen verpflichtend zu Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus geschult werden.
Die jüdische Gemeinde im Saarland verdient mehr aktive Unterstützung , nicht nur durch zu gewährleistende Sicherheit, sondern auch durch mehr strukturelle Förderung und mehr politische Einbindung in Bildungs- und Erinnerungsarbeit unter Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen.

Ä005 · Jüdisches Leben stärken – Selbstbestimmung, Teilhabe und kulturelle Vielfalt fördern
LAG Shalom
Änderung in Z. 2865 · Paket S. 6
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

der dafür notwendigen Ressourcen.

Wir wollen jüdisches Leben im Saarland nicht nur vor Antisemitismus schützen, sondern seine eigenständige kulturelle, religiöse und gesellschaftliche Entfaltung aktiv fördern. Jüdische Gemeinden und Organisationen sollen als eigenständige Akteur:innen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden, die jüdisches Leben, Antisemitismusprävention und Erinnerungskultur betreffen. Ihre Beteiligung muss mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen einhergehen. Jüdische Menschen dürfen dabei nicht auf die Rolle von Betroffenen oder auf die Vermittlung von Erinnerung reduziert werden, sondern müssen als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft in ihrer Vielfalt wahrgenommen und gestärkt werden.

Als Partner der jüdischen Gemeinschaft im Saarland fördern wir Aufklärungs- und Präventionsprojekte und lehnen jede Kooperation mit antisemitischen Gruppen oder Akteur:innen ab, die Terror und Gewalt verharmlosen oder das Existenzrecht Israels infrage stellen. Bildungsarbeit, Schulprojekte und Initiativen sollen Antisemitismus sichtbar machen, Vorurteile abbauen und die Bedeutung jüdischen Lebens in unserer Gesellschaft vermitteln. Unser Ziel ist ein Saarland, in dem jüdisches Leben sichtbar, selbstverständlich und sicher ist.
Der Kampf gegen Antiziganismus muss eng mit den Perspektiven der Betroffenen geführt werden. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich den Landesverband der Sinti und Roma im Saarland in seiner Arbeit gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und für gleichberechtigte Teilhabe. Auch gerade demokratische und säkulare migrantische Communities, die sich für eine soziale Gesellschaft, Antirassismus und ein solidarisches Miteinander engagieren, sollen gezielter gefördert werden. Als wichtige Stimme im Kampf gegen Rassismus, rechten Populismus, religiösen Fundamentalismus und soziale Spaltung. Die Kriminalisierung der kurdischen Community durch verschiedene Behörden muss umgehend beendet werden. Es braucht konsequenten Schutz vor antikurdischem Rassismus und politischer Verfolgung, Sensibilisierung von Behörden für spezifische Flucht- und Diskriminierungserfahrungen sowie die institutionelle Beteiligung kurdischer Vertreter:innen in Dialogforen auf Landesebene, um ihre Perspektiven dauerhaft in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz wollen wir all jenen Rechte und Schutz geben, die heute oft allein gelassen werden und so ein Zeichen setzen für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft.

08.04: Für kritisches Gedenken und antifaschistische Geschichtspolitik

Dieser beispiellose Charakter des Holocaust verpflichtet uns in besonderer Weise. Auch im Saarland wurde die Entrechtung, Enteignung, Deportation und Ermordung jüdischer Mitbürger:innen organisiert und vollzogen. Jüdisches Leben wurde systematisch zerstört, Nachbarschaften wurden ausgelöscht, kulturelle und religiöse Traditionen gewaltsam unterbrochen. Diese Geschichte ist Teil unserer Landesgeschichte. Daraus erwächst für die Landespolitik eine dauerhafte Verpflichtung: Erinnerung darf nicht

ritualisiert oder relativiert werden, sondern muss wachgehalten, aktualisiert und verteidigt werden. Das bedeutet, Gedenkorte im Saarland zu sichern und auszubauen, historische Forschung zu stärken, Zeitzeugnisse zu bewahren und neue pädagogische Konzepte zu entwickeln , die insbesondere auch junge Menschen in ihren unterschiedlichen Lebensrealitäten erreichen.
Erinnerungspolitik darf sich nicht auf Gedenkfeiern, Jahrestage oder symbolische Bekundungen beschränken. Die Aufgabe des Staates besteht nicht darin, Geschichte abschließend zu verwalten, sondern Räume zu schaffen, in denen eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit möglich bleibt. Kritische Erinnerung entsteht nicht durch Pflichtübungen, sondern durch die aktive Auseinandersetzung der Menschen mit den historischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die Ausgrenzung, Antisemitismus und Vernichtung ermöglicht haben und auch der eigenen potenziellen familiären Verflechtung darin. Deshalb wollen wir Gedenkstätten, Forschung, politische Bildung und zivilgesellschaftliche Initiativen dauerhaft stärken damit Erinnerung lebendig bleibt, Widerspruch hervorruft und demokratisches Handeln begründet. Nur eine Erinnerung, die sich ihrer eigenen Verantwortung immer wieder neu vergewissert, kann verhindern, dass Geschichte zur leeren Tradition wird.
Die Shoah war ein beispielloser Zivilisationsbruch und steht in ihrer industriell organisierten, staatlich geplanten und europaweit durchgeführten Vernichtung der jüdischen Bevölkerung ohne historisches Pendant. Die Präzedenzlosigkeit der Shoah verlangt zudem eine klare politische Haltung . Jede Form der Relativierung, Täter-Opfer-Umkehr oder Gleichsetzung mit anderen historischen Ereignissen weisen wir entschieden zurück. Für uns folgt daraus auch ein klarer Maßstab für staatliches Handeln: Organisationen, Vereine oder Projekte, die die Shoah leugnen, relativieren oder antisemitische Geschichtsbilder verbreiten, dürfen weder direkt noch indirekt aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.
Straßen mit kolonialer oder NS-Geschichte im Saarland sollen umbenannt, neue Gedenk- und Lernorte geschaffen werden. Wir setzen uns für eine umfassende, kritische und nachhaltige Erinnerungs- und Gedenkkultur im Saarland ein. Dazu gehört die Erstellung eines landesweiten Konzepts für Gedenkstättenbesuche , das Auswahl, didaktische Begleitung und fachliche Standards verbindlich regelt. Schulen sollen finanziell unterstützt werden, sowohl bei Transportkosten, insbesondere in ländlichen Regionen, als auch bei der Bereitstellung qualifizierter Fachkräfte zur Begleitung der Besuche. Lehrkräfte sollen regelmäßig Fortbildungen zum Thema Erinnerungskultur erhalten, um die historische Bildung zu stärken. Gleichzeitig wollen wir die Zusammenarbeit mit Gedenkstätten und Erinnerungsorten, etwa zu Widerstandskämpfer:innen und Zwangsarbeiter:innen, intensivieren und die Finanzierung von Bildungsträgern langfristig sichern, damit Gedenkstättenbesuche kontinuierlich und qualitativ hochwertig durchgeführt werden können.
Wir brauchen zusätzlich die Einführung eines verbindlichen Projekttages für alle weiterführenden Schulen im Saarland am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag. Dieser Tag soll sich intensiv mit dem Gedenken an die Opfer des Holocaust sowie mit der historischen Aufarbeitung und den Lehren für die Gegenwart befassen. Hierdurch soll regelmäßig, das Bewusstsein und Wissen für die Verbrechen des Nationalsozialismus gestärkt, Antisemitismus und Rassismus entgegengewirkt und die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten nachhaltig zu vermittelt werden. Ein

fester Tag dafür jedes Jahr fördert nachhaltig das Bewusstsein für unsere historische Verantwortung.

08.05: Religiösen Fundamentalismus bekämpfen

Christlicher Fundamentalismus ist ebenso eine ernsthafte Bedrohung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, feministische Errungenschaften und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gruppierungen, die fundamentalistische, antidemokratische Positionen vertreten– wie die Piusbruderschaft – dürfen in ihrer Einflussnahme auf Bildung und Öffentlichkeit nicht unbeachtet bleiben. Insbesondere Einrichtungen, die ideologisch verfestigte, anti-pluralistische und klerikalfaschistische Inhalte vermitteln, wie die Einrichtungen des Don-Bosco-Schulvereins, müssen geschlossen werden.
Islamismus ist eine autoritäre und radikal rechte Ideologie.

Ä072 · Islamismus anhand seiner Demokratiefeindlichkeit beschreiben
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2953 · Paket S. 89
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

eine ~~autoritäre~~ autoritär-rechte und ~~radikal rechte~~ antipluralistische Ideologie

Er steht für
Antisemitismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und Gewalt und richtet sich gegen Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und eine offene Gesellschaft. Für uns ist klar: Antirassismus heißt nicht, menschenfeindliche Ideologien zu relativieren. Wir stellen uns Islamismus genauso entschieden entgegen wie Neonazismus und anderen rechten Strömungen,

Ä073 · Demokratiefeindliche Strömungen präzise benennen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 2957–2958 · Paket S. 90
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

anderen ~~rechten~~ autoritär-rechten und antipluralistischen Strömungen

solidarisch mit denjenigen, die von islamistischer Gewalt, Kontrolle und Einschüchterung betroffen sind. Für das Saarland heißt das: Wir stärken unabhängige Präventions-, Bildungs- und Ausstiegsangebote, die Islamismus frühzeitig thematisieren und Alternativen aufzeigen. Politische Bildung muss antifeministische, antisemitische und autoritäre Ideologien, auch in religiöser Form, klar benennen und kritisch bearbeiten. Betroffene von islamistischem Druck und Gewalt, insbesondere Frauen, queere Menschen und Jugendliche, brauchen verlässliche Beratungs- und Schutzangebote. Gleichzeitig setzen wir auf die Stärkung emanzipatorischer Stimmen, zivilgesellschaftlicher Initiativen und migrantischer Selbstorganisationen, die sich gegen religiösen Fundamentalismus engagieren.
Wir wollen:
• Den antifaschistischen Auftrag für die Öffentlichkeit ohne Ausreden ernst nehmen und die gesellschaftlichen Bedingungen hinterfragen, die den Nährboden für einen neuen Faschismus darstellen.

• Die konsequente Bekämpfung von Faschismus, Neonazismus, Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus in allen gesellschaftlichen Bereichen.
• Ein Verbot der AfD. Dafür wollen wir umgehend eine Initiative im saarländischen Landtag starten.
• Den Aufbau einer Forschungsgruppe zu Antisemitismus an der Universität des Saarlandes und verpflichtende antirassistische Schulungen für Polizei, Justiz und Verwaltung.
• Den Ausbau und die Sicherung von kritischer Gedenk- und Bildungsarbeit, Umbenennung problematischer Straßen und die Schaffung neuer Lernorte. Die Sicherstellung langfristiger Finanzierung und logistische Unterstützung für Schulen und Bildungsträger, um Gedenkstättenbesuche im Saarland dauerhaft qualitativ hochwertig zu ermöglichen.
• Stärkere und gesicherte Unterstützung und Förderung von Sinti und Roma, der jüdischen Gemeinde und demokratischer migrantischer Communities .
• Die Einführung eines Landes-Antidiskriminierungsgesetzes und unabhängiger Antidiskriminierungsstrukturen mit Verbandsklagerecht.

08.06: Zivile Produktion statt Aufrüstung und Militarisierung

Eine wirklich demokratische Gesellschaft gibt es nur ohne immer weiter ausufernde Aufrüstung und Militarisierung. Wir verstehen uns als Teil einer Friedensbewegung, die sich für die zivile und gerechte Beilegung von Konflikten einsetzt, gegen die Logik der Gewalt, der militärischen Eskalation und der geopolitischen Machtkonkurrenz. Wir stehen für internationale Solidarität statt Blockkonfrontation, für Abrüstung statt Aufrüstung, für die Entmilitarisierung von Politik und Gesellschaft sowie für einen Frieden, der auf Verhandlungen und demokratischer Teilhabe beruht. Das heißt: Abrüstung statt Aufrüstung, Diplomatie statt Eskalation und eine klare Orientierung an ziviler Konfliktlösung sind unsere Leitlinien.
Unser politisches Handeln bewegt sich mindestens im Rahmen der verfassungsmäßigen Friedensordnung des Grundgesetzes. Das dort verankerte Friedensgebot verstehen wir als demokratischen Mindestmaßstab staatlichen Handelns. Der Verteidigungsauftrag darf nicht zur Rechtfertigung einer fortschreitenden Militarisierung des öffentlichen Lebens, einer expansiven Sicherheitspolitik oder einer Normalisierung militärischer Lösungen dienen. Alle m, was das Friedensgebot unterläuft, oder den Verteidigungsauftrag überschreitet, begegnen wir mit entschiedener Kritik und politischem Widerstand.
Für uns bedeutet Antimilitarismus aber weit mehr als Appelle. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass das Saarland eine Friedensregion wird, in der die Interessen der Menschen über die Profitinteressen der Rüstungsindustrie gestellt werden. Wir kritisieren die Landesregierung scharf, die die Rüstungsproduktion als einen zentralen Zukunftswirtschaftszweig des Saarlands benennt. Diese Perspektive verkennt, dass Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie weder ökologisch noch sozial nachhaltig sind. Sie hängen von staatlichen Aufträgen und globalen Konflikten ab und schaffen Abhängigkeiten, statt stabile, zukunftsfähige Beschäftigung in zivilen Bereichen zu sichern. Arbeitsplätze müssen durch soziale, ökologische und zivile Industriepolitik entstehen und nicht durch Panzer und Kriegsgerät. Deshalb fordern wir die Vergesellschaftung der Rüstungsproduktion im Saarland, um sie demokratisch

kontrolliert für friedliche Zwecke umbauen zu können. Wo bereits Rüstungsbetriebe bestehen, setzen wir uns für strikte öffentliche Kontrolle über Förderung, Produktion und Export ein. Öffentliche Gelder sollten stattdessen in Bildung, Gesundheit, nachhaltige Technologien und soziale Infrastruktur fließen, wo öffentliche Investitionen nachweislich deutlich nachhaltiger sind.
Militarisierung, Aufrüstung und Kriegspolitik haben auch im Saarland ganz konkrete Auswirkungen. Sie sind hörbar, spürbar und gesundheitlich belastend. Der anhaltende militärische Flugbetrieb, insbesondere im Übungsluftraum über dem Saarland, führt seit Jahren zu massivem Fluglärm. Für viele Menschen bedeutet das Stress, Schlafstörungen, gesundheitliche Beeinträchtigungen und eine deutliche Einschränkung der Lebensqualität. Das Saarland darf nicht länger still schweigend hinnehmen, dass ganze Regionen dauerhaft durch militärische Übungen belastet werden, und muss jetzt klaren Einsatz gegen den militärischen Fluglärm zeigen.
Frieden ist keine abstrakte Außenpolitik, sondern eine Frage der Lebensqualität vor Ort. Mit Übungen wie „Saar Ex“, bei denen gemeinsam mit Bundeswehr und US -Militär die Versorgung massenhafter Kriegsverwundeter geprobt wird, wird unsere Region schrittweise auf militärische Konflikte ausgerichtet. Wir lehnen diese Militarisierung des Saarlandes ab und setzen uns stattdessen für Frieden, zivile Krisenvorsorge und internationale Verständigung ein.

08.07: Gegen die Wehrpflicht und Militär in Bildungseinrichtungen

Die Wehrpflicht bedeutet die Unterordnung des Individuums unter die militärische Logik des Staates und macht Menschen zu Mitteln sicherheitspolitischer Interessen. Eine demokratische Gesellschaft muss die Freiheit des Einzelnen stärken, statt Gehorsam, Disziplin und die Bereitschaft zur Gewaltanwendung zur gesellschaftlichen Norm zu erheben. Wir lehnen die Wehrpflicht ab und unterstützen alle Proteste und Initiativen, die sich gegen Zwangsdienste in der Bundeswehr richten. Auch junge Menschen sollen nicht Ziel militärischer Propaganda werden. Daher fordern wir ein konsequentes Werbeverbot für die Bundeswehr an Schulen. Stattdessen werden wir Programme zur Verweigerung einer Wehrpflicht fördern wie die des DFG -VK. Für uns gilt: Kein Werben für das Sterben!
Wissenschaft trägt Verantwortung für die Gesellschaft, in der sie wirkt. Wir lehnen den Wunsch gewisser politischer Kräfte ab, unsere Hochschulforschung und öffentlichen Forschungseinrichtungen strategisch im Dienst der Rüstung zu positionieren. Wir setzen uns daher für die verbindliche Einführung von Zivilklauseln an allen saarländischen Hochschulen ein. Forschung und Lehre müssen ausschließlich zivilen, friedlichen und gesellschaftlich verantwortbaren Zwecken dienen und dürfen nicht für militärische oder rüstungsbezogene Anwendungen missbraucht werden. Eine Zivilklausel stärkt die demokratische Kontrolle, die akademische Freiheit im Sinne gesellschaftlicher Verantwortung und die Ausrichtung von Wissenschaft am Gemeinwohl.

08.08.: Den 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen

Um das Saarland als sichtbare Friedensregion zu gestalten, setzen wir uns darüber hinaus für den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag ein und für die Umbenennung von Straßen nach Antifaschist:innen statt nach Militarist:innen. Der 8. Mai markiert die Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende von Krieg, Terror und

Menschenverachtung in Europa. Ein gesetzlicher Feiertag schafft Raum für Erinnerung, Bildung und demokratisches Bewusstsein. Gerade in Zeiten zunehmender rechter Hetze und autoritärer Tendenzen ist ein sichtbares Gedenken notwendig, um die Lehren aus der Geschichte wachzuhalten und Frieden, Antifaschismus und internationale Verständigung als gesellschaftliche Werte zu stärken. Straßennamen prägen das öffentliche Geschichtsbild und zeigen, wen eine Gesellschaft ehrt. Namen von Militaristen oder Unterstützern autoritärer Regime stehen nicht für ein friedliches und demokratisches Saarland. Die Umbenennung zugunsten von Antifaschist:innen würdigt Menschen, die Widerstand gegen Unterdrückung, Krieg und Faschismus geleistet haben, und setzt ein sichtbares Zeichen für Demokratie, Zivilcourage und Frieden im Alltag. Wir setzen uns für die Errichtung eines Deserteursdenkmals im Saarland ein, das an Menschen erinnert, die sich aus Gewissensgründen dem Krieg und dem nationalsozialistischen Unrechtsregime widersetzt haben. Ihre Entscheidung, sich dem Töten zu verweigern, verdient Anerkennung und einen festen Platz in unserer Erinnerungskultur.

Wir wollen:

- Keine Aufwertung der Rüstungsindustrie! Rüstung darf nicht als Zukunftszweig des Saarlands gefördert werden.
- Bestehende Rüstungsbetriebe sollen unter öffentliche Kontrolle gestellt werden, um Produktion und Export zu regulieren. Beschäftigung soll durch soziale, ökologische und zivile Industriepolitik gesichert werden.
- Ein konsequentes Eintreten gegen den militärischen Fluglärm durch den Übungsluftraum „TRA Lauter“.
- Vollen Einsatz gegen die Wehrpflicht, Bundeswehrwerbung an Schulen wird verboten und eine echte Zivilklausel an den saarländischen Hochschulen soll eingeführt werden.
- Die Einführung des 8. Mai als Feiertag und symbolische Umbenennung von Straßen nach Antifaschist:innen und Antimilitarist:innen.

09: Frauen und Queer

Der feministische Kampf ist für uns zentral und unverzichtbar, um ein demokratisches und sozialistisches Saarland Realität werden zu lassen. Frauen und queere Menschen sind alltäglich zu ihrem Nachteil von patriarchalen Strukturen, Diskriminierung und Ungleichheiten betroffen. Und das nochmal besonders stark, wenn sie von Armut betroffen sind. Deshalb setzen wir uns mit lauter Stimme für eine Landespolitik ein, die soziale Gleichstellung,

Ä074 · Rechtliche Gleichberechtigung und tatsächliche Gleichstellung verbinden
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 3121 · Paket S. 91
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~soziale~~ rechtliche Gleichberechtigung und tatsächliche Gleichstellung

ein sicheres Leben und echte Wahlfreiheit für Frauen und queere Menschen in allen Lebensbereichen sicherstellt. Dazu gehört auch der konsequente Schutz von Frauen und Queers, damit wir alle in einem Saarland leben, in dem wir ohne Angst verschieden sein können.

09.01: Feminismus strukturell verankern

Alle institutionellen Strukturen im Saarland müssen schrittweise konsequent paritätisch aufgebaut werden. Frauen müssen auf allen Ebenen gleichberechtigt an Entscheidungen beteiligt sein, in Verwaltung, Politik, öffentlichen Unternehmen und Gremien. Wir orientieren uns dabei auch an internationalen Vorbildern wie der kurdischen Selbstverwaltung, in der paritätische Doppelspitzen und verbindliche Beteiligungsstrukturen fest verankert sind. Für uns ist klar: Demokratie ist nur dann vollständig, wenn Frauen tatsächlich gleichberechtigt mitentscheiden. Deshalb setzen wir uns für verbindliche Quoten, transparente Besetzungsverfahren und strukturelle Veränderungen ein, die sicherstellen, dass Frauen nicht nur vertreten sind, sondern realen Einfluss auf Entscheidungen haben. Die Erfahrungen der kurdischen Selbstverwaltung zeigen, dass paritätische Strukturen auch unter schwierigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen konsequent aufgebaut werden können. Sie machen deutlich: Gleichberechtigte Beteiligung scheitert nicht an angeblich zu hohen Kosten oder fehlenden Möglichkeiten, sondern vor allem am politischen Willen, Macht und Verantwortung tatsächlich zu teilen.
Das Saarland braucht eine starke, unabhängige Stimme für die Interessen von Frauen und Queers. Noch immer sind FLINTA* in vielen Bereichen benachteiligt – sei es in der Arbeitswelt, in der Politik oder bei der sozialen Absicherung. Das ändern wir! Wir schaffen eine Landeskommission für Gleichstellung und Feminismus , die die Landesregierung berät, eigene Impulse setzt und Gesetze aus frauenpolitischer und queerer Perspektive prüft. Ein ähnliches Gremium gibt es beispielsweise bereits im Nachbarbundesland Rheinland-Pfalz. Dieses Modell greifen wir auf und entwickeln es für das Saarland weiter: Die Landeskommission bündelt die Expertise von Frauen und Queers aus Parteien, Verbänden, Kirchen und Organisationen und bringt sie direkt in politische Entscheidungen ein. Sie führt Fachtagungen durch, vernetzt Akteurinnen, betreibt aktive Öffentlichkeitsarbeit und steht im regelmäßigen Austausch mit Landtag und Regierung. So entsteht ein starkes Netzwerk, das frauenpolitische Themen noch sichtbarer macht, konkrete Verbesserungen vorantreibt und dafür sorgt, dass die Interessen von Frauen und Queers verbindlich gehört werden.
Über eine Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) wollen wir zudem den gleichberechtigten Zugang zu Stellen weiter stärken. Bei nicht vorhandener Parität in den Bereichen, in denen Stellen neu- oder nachbesetzt werden, muss grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden und nicht erst auf Antrag der Frauenbeauftragten. So bauen wir Hürden für Gleichstellung ab und verhindern, dass Stellen intern durch männliche Kumpanei besetzt werden. Wir wollen außerdem eine unabhängige Meldestelle für das LGG einrichten, an die sich Beschäftigte vertraulich bei Missachtungen der gesetzlichen Vorgaben wenden können. Diese Stelle soll mindestens für den gesamten öffentlichen Dienst zuständig sein.

09.02.: Gewaltschutz ist kein Nebenthema!

Das Land trägt eine besondere Verantwortung für den Gewaltschutz. Frauenhäuser, Schutz- und Beratungsstellen für Frauen und Queers müssen dauerhaft finanziert und flächendeckend ausgebaut werden , sodass jede Frau und jede queere Person, die von Gewalt betroffen ist, Schutz und Unterstützung findet. Gewaltschutz für Frauen und Queers muss flächendeckend, präventiv und verlässlich organisiert sein. Dazu gehört das jeder Kreis im Saarland ein eigenes Frauenhaus haben soll. Leidglich

vier Häuser, wovon zwei im Kreis Saarbrücken stehen, decken nicht den bestehenden Bedarf. Das Saarland muss Frauen- und Queerberatungsstellen, Notrufe und Interventionsstellen dauerhaft finanzieren, personell absichern und rund um die Uhr erreichbar machen.

Wir wollen das Prinzip der „Safe Homes“ aus Schweden auf das Saarland übertragen. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk kurzfristiger, sicherer Unterkünfte für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Anders als klassische Frauenhäuser bieten diese Noträume schnelle, niedrigschwellige Hilfe, und zwar anonym, gebührenfrei und kurzfristig verfügbar. Kommunen stellen leerstehende Wohnungen, Hotels oder andere geeignete Räume bereit, während geschulte Fachkräfte psychosoziale Betreuung, rechtliche Beratung und Unterstützung bei der weiteren Perspektivplanung sicherstellen. Landespolitisch bedeutet dies die Einrichtung eines flächendeckenden Safe-Home-Netzwerks im Saarland, das Frauenhäuser entlastet, die Sicherheit der Betroffenen sofort gewährleistet und eine koordinierte Zusammenarbeit von Sozialdiensten, Polizei und Beratungsstellen sicherstellt. Ziel ist es, dass jede Frau im Saarland, die von Gewalt bedroht wird, sofort Schutz findet, ohne bürokratische Hürden oder lange Wartezeiten. Diese Schutzräume sollen so lange nutzbar sein, bis die Betroffenen sich wieder in Sicherheit fühlen und/oder begeben können. Die Kommunen müssen stärker unterstützt werden, um den bedarfsgerechten Ausbau und die nachhaltige Finanzierung von Frauenhäusern und Safe Homes sicherzustellen. Ebenfalls benötigen wir eine effiziente Verwaltung der vorhandenen Plätze, um Betroffene schnellstmöglich einen Platz anbieten zu können

Landespolitisch kann das Saarland Catcalling und sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum auf mehreren Ebenen stärker entgegentreten: Wir wollen niedrigschwellige Beratungs- und Meldestellen einrichten, Betroffene unterstützen und sichtbare Anlaufstellen schaffen. Präventionskampagnen an Schulen, in Hochschulen und in der Öffentlichkeit können Sensibilisierung fördern und gesellschaftliche Normen verändern. Kommunen sollen über Ordnungsbehörden und städtische Regelungen bei Belästigungen konsequenter eingreifen, etwa durch Platzverweise oder Bußgelder im Rahmen der öffentlichen Ordnung. Ergänzend braucht es flächendeckende, kostenfreie oder stark vergünstigte Nacht-Taxi-Modelle, sichere Heimwege sowie eine bessere Beleuchtung und Gestaltung öffentlicher Räume, um Gewalt vorzubeugen. Wir wollen außerdem eine vom Land finanzierte Notfallstelle einrichten, die Frauen nachts unterstützt, die sich verfolgt fühlen. Sie können Fake-Anrufe tätigen, um Sicherheit zu gewinnen, und erhalten bei Bedarf sofortige Koordination mit Polizei oder sozialen Diensten. Ziel ist ein niedrigschwelliger, anonym verfügbarer Schutz, der Frauen handlungsfähig macht und akute Bedrohungslagen schnell entschärft.

Polizei, Justiz, Gesundheitswesen und Jugendhilfe müssen verbindlich geschult und besser vernetzt werden, damit Betroffene ernst genommen, geschützt und nicht erneut traumatisiert werden. Beratungsangebote für Alleinerziehende, einkommensarme Frauen und queere Menschen müssen erweitert, niedrigschwellige Zugänge gesichert und die Vernetzung mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Trägern gestärkt werden. Der Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln, Menstruationsartikeln und der sichere und kostenfreie Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sind weitere zentrale Aufgaben des Landes, die eine feministische Daseinsvorsorge für alle Frauen gewährleisten.

Feministische und queere Demonstrationen, Veranstaltungen und Einrichtungen

geraten zunehmend ins Visier politisch motivierter Gewalt, insbesondere aus dem rechten und islamistischen Spektrum. Wir wollen deshalb ein landesweites Schutzprogramm für feministische und queere Veranstaltungen schaffen . Mit festen Ansprechpersonen bei Polizei und Behörden, frühzeitiger Gefährdungsbewertung, der Übernahme notwendiger Sicherheitskosten für kleinere Initiativen sowie besser geschulten Einsatzkräften. Bedrohungen und Angriffe müssen konsequent erfasst und verfolgt werden, während Beratungsstellen und Initiativen beim Aufbau von Schutz- und Awareness-Konzepten unterstützt werden. Wer demokratische, feministische und queere Räume bedroht, darf nicht darüber entscheiden, wer sich im öffentlichen Raum sicher versammeln und sichtbar sein kann.
Frauenverbände, Stadtplanerinnen und Initiativen wie die internationale Bewegung "Potty Parity" kritisieren seit langem, dass eine formale Gleichverteilung von Toilettenflächen keine tatsächliche Gleichstellung schafft. Häufig wird vorgeschlagen, Frauen deutlich mehr Toilettenkabinen zur Verfügung zu stellen als Männern – je nach Nutzungssituation teilweise im Verhältnis von 2:1. Da Urinale weniger Platz benötigen und die durchschnittliche Nutzungsdauer bei Frauen höher ist, kann nur durch eine größere Zahl von Kabinen eine annähernd gleiche Wartezeit erreicht werden.
Bei Neubau, Umbau und Sanierung öffentlicher Toilettenanlagen wollen wir die bestehenden Planungsstandards weiterentwickeln und die tatsächlichen Bedürfnisse der Nutzerinnen stärker berücksichtigen. Die bisher häufig praktizierte Gleichverteilung der Flächen und Kabinen führt in der Praxis zu erheblich längeren Wartezeiten für Frauen. Studien und Erfahrungswerte aus vielen Ländern zeigen, dass Frauen auf öffentlichen Toiletten oft dreimal so lange warten müssen wie Männer. Bei öffentlichen Gebäuden, Veranstaltungsstätten und Verkehrsknotenpunkten soll die Zahl der Toiletteneinheiten künftig so bemessen werden, dass vergleichbare Wartezeiten für alle erreicht werden. Darüber hinaus sollen Neuplanungen grundsätzlich queerinklusiv erfolgen und ausreichend geschlechtsneutrale Toiletten vorsehen, damit öffentliche Infrastruktur allen Menschen diskriminierungsfrei zugänglich ist.

09.03: Das Saarland zum Vorreiter bei reproduktiven Rechten machen, weg mit §218

Das Saarland muss sicherstellen, dass Schwangerschaftsabbrüche verpflichtend und umfassend in der medizinischen Ausbildung und Weiterbildung gelehrt werden, damit eine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung in Zukunft auch hergestellt werden kann. Beratungsstellen und medizinische Einrichtungen müssen zudem wirksam vor Einschüchterung, Belästigung und Störungen durch Abtreibungsgegner geschützt werden, etwa durch Schutzbereiche und klare rechtliche Vorgaben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rechte von Frauen und Queers nicht durch religiöse Moralvorstellungen eingeschränkt werden. Staatliche Gesetze, Bildung und Gesundheitsversorgung müssen sich an Menschenrechten, Gleichstellung und Selbstbestimmung orientieren und nicht an Kirchenvorgaben.
Gleichzeitig muss sich das Saarland endlich auf Bundesebene laut für die ersatzlose Abschaffung von § 218 StGB einsetzen, damit Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert und als das behandelt werden, was sie sind: Eine Frage der Gesundheit, der Selbstbestimmung und der Menschenrechte. Die Landespolitik muss die gesundheitlichen Bedürfnisse von Frauen und queeren Menschen konsequent berücksichtigen. Dazu gehört die bessere Versorgung spezifischer Erkrankungen wie

Endometriose, PCOS oder starke Menstruationsbeschwerden, die Förderung spezialisierter Fachambulanzen und medizinischer Weiterbildung zu geschlechtsspezifischer Versorgung. Außerdem wollen wir einen Menstruationsurlaub für alle öffentlich Beschäftigten im Saarland einführen, um die Belastungen bei starken Beschwerden auszugleichen. Kostenfreie Menstruationsartikel in Schulen, Kitas und öffentlichen Einrichtungen sowie flächendeckend zugängliche psychosoziale Beratungsangebote runden eine inklusive, gendersensible Gesundheitsversorgung ab.

09.04: Prostituierte schützen, Prostitution bekämpfen

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Situation von Menschen in der Prostitution. Das Saarland muss auf Landesebene Zwangsprostitution konsequent bekämpfen, Ausstiegshilfen ausbauen und soziale sowie gesundheitliche Unterstützung für betroffene Frauen bereitstellen. Gleichzeitig soll Werbung für Bordelle verboten werden, um Ausbeutung zu verhindern und patriarchale Normalisierung von Gewalt zu bekämpfen. Landespolitische Maßnahmen wie gezielte Sozialprogramme, Schutzkonzepte in Städten und Präventionsprojekte können hier direkte Wirkung entfalten. Durch eine Ausweitung verbindlicher Sperrbezirksverordnungen und Standortauflagen können wir Neuansiedlungen von Bordellen faktisch ausschließen.
Wir wollen niemals gegen Menschen vorgehen, die in der Prostitution arbeiten. Repression, Bußgelder oder strafrechtliche Maßnahmen gegen Betroffene lehnen wir ab – insbesondere dort, wo sie die Betroffenen zusätzlich in unsichere oder verdeckte Verhältnisse drängen. Unser Ziel sind stattdessen strukturelle Veränderungen, die ökonomischen Druck, Ausbeutung und patriarchale Abhängigkeiten zurückdrängen und langfristig dazu beitragen, Prostitution gesellschaftlich überflüssig zu machen.
Ergänzend stärken wir die Aufklärung junger Menschen über die sozialen und ethischen Folgen des sogenannten „Freiertums“ und fördern Bildungsangebote, die ein feministisches Verständnis von Beziehungen und konsensualer Sexualität vermitteln. Solange Prostitution existiert, wollen wir präventiv ansetzen und insbesondere junge Männer dafür sensibilisieren, keine Freier zu werden und die Ausbeutung und Kommerzialisierung von Sexualität nicht als selbstverständlichen Bestandteil von Beziehungen zu betrachten.

09.05: Gezielt gegen geschlechterspezifische Armut vorgehen

Equal Rights heißt Equal Pay! Das bestehende Entgelttransparenzgesetz ist unzureichend und muss reformiert werden: Es gilt nur für große Unternehmen, schafft kaum verbindliche Prüfmechanismen und lässt Betroffene oft allein. Auch im Saarland wird die Einhaltung kaum kontrolliert und Lohndiskriminierung bleibt vielerorts unsichtbar. Das Land muss mit gutem Beispiel vorangehen, gleichwertige und transparente Gehälter in öffentlichen Betrieben sicherstellen und Initiativen, Beratungen und Gewerkschaften stärken, die Lohndiskriminierung aufdecken und bekämpfen. Nur so wird Gleichstellung im Arbeitsleben endlich spürbar.
Der Kampf gegen Frauen- und Queerarmut ist ein weiterer Schwerpunkt. Das Land muss gezielt finanzielle, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Frauen und Queers in prekären Lebenslagen umsetzen, etwa durch Förderprogramme, einkommensunabhängige Zuschüsse für Weiterbildung und lebenslanges Lernen, aber auch durch eine gezielte Unterstützung von Frauen in Teilzeitbeschäftigung, Alleinerziehenden oder queeren Personen ohne ausreichendes

soziales Netz. Armut von Rentnerinnen ist im Saarland im bundesweiten Vergleich am höchsten und muss konsequent bekämpft werden. Derzeit greift die Sozialversicherungspflicht häufig erst ab bestimmten Einkommensgrenzen, etwa bei geringfügiger Beschäftigung. Davon sind überproportional viele Frauen betroffen, da sie häufiger in Teilzeit oder Minijobs arbeiten – oft bedingt durch unbezahlte Sorgearbeit. Dies führt zu struktureller Benachteiligung, geringerer sozialer Absicherung und einem erhöhten Risiko von Altersarmut. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Sozialversicherung ab dem ersten Euro. Eine durchgehende Versicherungspflicht ist ein zentraler Schritt hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, da sie insbesondere Frauen unabhängig von ihrem Beschäftigungsumfang absichert, eigenständige Ansprüche stärkt und ökonomische Abhängigkeiten reduziert. So wird soziale Sicherheit nicht länger an traditionelle Rollenbilder geknüpft, sondern als individuelles Recht für alle gewährleistet

Geschlechtergerechte Bildung, flächendeckend zugängliche Kitas und Ganztagsangebote, sind weitere Mittel, um strukturelle Benachteiligung zu bekämpfen. Jede politische Entscheidung des Landes – sei es in Haushalt, Wohnraumförderung, Verkehr, Bildung oder Gesundheitsversorgung – muss auf ihre Auswirkungen auf Frauen und queere Menschen geprüft werden. Dabei müssen auch spezifische Interessen wie die von Müttern, gerade auch jungen Müttern und Alleinerziehenden konsequent im Blick behalten werden. Feminismus bedeutet, die Perspektiven von Frauen und Queers systematisch in die Gestaltung aller Landesaufgaben einzubeziehen. Auch Mehrfachdiskriminierung, etwa durch Armut, Rassismus oder Ableismus, muss erkannt und durch entsprechend verzahnte Landesprogramme bekämpft werden.

09.06: Gemeinsam für ein frauen- und queerfreundliches Saarland!

Queere Bars, Clubs und Zentren sind unverzichtbare Schutz- und Freiräume, die wir als „Kulturschutzgebiete“ sichern wollen, um sie dem freien Immobilienmarkt zu entziehen. Orte, die Ziel queerfeindlicher Angriffe werden, sollen unbürokratische Hilfe erhalten, Barrieren sollen hier abgebaut werden, um Teilhabe für alle zu ermöglichen. Wir kämpfen für volle rechtliche Gleichstellung,

Ä075 · Gleiche Rechte und tatsächliche Gleichstellung für queere Menschen sichern
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 3338 · Paket S. 92
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

volle rechtliche Gleichberechtigung und tatsächliche Gleichstellung

die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 GG, eine Reform des Abstammungsrechts und die konsequente Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes. Queerfeindlichkeit an Schulen begegnen wir mit qualifizierten Ansprechpersonen, verbindlichen Leitlinien für trans und nicht-binäre Schüler:innen, diskriminierungsfreiem Zugang zu Schulplätzen und der Verankerung geschlechtlicher Vielfalt in den Rahmenlehrplänen.

Queere Rechte müssen dauerhaft und ausdrücklich in unseren Verfassungen verankert werden. Wir fordern deshalb die Aufnahme eines umfassenden Schutzes vor Diskriminierung aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität sowohl in das

Grundgesetz als auch in die saarländische Landesverfassung. Der Schutz queerer Menschen ist keine Sonderaufgabe, sondern eine gemeinsame demokratische Verantwortung.

Feminismus und queeres Leben müssen im Saarland nicht nur geschützt, sondern auch gefeiert und sichtbar gemacht werden! CSD-Paraden, feministische Festivals und lokale Empowerment-Projekte stärken Gemeinschaft, machen Diskriminierung sichtbar und setzen ein deutliches politisches Zeichen für Gleichstellung. Gerade der CSD SaarLorLux und der LSVD+ Saar haben dabei eine Bedeutung, die weit über das Saarland hinausreicht. Als grenzüberschreitende Plattform verbindet der CSD SaarLorLux queere Menschen und solidarische Strukturen aus der gesamten Großregion und macht sichtbar, dass queere Freiheit nicht an nationalen Grenzen endet. Der LSVD+ Saar leistet zugleich wichtige Arbeit für Beratung, Vernetzung, Aufklärung und politische Interessenvertretung und muss dafür dauerhaft verlässlich unterstützt werden.

Der Internationale Frauenkampftag am 8. März soll als gesetzlicher Feiertag anerkannt werden, um die Bedeutung feministischer Kämpfe gesellschaftlich zu würdigen. Der 8. März ist bereits in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern dank der Linken gesetzlicher Feiertag und auch im Saarland soll der Internationale Frauenkampftag ein Tag sein, an dem Menschen sich frei von Erwerbsarbeit feministischen Kämpfen, politischer Bildung und gemeinschaftlichem Engagement widmen können.

Wir wollen:

- Frauenhäuser und Schutzstrukturen ausbauen, dauerhaft finanzieren, flächendeckend verfügbar machen und auf Queer-Perspektiven erweitern
- Frauen- und Queerarmut bekämpfen durch mehr gezielte finanzielle, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Unterstützung.
- Feminismus in allen Landesentscheidungen verankern: Jede Maßnahme auf Auswirkungen auf Frauen- und Queer-Gerechtigkeit prüfen
- Feministische Daseinsvorsorge sichern durch kostenfreie Verhütungsmittel, Menstruationsartikel und den Zugang zu sicheren, legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen.
- Die Bekämpfung von Zwangsprostitution, den Ausbau von Ausstiegshilfen, ein Verbot von Bordellwerbung und neue Bordellstandorte durch konsequente Sperrbezirksregelungen verhindern. Gleichzeitig stärken wir Prävention und sexuelle Bildung für ein selbstbestimmtes, konsensuales Miteinander.
- Wir fordern ein landesweites Schutzprogramm für feministische und queere Veranstaltungen und Einrichtungen – mit Sicherheitsberatung, festen Ansprechpersonen bei Polizei und Behörden, finanzieller Unterstützung für Schutzmaßnahmen und konsequenter Verfolgung von Bedrohungen und Angriffen.
- Die Sichtbarkeit und das Feiern feministischer und queerer Kämpfe im Saarland konsequent fördern, durch Unterstützung von Veranstaltungen wie dem CSD sowie die Einführung des 8. März als Feiertag und die Sicherung öffentlicher Räume für Initiativen.

10: Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche werden im Saarland politisch seit Jahren vernachlässigt: Ihre

Rechte, Interessen und Zukunftsaussichten finden in politischen Entscheidungen kaum Berücksichtigung. Viel zu oft werden sie nur als Problemfälle gesehen oder mit Zumutungen wie längeren Arbeitszeiten, höheren Bildungsdruck oder sogar Wehrpflicht konfrontiert, anstatt ihnen echte Chancen zu eröffnen. Gleichzeitig zeigt die kapitalistische Logik vieler politischer Entscheidungen, dass Ressourcen, Räume und Förderangebote für junge Menschen nicht systematisch bereitgestellt werden. Sie werden stattdessen mit Sparzwängen, Bürokratie und Leistungsdruck abgewogen. Damit muss Schluss sein!
Wir sind die Partei der jungen Menschen im Saarland. Ihre Perspektiven fließen bei uns direkt ein, ihre Rechte und Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt, und wir kämpfen dafür, dass sie gefördert, gehört und in ihrer Entfaltung unterstützt werden und nicht ständig mit neuen Zumutungen belastet. Eine Gesellschaft, die junge Menschen vor allem danach bewertet, wie leistungsfähig, verwertbar oder ökonomisch nützlich sie sind, nimmt ihnen einen wesentlichen Teil ihrer Freiheit und Selbstbestimmung. Wir wollen deshalb die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern, die junge Menschen früh in Konkurrenz, Leistungsdruck und Abhängigkeiten zwingen, und ihnen stattdessen Räume für Bildung, Kultur, politische Teilhabe und freie Entfaltung eröffnen.

10.01: Unsere Institutionen für Kinder und Jugendliche fit machen

Um die Rechte und Interessen junger Menschen systematisch zu stärken, ist die Einrichtung einer Beauftragtenstelle für Kinderrechte auf Landesebene unerlässlich. Diese zentrale Stelle soll die Belange von Kindern und Jugendlichen wirksam vertreten, Missstände sichtbar machen, Maßnahmen koordinieren und sicherstellen, dass alle Kinder im Saarland gleiche Chancen auf Bildung, Teilhabe und ein gutes Aufwachsen erhalten. Der Weltkindertag sollte als gesetzlicher Feiertag eingeführt werden, analog zu Thüringen, um die gesellschaftliche Wertschätzung für Kinder zu erhöhen und ihre Rechte sichtbar zu machen. Der Weltkindertag als gesetzlicher Feiertag wäre dabei mehr als ein symbolischer Akt: Ein arbeitsfreier Tag schafft Zeit für Familien, gemeinsame Aktivitäten und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben. Zugleich macht er sichtbar, dass die Rechte und Bedürfnisse von Kindern einen festen Platz in unserer Gesellschaft haben und nicht hinter wirtschaftlichen Interessen zurückstehen dürfen.
Das Saarland muss die Rechte von Kindern und Jugendlichen endlich verfassungsrechtlich verankern. Ein eigener Artikel in der Landesverfassung würde sicherstellen, dass die Interessen junger Menschen bei allen politischen Entscheidungen verbindlich berücksichtigt werden. Damit würden Kinderrechte nicht länger nur indirekt über allgemeine Grundrechte oder das Sozialstaatsprinzip gelten, sondern hätten einen klaren, rechtlich bindenden Status. Gleichzeitig würde dies die Einrichtung einer Beauftragtenstelle für Kinderrechte auf Landesebene und die Umsetzung flächendeckender Förder- und Beteiligungsangebote rechtlich absichern.
Auch die dauerhafte finanzielle Absicherung von Ombudsstellen ist notwendig, damit Kinder und Jugendliche ihre Rechte verlässlich wahrnehmen können. Als unabhängige und niedrigschwellige Anlaufstellen bieten sie Unterstützung bei Konflikten mit Behörden oder Einrichtungen und stärken so Teilhabe. Verlässliche Mittel sichern Kontinuität, fachliche Qualität und echte Unabhängigkeit von kurzfristigen politischen Entscheidungen. So können Ombudsstellen Missstände aufdecken, frühzeitig vermitteln und Kinderrechte im Saarland wirksam schützen.

10.02: Sozialhilfen für Kinder und Jugendliche konsequent ausbauen

Die Kinder- und Jugendhilfe im Saarland muss stärker und gezielter ausgebaut werden, damit Unterstützung frühzeitig, verlässlich und für alle zugänglich ist. Dafür braucht es eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen sowie ausreichend Fachkräfte mit attraktiven Arbeitsbedingungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Wichtig sind außerdem klare und verbindliche Strukturen zwischen Jugendhilfe, Schule, Gesundheitssystem und Justiz, damit Hilfen ohne Brüche greifen. Prävention und aufsuchende Angebote müssen dabei Vorrang haben. Kinder und Jugendliche sollen zudem verbindlich in die Gestaltung der Angebote einbezogen werden damit die Jugendhilfe wirksam unterstützt und sich an ihren tatsächlichen Bedürfnissen orientiert.
Im Saarland ist es ein Problem, dass Familienzentren bislang nur vereinzelt existieren und nicht flächendeckend sowie nach einheitlichen Standards ausgebaut sind. Dadurch entstehen regionale Ungleichheiten, und viele Familien haben keinen verlässlichen Zugang zu gebündelter Unterstützung, Beratung und Begegnungsangeboten. Statt einzelner, projektabhängiger Lösungen braucht es einen klaren politischen Kurswechsel hin zu einer landesweiten Strategie mit gesicherter Finanzierung, verbindlichen Qualitätsstandards und einem flächendeckenden Ausbau . Dabei ist entscheidend, dass Familienzentren offen, inklusiv und weltanschaulich neutral arbeiten. Sie müssen die Vielfalt von Familienrealitäten anerkennen und dürfen nicht an ein kirchlich geprägtes Familienbild gebunden sein.
Frühzeitige kulturelle, soziale und sportliche Teilhabe ist entscheidend für die Entwicklung junger Menschen und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dazu gehört der Ausbau und die Sanierung von Kinderspielplätzen, der kostenfreie Zugang zu Sport- und Kulturangeboten, Schullandheime sowie Ferienprogramme, die allen Kindern offenstehen, unabhängig von Geldbeutel oder Herkunft. Auf diese Weise wird allen Kindern ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, soziale Kontakte zu knüpfen und aktiv am Leben ihrer Gemeinschaft teilzuhaben. Gerade in sozial benachteiligten Quartieren muss das Land gezielt gegensteuern: Wir wollen kostenlose Jugendtreffs und offene Kinder- und Jugendarbeit ausbauen, mobile Angebote direkt in die Quartiere bringen und Kommunen bei der Sanierung und dem Ausbau von Spiel-, Sport- und Begegnungsräumen finanziell unterstützen. Schulen in besonders belasteten Stadtteilen sollen zudem durch einen landesweiten Sozialindex zusätzliche Mittel für Schulsozialarbeit, Lernförderung und Freizeitangebote erhalten. So erreichen öffentliche Angebote gerade jene Kinder und Jugendlichen, die durch Armut und soziale Ausgrenzung besonders häufig von Teilhabe ausgeschlossen werden. In besonders von Armut betroffenen Quartieren sollen Fahrrad-Selbsthilfewerkstätten durch das Land gefördert werden, in denen Fahrräder insbesondere für Kinder kostenfrei ausgegeben und hergerichtet werden.
Gleichzeitig müssen Städte und Gemeinden attraktiv für junge Menschen gestaltet werden. Niedrigschwellige, offene und sichere Räume sollen geschaffen werden, in denen Jugendliche selbstständig lernen, ihre Freizeit gestalten, kreativ tätig sein und eigene Projekte umsetzen können. Dazu gehören Jugendclubs, Vereine, Treffpunkte ohne Konsumzwang, freie Graffitiflächen und pädagogische Teams, die unterstützend statt bevormundend zur Seite stehen. Für diese Orte sind ausreichende finanzielle Mittel, qualifiziertes Personal und kreative Förderprogramme notwendig, damit sie dauerhaft offen und nutzbar bleiben.

10.03: Partizipation und sichere Räume gewährleisten und ausbauen

Der Landesjugendring im Saarland muss dauerhaft und verlässlich gefördert werden, da er als zentrale Interessenvertretung der Jugendverbände eine entscheidende Rolle für Beteiligung, politische Bildung und die Vernetzung junger Menschen spielt. Projekte wie „Buddeln und Bilden“, die politische Bildungsarbeit und gemeinschaftliches Engagement verbinden, oder weitere Bildungs- und Beteiligungsangebote des Landesjugendrings zeigen, wie vielfältig und unmittelbar diese Arbeit wirkt. Diese wichtige Arbeit darf nicht von unsicheren Projektmitteln abhängen, sondern braucht eine stabile finanzielle Grundlage.
Gleiches gilt für JUZ United als landesweites Netzwerk der Jugendzentren . JUZ United unterstützt die offene Jugendarbeit, vernetzt Einrichtungen, vertritt ihre Interessen und trägt dazu bei, Angebote für Jugendliche vor Ort zu sichern und weiterzuentwickeln. Gerade für niedrigschwellige Freizeit-, Bildungs- und Beteiligungsangebote ist diese Struktur unverzichtbar. Auch hier braucht es eine langfristige Förderung, um Kontinuität, Qualität und Planungssicherheit in der Jugendarbeit zu gewährleisten. Gerade in Zeiten des Kahlschlags von Bundesmitteln muss das Land hier aktiv werden und die einzigartige und hervorragende Grundinfrastruktur von Jugendzentren im Saarland erhalten und gesichert fördern.
Die systematische Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen muss ausgebaut und fest in kommunaler Planung verankert werden. Kinder und Jugendliche sollen verbindliche Mitbestimmungsrechte in kommunalen Gremien erhalten, Jugendräte und Jugendforen sollen nachhaltig gefördert werden, und das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen wird mit uns auf 16 Jahre gesenkt werden. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre absenken, weil junge Menschen von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind und deshalb auch das Recht haben müssen, über ihre Zukunft mitzuentscheiden. Ein früheres Wahlrecht stärkt politische Teilhabe, fördert demokratische Selbstbestimmung und sorgt dafür, dass die Interessen junger Menschen im politischen Prozess stärker berücksichtigt werden.
Auch die Infrastruktur, Räumlichkeiten und Personal der kommunalen Jugendarbeit müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden, sodass alle jungen Menschen gleichberechtigt an Freizeit-, Bildungs- und Beteiligungsangeboten teilhaben können. Wer früh ernsthaft beteiligt wird, lernt Demokratie als gelebte Praxis. Die Förderung von Gesundheit, Schutz und frühzeitiger Unterstützung ist ein weiterer zentraler Aspekt. Hierzu gehören gut erreichbare Anlaufstellen – telefonisch, online und vor Ort – sowie verbindliche Übergaben zwischen Jugendhilfe, Schule, ÖGD und Familiengericht . Multiprofessionelle Teams in Kitas und Schulen sollen Stabilität geben, kindgerechte Verfahren sollen sicherstellen, dass Kinder angehört werden, Entscheidungen verständlich erklärt und Fristen eingehalten werden.
Besonderer Schutz vor häuslicher Gewalt muss Vorrang haben: Schutzmaßnahmen sollen immer zuerst greifen, der Umgang für Kinder muss sicher geregelt und begleitet werden, und die Versorgung von Kindern und Jugendlichen muss auch ohne Krankenversicherung garantiert sein. Dafür müssen wir die saarländischen Kinderschutzstrukturen stärken, Fachkräfte in Jugendämtern und Jugendhilfe besser ausstatten und niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote wie die des Kinderschutzbundes Saarland dauerhaft absichern. Gerade nach Gewalterfahrungen brauchen Kinder verlässliche Ansprechpersonen, therapeutische Unterstützung und eine fachlich qualifizierte Begleitung, die ihre Perspektive und ihr eigenes

Sicherheitsgefühl konsequent in den Mittelpunkt stellt.

Ä016 · Zu L001: Kinderschutz verpflichtend in alle Curricula aufnehmen
LAG Bildung
Einfügung nach Z. 3553 · Paket S. 21
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Um Kinderschutz flächendeckend zu gewährleisten, müssen fundierte Kenntnisse über mögliche Anzeichen von Kindeswohlgefährdung sowie Handlungssicherheit in Verdachtsfällen in allen pädagogischen Berufsfeldern zum Standart werden. Wir fordern daher ein verpflichtendes Kinderschutzmodul in sämtlichen saarländischen Ausbildungsberufen und Studiengängen, die auf die Arbeit mit jungen Menschen vorbereiten. Wie in Rheinland-Pfalz soll die staatliche Anerkennung als Erzieher:in an die Vorlage eines Kinderschutzmoduls gebunden werden.

Die Mobilität und Erreichbarkeit von Jugendorten sollen verbessert werden. Jugendorte sollen in jedem Ortsteil in maximal 15 Minuten erreichbar sein, Bus- und Bahnfahrpläne auf Schule, Ausbildung und Freizeit abgestimmt werden, sichere Rad- und Schulwege ausgebaut und Abstellanlagen geschaffen werden.
Bezahlsysteme sollen so gestaltet werden, dass Tickets für Kinder und Jugendliche bezahlbar sind, mit einer schnellstmöglichen Umsetzung eines Nulltarifs. Auch Kinder in Unterkünften müssen ihre Ziele problemlos erreichen können.
Belastbare Präventionsketten und Kinderrechtsbudgets sollen im Saarland Realität werden. Jährliche Teilhabe-Bilder in allen Kommunen können dafür Angebote, Reichweite, Lücken, Wegezeiten und Sprachzugänge sichtbar machen.
Zuständigkeiten und Fristen sollen verbindlich geregelt werden, Mittel bedarfsgerecht verteilt, Kinderrechtsbudgets unbürokratisch ausgewiesen, Investitionspfade für fehlende Jugendorte erstellt und Tarifbindungen in geförderten Angeboten sichergestellt werden. Auswertungen sollen migrationssensibel erfolgen, ohne zu stigmatisieren.
Schließlich ist eine niedrigschwellige digitale Erreichbarkeit entscheidend.
Informationen und Angebote für Kinder und Jugendliche müssen einfach, verständlich, mehrsprachig und inklusiv zugänglich sein, damit alle jungen Menschen jederzeit informiert, unterstützt und beteiligt werden können.
Durch diese Maßnahmen werden Kinder und Jugendliche im Saarland konsequent gefördert, ihre Rechte gestärkt, ihre Teilhabe gesichert und ihre Entwicklungsmöglichkeiten umfassend unterstützt. Damit endet eine Politik, die junge Menschen primär belastet, und es beginnt eine Politik, die Chancen, Entfaltung, Förderung und gelebte Beteiligung in den Mittelpunkt stellt.
Wir wollen:
• Eine:n Beauftragte:n für Kinderrechte auf Landesebene, den Weltkindertag zum Feiertag machen und Kinderrechte in der Landesverfassung verankern.
• Frühzeitige kulturelle, soziale und sportliche Teilhabe für alle Kinder durch kostenfreien Zugang zu Sport, Kultur, Schullandheimen, Ferienprogrammen und gut ausgestatteten Spielplätzen.
• Niedrigschwellige, sichere und kreative Räume für Jugendliche , wie Jugendclubs, freie Graffitiflächen und Treffpunkte ohne Konsumzwang.
• Systematische Beteiligung junger Menschen in politischen Entscheidungen durch Mitbestimmungsrechte in Gremien, Jugendräte und Jugendforen sowie die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

• Gute Versorgung, Schutz, Mobilität und digitale Teilhabe: Sichere Schulwege, ticketfreier ÖPNV, niedrigschwellige Beratung, Schutz bei Gewalt, kindgerechte Verfahren und leicht zugängliche digitale Angebote.

11: Migration und Flucht

Das Saarland ist und war schon immer geprägt von verschiedenen Einwanderungs - und Fluchtbewegungen. Migration ist Teil unserer Gesellschaft, und zwar nicht als neues Phänomen, sondern als langfristige generationenübergreifende Realität. Viele migrantische und postmigrantische Saarländer:innen leben seit Generationen hier, tragen Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft mit und haben dennoch oft nur eingeschränkten Zugang zu politischen Rechten, gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Absicherung. Wir als Linke Saar lehnen es ab, Migration nur als Problem zu verhandeln oder das ganz offen rassistische Narrativ der AfD und der anderen Parteien nachzuerzählen. Es muss endlich Schluss damit sein, dass Migrant:innen als Bürger:innen zweiter Klasse behandelt werden! Alle Menschen, die in unserer Gesellschaft leben, verdienen gleiche Rechte, Schutz, Teilhabe und Anerkennung, unabhängig von Herkunft, Religion oder Aufenthaltsstatus.

11.01: Integration als gemeinsame Aufgabe neu denken

Viele migrantisierte Menschen tragen ganz aktiv und selbstverständlich zur Wirtschaft, Kultur und dem sozialen Leben bei, und trotzdem stoßen sie häufig auf brutale Hürden, wenn es um politische Teilhabe, soziale Absicherung oder Zugang zu Arbeit und Bildung geht. Das Saarland muss hier eine deutlich aktivere Rolle einnehmen: Integrationsprogramme dürfen nicht punktuell gefördert werden, sondern müssen langfristig gesichert, finanziell ausgestattet und in allen Kommunen verfügbar sein. Sprachkurse, Integrationslots:innen, lokale Bildungs - und Jobprojekte sowie gezielte Arbeitsmigrationsprogramme, etwa für ausbildende Betriebe oder Fachkräfte, müssen ausgebaut werden. Wir wollen Sprachkurse im Saarland für alle Migrant:innen sofort zugänglich machen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Dazu bauen wir dauerhaft finanzierte, wohnortnahe Kurse aus, bieten flexible Zeiten mit Kinderbetreuung an und verknüpfen Sprachförderung direkt mit beruflicher Qualifizierung und Praktika. Lokale Vereine und zivilgesellschaftliche Initiativen werden aktiv eingebunden, während verbindliche Qualitätsstandards und regelmäßiges Monitoring sicherstellen, dass alle Angebote effektiv, niedrigschwellig und nachhaltig funktionieren. So können Menschen auch dauerhaft berufliche Perspektiven entwickeln und sicher in unsere Gesellschaft eingebunden werden.
Handlungsbedarf besteht im Saarland besonders bei der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe von Menschen ohne deutschen Pass. Kommunale Behörden und Einrichtungen müssen barrierefrei, zugänglich und interkulturell geöffnet werden, damit Migrant:innen aktiv an der Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden teilnehmen können. Landesweite Förderprogramme sollten gezielt lokale Initiativen unterstützen, die Rassismus, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Zugleich müssen Bildungseinrichtungen, Verwaltung und soziale Dienste stärker vernetzt werden, um Menschen mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt zu unterstützen und ihr Potenzial entfalten zu können.

11.02: Gleiche Rechte für alle Mitbürger:innen schaffen

Ein besonders drängendes Problem ist das deutsche Staatsbürgerschaftssystem. Menschen, die seit ihrer Geburt im Saarland leben, werden weiterhin von vielen Rechten ausgeschlossen, weil Einbürgerungsverfahren langwierig, kompliziert und bürokratisch sind. Auch Menschen, die hier seit Generationen leben, stehen vor unnötigen Hürden. Das Saarland muss hier aktiv werden: Die Verfahren zur Einbürgerung müssen deutlich beschleunigt werden, die Anerkennung von in Deutschland geborenen Menschen vereinfacht, und Menschen ohne deutschen Pass müssen mehr politische, soziale und wirtschaftliche Rechte erhalten. Konkret heißt das: Leichterer Zugang zu kommunalen Partizipationsmöglichkeiten, Wahlrecht auf Landesebene, bessere Absicherung im Arbeitsmarkt und Zugang zu sozialen Leistungen. Nur so kann Teilhabe real und nicht nur theoretisch umgesetzt werden.
Neben einer digitalen Antragstellung muss im Sinne der Barrierefreiheit auch eine nicht - digitale Antragstellung ermöglicht werden und der Einbürgerungsrückstau im Saarland endlich beendet werden. Die Beratungsangebote im Welcome Center sind auszuweiten, neben den Beratungen zum Migrationsrecht wollen wir auch eine personelle Stärkung der Einbürgerungsrechtsberatung.
Das Saarland trägt die Verantwortung, Vielfalt nicht nur zu tolerieren, sondern sie aktiv zu gestalten und zu fördern. Politische Maßnahmen müssen sicherstellen, dass Herkunft, Passstatus oder Aufenthaltsdauer nicht über Chancen, Rechte und soziale Sicherheit entscheiden. Ein solidarisches, gerechtes und offenes Saarland setzt auf langfristige Integration, auf Abbau von Diskriminierung und auf die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen.
Wir wollen:
• Die Sicherstellung des dauerhaften Aufenthalts für Menschen mit festem Wohnsitz im Saarland.
• Den Ausbau von Integrationsangeboten, Bildung, Sprachkursen und sozialer Teilhabe über Landes- und Kommunalprogramme.
• Mehr politische Mitbestimmung ermöglichen, z.B mit Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass auf Landesebene.
• Beschleunigte Einbürgerungsverfahren und langfristige Perspektiven für alle Migrant:innen schaffen.
• Mehr Unterstützung von kommunalen und landesweiten Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Integration sichern.

11.03: Für eine Asylpolitik des guten Ankommens

Flucht betrifft Menschen, die akut vor Krieg, politischer Verfolgung oder existenzieller Not aus Krisenregionen fliehen. Das Saarland muss eine solidarische und menschenrechtsbasierte Asylpolitik umsetzen. Unter der aktuellen Landesregierung steigen die Abschiebezahlen, teils in offenkundig unsichere Regionen wie Afghanistan und Syrien. Diese menschfeindliche Politik lehnen wir entschieden ab. Während die anderen Parteien der AfD hinterherhecheln, beziehen wir Haltung und sagen nach wie vor: Refugees welcome!
Doch zu „Refugees welcome“ gehört auch zwingend, dass sich Geflüchtete im Saarland auch willkommen fühlen können. Abschiebungshaft und zentrale Massenunterkünfte, sind keine Lösung. Stattdessen setzen wir auf dezentrale, barrierefreie und sichere Unterbringung, gekoppelt an Integrationsmaßnahmen wie Sprachkurse,

Bildungsprogramme und gesellschaftliche Teilhabe, unterstützt durch die Landesverwaltung. Besonders schutzbedürftige Gruppen, darunter Frauen, Kinder, queere Personen, Minderheiten und politisch Verfolgte, müssen umfassend geschützt werden. Asylverfahren müssen rücksichtsvoll, transparent und beschleunigt durchgeführt werden. Lange Wartezeiten gefährden Schutzbedürftige und erschweren Integration. Projekte, die faktische Zwangsarbeit ermöglichen, wie das jetzige „Together at Work“, lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir frühzeitige Arbeitserlaubnis, faire Arbeitsbedingungen und sofortigen Zugang zu sozialen Leistungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Ausbildung erhalten. Das Saarland muss dafür bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote dauerhaft absichern und flächendeckend ausbauen.

Die Ausbildungsduldung muss weiterentwickelt und auf Weiterbildungen, Sprachkurse, Praktika und Teilzeitbeschäftigung ausgeweitet werden. Geflüchtete brauchen ausreichend Zeit und Sicherheit, um eine Ausbildung oder berufliche Perspektive entsprechend ihren Fähigkeiten und Interessen zu finden. Kostenlose Sprachkurse, insbesondere berufsbezogene Angebote, müssen im Saarland deutlich ausgebaut und qualitativ verbessert werden. Integrationslots und andere Beratungsstrukturen, die beim Zugang zu Behörden, Bildung, Arbeit und sozialen Leistungen unterstützen, müssen dauerhaft finanziert werden.

Wir wollen außerdem in allen saarländischen Landkreisen und im Regionalverband Saarbrücken gut erreichbare, unabhängige Anlaufstellen für Asyl-, Aufenthalts- und Einbürgerungsberatung schaffen. Ergänzend braucht es flächendeckende psychosoziale Beratungsangebote, einschließlich spezialisierter Beratung für Menschen mit Fluchterfahrungen und besonderen Belastungen. Integration darf nicht davon abhängen, in welcher Kommune jemand lebt oder wie gut er oder sie sich im deutschen Behörden- und Hilfesystem allein zurechtfindet.

Wir lehnen Abschiebungen als politisches Mittel der Migrationspolitik ab. Das Saarland muss seine rechtlichen und politischen Handlungsspielräume konsequent ausschöpfen, um Abschiebungen zu reduzieren und humanitäre Lösungen zu ermöglichen. Dazu gehören insbesondere eine konsequente Nutzung von Bleiberechtsregelungen, Härtefallverfahren und Ermessensspielräumen sowie der Schutz besonders schutzbedürftiger Menschen.

Besondere Verantwortung trägt das Saarland gegenüber den Jesid:innen. Nach dem Völkermord des sogenannten „Islamischen Staates“ und der langen Geschichte wiederholter Verfolgung und Vertreibung wurde ihnen Schutz und Solidarität fest zugesagt. Dieser Verantwortung muss das Saarland gerecht werden. Wir setzen uns für einen besonderen Schutz besonders vulnerabler jesidischer Geflüchteter ein , lehnen Abschiebungen in unsichere Verhältnisse ab und wollen Integrations-, Beratungs- und Traumahilfeangebote gezielt ausbauen. Wer mehrfach Opfer von Völkermord und systematischer Verfolgung geworden ist, hat Anspruch auf besonderen Schutz und eine verlässliche Bleibeperspektive. Deutschland und das Saarland dürfen ihre humanitäre Verantwortung gegenüber den Jesid:innen nicht relativieren oder aufschieben.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob weitere besonders schutzbedürftige Gruppen, beispielsweise syrische Christ:innen, einen besonderen Schutzstatus benötigen. Wer mehrfach Opfer von Völkermord und systematischer Verfolgung geworden ist, muss

immer Anspruch auf besonderen Schutz und eine verlässliche Bleibeperspektive haben.

11.04: Alltag erleichtern, Gesundheitsversorgung sicherstellen

Wir lehnen die Bezahlkarte für Geflüchtete strikt ab, weil sie diskriminierend, entmündigend und bürokratisch ist. Sie trennt Menschen von der normalen Bargeld - und Zahlungskultur, schränkt die Selbstbestimmung massiv ein und erschwert den Alltag erheblich, vom Einkauf im Supermarkt bis zur Nutzung von Dienstleistungen. Die Karte signalisiert, dass Geflüchtete grundsätzlich „nicht vertrauenswürdig“ seien, und stigmatisiert sie zusätzlich. Auch zahllose Geflüchteten- und Menschenrechtsinitiativen, darunter Pro Asyl Saarland, lehnen die Bezahlkarte als Instrument der Ausgrenzung und Kontrolle ab. Wir unterstützen deshalb zivilgesellschaftliche Bündnisse und Initiativen wie „Nein zur Bezahlkarte“, die sich gegen die diskriminierenden Einschränkungen und für ein selbstbestimmtes Leben von Geflüchteten einsetzen.
Das Saarland muss zudem die Gesundheitsversorgung für Geflüchtete dringend verbessern: Wir treten für die Gesundheitskarte nach Bremer Vorbild ein und lehnen die Bezahlkarte ab. Integration gelingt nur, wenn Geflüchtete von Anfang an Zugang zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Mitbestimmung haben. Die Gesundheitskarte erleichtert Geflüchteten den direkten und unkomplizierten Zugang zu medizinischer Versorgung, ohne dass für jede Behandlung aufwendige Einzelgenehmigungen erforderlich sind. Gleichzeitig reduziert sie den bürokratischen Aufwand für Kommunen und Behörden und ermöglicht eine effizientere Abrechnung der Behandlungskosten. So stärkt sie nicht nur die gesundheitliche Versorgung und Selbstbestimmung der Betroffenen, sondern entlastet auch die Verwaltung und schafft verlässliche Strukturen.
Wir wollen:
• Keine Abschiebungen in Krisenregionen und die Abschaffung von Abschiebungshaft.
• Die dezentrale, menschenwürdige Unterbringung und umfassender Schutz besonders vulnerabler Gruppen.
• Beschleunigte Asylprüfverfahren und Einbürgerungsverfahren.
• Eine möglichst frühzeitige Arbeitserlaubnis, gleichwertige Arbeitsbedingungen und Zugang zu Bildung.
• Eine angemessene Gesundheitsversorgung sichern (Gesundheitskarte), die Abschaffung der Bezahlkarte und konsequente Förderung gesellschaftlicher Teilhabe.

12: Inklusion

Menschen mit Behinderungen müssen im Saarland in allen Lebensbereichen selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Grundlage unserer Politik ist die UN-Behindertenrechtskonvention. Behinderung verstehen wir dabei ausdrücklich nicht als individuelles Defizit, sondern als Folge gesellschaftlicher Barrieren und Ausgrenzung. Eine inklusive Gesellschaft muss deshalb nicht nur individuelle Benachteiligungen ausgleichen, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern, die Behinderung durch Ausschluss und ungleiche Teilhabe immer wieder hervorbringen. Barrieren sind nicht naturgegeben, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Entscheidungen darüber, wer Zugang zu Ressourcen, Bildung, Arbeit, Mobilität und politischer Macht erhält. Inklusion ist deshalb eine Querschnittsaufgabe, die alle

Politikbereiche betrifft – von Arbeit und Bildung über Wohnen und Mobilität bis hin zu Gesundheit und politischer Teilhabe.

12.01: Politische Teilhabe und Barrierefreiheit garantieren

Menschen mit Behinderungen müssen aktiv an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Deshalb wollen wir die politischen Institutionen des Saarlandes konsequent barrierefrei gestalten. Sitzungen des Landtags sowie öffentliche Veranstaltungen von Landesbehörden sollen standardmäßig mit Untertitelung, Gebärdensprachdolmetschung, leichter Sprache und digitalen Übertragungen zugänglich gemacht werden. Wir wollen die Selbstvertretung behinderter Menschen dauerhaft absichern und bestehende Beteiligungsstrukturen stärken. Selbstvertretungsorganisationen brauchen verlässliche langfristige Finanzierung statt unsicherer Projektförderung. Für die Ausübung politischer Ehrenämter müssen notwendige Assistenzleistungen vollständig übernommen werden. Niemand darf aus finanziellen Gründen von politischer Beteiligung ausgeschlossen werden.
Gerade barrierefreie Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir den saarländischen ÖPNV konsequent barrierefrei ausbauen. Bahnhöfe, Bushaltestellen und Fahrzeuge müssen vollständig zugänglich werden. Das Land muss gemeinsam mit Kommunen und Verkehrsverbünden verbindliche Ausbaupläne vorlegen und finanzieren. Besonders im ländlichen Raum fehlen barrierefreie Verkehrsangebote. Deshalb wollen wir Rufbusse, Fahrdienste und flexible Mobilitätsangebote ausbauen. Mobilität darf nicht daran scheitern, dass Aufzüge ausfallen oder Haltestellen nicht erreichbar sind.
Wir bekennen uns klar zur Inklusion in Kitas und Schulen, kritisieren aber die mangelhafte Umsetzung. Inklusive Bildung darf nicht länger an fehlendem Personal und mangelnder Ausstattung scheitern. Deshalb wollen wir multiprofessionelle Teams an Schulen und Kitas massiv ausbauen, mehr Förderkräfte, Schulsozialarbeit und Integrationshilfen bereitstellen sowie kleinere Lerngruppen und bessere individuelle Unterstützung schaffen. Schulen, Hochschulen und berufliche Bildungseinrichtungen müssen baulich, digital und organisatorisch barrierefrei werden. Eltern und Kinder sollen selbst entscheiden können, welche Bildungsform für sie die richtige ist. Inklusion darf nicht von der finanziellen Lage einzelner Kommunen oder Einrichtungen abhängen. Das System der Förderschulen muss langfristig überwunden werden.
Barrierefreier Wohnraum fehlt auch im Saarland massiv. Deshalb wollen wir öffentliche Wohnraumförderung verbindlich an mehr Barrierefreiheit koppeln und mehr barrierefreie Wohnungen im sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau schaffen. Kommunen sollen beim Aufbau inklusiver Quartiere und wohnortnaher Unterstützungsangebote stärker unterstützt werden. Menschen mit Behinderungen müssen selbst entscheiden können, wie und wo sie wohnen. Zusätzlich wollen wir eine landesweite Beratungs- und Vermittlungsstelle für barrierefreien Wohnraum schaffen und Barrierefreiheit als verbindlichen Standard in der Stadt - und Gemeindeentwicklung verankern.

12.02: Ein inklusiver gleichberechtigter Arbeitsmarkt statt Ausgrenzung und Ausbeutung

Das Saarland muss als öffentlicher Arbeitgeber Vorbild werden beim Thema Inklusion. Wir wollen deutlich mehr behinderte Menschen in Landesverwaltung, Schulen,

Hochschulen und landeseigenen Betrieben beschäftigen. Dafür müssen Arbeitsplätze barrierefrei gestaltet, Bewerbungsverfahren angepasst und notwendige Assistenz unbürokratisch ermöglicht werden. Die gesetzliche Beschäftigungsquote muss endlich erfüllt werden. Statt Ausgleichsabgaben als Ersatz für echte Inklusion hinzunehmen, wollen wir gezielt barrierefreie Arbeitsplätze schaffen und Inklusion fördern. Das Land soll seine Vergabepolitik nutzen, um Inklusionsbetriebe zu stärken. Öffentliche Aufträge sollen verstärkt an Betriebe vergeben werden, die behinderte Menschen beschäftigen und gute Arbeitsbedingungen garantieren.
Bessere Arbeit muss für alle gelten, auch für Menschen mit Behinderungen. Menschen mit Behinderungen werden im bestehenden Werkstattsystem noch immer massiv benachteiligt und häufig zu Löhnen beschäftigt, die mit gleichwertiger Bezahlung nichts zu tun haben. Internationale Behindertenverbände, Selbstvertretungsorganisationen und die Vereinten Nationen kritisieren seit Jahren laut, dass Werkstätten Menschen vom regulären Arbeitsmarkt ausgrenzen und Beschäftigte trotz Vollzeitarbeit oft keinen Mindestlohn erhalten. Auch Interessenvertretungen und Monitoringstellen im Saarland weisen darauf hin, dass echte Inklusion nur mit gleichberechtigter Teilhabe am Arbeitsleben möglich ist. Wir erleichtern den Übergang in den regulären Arbeitsmarkt, bauen Arbeitsassistenz aus und setzen uns dafür ein, dass der Mindestlohn auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung gilt. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz wird personell gestärkt, damit Verstöße konsequent verfolgt werden und Beschäftigte vor Überlastung geschützt sind.

12.03: Keine Kürzungen bei individueller Unterstützung und Gewaltschutz

Wir lehnen die geplanten Kürzungen bei individueller Unterstützung und Eingliederungshilfe entschieden ab! Die bedarfsgerechte Einzelfallhilfe durch pauschale Gruppenangebote zu ersetzen, bedeutet in der Praxis weniger Selbstbestimmung, schlechtere Unterstützung und den Abbau von Rechten behinderter Menschen. Gerade Kinder, Jugendliche und Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf brauchen individuelle Hilfen statt Sparpolitik auf ihrem Rücken. Wir haben die Pläne als Angriff auf Teilhabe und soziale Rechte kritisiert und deutlich gemacht, dass Inklusion nicht an Kürzungslogiken scheitern darf. Statt Sozialabbau braucht es mehr Investitionen in Assistenz, Schulbegleitung, psychosoziale Unterstützung und barrierefreie Angebote.
Besonders beim Gewaltschutz sehen wir zudem erheblichen Nachholbedarf. Menschen mit Behinderungen – insbesondere Frauen, psychisch erkrankte Menschen und Menschen in Einrichtungen – sind überdurchschnittlich häufig von Gewalt betroffen, das ist längst empirisch belegt und bekannt. Statt Leistungen zu kürzen, wollen wir deshalb mehr Geld für barrierefreie Frauenhäuser, unabhängige Beschwerdestellen, Schutzkonzepte, Assistenz und spezialisierte Beratungsangebote bereitstellen. Der Schutz vor Gewalt und das Recht auf selbstbestimmte Teilhabe dürfen niemals unter Finanzierungsvorbehalt stehen.

12.04: Solidarität gegen Ausgrenzung und rechte Hetze

Wir stellen uns entschieden gegen die zunehmenden Angriffe konservativer und rechter Kräfte auf die Rechte behinderter und unterstützungsbedürftiger Menschen. Wer Sozialleistungen kürzen, Teilhabe einschränken oder Menschen nach ihrer vermeintlichen „Leistungsfähigkeit“ bewerten will, greift grundlegende soziale und

menschenrechtliche Prinzipien an. Gerade behinderte Menschen, psychisch erkrankte Menschen und Menschen mit Unterstützungsbedarf erleben immer wieder Stigmatisierung, Entmündigung und gesellschaftliche Ausgrenzung.
Besonders entschieden lehnen wir Forderungen nach Registern für psychisch erkrankte Menschen oder anderen Formen staatlicher Erfassung ab. Solche Vorschläge verschärfen Diskriminierung, fördern Misstrauen und stellen psychisch erkrankte Menschen pauschal unter Verdacht. Psychische Erkrankungen dürfen niemals zur Rechtfertigung von Überwachung oder dem Abbau

Ä076 · Den Schutz vor Grundrechtsabbau sprachlich klarstellen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 3893 · Paket S. 93
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

oder ~~dem~~ zum Abbau

von Grundrechten missbraucht werden.
Wir wollen stattdessen eine Politik, die auf Solidarität, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe setzt. Dazu gehört auch eine stärkere Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen an Menschen mit Behinderungen. Die Ermordung und Zwangssterilisation hunderttausender beeinträchtigter und psychisch erkrankter Menschen wurde lange verdrängt und gesellschaftlich verharmlost. Erinnerung, Aufklärung und politische Bildung zu den NS-„Euthanasie“-Verbrechen müssen deshalb stärker in Schulen, Gedenkstättenarbeit und öffentliche Erinnerungskultur integriert werden.
Die Landesregierung muss Inklusion verstärkt als verbindliche Aufgabe aller Ministerien begreifen. Deshalb wollen wir einen landesweiten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention regelmäßig fortschreiben und mit konkreten Zielen, Zeitplänen und finanziellen Mitteln hinterlegen. Alle Landesgesetze und Förderprogramme sollen systematisch auf Barrierefreiheit und Teilhabe überprüft werden. Inklusion darf kein Randthema bleiben, sondern muss Grundlage sozial er Landespolitik sein.
Wir wollen:
• Vollständige Barrierefreiheit und verbindliche politische Teilhabe in allen öffentlichen Einrichtungen, im ÖPNV, im Bildungsbereich und bei politischen Entscheidungsprozessen.
• Gleiche Behandlung bei der Arbeit statt Ausgrenzung: Mindestlohn für Werkstätten, Ausbau von Arbeitsassistenz und echte Teilhabe behinderter Menschen am regulären Arbeitsmarkt.
• Keine Kürzungen bei Eingliederungshilfe, Assistenz und Unterstützungsangeboten, kein Sparen bei sozialen Rechten und Selbstbestimmung!
• Mehr Schutz vor Gewalt durch barrierefreie Frauenhäuser, unabhängige Beschwerdestellen, Schutzkonzepte und bessere psychosoziale Unterstützung
• Klare Haltung gegen rechte Hetze, Überwachung und Ausgrenzung sowie stärkere Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen an behinderten und psychisch erkrankten Menschen

13: Mobilität und Verkehr

Mobilität ist kein Luxus, sondern ein soziales Grundrecht. Sie entscheidet darüber, ob Menschen Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, Kultur und sozialem Leben haben. Wer sich nicht bewegen kann, ist ausgeschlossen. Deshalb ist Mobilität eine öffentliche Aufgabe und darf weder vom Einkommen noch vom Wohnort abhängen. Denn der Zugang zur Mobilität ist eine ungelöste soziale Frage, die uns alle betrifft. Im Saarland zeigt sich besonders deutlich, dass Menschen in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten oft auf das Auto angewiesen sind. Nicht aus freier Wahl, sondern weil es schlichtweg keine verlässlichen Alternativen gibt. Öffentlicher Nahverkehr ist für viele Menschen zu teuer, vielerorts unzuverlässig und deckt die Bedürfnisse vieler Menschen nur unzureichend ab. Wir setzen uns deshalb für ein möglichst freies, überall erreichbares und nachhaltiges Mobilitätsangebot ein, das allen zugutekommt, ob in der Stadt oder auf dem Land.

13.01: Fahrscheinloser ÖPNV ab 2030

Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr im Saarland massiv ausbauen und bis 2030 auf ein kostenfreies System nach dem Luxemburger Vorbild umstellen. In Luxemburg ist der gesamte Bus- und Bahnverkehr für alle Bürger:innen kostenfrei, Ticketkontrollen entfallen und die Finanzierung erfolgt über Steuermittel. Im saarland wird hierfür eine zusätzliche Umlage nötig sein. Der Zugang soll damit vollständig unabhängig von Einkommen oder Alter. Ein Modell, das soziale Teilhabe und umweltfreundliche Mobilität konsequent verbindet. Neben sozialen und ökologischen Vorteilen würde ein freier ÖPNV auch den grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Luxemburg und dem Saarland fördern. Pendler:innen, Studierende und Tourist:innen könnten flexibel und kostenfrei zwischen beiden Regionen unterwegs sein, was Wirtschaft, Arbeitsmarkt und grenzüberschreitende Mobilität nachhaltig stärkt. Das Saarland könnte so zu einem Vorreiter für klimafreundliche, soziale und grenzüberschreitend vernetzte Mobilität werden. Ausgehend vom bestehenden SaarVV kann das Saarland den Weg zum kostenfreien ÖPNV schrittweise gestalten, indem zunächst die bestehenden Tarifstrukturen vereinheitlicht und kostenlose Angebote für weitere Bevölkerungsgruppen eingeführt werden. Parallel dazu müssen Land und Kommunen die Finanzierung des SaarVV zunehmend über öffentliche Mittel absichern, sodass die Einnahmen aus Fahrkarten Schritt für Schritt ersetzt werden können.
Auf dem Weg dorthin sollen zunächst freie Tickets für Schüler:innen, Studierende, Auszubildende und Geringverdienende angeboten werden. Das Junge-Leute-Ticket kann hier nur ein erster Schritt sein. Wir fordern Bund, Land und Kommunen auf, gemeinsam die Finanzierung zu sichern, damit Mobilität als Grundrecht verwirklicht werden kann und nicht länger vom Einkommen abhängt. Zusammen mit Rheinland-Pfalz muss jetzt umgehend vor der Umsetzung eines freien ÖPNV und ein gemeinsames kostenfreies Sozialticket für Sozialleistungsbeziehende und Menschen mit geringen Einkommen umgesetzt werden.

13.02: Ausbau des landesweiten ÖPNV-Angebots

Ein zentraler Baustein unserer Verkehrspolitik ist die Reaktivierung und der Ausbau von Bahnstrecken. Stillgelegte Strecken sollen wiederbelebt werden, um Städte, Dörfer und ländliche Regionen besser miteinander zu verbinden. Konkret setzen wir uns für die beschleunigte abschnittsweise Reaktivierung der Primstal-, der Rossel- und

Bisttalbahn sowie der Strecke zwischen Merzig und Losheim ein. Im Zuge des Ausbaus eines landesweiten S-Bahnsystems sind weitere Haltepunkte zu schaffen so wie es der Verkehrsentwicklungsplan ÖPNV vorsieht. Die Reaktivierung von Bahnstrecken muss mit dem geringstmöglichen Zeitaufwand erfolgen! Zudem sind die touristischen Verkehre der Losheimer Museumseisenbahn und der Ostertalbahn zu erhalten und mit Landesmitteln zu unterstützen. Das gilt auch für die zu schaffende Museenbahn „Kohle und Stahl" zwischen Völklingen über Burbach und Gersweiler nach Großrosseln. Von überregionaler Bedeutung ist zudem die Schaffung einer Direktverbindung nach Luxemburg, im Zusammenwirken mit der Großregion Est und Luxemburg. Dieser Streckenausbau kann zudem eine sehr wichtige Auftragsquelle für die saarländische Stahlindustrie sein.

Bestehende Bahnhöfe sollen saniert, barrierefrei gestaltet und sicherer gemacht werden. Das Saarland kann hier konkret auf mehreren Ebenen wirksam werden: Durch eine aktive Rolle bei der Planung und Finanzierung von Infrastrukturprojekten, durch den Ausbau von Landesprogrammen zur Kofinanzierung von Modernisierungsmaßnahmen sowie durch stärkeren politischen Druck auf die Deutsche Bahn und den Bund, um Investitionen im Saarland zu priorisieren. Insbesondere kleinere und mittlere Bahnhöfe dürfen nicht länger vernachlässigt werden. Alle Haltestellen, Bahnhöfe und Fahrzeuge sollen für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein. Das Land kann eigene Standards für Barrierefreiheit und Sicherheit von Bahnhöfen konsequent bei der Bahn einfordern, etwa den Ausbau von Aufzügen und Rampen, Toiletten, bessere Beleuchtung, Personalpräsenz und moderne Informationssysteme.

In enger Zusammenarbeit mit Kommunen, Verkehrsverbund und Fahrgastverbänden wollen wir bedarfsgerechte Lösungen entwickeln, die sich an den tatsächlichen Anforderungen der Nutzer:innen orientieren. Der Flickenteppich an Zuständigkeiten soll durch einen echten Mobilitätsverbund ersetzt werden, dem sowohl Kommunen als auch Verkehrsunternehmen angehören: Ziel ist eine zentrale Struktur, die abgestimmte Bedarfe und Takte für das ganze Saarland organisiert, statt partikulare Interessen einzelner Landkreise oder Unternehmen zu realisieren. Der Mobilitätsverbund soll zudem Angebote zur ersten und letzten Meile im ÖPNV, wie zum Beispiel ein günstiges verbundweites Leihfahrrad-System, organisieren.

Durch ein landesweit besser getaktetes Bahn- und Busnetz wird die Erreichbarkeit auch entlegener Gemeinden gewährleistet und das auch an Wochenenden und in den Abendstunden. Für die Nutzung bestehender Wohnmöglichkeiten auf dem Land ist der umfängliche Ausbau des ÖPNV, insbesondere für Menschen, die sich gar kein Auto leisten können, unverzichtbar! Hierfür müssen auch verstärkt flexible Angebote auf Abruf (sog. On-Demand-Shuttles) eingesetzt werden. Kooperationen mit regionalen Wirtschafts- und Kultureinrichtungen sowie Kliniken und Gesundheitszentren sichern zusätzliche Verkehrsangebote.

Wir wollen ein flächendeckendes Nacht-Anruf-Rufbus-System für den ländlichen Raum statt dem bisherigen Flickenteppich. Junge Menschen, Nachtschichtbeschäftigte und Feierabendmobilität sollen zuverlässig, sicher und bezahlbar ans Ziel kommen. Das Land soll Kommunen bei Aufbau, Personal und Betrieb unterstützen und die Rufbusse vollständig in das saarVV-Tarifsystem integrieren, damit Tickets und Deutschland-Ticket auch nachts gelten. Digitale Voranmeldung soll die Nutzung einfach und flexibel machen. Um die Strukturen des ÖPNVs neu zu organisieren und um eine Ausgleichsfinanzierung durch das Land für den ÖPNV-Ausbau in den Kommunen zu

gewährleistet wollen wir das ÖPNV-Gesetz novellieren.

13.03: Eine Qualitätsoffensive für den saarländischen ÖPNV

Dabei geht es uns nicht nur um Taktung, Haltepunkte und Linienführung, sondern auch um Qualität und Komfort. Wer den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn will, muss den öffentlichen Nahverkehr attraktiv machen und nicht nur verfügbar. Wir müssen Qualitätsstandards verbindlich und saarlandweit einheitlich regeln um die Fahrt mit Bus und Bahn möglichst angenehm für alle Fahrgäste zu machen.
Busse und Saarbahnen müssen zuverlässig, sauber, emissionsfrei und modern sein. Mehr Beinfreiheit, funktionierende Klimatisierung, sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, digitale Fahrgastinformationsanzeigen und kostenloses, stabiles Internet müssen zum Standard werden; nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis. Kommunen und Verkehrsunternehmen brauchen für diese Qualitätsoffensive eine dauerhafte Ausgleichsfinanzierung vom Land. Das Land soll moderne Elektrobusse über eine zentrale Koordinierungsstelle beschaffen und sie zu günstigen Leasingkonditionen den ÖPNV-Unternehmen zur Verfügung stellen. Durch die Beschaffung hoher Stückzahlen werden insgesamt die Kosten für alle gesenkt und es ergeben sich zusätzliche Synergie-Effekte in der Wartung der Fahrzeuge.
Auch im Schienenverkehr ist auf den Einsatz moderner und klimafreundlicher Fahrzeuge zu achten. Das Saarland kann hierzu gezielt über die Ausgestaltung und Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) einwirken. Gleichzeitig wollen wir Investitionen in die dafür notwendige Infrastruktur, insbesondere in die Elektrifizierung von Strecken, aktiv vorantreiben. Darüber hinaus setzen wir uns für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau- der Mobilitätsinfrastruktur sowie die konsequente Nutzung von Fördermitteln auf Bundes - und EU-Ebene ein.

13.04: Mobilität ganzheitlich denken

Neben dem Schienenverkehr soll der Rad- und Fußverkehr gestärkt werden. Radwege und Fußwege werden ausgebaut und aufgewertet und sicher mit Haltestellen und Bahnhöfen verbunden. Bike- und Carsharing-Angebote sowie On-Demand-Busse ermöglichen flexible Mobilität auch ohne Auto. App-Lösungen und digitale Routenplaner erleichtern die Nutzung, kombinieren Bus, Bahn und Fahrrad und machen den ÖPNV attraktiver. Informationen dürfen aber nicht nur digital verfügbar sein, weswegen wir Mobilitätszentralen an allen zentralen Umsteigepunkten einrichten wollen mit Menschen, die vor Ort ansprechbar sind und weiterhelfen.
Die Vergabe von Mitteln in der Stadtentwicklung soll an die Verknüpfung mit Mobilitätskonzepten gekoppelt werden. Zukunftsfähige Quartiere werden so geplant, dass Verkehr gar nicht erst entsteht. Daher wollen wir verstärkt das Konzept Stadt der kurzen Wege im Saarland vorantreiben. Das bedeutet, dass für alle Menschen alle Bedürfnisse der Daseinsvorsorge wie Kinderbetreuung, Lebensmittelmärkte, Postdienstleistungen, Kinderbetreuung u.a. mit dem vorhandenen Mobilitätsangebot in maximal 15 Minuten erreichbar sind. Nur dann können Quartiere auch autofrei oder autoarm geplant werden. Das schafft ein Plus an Mobilität und Lebensqualität.

13.05: Den Hochlauf der E-Mobilität konsequent fördern

Die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität wird ausgebaut, das bedeutet auch, dass

bestehende Probleme beim Stromnetzausbau angegangen werden. Ein weiterer zentraler Baustein einer modernen und nachhaltigen Elektromobilität ist das bidirektionale Laden (V2X – Vehicle-to-Everything). Elektrofahrzeuge sollen künftig nicht nur Strom aus dem Netz beziehen, sondern diesen auch wieder einspeisen können. Damit werden sie zu mobilen Stromspeichern, die aktiv zur Stabilisierung der Energienetze beitragen, Haushalte versorgen oder beispielsweise in Spitzenlastzeiten Energie zurückgeben können. Ein Blick nach Spanien zeigt, wie diese Entwicklung politisch unterstützt werden kann: Dort wird die Integration von Elektrofahrzeugen in das Energiesystem gezielt gefördert, unter anderem durch vereinfachte regulatorische Rahmenbedingungen für Eigenverbrauch, die Anerkennung dezentraler Speicher sowie Programme zur Digitalisierung und Flexibilisierung der Stromnetze. Bidirektionales Laden wird als Teil einer umfassenden Energie- und Verkehrswende verstanden, bei der Verbraucher aktiv am Energiemarkt teilnehmen können auch durch entsprechende Vergütungsmodelle.
Wir setzen uns dafür ein, diese Ansätze aufzugreifen und für das Saarland sowie im grenzüberschreitenden Kontext weiterzuentwickeln. Notwendig sind einheitliche technische Standards, rechtssichere Rahmenbedingungen und faire Vergütungssysteme, die auch länderübergreifend funktionieren. Soweit es bereits Regeln und Standards gibt, ist deren Anwendung für das Saarland konsequent voranzutreiben. Gleichzeitig gilt: Die Nutzung der Elektromobilität darf nicht durch einseitige Vorteile für Dienstwagenregelungen oder privilegierte Nutzende verzerrt werden. Das Elektroauto muss vom reinen Fortbewegungsmittel zum aktiven Bestandteil einer solidarischen und nachhaltigen Energieinfrastruktur werden.

13.06: Schiene stärken, Wasserwege sichern, Regionen verbinden

Wir wollen im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes die Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene oder Wasserwege vorantreiben.
Wir sprechen uns deshalb für die Resilienz der Moselschleusen aus, um die Binnenschifffahrt als nachhaltigen Verkehrsträger zu sichern. Die Mosel ist eine der wichtigsten Wasserstraßen Europas; sie verbindet Frankreich, Luxemburg , die Bundesländer Saarland und RLP über den Rhein mit den Nordseehäfen. Die Moselschleusen sind derzeit für 10 Mio. Gütertonnen ausgelegt, die regelmäßig überschritten werden, und zwar auf ca. 14 Mio. Tonnen. Dies entspricht in etwa 58.5500 LKW-Fahrten. Angesichts maroder Straßen und Brücken, sowie des Schienennetzes ist die Sicherstellung des Wassertransportes unerlässlich. Hierzu müssen die Moselschleusen ausgebaut werden; so fehlen 2 Kammerschleusen die bei Havarien, wie in den Jahren 24/25, einen reibungslosen Verkehr gewährleisten.
Die Verlagerung von Güter- und Personenverkehr auf die Schiene kann nur gelingen, wenn die notwendige Infrastruktur zuverlässig und leistungsfähig ist. Deshalb setzen wir uns für eine beschleunigte Sanierung maroder Schienenstrecken und Bahnhöfe im Saarland ein. Das Land muss gegenüber Bund und Deutscher Bahn deutlich mehr Druck für die Modernisierung zentraler Strecken ausüben und sich dort, wo dies rechtlich möglich ist, an Planungen und Investitionen beteiligen.

Ä024 · Die integrierte öffentliche Bahn stärken
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 4110 · Paket S. 39
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Wir lehnen eine Zerschlagung oder Privatisierung der Deutschen Bahn ab. Die Landesregierung soll sich gegenüber dem Bund für den Erhalt und die Stärkung des integrierten Konzerns in öffentlichem Eigentum einsetzen. Infrastruktur und Transportsparten müssen im gemeinsamen Unternehmensverbund bleiben. Vom Bund fordern wir eine langfristige, auskömmliche Finanzierung seiner Schieneninfrastruktur und verlässliche Mittel für den Schienenpersonennahverkehr. Den konzernweiten Arbeitsmarkt, gemeinsame Ausbildung und Qualifizierung sowie tarifliche und soziale Standards wollen wir sichern. Beschäftigte und ihre Gewerkschaften müssen an der Weiterentwicklung der Bahn wirksam beteiligt werden.

Im Saarland stimmen wir die Bedarfs- und Taktplanung des vorgesehenen Mobilitätsverbunds mit den Streckenreaktivierungen und dem Aufbau der landeseigenen Eisenbahnwerkstatt unter dem Dach der Landesholding ab. Das Land soll die Nahverkehrsangebote langfristig finanzieren und bei der Bestellung der Verkehrsleistungen verbindliche Qualitäts- und Sozialstandards durchsetzen. Kommunen, Verkehrsunternehmen sowie Beschäftigten- und Fahrgastvertretungen wirken an der Ausbau- und Angebotsplanung mit.

Ä077 · DB Cargo und den Schienengüterverkehr im Saarland sichern
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 4110 · Paket S. 94
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau des DB-Cargo-Standorts Saarbrücken mit seinen Arbeitsplätzen, seiner Werkstatt und seinen betrieblichen Kompetenzen ein. Die Landesregierung muss gegenüber Bund und Deutscher Bahn gegen einen Abbau von Personal und Leistungen eintreten und gemeinsam mit Beschäftigten und Gewerkschaften eine langfristige Entwicklungsperspektive durchsetzen. Der Einzelwagenverkehr und die Bedienung industrieller Gleisanschlüsse im Saarland müssen gesichert und ausgebaut werden, damit Güter verlässlich von der Straße auf die Schiene verlagert werden können.

13.07: Den Führerschein für alle bezahlbar machen

Die Kosten für den Führerschein sind enorm gestiegen. Wir wollen junge Menschen finanziell entlasten und mobiler machen. Das Land soll daher Fahrschüler:innen mit geringem Einkommen direkt mit Zuschüssen unterstützen und Kooperationen mit Fahrschulen für vergünstigte Kurse fördern. Die theoretische Ausbildung kann auch direkt in Schulen oder Jugendzentren angeboten werden. Insbesondere für junge Menschen im ländlichen Raum ist der Führerschein schließlich immer noch unverzichtbar. Gleichzeitig sollen Kinder und Jugendliche als Vielnutzer:innen des ÖPNV vorrangig auf ein landesweites kostenloses Ticket umgestellt werden. So sichern wir Mobilität unabhängig vom Geldbeutel und ermöglichen gleiche Chancen auf Ausbildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe.
Ein gut ausgebauter, klimafreundlicher und sozial ausgeglichener Nahverkehr ist die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft im Saarland. Das Luxemburger Modell zeigt,

dass kostenlose Mobilität funktioniert. Unser Ziel ist, diesen Weg Schritt für Schritt auch im Saarland konsequent umzusetzen. Mit einem attraktiven, verlässlichen und erschwinglichen ÖPNV schaffen wir eine echte Verkehrswende, die alle Menschen erreicht.
Wir wollen:
• Bus und Bahn für alle kostenfrei: Bis 2030 ticketfreier ÖPNV für alle im Saarland!
• Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken und der konsequente Ausbau des Schienen- und Wasserverkehrs.
• Den Ausbau von Radwegen, Bike- und Carsharing-Angeboten sowie kombinierten Mobilitätslösungen.
• Einen besser getakteten Bus- und Bahnverkehr gerade auf dem Land mit barrierefreien Haltestellen und Fahrzeugen, Nachtverkehr, Angeboten am Wochenende und besserem Zugang zu Informationen für alle Fahrgäste.
• Eine Strukturreform im saarländischen ÖPNV mit einem ganzheitlichen Mobilitätsverbund und solider Ausgleichsfinanzierung durch das Land.
• Die Modernisierung der Fahrzeugflotten mit erneuerbaren Antrieben und Förderung der Elektromobilität.
• Echte Lebensqualität durch autoarme Quartiere mit sicheren Fuß- und Radwegen in einer Stadt der kurzen Wege.

14: Klima und Energie

Viele der derzeit diskutierten klimapolitischen Ansätze beruhen auf der Vorstellung, dass Markt- und Preismechanismen allein die ökologische Krise lösen könnten – etwa durch CO_2-Preise oder handelbare Zertifikate. Doch diese marktwirtschaftlichen Instrumente versprechen mehr, als sie halten: Sie setzen auf individuelle Kaufentscheidungen und Preiswirkungen, ohne die strukturellen Machtverhältnisse und ökonomischen Zwänge des kapitalistischen Systems grundsätzlich zu hinterfragen. Sie blenden gleichzeitig die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen aus, unter denen Menschen überhaupt klimafreundlich handeln können. Ernsthafte ökologische Effekte lassen sich nur durch direkte, staatliche Eingriffe, verbindliche Vorgaben und einen systemischen Umbau der Infrastruktur erreichen, anstatt der Marktlogik allein das Feld zu überlassen.
Die bisherigen Klimaziele werden auf allen Ebenen immer wieder verfehlt. Statt entschlossen zu handeln, werden notwendige Maßnahmen verschoben, abgeschwächt oder unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Die Klimakrise wartet jedoch nicht auf politische Mehrheiten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das Saarland so schnell wie möglich klimaneutral zu machen, möglichst bereits vor 2045. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist keine technische Frage, sondern vor allem eine Frage des politischen Willens und der ausreichenden öffentlichen Finanzierung. Klimaschutz darf nicht an Sparzwängen oder der Schuldenbremse scheitern. Die notwendigen Investitionen in erneuerbare Energien, klimafreundliche Mobilität, energetische Sanierung, Naturschutz und eine sozial-ökologische Transformation müssen konsequent bereitgestellt werden.

14.01: Soziale Klimapolitik als Querschnittsaufgabe

Damit sozialer Klimaschutz gelingt, darf man das Klima nicht den Großkonzernen überlassen, die den Markt dominieren. Nichtsdestotrotz stehen die Kommunen vor

vielfältige Herausforderungen. Sie müssen einerseits ambitionierte Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an die Klimafolgen umsetzen, verfügen dafür aber oft nur über begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 5 – Klimaschutz als Daseinsvorsorge · Änderung in Z. 4179–4183 · Paket S. 25
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Damit sozialer Klimaschutz gelingt, darf man das Klima nicht den Großkonzernen überlassen, die den Markt dominieren. Klimaschutz und Klimaanpassung sind Teil der Daseinsvorsorge. Nichtsdestotrotz stehen die Kommunen vor ~~vielfältige~~ vielfältigen Herausforderungen. Sie müssen einerseits ambitionierte Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an die Klimafolgen umsetzen, verfügen dafür aber oft nur über begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen.

Hinzu kommt der Druck, schnell zu handeln, während viele Maßnahmen – etwa im Bereich der energetischen Sanierung, der Verkehrsplanung oder der Stadtbegrünung – langfristige Planungen, Koordination und die Einbindung verschiedenster Akteure erfordern. Dabei gilt es, soziale Aspekte immer mitzudenken, um soziale Spaltung nicht zu verschärfen. Besonders Menschen mit niedrigem Einkommen und von Armut betroffene Stadtteile leiden unter den Folgen des Klimawandels: Sie sind stärker von Hitzewellen betroffen, da es dort oft weniger Grünflächen und eine höhere Bebauungsdichte gibt, was die städtische Aufheizung verstärkt. Gleichzeitig fehlt es häufig an finanziellen Mitteln, um sich durch Klimaanlagen, gute Isolierung oder gesundheitliche Vorsorge zu schützen. Deshalb müssen öffentliche Investitionen in klimaresiliente Infrastrukturen – wie die Begrünung von Wohnquartieren, Förderung energetischer Sanierungen ohne Verdrängung, eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sowie gezielte Förderprogramme – prioritär in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren erfolgen. Darüber hinaus sollte der soziale Klimaschutz auch die Stärkung nachbarschaftlicher demokratischer und lokaler Netzwerke einschließen, etwa durch Bürgerforen, Quartiersräte oder Nachbarschaftsinitiativen, die die Teilhabe und Mitsprache der Bewohner:innen fördern. Maßnahmen zur gesundheitlichen Prävention und Unterstützung besonders vulnerabler Gruppen, wie ältere Menschen, Alleinerziehende oder Menschen mit Vorerkrankungen, müssen integraler Bestandteil der Klimaanpassungsstrategien sein. Außerdem sollten gezielt Bildungs - und Aufklärungsangebote geschaffen werden, damit Menschen in benachteiligten Stadtteilen ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten kennen und nutzen können, um die Auswirkungen von Extremwetterereignissen zu reduzieren.
Für den klimaneutralen Gebäudesektor im Saarland ist eine klare Wärmeplanung entscheidend. Wir wollen Kommunen und Quartiere bei der Umsetzung unterstützen, beraten und Beteiligung der Bürger:innen stärken. Der Ausbau von Fernwärme- und Nahwärmenetzen soll auf erneuerbare Wärmequellen setzen und Versorgungssicherheit sowie Bezahlbarkeit gewährleisten. Wir streben einen intelligenten Mix aus erneuerbaren Wärmeerzeugern an: Geothermie, Abwasser- und Großwärmepumpen, Power-to-Heat-Systeme sowie die gezielte Nutzung von Abwärme. Die Holzverbrennung darf nur sehr begrenzt erfolgen, ausschließlich mit Alt - oder

Schadholz. Die thermische Verwertung von Müll und organischen Abfällen soll auf das absolut notwendige Maß reduziert werden. Wo Müllverbrennung erfolgt, muss sie möglichst effizient für Strom- und Wärmeerzeugung genutzt werden, um Klimaschutz und Ressourcenschonung zu verbinden. Ziel ist eine Wärmewende, die klimafreundlich, nachhaltig und sozial ausgewogen umgesetzt wird.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 6 – Wärme- und Kälteplanung · Änderung in Z. 4207–4219 · Paket S. 26
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Für den klimaneutralen Gebäudesektor im Saarland ist eine klare ~~Wärmeplanung~~ Wärme- und Kälteplanung entscheidend. Wir wollen Kommunen und Quartiere bei der Umsetzung unterstützen, beraten und Beteiligung der Bürger:innen stärken. Der Ausbau von Fernwärme- und ~~Nahwärmenetzen~~ Nahwärmenetzen, ggf. auch kombiniert mit Kältenetzen in urbaneren Bereichen, soll auf erneuerbare ~~Wärmequellen~~ Quellen setzen und Versorgungssicherheit sowie Bezahlbarkeit gewährleisten. Wir streben einen intelligenten Mix aus erneuerbaren Wärmeerzeugern an: Geothermie, Abwasser- und Großwärmepumpen, Power-to-Heat-Systeme sowie die gezielte Nutzung von Abwärme. Die Holzverbrennung darf nur sehr begrenzt erfolgen, ausschließlich mit ~~Alt -~~ Alt- oder ~~Schadholz.~~ Schadholz oder mit anderweitig kaum verwertbaren Holzresten. Die thermische Verwertung von Müll und organischen Abfällen soll auf das absolut notwendige Maß reduziert werden. Wo Müllverbrennung erfolgt, muss sie möglichst effizient für Strom- und Wärmeerzeugung genutzt werden, um Klimaschutz und Ressourcenschonung zu verbinden. Ziel ist eine Wärmewende, die klimafreundlich, nachhaltig und sozial ausgewogen umgesetzt wird.

14.02: Ein Saarland mit klimafesten Städten und Gemeinden

Ein konsequent klimafreundlich gestalteter öffentlicher Raum kann Hitzebelastungen deutlich verringern und die Lebensqualität erhöhen, indem Straßen, Plätze, Schulhöfe und Aufenthaltsflächen durch Bepflanzungen und Beschattungssysteme wie Pergolen oder Sonnensegel abgekühlt werden. Kostenfreie Wasserspender tragen zur gesundheitlichen Vorsorge. Gleichzeitig sollte die Begrünung und klimaneutrale Ausstattung öffentlicher Flächen konsequent umgesetzt werden: Dächer, Fassaden, Parkplätze, Verkehrsinseln und Spielplätze sollten begrünt und ressourcenschonend gestaltet werden, während regenerative Energiequellen zur Versorgung genutzt werden. Naturräumliche Unterbrechungen wie Parks, Grünzüge, Stadtwälder und kleine Biotope können städtische Hitze reduzieren, die Luftqualität verbessern, Biodiversität fördern und Erholungsflächen für die Bevölkerung schaffen.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 7 – Verbundene Grünräume · Änderung in Z. 4221–4231 · Paket S. 26
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Ein konsequent klimafreundlich gestalteter öffentlicher Raum kann Hitzebelastungen deutlich verringern und die Lebensqualität erhöhen, indem Straßen, Plätze, Schulhöfe und Aufenthaltsflächen durch Bepflanzungen und Beschattungssysteme wie Pergolen oder

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 7 – Verbundene Grünräume · Änderung in Z. 4221–4231 · Paket S. 26
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Sonnensegel abgekühlt werden. Kostenfreie Wasserspender tragen zur gesundheitlichen ~~Vorsorge.~~ Vorsorge bei. Gleichzeitig sollte die Begrünung und klimaneutrale Ausstattung öffentlicher Flächen konsequent umgesetzt werden: Dächer, Fassaden, Parkplätze, Verkehrsinseln und Spielplätze sollten begrünt und ressourcenschonend gestaltet werden, während regenerative Energiequellen zur Versorgung genutzt werden. ~~Naturräumliche~~ Naturräumliche, möglichst miteinander verbundene, Unterbrechungen wie Parks, Grünzüge, Stadtwälder und kleine Biotope können städtische Hitze reduzieren, die Luftqualität verbessern, Biodiversität fördern und Erholungsflächen für die Bevölkerung schaffen.

Darüber hinaus wirken sie
als natürliche Puffer bei Starkregenereignissen und senken Hochwasserrisiken,
wodurch die städtische Resilienz gegenüber Klimafolgen insgesamt gestärkt wird.
Klimaanpassung kann nur gelingen, wenn Städte und Gemeinden auch finanziell und
personell dazu in der Lage sind. Das Land muss deshalb ein dauerhaft finanziertes
Landesprogramm für klimafeste Kommunen auflegen und sich zugleich für eine
grundlegende Entschuldung der saarländischen Kommunen einsetzen. Klimaanpassung
darf nicht von der jeweiligen Haushaltslage einer Kommune abhängen. Besondere
Priorität muss der Schutz von Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern
und anderen öffentlichen Gebäuden haben. Außenliegender Sonnenschutz, bessere
Dämmung, begrünte Höfe, Verschattung und klimafreundliche Lüftungs - und
Kühlsysteme müssen zum Standard werden. Bei Neubau und Sanierung muss
Hitzeschutz von Beginn an mitgedacht werden.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 8 – Solarenergie und Verschattung · Einfügung nach Z. 4243 · Paket S. 27
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Dabei sind die Potenziale von gebäudeintegrierter Solarenergie gezielt auch zur Verschattung von Gebäuden zu nutzen

Auch die Entsiegelung und verkehrsberuhigte Gestaltung von Innenstädten muss
stärker vorangetrieben werden. Urban Gardening und gemeinschaftliche
Begrünungsprojekte sollen erleichtert und gefördert werden. Gleichzeitig wollen wir
alle Freibäder als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge dauerhaft erhalten und einen
günstigen Zugang insbesondere für Familien und Menschen mit geringem Einkommen
sicherstellen. Gerade bei zunehmender Hitze sind sie wichtige Orte der Abkühlung,
Gesundheit und sozialen Teilhabe. Die Versorgung mit kostenfreiem Trinkwasser im
öffentlichen Raum muss weiter ausgebaut werden. Trinkwasserbrunnen sollen
insbesondere an Spielplätzen, in Parks, auf öffentlichen Plätzen und an stark
frequentierten Orten flächendeckend zur Verfügung stehen. Zusätzlich wollen wir eine
Verpflichtung für Gastronomiebetriebe einführen, ihren Gästen kostenloses
Leitungswasser anzubieten.

Wir verstehen Klimapolitik nicht als isoliertes Ressort, sondern als Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Landespolitik durchdringt und eng mit sozialen Zielen verknüpft ist. Jede Entscheidung in Stadtplanung, Bildung, Wohnungsbau, Gesundheit, Mobilität oder Arbeitsmarktpolitik muss darauf geprüft werden, wie sie Klimaschutz, den Abbau sozialer Ungleichheit und Resilienz gleichzeitig voranbringt. Unser Konzept eines grünen Sozialismus verbindet ökologisches Handeln konsequent mit sozialer Verantwortung. Klimapolitik wird so zum Hebel, um Ungleichheiten abzubauen, Quartiere resilienter zu machen, gesundheitliche Risiken zu verringern und die Teilhabe aller Bürger:innen sicherzustellen. Nur so kann ein nachhaltiger, sozialer und zukunftsfähiger Wandel gelingen.
Wir wollen:
• Finanzielle und personelle Unterstützung der Kommunen für Klimaschutzmaßnahmen, inklusive energetischer Sanierung, Stadtbegrünung, Mobilität und Anpassung an Klimafolgen.
• Sozial ausgeglichenen Klimaschutz: Öffentliche Investitionen vorrangig in benachteiligten Stadtteilen und Kommunen einsetzen.
• Klimapolitik als Querschnittsaufgabe verankern, die alle Landesressorts auf soziale Ausgeglichenheit, Resilienz und Klimawirkungen prüft.
• Die Förderung nachbarschaftlicher und lokaler Netzwerke, um Teilhabe, Mitsprache und gemeinschaftliches Handeln bei Klimaanpassungen zu stärken.
• Eine konsequente Gestaltung klimafreundlicher und klimaresilienter öffentlicher Räume, inklusive Begrünung, naturräumlicher Unterbrechungen, Beschattung und kostenfreien Wasserspendern.
• Die Förderung blau-grüner Infrastruktur in den Kommunen nach dem Prinzip der Schwammstadt.

14.03: Die Energiewende gemeinsam und öffentlich gestalten

Die Energiewende im Saarland darf nicht dem Markt überlassen werden. Wenn wir schnell von Öl und Gas wegkommen, Erneuerbare ausbauen und Energie zugleich bezahlbar halten wollen, braucht es eine stärkere öffentliche und demokratische Steuerung. Land und Kommunen müssen dabei ebenso Verantwortung übernehmen wie Stadtwerke, Energiegenossenschaften, Bürgerprojekte, Handwerk, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Initiativen. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn diese Akteure ihre Kompetenzen und Möglichkeiten miteinander verbinden.
Dabei gilt: Die öffentliche Hand muss strategisch steuern und investieren, während Bürger:innen, Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure stärker an Planung, Umsetzung und direkter Nutzung von Energie beteiligt werden. Eine Energie- und Klimaschutzagentur Saarland soll deshalb zum Knotenpunkt dieser kooperativen Energiewende werden. Sie soll Kommunen, Stadtwerke, Genossenschaften, Handwerk, Wissenschaft, Unternehmen und Bürgerinitiativen vernetzen, Projekte anstoßen und begleiten, Wissen und Fördermittel bündeln und die Umsetzung vor Ort unterstützen. Dabei muss sie unabhängig von einzelnen Energieversorgern und Konzernen arbeiten und sich am Gemeinwohl orientieren.
Ergänzend braucht es mehr öffentliche Investitionskraft. Mit unserer Landesholding wollen wir die Möglichkeiten des Landes stärken, selbst strategisch in erneuerbare Energien, Wärmenetze, Speicher und weitere Energieinfrastruktur zu investieren. Die

Landesholding soll gemeinsam mit Kommunen, Stadtwerken und Genossenschaften Projekte entwickeln und Beteiligungen bündeln. Sie soll dort einspringen, wo hohe Anfangsinvestitionen notwendig sind oder private Investoren keine ausreichende langfristige Perspektive bieten.
Dabei soll die Landesholding nicht an die Stelle kommunaler und genossenschaftlicher Akteure treten, sondern deren Handlungsmöglichkeiten stärken. Öffentliche Investitionen müssen sich am Gemeinwohl orientieren: an bezahlbarer Energie, regionaler Wertschöpfung, sicheren armutsfesten Arbeitsplätzen und einer klimaneutralen Infrastruktur und nicht an kurzfristigen Renditeinteressen.

14.04: Die Energiewende nachhaltig und bezahlbar von unten aufbauen

Im Saarland zeigen schon jetzt erste Bürgerenergieprojekte, wie eine Energiewende von unten gelingen kann. Wenn Kommunen, lokale Akteure und Bürgergenossenschaften frühzeitig eingebunden werden, steigt die Akzeptanz für EE-Projekte erheblich. Außerdem bleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region, was nicht nur wirtschaftlich sinnvoll ist, sondern auch soziale Ungleichheiten abmildern kann. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass eine Deckung der Energiebedarfe der im Saarland ansässigen Industrie nicht allein durch regionale Produktion erreicht werden kann. Marktabhängigkeiten dürfen aber nicht dazu führen, dass Interessen der Industrie und der Arbeitsplatzsicherung gegen Interessen von Umwelt - und Klimaschutz abgewogen werden.
Auch bei Energieimporten, insbesondere im Bereich Wasserstoff, braucht es daher einen klaren Fokus auf erneuerbare Energien. Solange grüner Wasserstoff knapp ist, muss eine priorisierte Verwendung für den Bereich der Stahlindustrie sichergestellt werden. Eine Deckelung bzw. Subventionierung der Energiepreise ist für den Standorterhalt der saarländischen Stahlindustrie erforderlich, darf aber nicht mit der Gießkanne auf andere Industriebereiche ausgeweitet werden. Die Einführung eines Industriestrompreises muss daher allein der Sicherung des Industriestandortes und dem Erhalt guter tariflicher Arbeitsplätze dienen und nicht den Gewinnen von Konzernen und Aktionären. Wir wollen einen regulierten Industriestrompreis gezielt einsetzen. Der bisherige Industriestrompreis der Bundesregierung reicht nicht aus, da er weder ausreichend absichert noch konsequent an Beschäftigungsgarantien gebunden ist. Statt pauschaler Entlastungen braucht es ein wirksames Instrument, das gezielt den Industriestandort stabilisiert, gute Arbeit sichert und Mitnahmeeffekte für Konzerne verhindert.
Ergänzend

Ä048 · Erneuerbare Energien vorrangig ausbauen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 4336 · Paket S. 65
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

~~Ergänzend~~ Vorrangig

dazu muss der Ausbau der erneuerbaren Energien im Saarland konsequent beschleunigt und gleichzeitig naturverträglich gestaltet werden. Repowering bestehender Anlagen sollte erleichtert und auch außerhalb klassischer Vorranggebiete ermöglicht werden, sofern Umwelt- und Artenschutz gewahrt bleiben und die

Bevölkerung frühzeitig beteiligt wird. Verbindliche Beteiligungsmodelle, etwa in Form von Lokalstromtarifen, Bonuszahlungen oder kommunalen Wärmeangeboten , sorgen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger direkt von der Energiewende profitieren und stärken die regionale Akzeptanz weiter.
Ein besonderer Schwerpunkt muss zudem auf einer Solaroffensive liegen. Photovoltaik gehört vorrangig auf Dächer, Parkplätze und bereits versiegelte Flächen. Eine Solarpflicht für Neubauten sowie eine klare Vorbildfunktion der öffentlichen Hand beim Ausbau auf allen geeigneten Gebäuden sind dafür zentrale Instrumente. Gleichzeitig sollten Konversions- und Gewerbeflächen gezielt für größere Solarprojekte genutzt und Agri-Photovoltaik gefördert werden, um landwirtschaftliche Nutzung und Energieerzeugung sinnvoll zu verbinden. Auch Mieter:innen müssen stärker einbezogen werden, etwa durch den Ausbau von Balkonkraftwerken und dezentralen Speichern.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 9 – Gebäudeintegrierte Solarenergie · Einfügung nach Z. 4351 · Paket S. 27
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Die Nutzung gebäudeintegrierter Solarenergie sollte unterstütz werden.

Darüber hinaus braucht es eine Stärkung der öffentlichen und kommunalen Energieinfrastruktur. Stadtwerke, Energiegenossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Akteure müssen gezielt gefördert werden, um die Energieversorgung demokratischer, transparenter und unabhängiger von großen Konzernen zu gestalten. Gleichzeitig ist die Modernisierung der Energiesysteme entscheidend. Der Ausbau von Wärmenetzen, die Nutzung industrieller Abwärme, der Einsatz von Großwärmepumpen sowie Investitionen in Speichertechnologien und Digitalisierung sind zentrale Bausteine einer zukunftsfähigen Energieversorgung.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 10 – Wärme- und Kältenetze · Änderung in Z. 4356–4359 · Paket S. 27
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Gleichzeitig ist die Modernisierung der Energiesysteme entscheidend. Der Ausbau von ~~Wärmenetzen,~~ Wärme- und ggf. Kältenetzen, die Nutzung industrieller Abwärme, der Einsatz von Großwärmepumpen sowie Investitionen in Speichertechnologien und Digitalisierung sind zentrale Bausteine einer zukunftsfähigen Energieversorgung.

Ä025 · Erneuerbare Stromüberschüsse besser nutzen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 4359 · Paket S. 40
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Zeiten mit hohem erneuerbarem Stromangebot und niedrigen oder negativen Börsenpreisen wollen wir im Saarland besser für Speicher, Wärmeerzeugung und technisch geeignete industrielle Prozesse nutzen. Diese Aufgabe integrieren wir in die geplante Energie- und Klimaschutzagentur: Sie berät Kommunen, Stadtwerke, Genossenschaften und Betriebe,

Ä025 · Erneuerbare Stromüberschüsse besser nutzen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 4359 · Paket S. 40
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

bündelt Projektvorschläge und stimmt sie mit den Netzbetreibern ab. Das Land unterstützt geeignete Vorhaben durch Investitionsförderung. Die Landesholding soll gemeinsam mit kommunalen und genossenschaftlichen Partnern Speicher- und Energieinfrastruktur entwickeln und finanzieren. Die Energieagentur begleitet die Nutzung bestehender Förderprogramme sowie die Einführung intelligenter Verbrauchssteuerung und transparenter, flexibler Strombezugsmodelle. Maßgeblich sind die örtliche Netzsituation und die gesamten Strombezugskosten. Produktionsverlagerungen müssen technisch möglich und mit verlässlichen Arbeitszeiten, Gesundheitsschutz und Mitbestimmung vereinbar sein.

Nur durch dieses Zusammenspiel aus sozialer Beteiligung, öffentlicher Kontrolle und technologischer Modernisierung kann die Energiewende im Saarland sicher und nachhaltig gelingen.

14.05: Bürgerenergie statt Atomkraft!

Beim Ausbau erneuerbarer Energien setzen wir auf Bürgerenergieprojekte und kommunale Energiegenossenschaften, insbesondere bei Windkraft. Wir setzen uns für eine konsequente Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie ein. Diese Flächen sollen landesweit klar definiert werden, damit Planungssicherheit für Kommunen und Projekte entsteht und der Ausbau erneuerbarer Energien schneller vorankommt. Dabei müssen ökologische Kriterien, Natur- und Artenschutz sowie die Interessen der betroffenen Gemeinden sorgfältig berücksichtigt werden. Ein Windenergiebeteiligungsgesetz soll lokale Mitbestimmung stärken und die Akzeptanz erhöhen.
Wir lehnen das grenznahe Atomkraftwerk Cattenom strikt ab. Wir fordern die Stilllegung des grenznahen , französischen AKW Cattenom, das sich bereits in der Vergangenheit durch zahlreiche - über 800 - Störfälle als Risikoreaktor gezeigt hat. Es ist ein Skandal, dass die geplante Abschaltung des ältesten Reaktors in 2027, erneut nicht erfolgen wird. Die veraltete Anlage weist nicht nur erhebliche Sicherheitsmängel auf, die u.a. durch den klimabedingten Wassermangel im laufenden Betrieb verschärft werden, sondern insbesondere massive Risiken bei möglichen Störfällen. Bei einem schweren Unfall eine Evakuierung nicht nur im Nahbereich, sondern punktuell auch noch in einer Außenzone von bis zu 100 km notwendig werden. Angesichts der häufig vorherrschenden Westwinde würde sich eine radioaktive Wolke zudem besonders wahrscheinlich in Richtung saarländisches Gebiet ausbreiten. Gleichzeitig stehen die möglichen Schäden in keinem Verhältnis zur Haftung: Während Studien Kosten von bis zu mehreren Milliarden Euro prognostizieren, sind derzeit nur rund 340 Millionen Euro abgesichert. Ein Bruchteil der realen Risiken. Diese Gefahren werden durch weitere atomare Projekte in der Grenzregion verschärft, etwa das geplante Endlager Cigéo-Endlager Bure sowie

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 11 – Gemeindebeteiligungsgesetz und Cattenom-Redaktion · Änderung in Z. 4369–4387 · Paket S. 27–28
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Dabei müssen ökologische Kriterien, Natur- und Artenschutz sowie die Interessen der betroffenen Gemeinden sorgfältig berücksichtigt werden. ~~Ein Windenergiebeteiligungsgesetz~~ Das saarländische Gemeindebeteiligungsgesetz SGBG soll lokale Mitbestimmung gezielter stärken und die Akzeptanz erhöhen. Wir lehnen das grenznahe Atomkraftwerk Cattenom strikt ab. Wir fordern die Stilllegung des ~~grenznahen ,~~ grenznahen, französischen AKW Cattenom, das sich bereits in der Vergangenheit durch zahlreiche - über 800 - Störfälle als Risikoreaktor gezeigt hat. Es ist ein Skandal, dass die geplante Abschaltung des ältesten Reaktors in ~~2027,~~ 2027 erneut nicht erfolgen wird. Die veraltete Anlage weist nicht nur erhebliche Sicherheitsmängel auf, die u.a. durch den klimabedingten Wassermangel im laufenden Betrieb verschärft werden, sondern insbesondere massive Risiken bei möglichen ~~Störfällen.~~ Störfällen darstellen. Bei einem schweren Unfall kann eine Evakuierung nicht nur im Nahbereich, sondern punktuell auch noch in einer Außenzone von bis zu 100 km notwendig werden. Angesichts der häufig vorherrschenden Westwinde würde sich eine radioaktive Wolke zudem besonders wahrscheinlich in Richtung ~~saarländisches Gebiet~~ des saarländischen Gebietes ausbreiten. Gleichzeitig stehen die möglichen Schäden in keinem Verhältnis zur Haftung: Während Studien Kosten von bis zu mehreren Milliarden Euro prognostizieren, sind derzeit nur rund 340 Millionen Euro abgesichert. Ein Bruchteil der realen Risiken. Diese Gefahren werden durch weitere atomare Projekte in der Grenzregion verschärft, etwa ~~das geplante~~ dem geplanten Endlager Cigéo-Endlager Bure sowie

andere nukleare Anlagen. In der Summe ergibt sich eine unzumutbare Risikokonzentration für die Bevölkerung. Deshalb muss das Saarland auf allen politischen Ebenen konsequent Druck für die Abschaltung von Cattenom machen und sich klar gegen den weiteren Ausbau atomarer Infrastruktur in der Grenzregion positionieren. Die nächste Landesregierung muss sich auf allen Ebenen für die Stilllegung des Kraftwerks einsetzen und den Ausbau erneuerbarer Energien als sichere, nachhaltige Alternative konsequent voranzutreiben.

14.06: Eine Kraftwerksstrategie für Versorgungssicherheit – erneuerbar, flexibel und öffentlich kontrolliert

Die Energiewende braucht neben dem schnellen Ausbau von Wind- und Solarenergie eine Kraftwerksstrategie, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz miteinander verbindet. Für uns ist klar: Neue fossile Kraftwerke dürfen nicht zum Rückgrat des zukünftigen Stromsystems werden. Vorrang müssen Energieeffizienz, Elektrifizierung, Netzausbau, Speicher, Lastmanagement und flexible Nachfrage haben. Die günstigste Kilowattstunde ist weiterhin die, die nicht erzeugt werden muss. Auch in einem weitgehend erneuerbaren Stromsystem wird es Situationen geben, in denen zusätzliche gesicherte Leistung benötigt wird – insbesondere bei länger andauernden Dunkelflauten. Dafür können steuerbare Reservekraftwerke notwendig sein. Sie müssen aber auf das unbedingt erforderliche Maß begrenzt und dürfen nur wenige Stunden im Jahr eingesetzt werden. Wir wollen deshalb klare Laufzeitbegrenzungen für fossile Reservekraftwerke. Außerhalb dieser Ausnahmesituationen müssen Batteriespeicher, Wärmespeicher, flexible industrielle

Lasten, bidirektionales Laden und andere Flexibilitätsoptionen Vorrang haben.

Ä026 · Kraftwerksbedarf und Kapazitätsförderung nachvollziehbar prüfen
LAG Transformation und Industrie
Teil 1 – Bedarf und Einsatz gesicherter Leistung · Änderung in Z. 4403–4410 · Paket S. 41–42
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Auch in einem weitgehend erneuerbaren Stromsystem ~~wird es Situationen geben, in denen~~ kann zusätzliche gesicherte Leistung ~~benötigt wird –~~ notwendig sein, insbesondere bei länger andauernden Dunkelflauten. ~~Dafür können steuerbare Reservekraftwerke notwendig sein. Sie müssen aber~~ Gegenüber dem Bund setzt sich die Landesregierung dafür ein, Umfang und Einsatz am nachgewiesenen Bedarf auszurichten und regelmäßig zu überprüfen. Fossile Erzeugung muss auf das ~~unbedingt~~ zur Versorgungssicherheit erforderliche Maß begrenzt werden. Als Land legen wir diese Maßstäbe auch eigenen Förderungen, Beteiligungen und ~~dürfen nur wenige Stunden im Jahr eingesetzt werden. Wir~~ Standortentscheidungen zugrunde. Gemeinsam mit Kommunen und Netzbetreibern wollen ~~deshalb klare Laufzeitbegrenzungen für fossile Reservekraftwerke. Außerhalb dieser Ausnahmesituationen müssen Batteriespeicher,~~ wir Netzausbau, Batterie- und Wärmespeicher, ~~flexible industrielle Lasten,~~ technisch und sozial vertretbare Lastverlagerung, bidirektionales Laden und andere Flexibilitätsoptionen ~~Vorrang haben.~~ vorrangig erschließen. Dabei verbinden wir die Beratung durch die Energie- und Klimaschutzagentur mit Investitionen der Landesholding und überprüfen die Emissions- und Umstellungsziele unserer Vorhaben.

Neue Gaskraftwerke dürfen nur mit einer verbindlichen Perspektive für den Betrieb mit grünem Wasserstoff gebaut werden. „H_2-ready“ allein reicht nicht aus: Solange grüner Wasserstoff nicht ausreichend verfügbar und bezahlbar ist, bleibt ein solches Kraftwerk zunächst ein fossiles Kraftwerk. Die Umstellungskosten müssen von Beginn an berücksichtigt werden. Gleichzeitig muss grüner Wasserstoff vorrangig dort eingesetzt werden, wo eine direkte Elektrifizierung nicht sinnvoll möglich ist , im Saarland insbesondere zur Absicherung der klimaneutralen Stahlindustrie.
Die Kosten für notwendige Reservekapazitäten dürfen nicht über steigende Strompreise auf private Haushalte und kleine Unternehmen abgewälzt werden.
Versorgungssicherheit ist Daseinsvorsorge. Öffentliche Förderung muss deshalb an klare Bedingungen geknüpft werden: Versorgungssicherheit, Klimaschutz, tarifgebundene Beschäftigung und regionale Wertschöpfung. Reservekraftwerke sollten möglichst in öffentlicher oder kommunaler Hand betrieben werden. Auch Stadtwerke und Energiegenossenschaften müssen Zugang zu entsprechenden Förderungen und Ausschreibungen erhalten.

Ä026 · Kraftwerksbedarf und Kapazitätsförderung nachvollziehbar prüfen
LAG Transformation und Industrie
Teil 2 – Förderung und Wirtschaftlichkeit · Einfügung nach Z. 4425 · Paket S. 41–42
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Auf Bundesebene setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass Förderungen nach dem Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz (StromVKG) und weitere Kapazitätsmechanismen einen flexiblen, klimagerechten Betrieb unterstützen und Speicher sowie flexible Nachfrage angemessen berücksichtigen. Vor eigenen Beteiligungen, ergänzenden Zuschüssen oder der Bereitstellung öffentlicher Flächen veranlasst das Land unabhängige

Ä026 · Kraftwerksbedarf und Kapazitätsförderung nachvollziehbar prüfen
LAG Transformation und Industrie
Teil 2 – Förderung und Wirtschaftlichkeit · Einfügung nach Z. 4425 · Paket S. 41–42
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Prüfungen von Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheitsbeitrag. Für Vorhaben des Landes und der Landesholding soll die geplante Agentur Strategische Investitionen diese Prüfungen koordinieren. Die Energie- und Klimaschutzagentur begleitet die energiewirtschaftliche Bewertung mit den Netzbetreibern; die Transformationsräte wirken an den sozialen und ökologischen Kriterien mit. Zu prüfen sind Szenarien mit niedrigen oder negativen Börsenpreisen, Kapazitätsvergütungen, Brennstoff- und CO_2-Kosten sowie Kosten und Voraussetzungen der Wasserstoffumstellung. Ergebnisse, öffentliche Risiken und Förderbedingungen legen wir dem Landtag zur Kontrolle und für erforderliche Haushaltsentscheidungen vor. Private Ertragschancen müssen offengelegt und Überförderung vermieden werden.

Besonders wichtig ist dabei die Zukunft des ehemaligen Kraftwerksstandorts Ensdorf. Mit seinem Umspannwerk, der bestehenden Energieinfrastruktur und den Industrieflächen besitzt der Standort strategische Bedeutung für das Saarland. Deshalb darf die Frage nicht allein lauten, ob dort ein wasserstofffähiges Gaskraftwerk errichtet werden kann. Entscheidend ist, welche Nutzung langfristig den größten Nutzen für die Region schafft. Wir wollen Ensdorf zu einem integrierten Energie- und Industriecluster entwickeln, in dem erneuerbare Energien, Speicher, Netzinfrastruktur, grüner Wasserstoff, industrielle Abwärme und klimaneutrale Produktion miteinander verbunden werden. Ein einzelnes Gaskraftwerk darf diese Entwicklung nicht verbauen. Vor einer Vergabe der Fläche müssen deshalb die Konditionen, öffentliche Fördermittel, Beschäftigungs- und Investitionszusagen sowie die erwartete regionale Wertschöpfung vollständig transparent gemacht werden. Ebenso müssen alternative Nutzungskonzepte offengelegt und miteinander verglichen werden. Öffentliche Flächen und Milliarden an Fördermitteln dürfen nicht dazu eingesetzt werden, neue fossile Abhängigkeiten zu schaffen.

Unser Ziel ist eine Kraftwerksstrategie nach dem Grundsatz: Erneuerbare zuerst, Flexibilität vor fossiler Dauerleistung und öffentliche Kontrolle statt Konzerninteressen. Ensdorf kann dabei ein zentraler Baustein für eine erneuerbare, soziale und zukunftsfähige Energie- und Industriepolitik im Saarland werden.

Wir wollen:

- Eine Energie- und Klimaschutzagentur Saarland als Stelle für Beratung, Vernetzung und Umsetzung der Energiewende. Wir stärken und steuern öffentliche Investitionen in Erneuerbare, Wärmenetze und Speicher und entwickeln diese gemeinsam mit Kommunen, Stadtwerken und Bürgerenergieprojekten.
- Erneuerbare-Energie-Projekte in Bürgerhand und kommunale Beteiligung fördern, um Akzeptanz zu erhöhen, Energieproduktion regional zu sichern und soziale Ungleichheiten zu verringern.
- Die priorisierte Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere grüner Wasserstoff, sichern; Energieimporte konsequent auf erneuerbare Quellen ausrichten.
- Eine Solaroffensive mit konsequentem Ausbau. Also Photovoltaik auf Dächern

priorisieren, Solarpflicht für Neubauten einführen, öffentliche Gebäude mit Solaranlagen ausweiten, Konversions- und Gewerbeflächen sowie Agri-PV gezielt nutzen, Balkonkraftwerke und Kleinspeicher für Mieter:innen fördern.

Ä018 · Zu L1 - Klima und Energie
LAG Transformation und Industrie
Teil 12 – Solaroffensive · Änderung in Z. 4457–4460 · Paket S. 28–29
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

• Eine Solaroffensive mit konsequentem Ausbau. Also Photovoltaik auf Dächern und Fassaden sowie als gebäudeintegrierte Bestandteile priorisieren, Solarpflicht für Neubauten einführen, öffentliche Gebäude mit Solaranlagen ausweiten, Konversions- und Gewerbeflächen sowie Agri-PV gezielt und biodiversitätsfreundlich nutzen, Balkonkraftwerke und Kleinspeicher für Mieter:innen fördern.

• Einen regulierten Industriestrompreis gezielt zum Erhalt von tariflich gesicherten Arbeitsplätzen einsetzen.

Ä049 · Industriestrompreis mit dem Ausbau erneuerbarer Energien verknüpfen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 4461–4462 · Paket S. 66
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Einen regulierten Industriestrompreis gezielt zum Erhalt von tariflich gesicherten Arbeitsplätzen ~~einsetzen.~~ einsetzen und die Entlastung verbindlich mit dem zusätzlichen Ausbau erneuerbarer Energien verknüpfen. Voraussetzung sind Vereinbarungen mit den geförderten Unternehmen über ihren Beitrag zu neuen erneuerbaren Erzeugungskapazitäten. Dieser kann durch eigene Investitionen, Beteiligungen an neuen Anlagen oder langfristige Stromabnahmeverträge erfolgen, die den Bau zusätzlicher Anlagen ermöglichen. Die Vereinbarungen müssen messbare Ausbauziele, verbindliche Zwischenziele und regelmäßige Nachweise enthalten. Die Förderung kann bereits während Planung und Bau beginnen. Ihre Fortführung ist an nachprüfbare Fortschritte bei der Umsetzung der vereinbarten Verpflichtungen gebunden.

• Die Stilllegung des Atomkraftwerks Cattenom.
• Eine Kraftwerksstrategie, die Erneuerbare, Speicher und Flexibilität stärkt, Reservekapazitäten auf das Notwendige begrenzt und öffentliche Interessen in den Mittelpunkt stellt. Ensdorf soll dabei nicht zum Standort einer neuen fossilen Abhängigkeit werden, sondern zu einem zentralen Baustein einer erneuerbaren, sozialen und zukunftsfähigen Energie- und Industriepolitik des Saarlandes.

15: Umwelt- und Tierschutz

Natur und Umwelt sind keine bloße Ressource, die wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden darf, sondern die gemeinsame Lebensgrundlage aller Menschen. Umweltzerstörung trifft dabei nicht alle gleichermaßen: Die Folgen von verschmutztem Wasser, Artensterben oder der Belastung von Böden tragen häufig diejenigen, die am wenigsten zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Umwelt- und Naturschutz sind deshalb immer auch Fragen einer sozialen Gesellschaft und demokratischer

Verantwortung. Unser Ziel ist ein ökologischer Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, der Gemeinwohl, wissenschaftliche Erkenntnisse und die berechtigten Interessen der Menschen vor Ort miteinander verbindet.

15.01: Umweltschutz heißt Wasserschutz

Eine nachhaltige Umwelt- und Naturschutzpolitik muss Klima, Artenvielfalt, Böden und Wasser gleichermaßen schützen und soziale Belange miteinbeziehen. Besonders dringlich ist der Schutz des Grubenwassers ehemaliger Bergwerke : Wir wollen einen sofortigen Stopp der Einleitung von PCB -belastetem Wasser in saarländische Gewässer und eine Verpflichtung für die verantwortlichen Unternehmen zu einer wirksamen Reinigung. Der unkontrollierte Anstieg des Grubenwassers birgt erhebliche Risiken wie Bodenhebungen, Gebäudeschäden für hunderttausende Menschen sowie die Freisetzung von Schadstoffen wie Methan und Radon. Wir lehnen übereilte Genehmigungen ab und bestehen auf unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchungen, echter Bürgerbeteiligung und vollständiger Transparenz.
Um Böden und Landschaften zu schützen, sollen Eingriffe auf ein Minimum beschränkt werden. Netto-Null-Flächenversiegelung und Vorrang für Entsiegelung als Ausgleichsmaßnahme sichern Böden für künftige Generationen. Für einen konsequenten Abwasser- und Ressourcenschutz sind ebenfalls dringend Maßnahmen notwendig: Wir wollen die Landesmittel für die kommunale Abwasserinfrastruktur deutlich erhöhen, damit Kanäle, Kläranlagen und Regenwasserbewirtschaftung an die Folgen des Klimawandels angepasst und Schadstoffeinträge wirksam reduziert werden. Gleichzeitig setzen wir auf eine konsequente Abfallvermeidung und den Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Produkte sollen länger genutzt, repariert und wiederverwendet statt weggeworfen werden. Deshalb wollen wir unter anderem einen Reparaturbonus einführen und kommunale Reparaturinitiativen sowie Wiederverwendungszentren gezielt fördern, um Ressourcen zu schonen und Abfälle zu vermeiden.
Wasser ist lebensnotwendig, weshalb ein klares Bekenntnis zur öffentlichen Verantwortung für den Wasserschutz dringend notwendig ist . Gerade im Saarland, das fast vollständig aus Grundwasser versorgt wird und in dem die Hitzewellen im Sommer immer mehr zunehmen, hat der Schutz von Trink-, Grund- und Oberflächenwasser höchste Priorität. Klimawandel, Schadstoffeinträge und zunehmender Nutzungsdruck gefährden diese Ressource und machen entschlossenes politisches Handeln notwendig. Wir setzen uns für eine landesweite, wissenschaftlich fundierte Wasserstrategie ein, die Schutzgebiete stärkt, Schadstoffeinträge konsequent reduziert und Transparenz über Wasserqualität sicherstellt. Erkenntnisse aus Forschung und Praxis, etwa zu naturnaher Gewässerentwicklung, Boden - und Wasserrückhalt, müssen stärker in die Landespolitik einfließen. Wasserschutz heißt immer auch Vorsorge zu treffen. Renaturierung, Entsiegelung und nachhaltige Landnutzung sind zentrale Instrumente, um Wasser zu sichern, Hochwasser zu vermeiden und Dürrefolgen abzufedern. Die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie muss im Saarland und bundesweit endlich mit Nachdruck vorangetrieben werden. Ihr Ziel ist klar: Bis spätestens 2027 sollen unsere Gewässer einen guten ökologischen Zustand erreichen, dieses Ziel ist vielerorts verfehlt. Doch Deutschland hat die Umsetzung über Jahrzehnte verschleppt. Bis heute befinden sich nur rund neun Prozent der Flüsse und Bäche in einem guten ökologischen Zustand. Wir brauchen deshalb den Mut, öffentliche Interessen konsequent gegenüber blockierenden Einzelinteressen durchzusetzen.

Gewässerschutz, Hochwasservorsorge und die Sicherung unserer Trinkwasserressourcen sind Gemeinwohlaufgaben. Sie dürfen nicht an kurzfristigen privaten Nutzungsinteressen scheitern. Renaturierung braucht vor allem eines: Fläche. Studien zeigen, dass bereits rund zwei Prozent zusätzliche Landesfläche entlang von Flüssen und Bächen ausreichen würden, um den Gewässern wieder den notwendigen Raum zu geben. Diese Flächen schaffen natürliche Überschwemmungsgebiete, verbessern die Grundwasserneubildung, erhöhen die Artenvielfalt und machen unsere Landschaft widerstandsfähiger gegen Dürre und Starkregen. Fläche ist der Schlüssel für einen wirksamen Wasser- und Klimaschutz. Auch im Saarland werden bereits Gewässer renaturiert, etwa am Ellbach in Saarwellingen oder durch weitere Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung von Fließgewässern. Diese Projekte zeigen, dass Renaturierung funktioniert. Sie müssen jedoch deutlich beschleunigt, finanziell besser ausgestattet und konsequent ausgeweitet werden.
Sauberes Wasser ist kein Marktgut, sondern Grundlage von Gesundheit, Umwelt und sozialer Sicherheit. Deshalb wollen wir auch die kommerzielle Nutzung von Mineralwasserquellen deutlich stärker begrenzen. Die Vergabe neuer Förderrechte an private Unternehmen lehnen wir ab. Langfristig muss die Nutzung natürlicher Wasserressourcen am Gemeinwohl ausgerichtet und – wo eine Förderung erfolgt – vorrangig durch öffentliche oder gemeinwohlorientierte Träger erfolgen, statt der privaten Gewinnerzielung zu dienen.

15.02: Für grüne und gesunde Wälder

Umweltschutz ist immer auch Waldschutz. Die Wälder im Saarland stehen unter massivem Druck durch die Klimakrise. Dürrejahre, Hitze und Monokulturen haben gezeigt: Ein „Weiter so“ in der Forstwirtschaft gefährdet unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Wir setzen uns deshalb für einen grundlegenden Wandel hin zu einer naturnahen, klimaresilienten und gemeinwohlorientierten Waldpolitik ein.
Kahlschläge lehnen wir ab, sie zerstören Böden, setzen CO_2 frei und verschärfen die ökologische Krise. Stattdessen wollen wir die Umforstung zu vielfältigen, standortgerechten Laubmischwäldern konsequent vorantreiben und natürliche Regenerationsprozesse stärken. Totholz muss als wichtiger Bestandteil eines gesunden Waldökosystems erhalten bleiben, um Biodiversität zu sichern und das Mikroklima zu stabilisieren. Darüber hinaus fordern wir die gesetzliche Festschreibung von mehr konkrete Maßnahmen zum Waldschutz: Eine deutliche Ausweitung von Schutzgebieten ohne forstwirtschaftliche Nutzung, verbindliche Mindestanteile an Naturwäldern, den konsequenten Verzicht auf Pestizide und den Schutz der Waldböden als zentrale CO_2-Speicher.
Gleichzeitig müssen Arbeitsbedingungen im Forst verbessert und regionale Wertschöpfung gestärkt werden. Ein zentraler Punkt ist dabei für uns die Neuausrichtung des SaarForst-Landesbetriebs. Öffentlicher Wald gehört der Bevölkerung. Seine Nutzung muss sich konsequent am Gemeinwohl orientieren. Wir fordern daher mehr Bürger:innenbeteiligung zur Gestaltung des SaarForsts unter Einbeziehung von Beschäftigten, Umweltverbänden und Zivilgesellschaft. Der Holzverkauf ist stärker auf regionale Bedürfnisse auszurichten: Statt wertvolles Holz in großem Stil in ferne Märkte, etwa nach Ostasien, zu exportieren, muss es vorrangig für nachhaltige regionale Nutzung, bezahlbaren Wohnungsbau und klimafreundliche Infrastruktur im Saarland bereitgestellt werden.

Der Schutz von Grund- und Trinkwasser, Ökosystemen und öffentlicher Sicherheit hat für uns Priorität. Auch die Interessen von Naturschützer:innen, Waldbesitzer:innen, Landwirt:innen und Jagdpächter:innen müssen in einer ausgewogenen Umweltpolitik ernsthaft berücksichtigt und miteinander in Einklang gebracht werden. Wir setzen dabei auf Kooperation statt Konfrontation: Durch einen strukturierten Dialog mit Verbänden, Wissenschaft und Praxis wollen wir Nutzungskonflikte frühzeitig erkennen und gemeinsam tragfähige Lösungen entwickeln. Die Jagd verstehen wir als Bestandteil eines verantwortungsvollen, ökologisch ausgerichteten Wildtiermanagements. Sie kann dazu beitragen, gesunde und angepasste Wildbestände in einer durch menschliche Nutzung geprägten Kulturlandschaft zu sichern und Waldverjüngung zu ermöglichen. Voraussetzung ist jedoch, dass sie sich konsequent an ökologischen Kriterien, Tierschutz und dem Gemeinwohl orientiert.
Die Klimakrise erhöht auch im Saarland die Gefahr von Waldbränden. Wir wollen deshalb den vorbeugenden Waldbrandschutz stärken und unsere Feuerwehren besser für die zunehmenden Extremwetterlagen ausstatten. Dazu gehören moderne Löschfahrzeuge und spezielle Waldbrandtechnik, ausreichende Wasserentnahmestellen und eine bessere Ausstattung für die Einsatzleitung und Kommunikation. Da diese Spezialisierung unsere Ehrenamtlichen massiv zusätzliche Freizeit kostet, müssen Beschaffungen durch unbürokratische Landesförderungen und deutlich ausgebaute Lehrgangskapazitäten an der Landesfeuerwehrschule ergänzt werden. Ebenso wichtig sind regelmäßige gemeinsame Übungen von Feuerwehren, Forst- und Katastrophenschutz sowie eine bessere Erfassung und Überwachung besonders gefährdeter Waldgebiete.

15.03: Plastikkrise überwinden – Kreislaufwirtschaft statt Vermüllung

Die Plastikfrage ist eine zentrale Frage der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit unserer Energie- und Rohstoffversorgung. Schon heute wird ein erheblicher Teil des weltweit geförderten Erdöls und Erdgases nicht als Energieträger genutzt, sondern zur Herstellung von Kunststoffen und anderen petrochemischen Produkten eingesetzt. Plastikrecycling allein löst das Problem nicht. Viel zu häufig wird Kunststoff nicht wirklich im Kreislauf geführt, sondern beim Recycling qualitativ abgewertet: Aus einem hochwertigen Kunststoffprodukt wird ein minderwertigeres Produkt, bevor auch dieses zu Abfall wird. Dieser Kreislauf des Downcyclings wird dadurch aufrechterhalten, dass immer neuer Plastikmüll produziert wird. Wir wollen deshalb den Grundsatz durchsetzen: Vermeidung vor Wiederverwendung, Wiederverwendung vor Recycling und Recycling vor Verbrennung. Produkte müssen künftig so gestaltet werden, dass ihre Materialien möglichst sortenrein getrennt, wiederverwendet und hochwertig recycelt werden können. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen für eine echte Kreislaufwirtschaft statt immer neuer Produktion von Plastikmüll. Dafür wollen wir ein Saarländisches Zentrum für zirkuläre Kunststoffe aufbauen und bestehende Landesstrukturen gezielt ausbauen.

15.04: Schutzlandschaften als Modellregionen für Nachhaltigkeit entwickeln

Die Biosphäre Bliesgau ist als UNESCO-Biosphärenreservat ein einzigartiger Natur-, Kultur- und Lebensraum von überregionaler Bedeutung. Sie verbindet den Schutz wertvoller Landschaften und Artenvielfalt mit einer nachhaltigen Regionalentwicklung und ist zugleich ein wichtiger Modellraum für eine ökologische und

ressourcenschonende Landwirtschaft. Besonders der Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten, der Erhalt artenreicher Wiesen und Streuobstbestände sowie die Förderung ökologischer Landwirtschaft leisten einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Klimaschutz. Gleichzeitig stärkt die Biosphäre den nachhaltigen Tourismus und schafft Perspektiven für regionale Betriebe. Daneben gibt es im Saarland weitere Schutzlandschaften, darunter den Naturpark Saar-Hunsrück und den Nationalpark Hunsrück-Hochwald, die ebenfalls Naturschutz, nachhaltige Nutzung und regionale Entwicklung fördern und deren Erhalt und Weiterentwicklung für uns wichtig ist. Diese Gebiete sind zugleich wichtige Vorbilder für einen zukunftsfähigen Ökotourismus, der Naturerlebnis, Umweltbildung und regionale Wertschöpfung miteinander verbindet. Dieses Potenzial soll stärker ausgebaut werden – etwa durch nachhaltige Tourismusangebote, bessere Infrastruktur für sanften Tourismus sowie eine intensivere Förderung regionaler Betriebe und Produkte. Ebenso wollen wir die ökologische Landwirtschaft in und um diese Schutzlandschaften weiter stärken, da sie zum Erhalt der Artenvielfalt, zum Schutz natürlicher Ressourcen und zu einer nachhaltigen regionalen Entwicklung beiträgt. Die Schutzgebiete sollen damit noch stärker zu Modellregionen für nachhaltiges Wirtschaften und umweltfreundlichen Tourismus werden.

Wir wollen:

- Grubenwasserschutz endlich ernst nehmen!
- Boden- und Landschaftsschutz stärken mit Netto-Null-Flächenversiegelung und Vorrang für Entsiegelung als Ausgleichsmaßnahme sowie ein Neuausrichtung der Nutzung und ökologischen Weiterentwicklung des SaarForst.
- Beim Ressourcen- und Abwassermanagement Fördermittel massiv erhöhen, Abfallvermeidung stärken, Kreislaufwirtschaft fördern und Reparaturbonus einführen. Eine landesweite Wasserstrategie nachhaltig in der Landespolitik verankern.
- Einwegplastik und kurzlebige Kunststoffprodukte verbindlich reduzieren, recyclinggerechtes Produktdesign fördern und dafür ein Saarländisches Zentrum für zirkuläre Kunststoffe aufbauen.
- Eine deutliche Ausweitung von Schutzgebieten ohne forstwirtschaftliche Nutzung, verbindliche Mindestanteile an Naturwäldern, den konsequenten Verzicht auf Pestizide und den Schutz der Waldböden als zentrale CO_2-Speicher.
- Die Biosphäre Bliesgau und andere Schutzlandschaften fördern mit naturschonender Nutzung, mehr Artenschutz und nachhaltigem Tourismus und Bewirtschaftung für eine umweltbewusste regionale Entwicklung.

15.04: Mehr Tierschutz für das Saarland!

Wir setzen uns für einen umfassenden Schutz von Tieren und der Biodiversität im Saarland ein. Verhaltensgerechte Haltung ist die Grundlage für Tierschutz, weshalb wir ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen und Ponykarussells fordern, die Tiere unter Stress, Verletzungen und tierschutzwidriger Dressur leiden lassen. Für die betroffenen Tiere sind Gnadenhöfe zu finanzieren. Gleichzeitig bekennen wir uns zu den Zoos und Wildparks im Saarland als Orte der Bildung, Naherholung und des Artenschutzes und fordern die Umsetzung von Masterplänen sowie eine verstärkte finanzielle Förderung durch das Land, um langfristig verhaltensgerechte Haltung, Schutzprogramme und

Bildungsangebote sicherzustellen. Für den Ausbau des durch Zoos geförderten Artenschutzes unterstützen wir die Einführung eines Artenschutz -Euros bei Zoo-Eintritten. Zeitgleich bekennen wir uns klar zur öffentlichen Kontrolle und Förderung der Zoos. Zoologische Gärten im Saarland dürfen keine kommerziellen Privatunternehmen sein.

Tierheime müssen dauerhaft abgesichert sein. Steigende Kosten, fehlendes Personal und fehlende Infrastruktur gefährden die fachgerechte Versorgung von Tieren. Wir fordern daher eine gesetzlich verankerte, dauerhafte Finanzierung und angemessene Ausstattung der Tierheime. Viele Tierheime im Saarland werden heute mit großem ehrenamtlichem Engagement von Vereinen getragen und nicht von den Kommunen selbst betrieben. Diese leisten eine unverzichtbare Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Würden die Kommunen diese Strukturen vollständig ersetzen müssen, wäre dies mit deutlich höheren Kosten verbunden. Gleichzeitig wollen wir die verbindliche Aufklärung über die verhaltensgerechte Haltung von Heimtieren stärken, um Fehlanschaffungen, Überforderung von Halter:innen und die Abgabe von Tieren an Tierheime wirksam zu reduzieren.

Tierversuche verursachen erhebliche Schmerzen und Stress für Tiere und liefern zunehmend fragwürdige Ergebnisse für die Forschung. Deshalb müssen Tierversuche reduziert und tierversuchsfreie Alternativen konsequent gefördert werden, einschließlich der verpflichtenden Nutzung moderner Methoden in Forschung und Ausbildung.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Saarland aktiver gegen industrielle Tierhaltung vorgeht. Massentierhaltung verursacht nicht nur enormes Tierleid, sondern belastet auch Umwelt und Klima durch hohen Ressourcenverbrauch, Gülleüberschüsse und Treibhausgasemissionen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landespolitik Förderungen, Subventionen und öffentliche Aufträge an Tierhaltungsbetriebe an strenge Tierschutz- und Umweltstandards bindet. Dabei sollen Subventionen für ökologische, regionale Fleischproduktion erhalten werden, um nachhaltige Alternativen zu Massentierhaltung zu fördern. Zeitgleich setzen wir uns dafür ein, bezahlbare vegetarische und vegane Ernährungs- und Lebensweisen im öffentlichen Raum stärker zu fördern. Dazu gehört ein vielfältiges, pflanzenbasiertes Angebot in Kantinen von Schulen, Kitas, Hochschulen und öffentlichen Einrichtungen, die Kennzeichnung nachhaltiger Lebensmittel und die Unterstützung regionaler, tierfreundlicher Versorgungsstrukturen. Ziel ist, gesunde, nachhaltige und tierfreundliche Ernährung für alle zugänglich zu machen.

Auch die Haltung und Vermehrung von Heimtieren muss mehr reguliert werden: Wir setzen uns für die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen sowie für mehr verbindliche Vorschriften bei der Haltung potenziell gefährlicher Tiere, vom Hund bis zur Klapperschlange, ein. Zugleich müssen Importe von Produkten, die Tierquälerei fördern, konsequent verboten werden. Wir wollen einen verpflichtenden Hundeführerschein mit dem Besuch einer anerkannten Hundeschule für Ersthalter:innen einführen. Ziel ist es, Halter:innen frühzeitig Wissen über artgerechte Haltung, Erziehung und Verantwortung zu vermitteln und so Beißvorfälle, Überforderung und vermeidbare Abgaben an Tierheime und Gnadenhöfe zu reduzieren. Gleichzeitig sollen niedrigschwellige und bezahlbare Kursangebote landesweit verfügbar sein. Wir setzen uns dafür ein, dass sogenannte Qualzuchten konsequent bekämpft werden.

Das Saarland soll seine landesrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Zucht,

Handel und Ausstellung von Tieren mit zuchtbedingten gesundheitlichen Beeinträchtigungen einzuschränken und die bestehenden tierschutzrechtlichen Vorgaben konsequent zu kontrollieren und durchzusetzen. Unser Ziel ist eine Tierzucht, die sich am Wohl der Tiere und nicht an fragwürdigen von Menschen ausgedachten Schönheitsidealen orientiert.

15.05: Biodiversität sichern und Wildtierschutz ernst nehmen

Tierschutz endet aber nicht bei Haus- und Nutztieren, sondern umfasst auch den konsequenten Schutz der heimischen Fauna und den Erhalt der Biodiversität. Im Saarland sind viele Tierarten durch Flächenversiegelung, intensive Landnutzung, Pestizideinsatz, Lichtverschmutzung und den Verlust von Lebensräumen massiv bedroht. Besonders betroffen sind Wildbienen und andere Bestäuber, Amphibien sowie Vögel und Fledermäuse. Ihr Schutz ist unverzichtbar für funktionierende Ökosysteme, Artenvielfalt und langfristig auch für die Lebensgrundlagen des Menschen. Wir setzen uns für gezielte Schutzprogramme ein. Für den Ausbau von Blühflächen, den Erhalt und die Vernetzung von Lebensräumen sowie den konsequenten Schutz von Brut -, Laich- und Überwinterungsplätzen. Amphibienschutz braucht sichere Wanderkorridore, feste Leitsysteme und dauerhafte Querungshilfen an Straßen. Vogel- und Fledermausschutz erfordert den Erhalt alter Bäume, Dach- und Fassadenstrukturen, den Schutz von Nist- und Quartierplätzen sowie eine Reduzierung von Lichtverschmutzung. Artenschutz muss bei Bauvorhaben, Infrastrukturprojekten und der Energieplanung verbindlich mitgedacht werden. Nicht zuletzt müssen Wildtiere im Straßenverkehr besser geschützt werden. Maßnahmen wie Schutzzäune, Warnsysteme und angepasste Tempolimits können die Zahl der Wildunfälle reduzieren und Mensch sowie Tier schützen.
Wir wollen den Schutz und die Wiederherstellung gefährdeter Lebensräume durch mehr Biotopschutz deutlich ausbauen. Dazu gehören Schilf- und Röhrichtbestände, Feuchtwiesen, Moore, Tümpel, Kleingewässer und Auen, die als Rückzugsräume für Amphibien, Libellen, Wasservögel und zahlreiche weitere Arten unverzichtbar sind. Verlandete oder zerstörte Kleingewässer sollen renaturiert und neue Laichgewässer geschaffen werden. Gleichzeitig wollen wir Hecken, Feldraine, Streuobstwiesen, Trockenmauern und naturnahe Waldränder als wichtige Trittsteine des Biotopverbunds erhalten und ausbauen.
Wir lehnen die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht klar ab . Sie ist wissenschaftlich nicht begründet und dient vor allem symbolischer Politik. Der Wolf ist ein geschützter Teil unserer Natur. Der Umgang muss sich an Fakten, nicht an Stimmungslagen orientieren. Statt Abschussdebatten setzen wir auf wirksame Prävention: Besseren Herdenschutz, unabhängige Beratung, konsequentes Monitoring und eine verlässliche finanzielle Unterstützung für Weidetierhalter:innen. Unser Ziel ist eine sachliche, faktenbasierte Politik und eine dauerhafte Koexistenz von Mensch, Nutztieren und Wolf.
Wildtiere sind ein selbstverständlicher Teil unserer Städte und verdienen wirksamen Schutz. Wir wollen den Arten- und Tierschutz als festen Bestandteil einer ökologischen Stadtentwicklung verankern. Deshalb setzen wir uns für verpflichtende tierschonende Bauweisen ein, insbesondere für vogelfreundliche Glasflächen sowie den Erhalt und die Schaffung von Nist- und Quartiermöglichkeiten für Vögel und Fledermäuse. Wo eine Regulierung von Wildtierbeständen erforderlich ist, muss sie

wissenschaftlich fundiert, tierschutzgerecht und im Einklang mit den Empfehlungen anerkannter Naturschutzverbände erfolgen. Ein landesweiter Taubennotdienst sowie die Förderung betreuter Taubenschläge sollen das Leid von Stadttauben wirksam verringern. Darüber hinaus wollen wir Wildtier- und Vogelauffangstationen, die einen unverzichtbaren Beitrag zum Tier- und Artenschutz leisten, dauerhaft finanziell absichern und das oft ehrenamtliche Engagement nachhaltig stärken.
Wir wollen:
• Wildtiere aus Zirkussen verbannen! Zoos und Wildparks transformieren wir mit der Umsetzung von Masterplänen zur verhaltensgerechten Haltung, Bildung und Artenschutz mit verstärkter finanzieller Förderung durch das Land.
• Tierheime dauerhaft absichern mit sicherer Finanzierung, angemessener Ausstattung und ausreichend qualifiziertem Personal.
• Landespolitische Förderung, Subventionen und öffentliche Aufträge an Landwirtschaftsbetriebe mit Tierhaltung an strengere Tierschutz- und Umweltstandards koppeln.
• Ausbau tierversuchsfreier Forschung und verpflichtender Einsatz moderner Methoden in Ausbildung und Forschung.
• Verbindliche Schutzprogramme für heimische Arten wie Wildbienen, Amphibien, Vögel und Fledermäuse sowie die konsequente Sicherung und Vernetzung ihrer Lebensräume in allen Landesplanungen.

16: Kultur, Sport und Europa

Kultur darf nicht zu einem reinen Konsumgut verkommen. Denn Kultur unter kapitalistischen Bedingungen bringt oft Standardisierung, Oberflächlichkeit und passive Konsumhaltung hervor, statt Menschen zu bilden, zu emanzipieren und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dagegen stellen wir eine demokratische, öffentliche Kultur, die aktiv entwickelt werden muss indem wir Orte der Begegnung, Kritik und Kreativität, die Vielfalt, soziale Teilhabe und Mitbestimmung fördern, statt Profitinteressen zu dienen. Kultur ist kein Luxus, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie ist Grundlage einer lebendigen Demokratie, Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt und Voraussetzung für soziale Teilhabe. Kultur bedeutet für uns Alltagskultur und Hochkultur zugleich, kulturelles Erbe ebenso wie zeitgenössische Kunst, Subkultur und Soziokultur. Deshalb ist Kulturpolitik für uns immer auch Sozial -, Demokratie- und Strukturpolitik.
Dabei verstehen wir Kultur ausdrücklich auch als Raum gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Emanzipation. Frauen, queere Menschen und andere strukturell benachteiligte Gruppen sind im Kulturbetrieb bis heute unterrepräsentiert in Leitungspositionen, Jurys, Förderentscheidungen und im künstlerischen Kanon. Kunst und Kultur sind historisch männlich dominiert und nicht selten von sexistischen Strukturen geprägt. Wir setzen uns daher für paritätische Gremienbesetzungen, gezielte Förderprogramme für Künstlerinnen und queere Kulturschaffende sowie für transparente und gerechte Vergabeverfahren ein.

16.01: Zugang zu einer vielfältigen Kultur für alle sichern

Damit Kultur für alle Menschen zugänglich bleibt, braucht sie eine verlässliche öffentliche Finanzierung. Kunst und Kultur gibt es nicht zum Nulltarif. Wir setzen uns deshalb für eine deutliche Erhöhung des Kulturetats des Landes im Verhältnis zum

Gesamthaushalt ein. Das Land trägt Verantwortung für die kulturelle Infrastruktur und muss die kommunalen Kultureinrichtungen dauerhaft und verlässlich institutionell fördern. Kultur darf nicht von kurzfristigen Haushaltslagen abhängig gemacht oder gegen andere Aufgaben ausgespielt werden. Kulturpflege und Kulturförderung ist als kommunale Pflichtaufgabe mit verbindlichen Standards zu verankern, die sich an den tatsächlichen Bedarfen der Städte, Gemeinden und Landkreise orientieren. Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Das Land muss sie gesetzlich verpflichtend und finanziell abgesichert unterstützen, wie es auch die Landesverfassung vorsieht.

Die freie Kulturszene ist ein unverzichtbarer Bestandteil der saarländischen Kulturlandschaft. Sie steht für künstlerische Innovation, gesellschaftliche Debatten, Nachwuchsförderung und niedrigschwellige Angebote, arbeitet jedoch häufig unter prekären Bedingungen. Wir wollen die Freie Szene nachhaltig stärken. Durch mehrjährige, verlässliche Förderstrukturen, transparente und entbürokratisierte Verfahren sowie den Ausbau von Produktions-, Probe- und Aufführungsorten im ganzen Land. Netzwerke und Interessenvertretungen der freien Szene müssen dauerhaft unterstützt werden, damit Vielfalt und Innovation erhalten bleiben.

Kulturarbeit ist Arbeit. Doch gerade im Kulturbereich sind unsichere Beschäftigungsverhältnisse, prekäre Bezahlung und fehlende soziale Absicherung weit verbreitet. Das ist nicht hinnehmbar. Öffentliche Kulturförderung muss deshalb an soziale Standards gebunden sein. Mindesthonorare, Tariftreue, faire Vertragsbedingungen und realistische Projektlaufzeiten müssen selbstverständlich werden. Die Künstlersozialversicherung muss erhalten und ausgebaut werden.

Was in der Kulturpolitik häufig übersehen wird, sind die Laienkünstler:innen jeden Alters, die einen unverzichtbaren Beitrag zum kulturellen Leben leisten. Chöre, Amateurtheater, Musikgruppen, Fotoclubs, Schreibwerkstätten, Tanzinitiativen oder generationsübergreifende Kunstprojekte prägen das kulturelle Gesicht unserer Städte und Gemeinden. Für uns gilt: „Jeder Mensch ist ein Künstler." Das Saarland muss ein Ort sein für professionelle Künstler:innen ebenso wie für Amateur:innen. Kultur entsteht nicht nur auf großen Bühnen, sondern in Vereinsheimen, Gemeindesälen, Schulen und selbstorganisierten Projekträumen. Dazu gehören eigene Förderprogramme für Amateurensembles und soziokulturelle Initiativen, vereinfachte Antragsverfahren, Beratung und Unterstützung bei Organisation und Finanzierung sowie eine stärkere öffentliche Sichtbarkeit ihrer Arbeit. Wettbewerbe, Festivals und landesweite Präsentationsformate für Laienkunst wollen wir ausbauen, um Austausch und Anerkennung zu fördern. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass für Künstler:innen – ob professionell oder im Amateurbereich – ausreichend Möglichkeiten der Präsentation geschaffen werden. Proberäume, Ateliers und Auftrittsgelegenheiten müssen in ausreichender Zahl und zu bezahlbaren Konditionen zur Verfügung stehen, angepasst an die jeweiligen Budgets und Bedürfnisse. Leerstehende öffentliche Gebäude sollen verstärkt für kulturelle Zwecke geöffnet werden.

Alle Menschen müssen Zugang zu kulturellen Angeboten haben, und zwar unabhängig von Einkommen, Herkunft, Alter oder körperlichen Voraussetzungen. Wir setzen uns für sozial gestaffelte Eintrittspreise und möglichst freien Zugang zu Kultureinrichtungen, die Einführung bzw. Ausweitung eines Sozialpasses auf Landesebene sowie für barrierefreie kulturelle Einrichtungen ein.

Ä013 · verlässliche staatliche Finanzierung barrierefreier Kultur- und Freizeitangebote
Die Linke Kreisverband Saarpfalz
Einfügung nach Z. 4872 · Paket S. 18
Teilweise und sinngemäß übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Die Linke Saar setzt sich für eine verlässliche staatliche Finanzierung barrierefreier Kultur- und Freizeitangebote sowie für feste Budgets zur Umsetzung inklusiver Veranstaltungen ein. Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene betrachtet Die Linke den Zugang zu Kultur, Freizeit und Festen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir fordern, dass Bund und Länder die Kommunen finanziell deutlich besser ausstatten, damit Städte und Gemeinden kulturelle und inklusive Veranstaltungen vor Ort dauerhaft finanzieren können. Inklusion darf nicht unter Haushaltsvorbehalt stehen; der Abbau von Barrieren bei Kultur- und Freizeitangeboten muss verbindlich gefördert werden.

Zur kulturellen Bildung gehört auch eine starke Förderung von Kunst und Kultur in Kitas und Schulen. Wir wollen Theater-, Musik- und Kunstprojekte an Bildungseinrichtungen ausbauen, Kooperationen mit freien Kulturschaffenden stärken und eine lebendige Schulkultur fördern. Kulturelle Bildung ist Voraussetzung für demokratische Teilhabe und kritisches Denken. Kulturelle Angebote müssen dabei gezielt auch in strukturschwachen Regionen und Quartieren gefördert werden, um gesellschaftlichen Zusammenhalt im ganzen Land zu stärken. Migration ist auch schon immer Teil der saarländischen Kulturgeschichte. Deshalb setzen wir uns für gezielte Förderprogramme für migrantische Kulturinitiativen, interkulturelle Projekte und niedrigschwellige Beratungsangebote ein.
Als Grenzregion trägt das Saarland zudem besondere Verantwortung für die Zusammenarbeit mit Frankreich, Luxemburg und Belgien. Wir wollen feste Koordinationsstellen für grenzüberschreitende Kulturprojekte einrichten, gemeinsame Festivals und Austauschprogramme fördern und verstetigen und die Mehrsprachigkeit als kulturelle Stärke begreifen.
Öffentliche Kultureinrichtungen wie Theater, Museen, Bibliotheken und soziokulturelle Zentren bilden das Rückgrat der Kulturlandschaft im Saarland. Sie müssen erhalten, weiterentwickelt und demokratisch kontrolliert werden. Ein freier Museumssonntag ist ein Beitrag allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel den Zugang zu Kultur zu erleichtern. Durch regelmäßigen kostenlosen Eintritt – etwa jeden zweiten Sonntag im Monat – werden Barrieren abgebaut und neue Besucher:innengruppen erreicht. Wir wollen dieses erfolgreiche Modell im Saarland deutlich ausweiten. Ausgehend von den Museen der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz soll der freie Museumssonntag auf alle öffentlichen musealen Einrichtungen im Saarland ausgeweitet werden, um kulturelle Teilhabe flächendeckend zu stärken.

16.02: Mit lauter Stimme für unsere Theater und Kinos!

Alle Theaterstandorte und Spielstätten im Saarland sollen erhalten bleiben. Für die Theaterbelegschaften im Saarland wollen wir bessere Arbeitsbedingungen sichern. Deshalb fordern wir die Einführung verbindlicher Tarifregelungen nach dem Vorbild Thüringens. Wir setzen uns dafür ein, dass an allen öffentlich getragenen Bühnen im Saarland konsequent Flächentarifverträge wie der Normalvertrag Bühne (NV Bühne) sowie die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes angewendet und weiterentwickelt

werden. Gleichzeitig bekennen wir uns klar zur künstlerischen Freiheit und Vielfalt der Theaterlandschaft im Saarland. Theater ist mehr als Unterhaltung, es ist ein Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzung, demokratischer Debatte und kultureller Innovation. In bewusster Abgrenzung zu rechten Kulturvorstellungen,

Ä078 · Autoritäre Kulturpolitik präzise benennen
LAG Transformation und Industrie
Änderung in Z. 4908 · Paket S. 95
Zurückgezogen durch die LAG Industrie & Transformation.

~~rechten~~ autoritär-nationalistischen Kulturvorstellungen

die Kunst einschränken und politisch für „die Nation“ instrumentalisieren wollen, stehen wir für eine offene Theaterkultur. Dazu gehören ausdrücklich auch experimentelle Formen, zeitgenössische Ästhetiken und politisches Theater, die aktuelle gesellschaftliche Fragen aufgreifen und neue Perspektiven eröffnen.
Das Saarland verfügt zudem über eine lebendige und vielfältige Kinolandschaft. Mit dem Max-Ophüls-Preis ist hier das wichtigste Festival für den deutschsprachigen Filmnachwuchs beheimatet. Kino ist Kunst, Bildungsort und sozialer Raum und verdient mehr öffentliche Unterstützung. Wir wollen alternative Programmkinos und Filmkultur dauerhaft fördern und dafür sorgen, dass kein Lichtspielhaus mehr schließen muss. Gerät ein Kino in wirtschaftliche Not oder Insolvenz, soll es als staatlich finanzierte Kinemathek weiterbetrieben werden können. So sichern wir kulturelle Orte vor Ort und erhalten Filmkultur auch jenseits des Mainstreams. Die heute vielfach ehrenamtlich geleistete Arbeit in auf Filmfestivals wollen wir schrittweise in mehr feste Stellen und fair bezahlte Honorare überführen. Gute Filmkultur braucht verlässliche Finanzierung und bessere Arbeitsbedingungen. Auch die Clubkultur ist ein wichtiger Bestandteil unseres kulturellen Lebens und stärkt kreative Vielfalt. Wir setzen uns entschieden gegen das Clubsterben ein, indem wir Clubs als Kulturorte anerkennen, rechtlich sichern und verlässliche Förderstrukturen schaffen.

Ä009 · Livekultur stärken, Musikstreamingdienste zur Kasse bitten
LAG Kultur
Einfügung nach Z. 4926 · Paket S. 12
Nicht übernommen

Wir setzen uns für eine Musikstreamingabgabe nach französischem Vorbild ein. Große Musikstreamingplattformen sollen ab einer festgelegten Umsatzhöhe einen Teil ihrer Einnahmen in einen öffentlich kontrollierten Förderfonds einzahlen. Die Mittel sollen gezielt Musikschaffenden, unabhängigen Labels, kleinen Veranstaltungsorten, Liveclubs, Tourneen und der Nachwuchsförderung im Saarland zugutekommen.

16.03: Wir leben Industriekultur

Initiativen für einen musealen, geschichtlichen und touristischen Zugang zu alten Industrieanlagen sind für uns ein zentraler Bestandteil einer aktiven Kultur- und Strukturpolitik. Die Kulturdenkmäler der Bergbau- und Hüttengeschichte sind keine Relikte vergangener Zeiten, sondern prägende Zeugnisse der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Saarlandes. Sie erzählen von brutalen

Arbeitsverhältnissen, Solidarität, Migration, technischen Innovationen, Kämpfen der Arbeiterbewegung und den präzedenzlosen Verbrechen des Nationalsozialismus. Diese Orte müssen erhalten, saniert und in tragfähige Konzepte für Bildung, Forschung und nachhaltigen Tourismus eingebunden werden. Mit dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte verfügt das Saarland über ein international herausragendes Industriedenkmal, das weit über die Landesgrenzen hinaus Strahlkraft besitzt. Dieses Potenzial gilt es weiterzuentwickeln und stärker mit regionalen Initiativen zu vernetzen. Auch die Bergwerksmuseen und Besucherbergwerke im Land leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bewahrung der Bergbaugeschichte. Sie brauchen eine verlässliche öffentliche Finanzierung, moderne Ausstellungskonzepte und pädagogische Programme, die insbesondere jungen Menschen einen lebendigen Zugang zur Industrie - und Sozialgeschichte eröffnen. Wir setzen uns dafür ein, ehemalige Industrieanlagen als Lernorte, Kulturstätten und touristische Anziehungspunkte weiterzuentwickeln.
Wir begrüßen das Konzept einer Museenbahn im Regionalverband Saarbrücken ausdrücklich. Sie verbindet das Weltkulturerbe Völklinger Hütte, das Erlebnisbergwerk Velsen und das Kohlemuseum La Mine in Petite-Rosselle zu einer touristischen Achse und stärkt so den Regionalverband nachhaltig. Das Land soll das Projekt finanziell unterstützen und damit Tourismus, kulturelles Erbe und die Rosseltalbahn dauerhaft sichern. Industriekultur ist Identität, Erinnerung und Zukunftschance zugleich. Ihr Erhalt ist nicht nur eine Frage des Denkmalschutzes, sondern ein Bekenntnis zur Geschichte und zur kulturellen Selbstvergewisserung unseres Landes.
Der Pingussonbau in Saarbrücken ist ein mahnendes Beispiel dafür, wie Investitionsstau öffentliche Kosten immer weiter in die Höhe treibt. Was rechtzeitig hätte gesichert und saniert werden können, wird durch jahrelanges Zögern zunehmend teurer und schwieriger. Wir bekennen uns klar zur Sanierung. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass, sofern baulich und denkmalpflegerisch möglich, ein Teil der Öffentlichkeit zurückgegeben wird: Als Museum für europäische Kultur- und Naturgeschichte mit dauerhaft kostenfreiem Eintritt. So verbinden wir den Erhalt kulturellen Erbes mit echter Teilhabe und zeigen, dass rechtzeitiges Investieren am Ende günstiger ist als spätes Reagieren. Große Kulturprojekte dürfen keine Prestigeprojekte sein, sondern müssen in eine Gesamtstrategie kultureller Grundversorgung eingebettet sein. Zum kulturellen Erbe gehören auch Denkmäler, Industriekultur und historische Bauten. Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht allein über Abriss oder Erhalt entscheiden. Erhalt, Sanierung und Umnutzung müssen Vorrang haben.

16.04: Die saarländische Genusskultur feiern und fördern

Das Saarland lebt außerdem von einer Gastronomie, Imbiss- und Kneipenkultur, die wir nicht vernachlässigen wollen. Gerade hier zeigt sich die Lebart unserer Region und auch ein Ausdruck eines genussvollen und guten Lebens. Dazu gehört auch gerade die saarländische Imbisskultur von der Rostwurst bis zum Döner. Die hervorragende Gastronomie und lebendige Kneipenszene im Saarland bilden außerdem Orte des Austausches, der Begegnung und des kulturellen Lebens allgemein. Wir brauchen daher mehr Förderungen des Landes für inhabergeführte Gastro- und Kneipenbetriebe, insbesondere im ländlichen Raum wo diese am Aussterben sind. Diese Fördergelder sollen dabei an tariflich gebundene Arbeit gekoppelt werden, um die Arbeitsbedingungen in der Gastro attraktiver zu gestalten und Überausbeutung zu bekämpfen. Zur Förderung der Gastronomie gehört auch eine Entbürokratisierung und

einfachere Auflagen damit kleine Betriebe besser bestehen und neue entstehen können. Außerdem wollen wir kulturelle Veranstaltungen in der Gastobranche mehr fördern mit Zuschüssen für Live-Musik, Lesungen und regionalen Kulturformaten. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass wieder eine stark begrenzte Anzahl angemeldeter Raucher:innenkneipen nach einer regionalen Quote zugelassen werden kann, unter der Berücksichtigung von Gesundheits- und Arbeitsschutz. Wir setzen uns dafür ein, die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie dauerhaft auf 7 % zu senken. Dazu wird das Saarland eine Bundesratsinitiative einbringen, um den Bundestag zu einem entsprechenden Gesetzesbeschluss zu bewegen.

16.05: Lasst wieder die Blumen blühen!

Zur kulturellen Infrastruktur gehört auch die Verbindung von Kultur, Bildung, Umwelt und Erholung. Die Schließung des Botanischen Gartens im Saarland war ein schwerer Fehler von CDU und SPD. Mit uns gibt es die Wiedereinrichtung eines öffentlich zugänglichen Botanischen Gartens an der Saar! Ein Botanischer Garten vermittelt Wissen über Pflanzen, Biodiversität und nachhaltige Lebensweisen, schafft Räume für Naturerfahrung und Erholung im urbanen Raum und stärkt das Bewusstsein für den Klimaschutz. Gleichzeitig ist er ein Ort der Begegnung, an dem Menschen aller Altersgruppen und Herkunft zusammenkommen, gemeinsam lernen und ihre Umwelt wertschätzen können. Gerade in Zeiten von Klimakrise, Umweltstress und zunehmender Digitalisierung braucht es solche Orte, die Bildung, Kultur und Naturerfahrung sinnvoll verbinden.
Der frühere Standort des Botanischen Gartens an der Universität des Saarlandes steht in seiner ursprünglichen Form heute nicht mehr zur Verfügung und lässt sich realistisch nicht wiederherstellen. Deshalb wollen wir einen neuen, zukunftsfähigen Botanischen Garten im Deutsch-Französischen Garten in Saarbrücken entwickeln. Die dort bereits vorhandenen gärtnerischen Anlagen bieten eine hervorragende Grundlage, um einen öffentlich zugänglichen Botanischen Garten mit wissenschaftlich fundierten Freilandbereichen, Umweltbildungsangeboten und einer modernen Gewächshausanlage für tropische und subtropische Pflanzen zu schaffen. So kann ein attraktiver Ort entstehen, der Erholung, Forschung, Bildung, Tourismus und Naturschutz miteinander verbindet und weit über das Saarland hinaus Strahlkraft entfaltet.
Wir wollen:
• Kultur als Pflichtaufgabe verankern. Deutlich höherer Kulturetat und verlässliche langfristige Finanzierung von Land und Kommunen.
• Die Freie Szene und die Laienkunst stärken durch mehrjährige Förderung, weniger Bürokratie und Sicherung der Infrastruktur.
• Gute Arbeit in der Kultur: Mindesthonorare, flächendeckende Tarifverträge - und treue, soziale Absicherung und Ausbau der Künstlersozialversicherung.
• Ein klares Bekenntnis zum Kulturstandort Saarland: Die Vielfalt der saarländischen Kultur weiter erhalten und mehr fördern, ob bei Museen, Theatern, Kinos, Clubs oder in der Industriekultur.
• Den Botanischen Garten im Saarland wieder neu aufbauen.

16.06: Beste Bedingungen für den saarländischen Sport schaffen

Sport ist ein wesentlicher Faktor für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gesundheit und Teilhabe im Saarland. Wir setzen auf eine Politik, die den Breitensport stärkt,

ehrenamtliches Engagement unterstützt und gezielt Kinder, Jugendliche, Senior:innen und Menschen mit Behinderungen fördert. Sportvereine sind Orte der Begegnung, sozialen Integration und der Förderung von Fairness und Solidarität, sie brauchen verlässliche Unterstützung, gute Infrastruktur und qualifizierte Betreuung. Wir fordern daher eine nachhaltige Finanzierung des Sports auf allen Ebenen, die inklusive Gestaltung von Sportstätten sowie faire Bedingungen für Trainer:innen und Ehrenamtliche. Gleichzeitig sollen Bewegungs- und Sportprojekte an Schulen, in Stadtteilen und Kommunen ausgebaut werden, um niedrigschwellige Angebote für alle Menschen zu sichern und gesunde Lebensweisen zu fördern. Darum werden wir das Sportfördergesetz entsprechend der gestiegenen Mitgliederzahl mit höherer Mittelzuweisung weiterführen.

Ä079 · Sportstätten nach Bedarf fördern und dauerhaft gemeinsam nutzen
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 5034 · Paket S. 96
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Größere öffentliche Investitionen in Sportstätten knüpfen wir an eine nachvollziehbare Bedarfsprüfung und ein dauerhaftes Nutzungskonzept. Vorrang haben die Sanierung vorhandener Anlagen, Barrierefreiheit und eine gemeinsame Nutzung durch Schulen, Vereine sowie Breiten- und Behindertensport. Geeignete Anlagen sollen mehreren Sportarten und Nutzergruppen offenstehen. Auch bei Großveranstaltungen müssen der spätere Betrieb und die Nachnutzung gesichert sein. Investitions- und Folgekosten, öffentliche Zuschüsse und die vereinbarten Nutzungsrechte sind transparent zu machen. Das gilt auch für öffentlich geförderte Anlagen des Profisports.

Die Qualität des Schulsports ist mit mehr gut ausgebildeten Sportlehrer:innen zu erhöhen. Wir wollen das Ausüben von Sport im öffentlichen Raum konsequent fördern und kostenfrei ermöglichen. Bewegung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Parks, Grünflächen, Schulhöfe und öffentliche Plätze sollen so gestaltet werden, dass sie niedrigschwellige und inklusive Sport- und Bewegungsangebote für alle Altersgruppen bieten. Dazu gehören frei zugängliche Outdoor-Fitnessgeräte, Bolzplätze, Basketball- und Streetballfelder, Skateanlagen, Lauf- und Bewegungsparcours sowie barrierearme Bewegungsangebote für Senior:innen und Menschen mit Behinderungen. Fußball ist der mit Abstand größte Breitensport im Saarland und verdient eine verlässliche Förderung auf allen Ebenen. Wir wollen den Frauen- und Mädchenfußball gezielt ausbauen, gleiche Trainings- und Spielbedingungen schaffen und Vereine bei der Nachwuchsarbeit stärker unterstützen. Gleichzeitig brauchen unsere Profivereine eine moderne und nachhaltige Infrastruktur. Sowohl der 1. FC Saarbrücken als auch die SV Elversberg sind wichtige Aushängeschilder des saarländischen Sports und verdienen leistungsfähige Sportstätten und ein zukunftsfähiges Umfeld. Insbesondere in Elversberg müssen notwendige Investitionen in Stadioninfrastruktur und Verkehrsanbindung gemeinsam mit Land und Kommunen umgesetzt werden. Die aktive Fanszene und insbesondere die Ultras prägen die Stadionatmosphäre und leisten einen wichtigen Beitrag zur Fankultur. Statt sie pauschal zu kriminalisieren, setzen wir auf den Ausbau unabhängiger Fanprojekte, den Dialog mit den Fanszenen und die konsequente Bekämpfung von Gewalt, Rassismus und Diskriminierung. Die Debatte um Pyrotechnik muss versachlicht werden. Wir unterstützen Modellprojekte für einen

kontrollierten und sicheren Einsatz von Pyrotechnik in dafür vorgesehenen Stadionbereichen, anstatt mit Kollektivstrafen die gesamte Fanszene unter Generalverdacht zu stellen.

Ä010 · Gleichberechtigung und Inklusion im Fußball stärken!
Die Linke Kreisverband Saarbrücken
Teil 1 – Fußballabschnitt · Änderung in Z. 5043–5059 · Paket S. 13–14
Nicht übernommen

~~Fußball ist der mit Abstand größte Breitensport~~ Insbesondere Angebote im ~~Saarland und verdient eine verlässliche~~ Vereinssport müssen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Einkommen oder körperlichen Voraussetzungen allen Menschen offenstehen. Gerade im mitgliederstärksten Fachverbands des Fußballs muss daher ein besonderer Schwerpunkt auf die Förderung ~~auf allen Ebenen. Wir wollen den~~ des Frauen- und ~~Mädchenfußball gezielt ausbauen,~~ Mädchenfußballs gelegt werden. Dazu gehören gleiche Trainings- und ~~Spielbedingungen schaffen~~ Spielbedingungen, eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Investitionen sowie eine bessere Unterstützung der Vereine ~~bei~~ in der ~~Nachwuchsarbeit stärker unterstützen. Gleichzeitig brauchen unsere Profivereine eine moderne~~ Nachwuchsarbeit.

Auch der Profifußball hat seinen Platz in der saarländischen Sportlandschaft. Seine Förderung muss jedoch in einem angemessenen Verhältnis zum gesellschaftlichen Nutzen und ~~nachhaltige Infrastruktur. Sowohl der 1. FC Saarbrücken als auch die SV Elversberg sind wichtige Aushängeschilder des saarländischen Sports und verdienen leistungsfähige~~ zu den verfügbaren öffentlichen Mitteln stehen. Öffentliche Investitionen in Sportstätten und ~~ein zukunftsfähiges Umfeld. Insbesondere in Elversberg~~ Verkehrsinfrastruktur müssen ~~notwendige Investitionen in Stadioninfrastruktur~~ deshalb transparent, nachhaltig und ~~Verkehrsanbindung gemeinsam mit Land~~ am Gemeinwohl orientiert sein.

Gleichzeitig stehen wir an der Seite einer aktiven und ~~Kommunen umgesetzt werden. Die aktive~~ kritischen Fanszene des Fußballs, die strukturelle Probleme klar benennt. Wir setzen uns gegen eine pauschale Kriminalisierung von Fans und ~~insbesondere die Ultras prägen die Stadionatmosphäre und~~ gegen unverhältnismäßige Kollektivstrafen ein. Unabhängige Fanprojekte leisten einen wichtigen Beitrag ~~zur Fankultur. Statt sie pauschal zu kriminalisieren, setzen wir auf den Ausbau unabhängiger Fanprojekte, den~~ für Dialog ~~mit den Fanszenen~~ und Prävention sowie für die konsequente Bekämpfung von Gewalt, ~~Rassismus~~ Rassismus, Sexismus und anderen Formen der Diskriminierung. Die Debatte um Pyrotechnik muss ~~versachlicht~~ konstruktiv und kritisch geführt werden. ~~Wir unterstützen Modellprojekte für einen kontrollierten~~ Dabei gilt es insbesondere die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, gesundheitlichen Einschränkungen und ~~sicheren Einsatz von Pyrotechnik in dafür vorgesehenen Stadionbereichen, anstatt mit Kollektivstrafen die gesamte Fanszene unter Generalverdacht~~ besonderen Schutzbedarfen zu ~~stellen.~~ berücksichtigen.

Die gesellschaftlich dominante Rolle des Fußballs darf aber

Ä010 · Gleichberechtigung und Inklusion im Fußball stärken!
Die Linke Kreisverband Saarbrücken
Teil 2 – Folgeredaktion · Streichung in Z. 5060 · Paket S. 13–14
Nicht übernommen

~~aber~~

nicht dazu führen, dass
andere Sportarten im Saarland aus dem Blick geraten. Die Linke bekennt sich klar zu einer vielfältigen Sportlandschaft, die insbesondere Kindern und Jugendlichen verschiedene Wahlmöglichkeiten eröffnet. Auch in den Sparten Volleyball, Badminton, Tischtennis, Darts, Basketball und Handball sowie in vielen anderen Disziplinen verzeichnen saarländische Vereine beachtliche Leistungen. Diese verdienen Anerkennung auch in Form ausreichender finanzieller Ausstattung für qualitativ hochwertige Sportstätten. Sportförderung darf niemals einseitig vorherrschende Strukturen manifestieren.

Ä080 · Sportstätten mit der Nachbarschaft planen und Lärmschutz sichern
LAG Transformation und Industrie
Einfügung nach Z. 5068 · Paket S. 97
Übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Beim Ausbau von Sportstätten und bei wesentlichen Änderungen ihrer Nutzung beteiligen wir Vereine, Sportler:innen und die betroffene Nachbarschaft frühzeitig. Lärm- und Verkehrsbelastungen müssen vorab nachvollziehbar geprüft werden. Wir sichern den erforderlichen Schutz durch geeignete bauliche Maßnahmen, klare Betriebs- und Veranstaltungsregeln sowie deren wirksame Kontrolle. Dafür müssen die Zuständigkeiten und verlässliche Ansprechstellen für Beschwerden feststehen.

16.07: Das Saarland schwimmt mit Bäder-Abo

Bäder sind unverzichtbare Orte der Gesundheit, Teilhabe und sozialen Begegnung, besonders für Familien, Kinder und Jugendliche. Die Schließung des Stadtbads und der Abriss des Freibads „Deutschmühlenbad“ in Saarbrücken haben deutliche Versorgungslücken hinterlassen, die bis heute nicht geschlossen sind. Das neue Calypsobad ist für viele Familien kaum bezahlbar. Eintrittspreise von 25 Euro und mehr für Sozialhilfeempfänger:innen, Menschen mit Grundsicherung oder Behinderung halten wir für unangemessen.
Wir setzen dagegen auf ein landesweites Bäder-Abo nach Berliner Vorbild, das den uneingeschränkten Zugang zu allen öffentlichen Hallen- und Freibädern ermöglicht. Mit einem Richtwertpreis von rund 20 Euro pro Monat für Erwachsene und etwa 10 Euro für Schüler:innen, Studierende, Auszubildende und Sozialleistungsbeziehende soll Schwimmen und Sport für alle bezahlbar werden. Ein landesweites Bäder-Abo stärkt zudem die Zusammenarbeit der Kommunen, anstatt einzelne Bäder gegeneinander auszuspielen. Es macht den Zugang zu Schwimmbädern einfach, planbar und unabhängig vom Wohnort und fördert so regelmäßige Bewegung, Gesundheitsvorsorge und die Schwimmfähigkeit von Kindern und Erwachsenen. Gleichzeitig werden die saarländischen Bäder als gemeinsamer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge gestärkt und nicht länger nach kurzfristigen Wirtschaftlichkeitskriterien bewertet. Das Abo sorgt gleichzeitig für planbare, stabile Einnahmen für die Bäder, erleichtert Investitionen in Wartung, Modernisierung und Energiesparmaßnahmen und reduziert den Verwaltungsaufwand durch Einzelkassen. So werden Bäder zu verlässlichen Orten der Gesundheit, Teilhabe und sozialen Begegnung, die Familien und jungen Menschen regelmäßige Bewegungsangebote bieten und langfristig die finanzielle Tragfähigkeit der saarländischen Bäder sichern. Wir sagen klar: Kein weiteres Frei- oder Hallenbad darf

mehr schließen!
Um Unterrichtsausfälle im Schwimmen und Sport dauerhaft zu verhindern, bauen wir ein neues, verlässliches System auf: Öffentliche Schwimmbäder und Sportzentren werden zu festen Bildungspartnern der Schulen. Sie stellen eigene Trainer:innen und Sportpädagog:innen mit pädagogischer Ausbildung ein, die den Unterricht regelmäßig übernehmen oder unterstützen. Diese Fachkräfte arbeiten verbindlich mit Schulen zusammen und sichern, dass Schwimm- und Sportunterricht unabhängig von schulischem Personalmangel planbar und durchgehend stattfinden kann. Schulen erhalten feste Zeiten und greifen auf qualifiziertes Personal vor Ort zurück. So entlasten wir Lehrkräfte, nutzen vorhandene Infrastruktur effizient und sorgen dafür, dass jedes Kind sicher schwimmen lernt und Zugang zu guter Bewegungserziehung hat.
Wir wollen:
• Den Breitensport stärken und inklusive Bewegungsangebote für Kinder, Jugendliche, Senior:innen und Menschen mit Behinderungen ausbauen.
• Sport und Bewegung im öffentlichen Raum kostenfrei und niedrigschwellig ermöglichen, z. B. auf Parks, Schulhöfen und Sportanlagen.
• Den Frauen- und Mädchenfußball stärken, in die Infrastruktur unserer Profivereine investieren und Fußball als Breitensport fördern. Der 1. FC Saarbrücken und die SV Elversberg brauchen zukunftsfähige Infrastruktur. Ultras sind Teil der Fankultur – statt Kriminalisierung setzen wir auf Fanprojekte, Dialog und Modellprojekte für einen sicheren Umgang mit Pyrotechnik.
• Den Zugang zu allen öffentlichen Hallen- und Freibädern bezahlbar und planbar gestalten, durch ein landesweites Bäder-Abo.
• Den Schwimm- und Sportunterricht an Schulen dauerhaft sichern, indem qualifizierte Trainer:innen und Sportpädagog:innen fest eingebunden werden.
• Die Qualität des Schulsports durch mehr gut ausgebildete Sportlehrer:innen erhöhen.

16.08: Nicht gegen, sondern für ein anderes Europa!

Das Saarland lebt Europa täglich: Grenzüberschreitende Arbeit, Kultur, Bildung und persönliche Beziehungen prägen den Alltag vieler Menschen. Europa darf nicht nur abstraktes Projekt oder Standortwettbewerb sein, sondern muss konkrete Vorteile für die Menschen in unserer Region haben und das Leben besser und einfacher und nicht schlechter und schwieriger machen. Deshalb setzen wir uns für ein von Grund auf soziales, demokratisches und ökologisch verantwortliches Europa ein, das den besonderen Bedürfnissen kleinerer Grenzregionen wie dem Saarland besonders Rechnung trägt.
Europa darf nicht nur ein gemeinsamer Markt sein, sondern muss auch gemeinsame soziale Rechte und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge garantieren. Gerade das Saarland bietet sich gemeinsam mit Luxemburg, Lothringen und Rheinland -Pfalz als Modellregion für eine solche europäische Sozialunion an: Millionen Menschen leben, arbeiten, lernen und bewegen sich täglich über Grenzen hinweg, während ihre sozialen Rechte, Löhne, Leistungen und Zugänge zur öffentlichen Infrastruktur weiterhin an nationalen Grenzen enden.
Wir wollen deshalb eine SaarLorLux-Sozialunion als Modellprojekt für Europa vorantreiben. Dazu gehören gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen, grenzüberschreitende soziale Sicherung, eine bessere

Anerkennung von Berufsabschlüssen und Sozialleistungen sowie eine gemeinsame öffentliche Infrastruktur bei Gesundheit, Bildung und Mobilität. Das Saarland soll gemeinsam mit seinen Nachbarregionen dafür sorgen, dass soziale Rechte nicht an der Grenze verloren gehen, sondern dort beginnen, wo Menschen ihren Alltag leben. So kann aus dem europäischen Gedanken konkrete soziale Realität werden und aus der Grenzregion ein Vorbild für ein Europa, in dem gleiche Rechte und gute Lebensbedingungen wichtiger sind als Standortkonkurrenz und Lohndumping .

Das Saarland profitiert von europäischen Strukturfondsmitteln und gleichzeitig sind diese Mittel oft unzureichend und zu bürokratisch. Wir wollen, dass das Land konsequent dafür eintritt, ausreichende, verlässliche und gezielt für die regionale Entwicklung einsetzbare EU-Fördermittel zu sichern. Sie sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Bildungseinrichtungen, kulturelle Projekte, soziale Initiativen und nachhaltige Infrastruktur unterstützen. Nur so helfen die Mittel nachhaltig dabei, dass das Saarland seine wirtschaftliche, soziale und ökologische Transformation erfolgreich gestalten kann.
Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Mittel gezielt für nachhaltige Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien, öffentliche Mobilität und den Umbau der Industrie eingesetzt werden, ohne die Menschen in unserer Region finanziell zu überfordern. Europa muss helfen den Strukturwandel in eine echte sozial -ökologischen Transformation zu überführen, nicht ihn zu verschärfen. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für das Saarland seit Jahrzehnten besonders wichtig, Kultur, Bildung, Wissenschaft und kommunale Kooperationen profitieren von einem starken Europa von unten. Wir wollen, dass das Land diese grenzüberschreitenden Initiativen systematisch unterstützt, Förderprogramme entbürokratisiert und die Zusammenarbeit mit Partnerregionen in Frankreich und Luxemburg aktiv ausbaut .
Ein kostenfreier Nahverkehr zwischen Luxemburg und dem Saarland würde den europäischen Gedanken stärken, indem er Mobilität, Austausch und Zusammenarbeit über Grenzen hinweg erleichtert. So wird Europa im Saarland erlebbar und stärken wir den sozialen und kulturellen Zusammenhalt in der Region. Ein fahrscheinloser ÖPNV bis 2030 ist deshalb auch ein europapolitisches Projekt. Er baut soziale und finanzielle Barrieren im grenzüberschreitenden Alltag ab, erleichtert den Austausch mit unseren Nachbarregionen und macht nachhaltige Mobilität unabhängig von Einkommen und Staatsgrenzen. Gerade im Dreiländereck kann das Saarland zeigen, wie ein sozialer und klimafreundlicher öffentlicher Verkehr zu einem konkreten Baustein eines gelebten Europas wird.
Wir wollen außerdem, dass die saarländische Landesregierung allen Jugendlichen mit Erreichen des 18. Lebensjahres einen kostenfreien Interrail -Jugendpass zusendet. Damit schafft das Land direkte, niedrigschwellige Zugänge zu europäischer Mobilität, stärkt den europäischen Zusammenhalt und macht grenzüberschreitendes Reisen für junge Menschen leistbar und erlebbar.
Ein besonders wichtiger Aspekt der europäischen Zusammenarbeit ist der kulturelle Austausch, insbesondere für junge Menschen. Das Saarland soll den Kontakt zwischen Schulen, Hochschulen, Jugendorganisationen und kulturellen Einrichtungen in Frankreich, Luxemburg und darüber hinaus stärken. Gemeinsame Projekte in Musik, Theater, Sport, Kunst und Wissenschaft fördern gegenseitiges Verständnis, Sprachkompetenz und Offenheit gegenüber anderen Lebensweisen. Solche Begegnungen ermöglichen jungen Menschen, Europa als lebendigen Raum von Vielfalt

und Zusammenhalt zu erfahren und tragen dazu bei, Vorurteile abzubauen und eine generationenübergreifende europäische Identität zu entwickeln.
Ein Schwerpunkt soll hier auch auf der grenzüberschreitenden Erinnerungsarbeit liegen. Das Saarland teilt mit seinen Nachbarregionen in Frankreich Orte historischer Erinnerung wie Verdun oder das ehemalige KZ Natzweiler-Struthof, die Mahnung und Aufklärung zugleich sein sollen. Wir wollen, dass das Land die Zusammenarbeit mit französischen Partnern systematisch stärkt, grenzüberschreitende Bildungs- und Gedenkprojekte fördert und den Austausch von Schulen, Jugendgruppen und zivilgesellschaftlichen Initiativen unterstützt. So wird nicht nur die gemeinsame Geschichte aufgearbeitet, sondern auch der europäische Gedanke von Frieden, Verständigung und Versöhnung im Alltag erlebbar gemacht.
Schließlich gilt: Europa muss demokratischer und transparenter gestaltet werden . Die Entscheidungen auf EU-Ebene dürfen nicht an den Menschen vorbeigetroffen werden. Deshalb wollen wir eine stärkere Beteiligung des Landes und seiner zivilgesellschaftlichen Akteure an europäischen Prozessen, mehr Mitbestimmung auf Landes- und Kommunalebene sowie eine stärkere parlamentarische Kontrolle. Nur so kann das Saarland als Brückenregion zu einem solidarischen, demokratischen und lebendigen Europa beitragen.
Wir sind keine Jubeleuropäer. Das heißt für uns, dass das Saarland eine klare, laute Stimme in Europa sein muss, wenn es um Fehlentwicklungen geht. Wir lehnen Sozialabbau, unkontrollierte Aufrüstung und eine europäische Flüchtlingspolitik ab, die Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt. Das Land soll konsequent dafür eintreten, dass europäische Entscheidungen soziale Politik, Frieden und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen. Dazu gehört, dass die Bundesregierung und die EU aufgefordert werden, sichere Fluchtwege zu schaffen, Seenotrettung zu garantieren und solidarische Lösungen für Geflüchtete zu finden. Ebenso muss das Saarland auf europäischer Ebene gegen Kürzungen sozialer Leistungen und gegen die europaweite Aufrüstung eintreten, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden und die ökologische Transformation verteuern würde.
Wir wollen:
• Den Gedanken einer Sozialunion umsetzen: Eine SaarLorLux-Sozialunion als Modellprojekt für Europa mit gemeinsamen Standards für Löhne und öffentliche Daseinsvorsorge.
• Ausreichende und gezielte EU-Strukturfonds mit längeren Verfügungsfristen zur Verwendung der Mittel.
• Die Transformation in Industrie, Energie und Mobilität stärker grenzübergreifend sozial und ökologisch gestalten.
• Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Kultur, Bildung, Wissenschaft, Erinnerungsarbeit und Kommunen stärken und ausbauen und erlebbar machen mit mehr Austausch, Transparenz, Mitbestimmung und Beteiligung auf Landes- und Kommunalebene.
• Ein Saarland, dass auch die Fehlentwicklungen und Probleme Europas benennt, artikuliert und Alternativen aufzeigt .

17: Kommunen, öffentliche Verwaltung und Digitalisierung

Das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen im Saarland sind unsere Städte und Gemeinden, die zukunftsfest gestaltet werden müssen. Gut funktionierende Kommunen

sind das Fundament für Bildung, Kultur, Sport, soziale Angebote und die Daseinsvorsorge vor Ort. Sie sind der Ort, an dem Menschen ihren Alltag organisieren, soziale Beziehungen gestalten und demokratische Teilhabe konkret erfahren. Starke und verlässliche kommunale Strukturen schaffen die materiellen Voraussetzungen für Selbstbestimmung, soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb ist eine handlungsfähige, demokratische und solidarische Kommune für uns ein zentraler Bestandteil einer emanzipatorischen Gesellschaft.

17.01: Für Kommunen die zuverlässig funktionieren

Für uns ist klar: Die Kommunen dürfen nicht durch Schuldenlast, Bürokratie oder unproportionale Finanzverteilung ausgebremst werden. Sie müssen handlungsfähig, finanziell unabhängig und bürger:innennah sein. Unsere Kommunen brauchen daher verlässliche Einnahmen für ihre Pflichtaufgaben wie z.B. Schulen, Kitas, Feuerwehr, Straßen oder Sozialleistungen. Kosten für Aufgaben, die auf Bundes - oder Landesebene den Kommunen zugewiesen werden, müssen daher auch konsequent in Gänze übernommen werden. Wir brauchen eine strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, zahlt! Hochverschuldete Kommunen brauchen einen Schuldenschnitt, damit sie wieder handlungsfähig werden, investieren und Zukunft für ihre Einwohnerinnen und Einwohner gestalten können.
Denn wir brauchen moderne Schulen und Kindergärten, funktionierende Verwaltungen, die digital gut aufgestellt sind, gepflegte Friedhöfe, bezahlbare Wohnungen, gut ausgestattete Freiwillige Feuerwehren, Mehrgenerationentreffpunkte oder eine lebendige, vielfältige Vereinslandschaft, um Kommunen für die saarländische Bevölkerung attraktiv zu gestalten. Das alles kostet Geld und ist notwendig. Das bedeutet jedoch auch, dass bei politisch gewollten Vorhaben, wie dem Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Schulen, Bund und Land für eine komplette Finanzierung zu sorgen haben.
Bürokratische Hürden sollen abgebaut, Gesetze vereinfacht und Vorschriften verständlich und bürger:innenfreundlich gestaltet werden.
Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für uns echte Handlungsspielräume zu schaffen statt starrer Vorgaben von oben. Gleichzeitig wollen wir die ländliche Entwicklung, Grundversorgung und lokale Infrastruktur gezielt stärken. Programme wie LEADER, genossenschaftliche Dorfläden, kommunale Kooperationen und Investitionen in Bildung, Kultur und soziale Angebote sichern wohnortnah Arbeitsplätze, Nahversorgung für alle und die Lebensqualität im ganzen Saarland. Nur mit starken Kommunen können wir die sozialen Potenziale der Region für alle Generationen sichern.

17.02: Kommunen zu stärken, heißt Lebensqualität verbessern

Sauberkeit ist ein wichtiger Teil der Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden. Neben häufigeren Reinigungen und mehr Personal brauchen wir konsequent mehr öffentliche Müllbehälter, insbesondere an stark frequentierten Orten. Mülleimer sollen immer mit kostenlosen Hundekotbeuteln ausgestattet werden, die über die Hundesteuereinnahmen zu finanzieren sind. Gleichzeitig muss das Saarland Sensibilisierungskampagnen und niedrigschwellige Angebote zur Abfallvermeidung fördern, um Müllaufkommen langfristig zu reduzieren und öffentliche Räume für alle sauber, sicher und attraktiv zu gestalten.
Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass unsere Kommunen konsequenter

inklusiv und barrierefrei gestaltet werden. Menschen mit Behinderungen, Senior:innen, Frauen und andere gesellschaftliche Gruppen sollen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können. Dafür brauchen Städte und Gemeinden mehr gezielte Unterstützung durch Förderprogramme für barrierefreie Infrastruktur, inklusive Freizeit- und Bildungsangebote sowie die Stärkung von Frauen- und Senior:inneninitiativen. Diese Politik der Inklusion darf nicht nur auf Kosten der Kommunen gehen, sie muss begleitet, finanziert und praktisch umsetzbar gemacht werden, damit alle Bürger:innen gleichermaßen profitieren und sich vor Ort wohlfühlen können. Die Herausforderungen eines demographischen Wandels haben wir fest im Blick: Wir möchten es Senior:innen ermöglichen, so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden bleiben zu können. Dazu gehört, dass eine medizinische Versorgung im näheren Umfeld vorhanden ist.

Ein starkes kommunales Engagement umfasst auch die Jugendförderung. Jugendzentren, Sport- und Freizeitangebote sowie Projekte zur politischen Bildung und sozialen Teilhabe wie Jugendbeauftragte oder Jugendbeiräte müssen unterstützt werden, damit junge Menschen sich entfalten, ihre Talente entwickeln und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Gleichzeitig müssen Städte und Gemeinden attraktiv für junge Menschen gestaltet werden: Räume ohne Konsumzwang, freie Graffitiflächen und allgemein Orte, die Jugendliche eigenständig nutzen und gestalten können, sind dafür zentral. Wir setzen uns ein für ausreichende finanzielle Mittel, personelle Ressourcen und kreative Förderprogramme, damit Jugendliche vor Ort sichere, offene und inspirierende Räume haben.

Gleichzeitig muss die kommunale Infrastruktur vollständig erhalten bleiben: Frei- und Hallenbäder, Sportstätten, Bibliotheken, kulturelle Einrichtungen und andere Angebote dürfen nicht geschlossen werden, da sie für die Lebensqualität und das Miteinander vor Ort unverzichtbar sind. Wir wollen die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung aktiv vorantreiben und unterstützen den flächendeckenden Glasfaserausbau. So schaffen wir die Grundlage dafür, dass Bürger:innen Behördengänge auch online erledigen können, Anträge digital einreichen können und Bescheide schneller erhalten. Das spart Zeit, Wege und Kosten. Schnelles Internet ermöglicht Homeoffice, stärkt regionale Betriebe, fördert Innovation und sichert Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Wir möchten, dass der Glasfaserausbau klar öffentlich gesteuert wird. So garantieren wir bezahlbare Tarife, verlässliche Versorgung und digitale Teilhabe für alle. Mit verständlichen Online-Portalen und Open-Source-Lösungen machen wir Verwaltung transparenter, effizienter und bürgernah. Digitalisierung soll den Alltag konkret erleichtern, gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Informationen stärken und Kommunen zukunftsfest machen.

Die kommunalen Volkshochschulen sind zentrale Orte der Erwachsenen - und Weiterbildung, der kulturellen Teilhabe und des lebenslangen Lernens. Wir setzen uns dafür ein, die Volkshochschulen langfristig zu sichern und ihre öffentliche Finanzierung deutlich zu stärken. Auch Erwachsenenbildung darf nicht von der Kassenlage einzelner Kommunen abhängen. Deshalb braucht es höhere und verlässliche Landesmittel, damit Angebote erhalten, Gebühren sozial verträglich gestaltet und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten geschaffen werden können. Wir wollen die Volkshochschulen zu modernen Zentren der Erwachsenen- und Weiterbildung weiterentwickeln – wohnortnah, barrierefrei und für alle zugänglich.

Besonders Angebote in den Bereichen Grundbildung, Deutsch als Zweitsprache, digitale Bildung, politische Bildung und berufliche Qualifizierung sollen ausgebaut werden. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen braucht es starke öffentliche Bildungsorte in allen Regionen des Saarlands.
Unsere Kommunen müssen zudem besser vor den negativen sozialen Folgen des Glücksspiels geschützt werden. Spielhallen, Wettbüros und Online-Glücksspiel konzentrieren sich oft gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen und verschärfen Armut, Verschuldung und Suchtprobleme. Wir wollen den Kommunen mehr Möglichkeiten geben, konsequent gegen die Ausbreitung kommerzieller Glücksspielangebote vorzugehen, durch strengere Genehmigungen, größere Abstandsregeln und harte Kontrollen. Neue Spielhallen und Casinos sollen nicht mehr zugelassen werden! Wir setzen uns für ein möglichst weitgehendes Verbot von Online-Casinospielen und virtuellen Automatenspielen ein und wollen die bestehenden landesrechtlichen Spielräume maximal ausschöpfen. Das Saarland soll sich zudem für eine entsprechende Änderung des Glücksspielstaatsvertrags einsetzen, um Online-Glücksspiel bundesweit stärker zu begrenzen und den Schutz vor Spielsucht über die Interessen der Glücksspielindustrie zu stellen. Glücksspiel darf nicht dem Profit privater Konzerne dienen, sondern – wenn überhaupt – nur streng reguliert und gemeinwohlorientiert organisiert werden. Angebote wie Saartoto, deren Einnahmen sozialen, kulturellen und sportlichen Zwecken zugutekommen, unterscheiden sich dabei grundlegend von profitorientierten Online-Casinos und Wettanbietern und können erhalten bleiben.

17.03: Nein zu Zentralismus, ja zu wohnortnahen Strukturen

Wir lehnen populistische Debatten über die Zusammenlegung von Kreisen und Gemeinden ab, die nur von den echten Herausforderungen der Kommunen ablenken. Stattdessen setzen wir auf Wohnortnähe und bürgernahe Strukturen, damit Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie die Menschen direkt betreffen. Kurze Wege zu Verwaltung, Bildung, Kultur, Freizeitangeboten und sozialen Diensten sind ein zentraler Bestandteil liebens- und lebenswerter Kommunen. Sie dürfen nicht durch künstliche Zentralisierung gefährdet werden. Erfahrungen mit vergangenen Gebiets- und Verwaltungsreformen zeigen zudem, dass Zusammenlegungen häufig vor allem mit Einsparungen und der Sanierung öffentlicher Haushalte begründet wurden, während für die Menschen vor Ort kaum Verbesserungen entstanden sind. Wir wollen Kommunen und Kreise nicht gesundsparen, indem wir sie größer und unpersönlicher machen, sondern sie finanziell so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben gut erfüllen können.
Als Landeshauptstadt, einzige Großstadt des Saarlandes und zentraler Wissenschafts -, Kongress- und Messestandort mit bundesweiter Ausstrahlung trägt Saarbrücken besondere Verantwortung für die gesamte Region. Diese strukturellen Mehrbelastungen müssen sich im kommunalen Finanzausgleich deutlich widerspiegeln.
Wir wollen:
• Die konsequente Förderung leistungsfähiger Gemeinde - und Verwaltungsstrukturen.

• Die Sicherstellung eines fairen kommunalen Finanzausgleichs inklusive Schuldenschnitt für hochverschuldete Städte und Gemeinden.

• Bürokratieabbau und bürger:innenfreundliche Gestaltung von Gesetzen

und Vorschriften.

• Eine stärkere Einbindung der Kommunen in Landes- und Bundesentscheidungen sowie angemessene Beteiligung am Steueraufkommen.

• Mehr Förderung der ländlichen Infrastruktur, Grundversorgung, interkommunalen Kooperationen und Investitionen in Bildung, Kultur und soziale Angebote.

17.04: Starke Verwaltung, echte Mitbestimmung

Ein handlungsfähiger Staat braucht eine leistungsfähige Verwaltung mit motivierten Beschäftigten. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeitsbedingungen für alle öffentlichen Angestellten im Saarland zu verbessern – auch durch eine tarifliche Orientierung an TV-L 13 und vergleichbaren Standards, um gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit im Land zu sichern und Fachkräfte zu halten. Tarifverhandlungen müssen zu fairen Ergebnissen führen, die sowohl Preis- als auch Produktivitätsentwicklungen insgesamt berücksichtigen, und Beschäftigten Planungssicherheit, Mitbestimmung und angemessene Entgelt- sowie Arbeitsbedingungen bieten. Darüber hinaus brauchen öffentliche Einrichtungen genügend Personal, auskömmliche Sachausstattung und moderne digitale Arbeitsprozesse, um Bürger:innen effektiv und bürgernah zu dienen. Eine demokratische, handlungsfähige und bürgernahe Verwaltung darf niemals in den Verdacht geraten, korrupt, parteigebunden oder von Netzwerken beeinflusst zu sein. Öffentliche Ressourcen und Entscheidungen müssen stets im Interesse der Allgemeinheit getroffen werden und nicht zur Begünstigung einzelner politischer Akteur:innen oder Klientelstrukturen. Deshalb sagen wir dem Filz den Kampf an: Wir stehen für Transparenz, klare Regeln und unabhängige Kontrolle in der Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen. Der aktuelle Skandal um die Neunkircher Verkehrs GmbH (NVG) offenbart, wie schnell Vertrauen in staatliche Institutionen verloren geht, wenn enge Parteiverflechtungen, Gratisleistungen, illegale Parteispenden und Befangenheit miteinander vermischt werden. Laut einem unabhängigen Gutachten stehen dort unter anderem Millionenbeträge an Zulagen ohne nachvollziehbare Begründung, „Nuller-Rechnungen“ und illegale Barspenden im Raum, alles in engem Zusammenhang mit Mitgliedern und Funktionsträgern der regierenden SPD. Diese Vorfälle haben zu erheblichen politischen Diskussionen geführt und zeigen, wie wichtig eine lückenlose Aufklärung und unabhängige Kontrolle sind. Wir begrüßen die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur NVG -Affäre im Landtag, die bei Enthaltung der SPD zustande gekommen ist. Der Ausschuss muss sämtliche Vorwürfe und Strukturen rund um die NVG-Affäre, mögliche Verstöße gegen das Parteiengesetz, die Rolle der kommunalen Aufsicht sowie weiterer städtischer Beteiligungsunternehmen umfassend aufklären und Empfehlungen für die notwendigen rechtsstaatlichen Konsequenzen erarbeiten. Zeitgleich fordern wir mehr gesetzliche Maßnahmen zur Korruptionsprävention, Transparenz und Rechenschaftspflicht in der öffentlichen Verwaltung.
Wir setzen uns dafür ein, den Kirchenaustritt zu entbürokratisieren und vollständig von Gebühren zu befreien. Der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft muss ein einfacher, transparenter Vorgang sein, der niemanden finanziell oder organisatorisch belastet. Landespolitisch bedeutet das die Schaffung eines einheitlichen, digitalen und kostenfreien Verfahrens, das Bürger:innen eigenständig und unkompliziert ermöglicht, ihre Religionszugehörigkeit frei zu wählen oder zu ändern, als Ausdruck von

Selbstbestimmung und Trennung von Staat und Kirche. Im gleichen Sinne setzen wir uns für die Abschaffung der Sonderregelungen an sogenannten stillen Feiertagen , wie das Tanzverbot am Karfreitag, ein. Freizeit, Kultur und künstlerische Veranstaltungen dürfen nicht durch religiöse Vorschriften eingeschränkt werden.

17.05: Mehr Demokratie für das Saarland

Gleichzeitig muss demokratische Teilhabe im Saarland endlich gestärkt werden, sowohl auf kommunaler wie auf Landesebene. Im Saarland gehören die direkten Mitbestimmungsrechte bisher zu den restriktivsten in der Bundesrepublik. Hohe Hürden für Volksinitiativen und Volksentscheide haben dazu geführt, dass bislang kaum direktdemokratische Verfahren durchgeführt werden konnten. Besonders hohe Quoren und strikte finanzielle Beschränkungen verhindern wirksame Beteiligung. Daher fordern wir, diese Hürden deutlich zu senken: Längere Fristen, ein niedrigeres Unterschriften-Quorum und die Einführung freier Unterschriftensammlung, damit Bürger:innen Initiativen ohne bürokratische Hemmnisse starten können; zugleich müssen Volksinitiativen und Volksentscheide über ein größeres Themenspektrum möglich sein. Die Stärkung der direkten Demokratie gehört für uns ebenso dazu wie ein modernes kommunales Selbstverwaltungsgesetz, das bürgerschaftliches Engagement mehr unterstützt und lokale Entscheidungsspielräume ausweitet, damit Politik näher an den Menschen statt an Parteizentralen ausgerichtet wird.
Im Saarland kommt bei der Sitzverteilung in kommunalen Gremien und im Landtag weiterhin das D’Hondt-Verfahren zum Einsatz. Dieses Verfahren bevorzugt systematisch größere Parteien und benachteiligt kleinere politische Kräfte sowie neue gesellschaftliche Stimmen. Dadurch wird die politische Vielfalt verzerrt und demokratische Repräsentation eingeschränkt. Wir setzen uns daher für die Abschaffung des D’Hondt-Verfahrens auf kommunaler und Landesebene ein und wollen es durch ein ausgeglichenes Zuteilungsverfahren ersetzen, das den Wählerwillen genauer abbildet und die Chancengleichheit der Parteien stärkt. In mehreren Bundesländern wurde das D’Hondt-Verfahren bereits rechtlich überprüft und durch fairere Verfahren ersetzt.

17.06: Das eigenständige Saarland bleibt!

Die Eigenständigkeit des Saarlandes als Bundesland ist für uns ein wichtiger Bestandteil demokratischer Vielfalt und regionaler Selbstbestimmung in der Bundesrepublik. Das Saarland hat aufgrund seiner besonderen Geschichte schon früh erfahren, dass regionale Identität und europäische Zusammenarbeit kein Widerspruch sind. Zwischen Frankreich, Luxemburg und der Pfalz gelegen, war die Region immer von Grenzüberschreitungen, politischen Umbrüchen und unterschiedlichen kulturellen Einflüssen geprägt und gerade daraus ist eine besondere europäische Perspektive entstanden. Diese Geschichte verstehen wir nicht als Rückzug ins Regionale, sondern als Auftrag, ein selbstbewusstes Saarland als demokratische , ökologische und soziale Region in einem solidarischen Europa zu gestalten. Gerade als kleines Bundesland braucht das Saarland starke eigene Institutionen, die politische, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung vor Ort gestalten können. Dazu gehören leistungsfähige Landesbehörden, eine eigenständige Wissenschafts - und Kulturlandschaft sowie eine starke kommunale Selbstverwaltung.
Zentral ist dabei auch der Saarländischer Rundfunk, der als öffentlich-rechtliche

Rundfunkanstalt eine unverzichtbare Rolle für unabhängige Berichterstattung, regionale Kultur und demokratische Öffentlichkeit spielt. Seine Eigenständigkeit innerhalb der ARD muss dauerhaft gesichert bleiben. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass zentrale Landesinstitutionen im Saarland erhalten und gestärkt werden. Dazu zählen neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch die Hochschulen, Gerichte, kulturelle Einrichtungen, Forschungseinrichtungen sowie wichtige Verwaltungs - und Sicherheitsstrukturen. Eine Verlagerung oder Schwächung dieser Institutionen würde die politische Handlungsfähigkeit des Landes und die regionale demokratische Öffentlichkeit gefährden. Unser Ziel ist ein Saarland, das selbstbewusst seine Interessen vertritt, seine Institutionen schützt und seine Zukunft eigenständig gestaltet, im föderalen Deutschland wie auch im europäischen Kontext.

Wir wollen:

• Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verbessern, durch bessere Bezahlung, ausreichend Personal, moderne digitale Prozesse und sichere Arbeitsbedingungen.

• Den Kirchenaustritt entbürokratisieren und gebührenfrei gestalten, Tanzverbote abschaffen.

• Direkte Demokratie stärken, durch niedrigere Quoren, längere Fristen, freie Unterschriftensammlung und ein erweitertes Themenspektrum für Volksinitiativen und Volksentscheide.

• Die Eigenständigkeit und Leistungsfähigkeit der Landesinstitutionen sichern.

• Das Saarland als handlungsfähiges und selbstbewusstes Bundesland stärken, das seine Interessen eigenständig vertritt und seine Zukunft demokratisch, sozial und kulturell gestaltet.

17.07: Digitale Teilhabe stärken – öffentlich und für alle zugänglich

Ein kritischer Blick auf die gegenwärtige Digitalisierung zeigt, dass diese häufig von großen, international agierenden Plattformkonzernen dominiert wird. Diese Unternehmen organisieren zentrale Bereiche der digitalen Infrastruktur nach privatwirtschaftlichen Profitinteressen, entziehen sich jedoch konsequent einer angemessenen Besteuerung und unterlaufen soziale sowie demokratische Kontrolle. Die Folge ist ein Plattformkapitalismus, der öffentliche Räume digital privatisiert, Datenmonopole schafft und potenzielle Steuereinnahmen aus der Region abzieht, ohne zum Gemeinwesen beizutragen. Für uns ist klar: Digitale Infrastruktur darf nicht von den Geschäftsmodellen weniger Konzerne abhängig sein. Wir setzen uns deshalb für eine nachhaltige Besteuerung großer Digitalkonzerne ein – auch auf internationaler Ebene – sowie für klare Regeln gegen Steuervermeidung. Gleichzeitig wollen wir vor allem gemeinwohlorientierte Alternativen stärken, etwa öffentliche Plattformen, offene Standards und digitale Angebote in öffentlicher Hand.

In der BRD zeigt sich nämlich besonders deutlich: Die Privatisierung der Netzbetreiber hat zu einem stark fragmentierten und teilweise monopolisierten Internet geführt, das weder flächendeckend noch zuverlässig funktioniert. Statt als öffentliche Infrastruktur zu dienen, orientieren sich die Anbieter vorrangig an Profitinteressen, wodurch schnelle Netzausbauprojekte, soziale Preise und offene Zugänge oft auf der Strecke bleiben. Dem wollen wir gezielt entgegensteuern: Ein staatlicher, saarlandweit organisierter Netzbetreiber könnte die

Versorgungssicherheit erhöhen, den Netzausbau beschleunigen und digitale Infrastruktur als öffentliches Gut bereitstellen. Finanziert werden soll der Aufbau durch Landesmittel, Bundes- und EU-Förderung sowie langfristige öffentliche Kredite. Die Einnahmen aus der Netznutzung fließen in Betrieb, Instandhaltung und weiteren Ausbau zurück.
Die Digitalisierung ist im Saarland bislang zu oft halbherzig, sozial unausgewogen und ohne klare Strategie vorangetrieben worden. Während viele Menschen längst selbstverständlich auf digitale Angebote angewiesen sind, hinkt die Infrastruktur hinterher. Das erleben wir insbesondere beim Glasfaserausbau, der vielerorts noch unzureichend ist. Gleichzeitig fehlt es an Transparenz, sozialer Ausrichtung und einem klaren politischen Willen, Digitalisierung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begreifen. Für uns ist klar: Der Zugang zum Internet und zu digitalen Dienstleistungen ist heute so grundlegend wie Wasser, Strom oder Mobilität. Das Grundgesetz garantiert bereits in Artikel 5 die Informationsfreiheit, also das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Dieses Grundrecht muss endlich im digitalen Zeitalter ernst genommen und weiterentwickelt werden.
Wir wollen eine Digitalisierungspolitik, die alle Menschen im Saarland erreicht, unabhängig von Einkommen, Wohnort oder Alter. Gerade in einem Flächenland mit vielen ländlichen Regionen entscheidet der Zugang zu digitaler Infrastruktur darüber, ob Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Deshalb setzen wir auf einen grundlegenden Kurswechsel. Weg von einem Flickenteppich aus Einzelmaßnahmen, hin zu einer sozialen, öffentlichen und verlässlichen Digitalstrategie.

17.08: Internet für alle

Ein zentraler Baustein ist der Zugang zum Internet im Alltag. Öffentlicher Raum muss auch digital zugänglich sein. Deshalb wollen wir im gesamten Saarland ein flächendeckendes, kostenfreies und zuverlässiges Internet -Angebot schaffen – in Innenstädten, Gemeinden, öffentlichen Gebäuden, im Nahverkehr und auch in ländlichen Regionen. Dafür setzen wir auf einen konkreten Maßnahmenplan: Zunächst soll ein landesweites Netz aus öffentlichen WLAN-Hotspots in kommunaler und öffentlicher Hand aufgebaut und miteinander vernetzt werden. Ergänzend fördern wir den Glasfaser- und Mobilfunkausbau, insbesondere in unterversorgten Regionen. Gleichzeitig wollen wir ein offenes, sicheres Roaming-System einführen, das es ermöglicht, sich mit einem einzigen Zugang automatisch in verfügbare Netze einzuloggen, auch über freiwillig freigegebene private Router in der Umgebung. Durch solche Community-Netzwerke kann die Abdeckung deutlich verbessert werden, ohne zusätzliche Hürden für Nutzer:innen. Flankiert wird dies durch klare Datenschutzstandards, Verschlüsselung und einfache Anmeldeverfahren, damit der Zugang niedrigschwellig, sicher und für alle nutzbar ist.
Wir setzen uns für einen Sozialtarif für Internetanschlüsse ein und fördern gezielt die Ausstattung von prekären Haushalten mit notwendigen Endgeräten wie Laptops oder Tablets. Kurzfristig wollen wir über bestehende Beteiligungen und Verträge mit Netzbetreibern, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, verbindliche Sozialtarife vereinbaren. Diese sollen einkommensabhängig ausgestaltet sein,

klare Preisobergrenzen enthalten und einen stabilen, ausreichend schnellen Internetzugang garantieren. Perspektivisch streben wir den Aufbau einer landeseigenen Netzbetreibergesellschaft an. Über diese kann ein Sozialtarif strukturell verankert werden, ohne von privaten Geschäftsinteressen abhängig zu sein. So ließe sich der Zugang zu Internetanschlüssen dauerhaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge organisieren.
Darüber hinaus verstehen wir den Zugang zum Internet als Teil des soziokulturellen Existenzminimums. Ein leistungsfähiger Internetanschluss muss daher zur Grundausstattung jeder Wohnung gehören, vergleichbar mit Strom- oder Wasseranschluss. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Hausanschluss verpflichtend sichergestellt wird und allen Menschen tatsächlich zur Verfügung steht. Ebenso müssen die notwendigen Endgeräte geschützt werden: Ein Laptop oder vergleichbares Gerät darf nicht pfändbar sein, da es Voraussetzung für Bildung, Arbeit, Kommunikation und gesellschaftliche Teilhabe ist. Diese Grundsätze wollen wir auch in der Landesverfassung des Saarlands verankern , um digitale Teilhabe als soziales Grundrecht dauerhaft abzusichern.

17.09: Eine Digitalisierung, die die Menschen mitnimmt

Darüber hinaus braucht es konkrete Unterstützung im Alltag. Viele Menschen, gerade ältere oder sozial benachteiligte, werden bislang mit der Digitalisierung allein gelassen. Wir wollen deshalb in allen Kommunen leicht erreichbare Anlaufstellen schaffen, in denen Menschen Unterstützung bei digitalen Fragen erhalten, Geräte nutzen können und Beratung bekommen. Bestehende Initiativen sollen ausgebaut und langfristig abgesichert werden. Gleichzeitig stärken wir Bildungsangebote, etwa über Volkshochschulen, um digitale Kompetenzen in allen Altersgruppen zu fördern.
Auch die Verwaltung muss endlich so digital werden, dass sie den Menschen wirklich hilft. Unser Ziel ist eine konsequente, schrittweise vollständige Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen , nicht halbherzig, sondern Stück für Stück, verbindlich und flächendeckend umgesetzt. Digitale Angebote sollen einfach, barrierefrei, verständlich und vor allem zuverlässig funktionieren. Gleichzeitig setzen wir bewusst nicht auf einen abrupten Digitalzwang, sondern darauf, die Menschen mitzunehmen: In allen Gemeinden schaffen wir feste analoge Anlauf- und Unterstützungsstellen mit geschultem Personal , das Bürger:innen aktiv bei der Nutzung digitaler Angebote begleitet. So wird Digitalisierung nicht zur Hürde, sondern zu einem echten Fortschritt für alle. Digitalisierung soll den Alltag erleichtern, nicht neue Hürden schaffen.
Wir wollen:
• Flächendeckendes, kostenfreies und zuverlässiges Internet im öffentlichen Raum.
• Die Einführung eines landesweiten Sozialtarifs für den Internetzugang.
• Den Aufbau wohnortnaher digitaler Anlaufstellen mit Beratung und Unterstützung.
• Eine barrierefreie, verständliche digitale Verwaltung ohne abruptem Digitalzwang und mit gewährleisteter Hilfe und Beratung.
• Stärkere öffentliche Verantwortung und Transparenz beim Ausbau digitaler Infrastruktur mit einer eigenen landesweiten Netzbetreibergesellschaft.

18: Öffentliche Sicherheit und Justiz

Unser Sicherheitsverständnis geht von einem kritischen, emanzipatorischen Menschenbild aus: Menschen sind nicht grundsätzlich gefährlich oder verdächtig, sondern handeln in sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnissen, die Sicherheit und Unsicherheit mitprägen. Sicherheit darf deshalb nicht durch Überwachung, Kontrolle und Repression hergestellt werden, sondern muss immer die sozialen Ursachen von Konflikten und Unsicherheit in den Blick nehmen. Staatliches Handeln muss die Würde, Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen schützen und sich zugleich demokratischer Kontrolle und transparenter Rechenschaft unterwerfen. Sicherheit im Saarland bedeutet für uns: Bürger:innen sollen darauf vertrauen können, dass Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz effektiv arbeiten, und zwar immer, ohne Grundrechte zu verletzen.

18.01: Sicherheit sozial und demokratisch neu denken

Die Arbeit der Polizei muss transparenter sein und stärker kontrolliert werden. Dabei wollen wir Kritik an polizeilichem Handeln und die strukturellen Probleme innerhalb der Polizei zusammendenken: Korpsgeist, fehlende unabhängige Kontrolle und hierarchische und männerdominierte Strukturen begünstigen Fehlentwicklungen und müssen kritisch hinterfragt und bearbeitet werden. Beschwerden über die Polizei müssen unabhängig geprüft und nachhaltig verfolgt, Transparenzregelungen und Kennzeichnungspflicht verpflichtend umgesetzt werden. Wir setzen auf moderne, bürger:innennahe Polizeistrukturen. Das heißt langfristige Personalplanung, gezielte Einbindung von Quereinsteiger:innen und IT-Spezialist:innen, Gesundheitsförderung und familienfreundliche Schichten.

Ä007 · Individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte einführen
Linksjugend [`solid] Saarland
Einfügung nach Z. 5657 · Paket S. 8–9
Teilweise übernommen auf der Landesvorstandssitzung vom 18. November 2026 gemäß § 4 Abs. 3a der Geschäftsordnung.

Die Linke Saar setzt sich für die Einführung einer gesetzlichen, individuellen Kennzeichnungspflicht für uniformierte Polizeibeamt im Saarland ein. Polizeiliches Handeln muss transparent, überprüfbar und im Falle möglicher Rechtsverletzungen nachvollziehbar sein. Betroffene müssen die Möglichkeit haben, das Handeln einzelner Polizeibeamt überprüfen zu lassen, ohne auf die freiwillige Herausgabe persönlicher Angaben durch die eingesetzten Kräfte angewiesen zu sein. Wir fordern deshalb eine verpflichtende, gut sichtbare Kennzeichnung für alle uniformierten Polizeibeamt:innen bei dienstlichen Einsätzen sowie individuelle Kennnummern für geschlossene Einheiten, insbesondere bei Demonstrationen und Großeinsätzen. Die Zuordnung der Kennnummern zu den jeweiligen Beamt:innen muss gesetzlich geregelt und vertraulich sein, damit Beschwerden und Ermittlungen wirksam durchgeführt werden können. Die Einhaltung der Kennzeichnungspflicht muss wirksam kontrolliert werden; bei schuldhaften Verstößen sind angemessene Konsequenzen vorzusehen. Eine Kennzeichnungspflicht stellt Polizeibeamt:innen nicht pauschal unter Verdacht. Sie stärkt die rechtsstaatliche Kontrolle staatlichen Handelns, schützt Betroffene und ermöglicht zugleich, einzelne Beamt:innen bei unbegründeten Vorwürfen zu entlasten. Die Linke Saar setzt sich dafür ein, die erforderlichen gesetzlichen Regelungen zeitnah zu schaffen.

Feuerwehren und Katastrophenschutz werden digitalisiert, kooperativ gestärkt und ehrenamtliches Engagement gefördert und wo es möglich ist auch in hauptamtliche Stellen umgewandelt. Das Saarland sollte Kommunen gezielt finanziell unterstützen, um hauptamtliche Kräfte für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungswesen aufzubauen und ehrenamtlich getragene Strukturen dauerhaft zu entlasten. Dafür braucht es eine verlässliche Landesförderung für Personalstellen, Ausbildung und gemeinsame interkommunale Strukturen, insbesondere dort, wo einzelne Kommunen die Kosten nicht allein tragen können.
Wir setzen klar auf Sicherheit durch Prävention, Sozialarbeit und gut ausgebildete kommunale Ordnungsdienste und nicht durch eine Hochrüstung der Polizei. Den Einsatz von Elektro-Tasern lehnen wir ab. Kommunale „Stadtpolizei“ und Sicherheitskräfte sollen insbesondere in Stadtteilen, Brennpunkten und Schwimmbädern gezielt unterstützt, fortgebildet und personell gestärkt werden. Gleichzeitig brauchen wir mehr Sozialarbeiter:innen und zivile Konzepte, die das friedliche Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen fördern , wie die Förderung von Nachbarschaftstreffen und allen Strukturen, die sozialen Austausch ermöglichen. Sicherheit entsteht so durch Prävention, Unterstützung und Gemeinschaft, nicht durchzunehmende Militarisierung des Alltags.
Wir lehnen darüber hinaus verstärkte Überwachung im öffentlichen Raum ab . Wissenschaftliche Studien zeigen, dass flächendeckende Videoüberwachung oder Predictive-Policing-Methoden weder Kriminalität signifikant senken noch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärken, dafür aber massiv in Privatsphäre eingreifen und Vertrauen in staatliche Institutionen untergraben. Sicherheit muss durch Prävention, bürgernahe Strukturen und demokratische Kontrolle geschaffen werden und nicht durch lückenlose Überwachung

18.02: Digitale Sicherheit statt grenzenloser Überwachung

Auch digitale Freiheit ist Teil der öffentlichen Sicherheit. Wir sagen nein zu Überwachungstechnologien wie Palantir und setzen uns für den Schutz personenbezogener Daten, sichere digitale Verwaltung und transparente Regelungen ein. Open-Source-Software, verschlüsselte Kommunikation und datenschutzfreundliche Strukturen sollen Standard in allen Behörden sein. Wie in Schleswig-Holstein wollen wir uns von Abhängigkeiten von Microsoft und anderen großen Konzernen lösen und stattdessen eine unabhängige, öffentliche IT-Infrastruktur aufbauen. Für uns ist Datenschutz ein Grundrecht und Voraussetzung für freie Meinungsäußerung im digitalen Raum. Eine Klarnamenpflicht lehnen wir ab, weil sie Anonymität als Schutzraum für politisch Engagierte, marginalisierte Gruppen und Menschen in prekären Lebenslagen gefährdet. Statt einer verpflichtenden öffentlichen Identifizierung setzen wir auf eine vertrauliche Verifizierungsoptionen ohne sichtbare Klarnamenanzeige.
Wir lehnen außerdem die Ausweitung der KI -gestützten Überwachung im öffentlichen Raum entschieden ab. Der Einsatz biometrischer Echtzeitüberwachung, automatisierter Gesichtserkennung oder anderer KI-gestützter Analysesysteme stellt Menschen unter Generalverdacht und greift unverhältnismäßig in ihre Grundrechte ein. Öffentliche Plätze dürfen keine digitalen Kontrollzonen werden. Deshalb wenden wir uns gegen eine Verschärfung des saarländischen Polizeigesetzes nach hessischem Vorbild und gegen den Einsatz von Predictive-Policing-Methoden und KI-gestützter

Videoüberwachung. Das Saarland darf nicht zum Experimentierfeld für KI -gestützte Massenüberwachung werden.
Im Saarland stärken wir das Unabhängiges Datenschutzzentrum personell, finanziell und in seinen Kontrollbefugnissen, damit Datenschutz wirksam durchgesetzt wird.
Plattformbetreiber nehmen wir stärker in die Pflicht, sowohl beim Schutz von Nutzer:innen, bei konsequentem Jugendschutz, transparenter Moderation und wirksamen Beschwerdestrukturen sowie durch eine angemessene und rückverfolgbare Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle. Gleichzeitig legen wir einen klaren Schwerpunkt auf eine deutlich bessere Strafverfolgung im Netz: Dafür braucht es mehr spezialisiertes Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaft, bessere technische Ausstattung und klare Zuständigkeiten, um digitale Straftaten endlich konsequent zu verfolgen. Gerade bei sexualisierter Gewalt im Internet, Cyberstalking, Hasskriminalität und digitaler Belästigung zeigt sich, dass Betroffene oft nicht ausreichend geschützt werden und Verfahren zu lange dauern oder im Sande verlaufen. Fälle wie der von Collien Fernandez machen deutlich, wie groß der Handlungsbedarf ist. Wir wollen deshalb spezialisierte Einheiten ausbauen, Meldewege vereinfachen und sicherstellen, dass Täter:innen schneller identifiziert und zur Verantwortung gezogen werden.

18.03: Verfassungsschutz ersetzen

Die Verfassung schützt eine starke Zivilgesellschaft und keine Behörde. Der Verfassungsschutz in seiner bisherigen Form gehört abgeschafft. Er hat in der Vergangenheit wiederholt massiv versagt, etwa bei der Aufdeckung rechtsextremer Netzwerke und Anschlagspläne, und hat seine Aufgaben ohne jegliche demokratische Kontrolle wahrgenommen. Der Verfassungsschutz hat durch den Einsatz von V-Leuten in rechtsextremen Strukturen und den damit verbundenen Geldflüssen Strukturen am Leben erhalten und aufgebaut, die eigentlich bekämpft werden sollten. Gleichzeitig wurden antifaschistische Initiativen und linke Strukturen immer wieder mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet und unter Generalverdacht gestellt. Diese Schieflage zeigt, dass eine Behörde, die demokratischen Schutz gewährleisten soll, selbst zum Problem werden kann, wenn sie antifaschistisches Engagement als Sicherheitsrisiko behandelt, während rechtsextreme Netzwerke trotz wiederholter Warnsignale nicht konsequent aufgedeckt und zerschlagen werden.
Die Bundesrepublik verfügt mit dem Verfassungsschutz über eine historisch besondere Konstruktion eines Inlandsgeheimdienstes, die in dieser Form international keineswegs selbstverständlich ist. Andere demokratische europäische Staaten organisieren den Schutz ihrer Verfassungsordnung vielfach anders und setzen stärker auf Justiz, parlamentarische Kontrolle und zivilgesellschaftliche Prävention. Deshalb müssen die Kompetenzen des VS in Zukunft zivilgesellschaftlich, transparent und demokratisch kontrolliert neu organisiert werden, damit der Schutz vor demokratiefeindlichen Gefahren tatsächlich den Bürger:innen dient und nicht Eigeninteressen oder politischer Instrumentalisierung.
Wir wollen:
• Unabhängige Beschwerde- und Kontrollstellen für Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz und verpflichtend transparente Kennzeichnungspflichten einführen.
• Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz personell, qualitativ und

familienfreundlich stärken, mit langfristigen Personal- und Gesundheitsplanungen sowie moderner Ausbildung.
• Auf Prävention, Sozialarbeit und kommunale Ordnungsdienste setzen statt auf Repression und den Ausbau repressiver Überwachungsinstrumente.
• Den Schutz von Bürger:innenrechten und digitaler Freiheit durch konsequenten Datenschutz, den Verzicht auf staatliche Überwachungstechnologien und eine unabhängige, datenschutzfreundliche IT-Infrastruktur sichern.
• Den Verfassungsschutz durch transparente kontrollierte Maßnahmen zur Sicherung der Demokratie ersetzen.

18.04: Katastrophen- und Bevölkerungsschutz nachhaltig aufstellen

Echte Sicherheit entsteht durch funktionierende Notfallstrukturen und die Menschen, die sie fast ausschließlich ehrenamtlich tragen. Wir stärken Feuerwehren, THW und Rettungsdienste mit moderner Ausstattung, gezielt geförderten Anreizen für das Ehrenamt – etwa durch Rentenpunkte, Steuerfreibeträge und Arbeitgeberförderungen – zur Sicherung von ausreichend Personal, guter Ausbildung ohne monatelange Wartelisten und regelmäßigen Übungen. Gerade angesichts zunehmender Extremwetterereignisse wie Hochwasser, Stürmen und Waldbränden müssen Kommunen und Einsatzkräfte handlungsfähig sein. Deshalb wollen wir die Kosten bei überörtlichen Katastropheneinsätzen solidarisch tragen und Kommunen nicht auf den Einsatzkosten sitzen lassen.
Katastrophenschutz beginnt mit Vorsorge. Wir bauen flächendeckend Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstellen für Information und Hilfe aus und stellen personell sicher, dass deren Betrieb nicht zusätzlich auf den Schultern der ohnehin stark belasteten freiwilligen Feuerwehren abgeladen wird. Wir stärken die Eigenvorsorge der Bevölkerung durch regionale Informationsangebote, kostenlose Erste - Hilfe-Kurse und Aufklärung über die Versorgung in Krisen und längeren Stromausfällen. Das entlastet zugleich Notrufsysteme und Einsatzkräfte.
Besondere Bedeutung hat der Schutz der Bevölkerung vor atomaren und radiologischen Gefahren. Das Kernkraftwerk Cattenom bleibt ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Solange der Reaktor in Betrieb ist, müssen die Schutzmaßnahmen deshalb an einem realistischen Katastrophenszenario ausgerichtet sein. Dazu gehört für uns insbesondere die verbindliche Vorabverteilung von Jodtabletten an alle Haushalte im betroffenen Gebiet, damit die Bevölkerung im Ernstfall nicht erst Sammelstellen aufsuchen muss und Einsatzkräfte nicht mit einer zusätzlichen logistischen Mammutaufgabe belastet werden. Auch Evakuierungs- und Notfallpläne müssen realistisch sein: Der Eigenschutz der Einsatzkräfte und ihrer Familien muss gewährleistet werden, anstatt stillschweigend vorauszusetzen, dass Ehrenamtliche tagelang Sperrzonen absichern. Das Land soll deshalb gemeinsam mit den Kommunen und den zuständigen Stellen grenzüberschreitende radiologische Notfälle regelmäßig und praxisnah üben und die Bevölkerung transparent über Schutzmaßnahmen, Warnsysteme und Evakuierungsabläufe informieren.
Kritische Infrastrukturen wie Energie-, Wasser- und Telekommunikationsnetze müssen krisenfest sein. Das Land soll Risiken gemeinsam mit den Betreibern regelmäßig erfassen, Notfallpläne und Notstromversorgung überprüfen und bestehende Schwachstellen transparent machen. Besonderen Schutz brauchen Menschen in Schulen, Krankenhäusern, Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie

Wohnungslosenunterkünften. Das Land unterstützt diese Einrichtungen bei Notfallplanung, Evakuierung, Schulungen und der Sicherstellung einer zuverlässigen Notstromversorgung.
Wir stehen für einen Katastrophenschutz, der nicht erst reagiert, wenn die Krise da ist, sondern vorsorgt, bevor Menschen in Gefahr geraten und der diejenigen aktiv unterstützt und wertschätzt, die im Notfall für uns alle einstehen.
Wir wollen:
• Feuerwehren, THW und Rettungsdienste personell und materiell stärken und das Ehrenamt durch Rentenpunkte, Steuerfreibeträge und Arbeitgeberförderungen attraktiver machen sowie Ausbildungskapazitäten und regelmäßige Übungen ausbauen.
• Einen vorsorgenden und flächendeckenden Katastrophenschutz mit Katastrophenschutz-Leuchttürmen, regionalen Informationsangeboten und kostenloser Erster-Hilfe-Ausbildung aufbauen.
• Die Kosten überörtlicher Katastropheneinsätze solidarisch durch das Land absichern und Kommunen bei größeren Schadenslagen finanziell entlasten, damit notwendige Hilfe nicht an kommunalen Haushaltsgrenzen scheitert.
• Kritische Infrastrukturen und besonders schutzbedürftige Einrichtungen krisenfest machen, indem das Land regelmäßig Notfallpläne, Evakuierungskonzepte und Notstromversorgung überprüft und notwendige Verbesserungen finanziell unterstützt.
• Den Schutz der Bevölkerung vor atomaren und radiologischen Gefahren stärken: Jodtabletten verpflichtend vorab an betroffene Haushalte verteilen , realistische Evakuierungspläne entwickeln, den Eigenschutz der Einsatzkräfte sicherstellen und grenzüberschreitende Katastrophenschutzübungen zu Cattenom regelmäßig durchführen.

18.05: Eine Justiz, die den Menschen dient

Die Justiz im Saarland steht unter Druck: Verfahren dauern zu lange, Rückstände wachsen und viele Beschäftigte arbeiten am Limit und darüber hinaus. Für die Bürger:innen bedeutet das dann verzögerten Rechtsschutz, oft in existenziellen Fragen. Besonders betroffen sind auch hier Menschen mit geringem Einkommen. Für uns ist klar: Eine funktionierende Justiz ist Grundlage eines sozialen und demokratischen Rechtsstaats. Wir wollen sie bürgernah, gerecht und grundlegend erneuern. Unser Ziel ist ein schneller und garantierter Zugang zum Recht, unabhängig von Einkommen, Wohnort oder sozialem Status. Niemand darf aus Angst vor Kosten darauf verzichten, seine Rechte durchzusetzen, wie es jetzt viel zu häufig der Fall ist. Deshalb setzen wir uns für einen deutlichen Ausbau von Beratungs- und Prozesskostenhilfe sowie für die vollständige Kostenerstattung bei erfolgreichen Klagen gegen staatliche Stellen ein. Gleichzeitig braucht die Justiz mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und eine konsequente Digitalisierung. Mit mehr Richter:innen, Staatsanwält:innen, Fachpersonal und moderner IT wollen wir Verfahren beschleunigen und die Beschäftigten entlasten.
Wir werden Konflikte häufiger außergerichtlich lösen und Mediationsmaßnahmen stärken, damit Streitigkeiten schneller, kostengünstiger und für alle Beteiligten schonender beendet werden können. Gleichzeitig stehen wir für eine konsequente Strafverfolgung, insbesondere bei neonazistischerr und geschlechtsspezifischer

Gewalt, und für einen starken Opferschutz, der Betroffenen schnell und unbürokratisch hilft. Unser Strafrecht soll wirksam schützen und zugleich die Justiz entlasten. Dazu gehören die Entkriminalisierung geringfügiger Delikte, die Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen zum Beispiel bei sogenanntem „Schwarzfahren“ und ein stärkerer Fokus auf Prävention und soziale Ursachen von Kriminalität.

Zugleich wollen wir die Strafjustiz grundlegend neu ausrichten. Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, die ohne Gefängnisse auskommt. Haft darf nicht die Regel sein, sondern die absolute Ausnahme. Statt auf Wegsperren setzen wir auf Prävention, soziale Sicherheit und Resozialisierung. Deshalb wollen wir den offenen kontrollierten Vollzug zum Regelfall machen und geschlossene Haft deutlich zurückdrängen. Dafür braucht es deutlich mehr Personal im Justizvollzug, insbesondere in den Bereichen Sozialarbeit, Psychologie, Bildung und Betreuung, sowie bessere Bedingungen für Gefangene, damit Resozialisierung tatsächlich gelingt. Ein zentraler Schlüssel für erfolgreiche Resozialisierung ist dabei psychologische und psychotherapeutische Unterstützung. Gerade Menschen mit Gewalterfahrungen, Suchterkrankungen oder anderen psychischen Belastungen erhalten bislang häufig nur unzureichende Beratung und therapeutische Angebote; deshalb muss eine enge psychologische und psychotherapeutische Betreuung im Justizvollzug massiv ausgebaut und mit Landesmitteln dauerhaft abgesichert werden. Bildung, Arbeit und Unterstützung beim Übergang in Freiheit müssen konsequent ausgebaut werden, um Rückfälle zu verhindern und gesellschaftliche Sicherheit nachhaltig zu stärken. Auch im Jugendstrafrecht setzen wir auf Prävention und Erziehung statt auf Strafe.

Der Fall von Nelson Dil de Sousa Bulica in der JVA Ottweiler wirft schwerwiegende Fragen zum Umgang mit Gefangenen und zu den Zuständen im Justizvollzug auf. Ein solcher Vorfall darf nicht folgenlos bleiben. Vertrauen in den Rechtsstaat entsteht nur durch Transparenz und Aufklärung. Deshalb fordern wir die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Saarland, der die Umstände lückenlos aufklärt, strukturelle Missstände benennt und verbindliche Konsequenzen zieht. Der Schutz von Gefangenen ist staatliche Pflicht.

So gestalten wir eine Justiz im Saarland, die allen Menschen gerecht wird mit schnellem und zugänglichem Rechtsschutz, besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, starkem Opferschutz und einer Strafpolitik, die auf Prävention, Resozialisierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt setzt. Unser Anspruch ist eine Justiz, die schützt, neue Lebenskonzepte eröffnet und langfristig dazu beiträgt, dass Haft überflüssig wird.

Wir wollen:

- Den offenen und resozialisierenden Vollzug ausbauen, Haft nur als letzte Maßnahme einsetzen und Gefangene durch Bildung und Arbeit auf ein sicheres Leben nach der Haft vorbereiten.
- Psychotherapie im Justizvollzug ausbauen: Wir wollen psychologische und psychotherapeutische Betreuung massiv ausweiten und mit Landesmitteln dauerhaft absichern, damit Resozialisierung gelingt und Rückfälle verhindert werden.
- Bürgernahen Rechtsschutz garantieren, Verfahren beschleunigen und sicherstellen, dass alle Menschen Zugang zu Beratung, Prozesskostenhilfe und vollständiger Kostenerstattung haben.
- Volle Transparenz im Justizvollzug schaffen und einen

Untersuchungsausschuss zum Fall Nelson in der JVA Ottweiler einsetzen.
• Eine digitale und moderne Justiz, um Verfahren zu beschleunigen und Personal zu entlasten.
• Opferschutz und Prävention stärken und schnelle Hilfe für Betroffene gewährleisten.

19: Haushalt und Finanzen

Für all unsere Themen gilt: Eine nachhaltig wirksame soziale, ökologische, antifaschistische und zukunftsfähige Politik ist nur machbar, wenn man den Mut hat, die finanzpolitischen Weichen neu zu stellen. Finanzpolitik darf niemals über die Bedürfnisse der Menschen gestellt werden. Der Staat ist kein Unternehmen, dessen Erfolg sich an schwarzen Zahlen misst. Seine Aufgabe ist es, gute Lebensbedingungen zu schaffen, öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern und allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

19.01: Weg mit der Schuldenbremse!

Die Schuldenbremse des Bundes zeigt sich dagegen jeden Tag als eine Investitionsbremse zulasten der Zukunft. Sie verhindert dringend nötige Ausgaben, zementiert soziale Spaltung und blockiert notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und nachhaltige Energieversorgung, die uns sonst in Zukunft noch viel mehr kosten werden. Wir kämpfen für ihre Abschaffung auf Bundesebene und für die Nutzung aller verfügbaren Spielräume im Saarland. Wir haben die Schuldenbremse und ihre Auswirkungen auf die Landespolitik immer abgelehnt , weil sie das Land in eine Sackgasse geführt hat. Mit der Schuldenbremse wird das Bild der „sparsamen Hausfrau“ auf die öffentliche Hand übertragen. Dies führt zu ökonomischen und finanzpolitischen Fehlschlüssen, denn Schulden sind nicht gleich Schulden. Wenn sie gemacht werden, um in die Entwicklung des Landes zu investieren, dann zahlen sie sich am Ende aus. Schulden sind immer vertretbar, wenn ihr Ertrag höher ist als die Investition. Und wir sind überzeugt: Auch das Land kann bereits heute mehr tun, etwa über landeseigene Investitionsgesellschaften, Sondervermögen oder durch eine sozial ausgeglichene Steuerpolitik auf allen Ebenen, die gerade hohe Vermögen und Unternehmensgewinne stärker heranzieht.
Im Saarland soll dafür eine Agentur Strategische Investitionen eingerichtet werden, um den bestehenden Investitionsstau zu überwinden und die klimaneutrale Transformation der Landesunternehmen effizienter zu steuern. Die Agentur bündelt Investitionen, setzt technologische Impulse und begleitet Projekte in den Bereichen Planung, Bau, Technik und Controlling. Durch eine enge Anbindung an die neue Landesholding kann sie die Investitionsstrategien der Tochterunternehmen koordinieren, Prioritäten setzen und Fortschritte überwachen, ohne tiefgreifende gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen vorzunehmen. So wird das Land als Eigentümer in die Lage versetzt, eine einheitliche Konzernperspektive durchzusetzen, Skaleneffekte zu nutzen und die Umsetzung des Umweltpakts Saarland aktiv zu begleiten.

19.02: Ein Schuldenschnitt und Landesfonds für unsere Kommunen

Zudem braucht es endlich eine echte Entschuldung der saarländischen Kommunen. Viele Städte und Gemeinden sind finanziell fast handlungsunfähig, obwohl sie jetzt

massiv investieren müssten. Wer die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen will, muss Kommunen finanziell stärken, nicht mit neuen Auflagen, sondern mit struktureller Hilfe. Das Saarland muss hier massiven Druck auf den Bund ausüben und zugleich selbst gezielt gegensteuern, beispielsweise mit eigenen Landesfonds zur Unterstützung kommunaler Investitionen.
Wir lehnen den hegemonialen Spardiskurs ab, bei dem überall gekürzt wird, auch dort, wo es die Lebensqualität der Menschen direkt betrifft. Dennoch gibt es Möglichkeiten auch zu sparen. Möglich ist dies etwa bei Marketing- und PR-Maßnahmen der Staatskanzlei und einzelner Ministerien, bei teuren Repräsentationsveranstaltungen oder Imageprojekten, die nicht mittelbar und unmittelbar den Menschen im Saarland wirklich helfen.
Im Saarland sollten wir die Grundsteuer C, die Zweitwohnungssteuer und eine Luxusvillensteuer einführen, um Spekulation mit unbebauten Grundstücken zu verhindern, reine Nebenwohnsitze zu begrenzen und besonders teure Immobilien stärker zu belasten. So können zusätzliche Einnahmen direkt in den Bau und die Förderung von bezahlbarem Wohnraum fließen, die Kommunen handlungsfähiger machen und den Wohnungsmarkt sozial ausgewogener gestalten, während Eigentümer:innen gezielt zu einer verantwortungsvollen Nutzung ihrer Immobilien angehalten werden.

19.03: Langfristigkeit als Haushaltsprinzip verankern

Unter einer nachhaltigen Finanzpolitik verstehen wir immer auch Generationengerechtigkeit. Kein Sparkurs tut das, sondern Investitionen in öffentliche Einrichtungen wie Kliniken, Schulen, Kindergärten, Universitäten, öffentlichen Personenverkehr, die Förderung einer zukunftsfähigen Energieversorgung und nachhaltiger Industriestrukturen. Das Aussetzen dieser Investitionen unter dem Diktat der Schuldenbremse belastet diese mehr, als durch Verzicht auf kreditfinanzierte Investitionen Entlastung erreicht würde. Es braucht eine Förderpolitik, die langfristig statt kurzfristig denkt. Förderung muss Sicherheit schaffen, statt Einrichtungen und Projekte von Förderperiode zu Förderperiode im Ungewissen zu lassen. Praktische und innerhalb einer Legislatur umsetzbare Maßnahmen für ein handlungsfähiges Saarland sind für uns: Projektförderungen auf mindestens fünf Jahre auszulegen, Eigenmittelanteile bei Bedarf zu senken, die regionale Förderung zu stärken und Entscheidungen über Förderungen transparent und frühzeitig zu kommunizieren.
Gleichzeitig muss die Finanzierung öffentlicher Leistungen so gesichert sein, dass alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können. Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir durch einen Saarland-Bonus in der Wirtschaftsförderung stärken. Regionale Betriebe, die tarifgebunden sind, ausbilden, wirtschaftsdemokratische Standards erfüllen und vor Ort investieren, sollen höhere Förderquoten, vereinfachte Verfahren und bevorzugten Zugang zu Landesprogrammen erhalten.
Die Vorstellung, das Land könne seine unverschuldete Haushaltsnotlage aus eigener Kraft überwinden, ist dennoch illusorisch. Ohne Lösung der Altschuldenfrage und eine dauerhafte Behebung strukturell bedingter Einnahmeverluste wird es nicht gehen. Wir wollen einen Altlastenfonds für Haushaltsnotlageländer und einer grundsätzlichen Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Mit dem Bund und den anderen Ländern ist eine Lösung anzustreben, durch die das Gesamtsteueraufkommen zwischen den einzelnen Ebenen so verteilt wird, dass auch das Saarland finanziell

wieder mehr Spielraum bekommt.

19.04: Steuerbetrug beenden statt Reiche hofieren

Steuerbetrug und aggressive Steuervermeidung schaden dem Gemeinwesen und untergraben jede Form von Umverteilung durch Steuern. Unser Fokus liegt aber dabei klar nicht auf Bagatelldelikten oder der Steuererklärung von Menschen mit geringen und durchschnittlichen Einkommen, sondern auf den strukturellen Schlupflöchern, von denen vor allem Wohlhabende und große Unternehmen profitieren. Gerade dort entgehen der öffentlichen Hand erhebliche Milliardenbeträge. Auch auf Landesebene hat das Saarland Möglichkeiten, dagegen vorzugehen. Wir wollen die Finanzverwaltung gezielt stärken, mit mehr Personal in Steuerfahndung und Betriebsprüfung sowie spezialisierten Einheiten für komplexe und internationale Fälle. Betriebsprüfungen müssen häufiger und gezielter stattfinden, insbesondere bei großen Unternehmen und in besonders anfälligen Branchen. Gleichzeitig setzen wir auf moderne digitale Analyseinstrumente und eine engere Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und Behörden, um Steuertricks konsequent aufzudecken. Wer im Saarland hohe Gewinne erzielt, muss hier auch seinen Beitrag leisten.
Die Senkung der Körperschaftsteuer durch die Bundesregierung entlastet vor allem große, profitable Unternehmen und reißt Milliardenlöcher in die öffentlichen Haushalte. Dieses Geld fehlt bei Schulen, Krankenhäusern, Kommunen und der Infrastruktur. Statt solchen Steuergeschenken braucht es starke öffentliche Investitionen und eine angemessene Besteuerung großer Unternehmensgewinne.

19.05: Tax the Rich!

Und: Linke Finanzpolitik bedeutet auch Umverteilung bundesweit! Die Landesregierung soll endlich Druck machen, dass Vermögenssteuer und angemessene Erbschaftssteuern umgesetzt werden, um soziale Ungleichheit zu bekämpfen und Investitionen in die Zukunft zu ermöglichen. Nach aktuellen Berechnungen des DIW würde eine solche Vermögensteuer dem Saarland jährlich rund 1,14 Milliarden Euro zusätzlich an Steuereinnahmen bringen – Geld, das wir dringend benötigen! Deswegen muss das Saarland endlich eine laute Stimme im Bund für die Besteuerung von Millionen- und Milliardenvermögen werden.
Gleichzeitig wissen wir: Umverteilung und Steuern allein lösen die strukturellen Probleme des Kapitalismus nicht dauerhaft. Gute Haushaltspolitik heißt, die gesellschaftlichen Ressourcen auf die Bedürfnisse der Menschen auszurichten, statt auf Profitmaximierung, Spekulation und die Aufrechterhaltung von Eigentumsinteressen. Nur so können wir perspektivisch eine demokratische und sozialistische Gesellschaft gestalten, in der öffentliche Mittel, Investitionen und politische Entscheidungen wirklich den Menschen gehören und dienen, für heute und für kommende Generationen. Nur so können wir sicherstellen, dass das Saarland sozial, ökologisch und generationengerecht gestaltet wird.
Wir wollen:
• Die Abschaffung der Schuldenbremse auf Bundesebene und Nutzung aller finanziellen Spielräume im Saarland.
• Eine Agentur Strategische Investitionen einrichten, die über eine Anbindung an die Landesholding Investitionen der Landesunternehmen koordiniert, technologische Impulse setzt und die Umsetzung des Umweltpakts effizient

steuert.
• Eine echte Entschuldung der Kommunen und Einrichtung von Landesfonds zur Unterstützung kommunaler Investitionen in soziale Daseinsvorsorge, Bildung, Infrastruktur und nachhaltige Projekte.
• Langfristige Projektförderungen, Senkung der Eigenmittelanteile und Stärkung der regionalen Förderung. Transparente und frühzeitige Kommunikation über Förderentscheidungen in der Landesverwaltung und Sicherstellung gleichberechtigter Teilhabe an öffentlichen Leistungen.
• Bundespolitischen Druck auf Vermögens- und Erbschaftssteuern ausüben, um soziale Umverteilung und Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.

20: Schlusssatz

Wir kämpfen für einen echten Neustart für das Saarland, in dem Wohlstand, Sicherheit und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten kein Privileg weniger, sondern das Recht aller sind. Wir glauben: Das Glück ist politisch! Es geht um mehr als bloßes Überleben, sondern um Zeit, Gemeinschaft, Fürsorge, Teilhabe, Bildung und ein Leben in Würde. In einer Gesellschaft, in der Reichtum wächst, während viele sich einschränken müssen, sind wir die, die sagen: Es reicht! Wir werden nicht wegschauen, wir werden aktiv gestalten und immer laut sein gegen eine Politik die sich einem besseren Leben in den Weg stellt.
Unsere fünf Schwerpunkte sind unser Kompass, unser Plan und unsere roten Linien. Der Kampf für einen bezahlbaren Alltag und deutlich niedrigere Mieten, eine gute Gesundheitsversorgung für alle, die soziale und ökologische Umgestaltung unserer Industrie, das entschlossene Aufräumen mit den Notständen in der Bildung und klare Kante gegen rechts stehen im Zentrum unserer Politik. Diese Ziele greifen ineinander und geben unserer Vorstellung von einem besseren und solidarischen Saarland, demokratisch und sozialistisch, eine klare Richtung. So kann ein Saarland entstehen, das niemanden zurücklässt.
Wir werden für dieses gute Leben kämpfen – in jedem Dorf und in jeder Stadt, in Kitas und Schulen, in Betrieben, Krankenhäusern und Hochschulen und vor allem mit einem Plan, der aufgeht! Wir organisieren Hoffnung, wo andere resignieren, und sorgen dafür, dass Menschen wieder spüren, dass Politik für sie da ist. Wir tragen unsere fünf Schwerpunkte in die Parlamente und machen sie dort und darüber hinaus stark. Dabei sind wir nie still, wenn es um soziale Ungleichheit geht, und immer klar, wenn es um Umwelt, Bildung, Gesundheit und Demokratie geht. Wir werden das Saarland verändern; immer sozial, immer an eurer Seite. Ab 2027 wieder mit lauter Stimme im saarländischen Landtag! Für einen echten Neustart!